

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

KLAUS SCHWABE

Deutsch-amerikanische Friedenskontakte  
im Sommer 1918

JOHANNES H. VOIGT

Hitler und Indien

WALTER VOGEL

Amerikanische Sicherheitspolitik  
und Deutschlandproblem 1945–1949

DOKUMENTATION

Goebbels vor Offizieren im Juli 1943

BIBLIOGRAPHIE



# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,  
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,  
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang

Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

- Klaus Schwabe* . . . . Die amerikanische und die deutsche Ge-  
heimdiplomatie und das Problem eines  
Verständigungsfriedens im Jahre 1918 . . . 1
- Johannes H. Voigt* . . . Hitler und Indien . . . . . 33
- Walter Vogel* . . . . Deutschland, Europa und die Umgestal-  
tung der amerikanischen Sicherheitspolitik  
1945–1949 . . . . . 64

### DOKUMENTATION

- Goebbels vor Offizieren im Juli 1943 (*Hildegard von Kotze*) . . . . 83

### BIBLIOGRAPHIE . . . . . 1

- Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 17–18 (1969–1970) . . . Beilage
- Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 17–18 (1969–1970) . . . Beilage
- Inhaltsverzeichnis 18. Jahrgang 1970 . . . . . Beilage

*Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Akademische Verlagsgesellschaft  
Athenaion, Frankfurt, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, und Institut für Zeitgeschichte,  
München, bei.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 29 98 61.  
Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-  
ment (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im  
Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,  
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement  
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Stu-  
denten DM 38.– (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmi-  
gung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wert-  
marke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirsch-  
graben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwi-  
schen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen In-  
dustrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag  
auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

# VIERTELJAHRSHFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

19. Jahrgang 1971

1. Heft/Januar

KLAUS SCHWABE

## DIE AMERIKANISCHE UND DIE DEUTSCHE GEHEIMDIPLOMATIE UND DAS PROBLEM EINES VERSTÄNDIGUNGSFRIEDENS IM JAHRE 1918

### I

Seit der Bekanntgabe der Vierzehn Punkte durch Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 war die Initiative in der internationalen Debatte über Form und Inhalt des Friedens, der den Ersten Weltkrieg beenden sollte, endgültig auf die Vereinigten Staaten übergegangen<sup>1</sup>. Als erster der kriegführenden Staatslenker hatte sich der amerikanische Präsident mit dieser Erklärung und noch entschiedener mit seiner Rede vom 11. Februar 1918 wesentliche Friedensziele der europäischen Linken zu eigen gemacht. Hatte er gehofft, auf diesem Wege einen Druck auf die Entente-Regierungen ausüben zu können, so hatte er sich freilich, wie sich schnell zeigte, getäuscht. Um so zuversichtlicher klangen dafür die Berichte seiner Beobachter über die Reaktion der Mittelmächte. Selbst in Deutschland schien als Folge seiner

<sup>1</sup> Die nachstehende Studie basiert auf einem Abschnitt der Habil.-Schrift des Vf. (Die Vereinigten Staaten, die deutsche Friedenspolitik u. das Scheitern eines Wilson-Friedens, masch. Freiburg 1969), der, weil in sich ein geschlossenes Ganzes bildend, in die gedruckte Fassung nicht übernommen worden ist (K. S., Deutsche Revolution u. Wilson-Frieden, Droste-V., Düsseldorf.). D. Vf. möchte an dieser Stelle der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft für die Bereitstellung von Mitteln zum Ankauf von Mikrofilmen aufrichtig danken. -- Folgende Abkürzungen wurden fortlaufend verwendet: AA = Auswärtiges Amt, Berlin bzw. Bonn; Aufz. = Aufzeichnung; BA Schw = Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Schwertfeger; Dte. Rev. = K. S., Deutsche Revolution u. Wilson-Frieden (s. o.); FR = Foreign Relations of the United States, Papers, 1918, Supplement: The World War, I, vol. 1, Washington 1933; ggeh = ganz geheim; GHQ = Großes Hauptquartier (Aktenreihe AA); GStAM = Geheimes Staatsarchiv München; HeSt = Nachlaß G. Herron, Stanford, Hoover Institution; HGSt = Nachlaß Hugh Gibson, ebd. (d. Vf. dankt Herrn Michael Gibson, Washington, vielmals für die Erlaubnis zur Benutzung); IF = Der Interfraktionelle Ausschuß, 2 Bde., hg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf, 1959; NA = National Archives, diplom., legal and fiscal branch, dec. file, Washington; PAAA = Politisches Archiv d. Ausw. Amtes, Bonn, Ver St = Vereinigte Staaten (Aktenreihe AA); Wkg = Der Weltkrieg, (ds.); WWW = Nachlaß Woodrow Wilson, Library of Congress, Washington; Zus. = Zusatz. -- Die Benutzung amerik. Akten war d. Vf. dank eines Stipendiums d. American Council of Learned Societies möglich.

Kampagne die Heimatfront erste Risse aufzuweisen, wie die Streiks Ende Januar vor allem deutlich machten<sup>2</sup>.

Tatsächlich sah sich die deutsche Reichsleitung infolge der beiden Erklärungen Wilsons dem zunehmenden Druck der Linksparteien des Reichstages ausgesetzt. Dem Reichskanzler wurde bekannt, daß Scheidemann die Kundgebungen des amerikanischen Präsidenten ernst nähme, ja daß die sozialdemokratische Reichtagsfraktion „in eine schwierige Lage gegenüber neuen Kreditforderungen“ der Reichsleitung geraten könnte, falls sich diese nicht bereit erklärte, mit Wilson aufgrund von dessen am 11. Februar bekanntgegebenen Vier Punkten über einen Frieden zu verhandeln. Darüber hinaus war man sich in der Reichsleitung angesichts der bevorstehenden Frühjahrsoffensive der Notwendigkeit bewußt, den friedenswilligen Kräften – d.h. in erster Linie der Linken – in den Entente-Ländern den Rücken zu stärken. Die Reichsleitung konnte es sich also nicht leisten, die Reden des amerikanischen Präsidenten einfach zu ignorieren, und kam aus innenpolitischen und kriegspsychologischen Erwägungen heraus nicht umhin, zugunsten der von Wilson umrissenen liberal-pazifistischen Friedensziele mindestens ein Lippenbekenntnis abzulegen<sup>3</sup>. Der deutsche Reichskanzler selbst tat dies am 24. Januar vor dem Hauptausschuß des Reichstages und am 25. Februar vor diesem selbst – in der Form beidemal entgegenkommend, in der Sache jedoch ausweichend. Gewiß nahm er mit seiner Rede vom 25. Februar Wilsons Vier Punkte vom 11. (mit denen dieser das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung als Grundlage für den künftigen Frieden umschrieben hatte) ausdrücklich an und folgte damit dem Drängen der Führer der deutschen Linksparteien. Aber dieses Einlenken im Grundsätzlichen bewirkte noch keine Konzessionen in den konkreten Streitfragen: Eine vorbehaltlose Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens nach Friedensschluß blieb aus; die „Einnischung“ der Westmächte in die Angelegenheiten Osteuropas wurde scharf abgelehnt. Noch immer schimmerte damit durch die Reden Hertlings die Vorstellung durch, die der deutschen Diplomatie seit langem schon über die Rolle Amerikas beim Friedensschluß vorgeschwebt hatte: Die Vereinigten Staaten sollten zwar das Friedenswerk mit der vertraglichen Verankerung allgemeiner Friedensgarantien bekronen helfen, an diesem selbst aber möglichst wenig beteiligt sein<sup>4</sup>.

Damit hatte die Reichsleitung freilich nicht ihr letztes Wort sprechen wollen. Unmittelbar nach der Reichtagsrede Hertlings vom 25. Februar begann die deutsche Diplomatie, insgeheim Fühler nach der amerikanischen Seite hin auszustrecken. Ein Gespräch über die Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens entspann sich zwischen deutschen und amerikanischen Emissären, das bis zu dem Moment fort dauerte, als Deutschland am 3. Oktober 1918 amtlich und öffentlich mit der Bitte um Waffenstillstand und Frieden auf der Basis der Vierzehn Punkte an den amerikanischen Präsidenten herantrat. Wie noch zu zeigen, bildete das vorausgehende

<sup>2</sup> Dte. Rev., Kap. I/2

<sup>3</sup> Deutmoser, Aufz. f. Hertling, 15. II. 1918, in: Deutsch-sowj. Beziehungen ..., hg. v. Min. f. Ausw. Angel. d. DDR u. d. UdSSR, Dokumentensammlung I (1967), S. 412f.

<sup>4</sup> Schultheß, Deutscher Gesch.-Kal., Jg. 1918, I, S. 19ff. bzw. 86ff.

inoffizielle deutsch-amerikanische Friedensgespräch bis zu einem gewissen Grade die Voraussetzung für diesen deutschen Schritt. Mehr noch: Es wirft aus deutscher und aus amerikanischer Perspektive Licht auf die viel diskutierte Frage nach den Chancen eines Verständigungsfriedens im letzten Weltkriegsjahr.

Die folgende Analyse dieses geheimen Dialogs soll zwei Hauptgesichtspunkten untergeordnet werden: Auf der einen Seite ist zu untersuchen, wieweit die deutsche bzw. die amerikanische Seite mit dem Fortspinnen dieses Gesprächs nicht nur taktische Zwecke verfolgt hat – Deutschland, indem es sich aus kriegspsychologischen Gründen den Friedenswünschen Wilsons und der Linken nur äußerlich anpaßte oder gar versuchte, die Vereinigten Staaten von deren „Assoziierten“ abspenstig zu machen, – Amerika, indem es auf eine Demoralisierung der inneren Front bei den Mittelmächten hinarbeitete. Auf der anderen Seite ist die noch wichtigere Frage zu beantworten, wieweit die Friedensprogramme, welche die deutschen bzw. die amerikanischen Mittelsmänner bei ihren geheimen Treffen offenlegten, überhaupt die Aussicht boten, miteinander in Einklang gebracht zu werden.

## II

Zuvor ist es jedoch nötig, einen Blick auf die Persönlichkeiten der Vermittler zu werfen, schon um zu klären, wieweit diese von sich aus als amtlich autorisiert angesehen werden dürfen. Als Mittelsmann auf amerikanischer Seite taucht in den deutschen Akten am häufigsten der Name des amtierenden U.S.-Generalkonsuls (= „Viceconsul“) in Zürich James C. McNally auf. Unter den Republikanern in den konsularischen Dienst der Vereinigten Staaten aufgenommen, geriet dieser gebürtige Ire nach dem Wahlsieg der Demokraten 1912 in berufliche Bedrängnis: Der Vorwurf passiver Bestechung wurde gegen ihn erhoben (und endgültig erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder fallengelassen!); seine berufliche Kompetenz erweckte Zweifel; mehrfach drohte ihm die Entlassung. Erst die Verwicklung Amerikas in den Weltkrieg brachte eine vorläufige Erleichterung in seiner beruflichen Misere; denn nun wurden plötzlich seine engen Beziehungen zu Deutschland interessant. Diente doch sein Schwiegersohn, der Kapitänleutnant Friedrich Mensing, in der deutschen Marine als aktiver Seeoffizier. Dank diesem, so schien es in Washington, – tatsächlich aber wohl unabhängig von ihm – verfügte der Vizekonsul über ausgezeichnete Beziehungen zu eingeweihten deutschen Politikern und Militärs. Damit geriet er in das Zwielflicht der Weltkriegsspionage. Außenminister Lansing und General Pershing protegierten ihn als Quelle sowohl politischer wie auch militärischer Geheiminformationen. McNally durfte sogar unter Umgehung seiner Vorgesetzten an der amerikanischen Gesandtschaft in Bern direkt nach Washington berichten<sup>5</sup>! Trotzdem gelang es ihm nicht, die Stimmen vieler seiner Kollegen zum Schweigen zu bringen, die seine Loyalität anzweifeln. Sicher zu Unrecht – es sei denn, man bezeichnete seine Bemühungen,

<sup>5</sup> Dte. Rev., Kap. I/1, Anm. 42–46.



neben seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu vermitteln, eo ipso als illoyal<sup>6</sup>. Als Ire den Ententemächten kühl gegenüberstehend, sah McNally hier seine eigentliche Mission. Ihr – und nicht der Erschließung militärischer Nachrichtenquellen, wie Mensing auch nachträglich versichert hat – sollte die verwandtschaftliche Verbindung zu seinem Schwiegersohn dienen, dessen Frau – McNallys Tochter – in Zürich lebte und es möglich machte, daß dieser, ohne Aufsehen zu erregen, in die Schweiz einreiste und mit seinem Schwiegervater Verbindung aufnahm<sup>7</sup>.

Mit der Familie McNally-Mensing freundschaftlich verbunden war der Großindustrielle Harold McCormick, leitender Mitarbeiter im „International Harvester“-Konzern, Schwiegersohn John Rockefellers, kurz Exponent des höchsten amerikanischen Finanz-Establishments. Seine Firma hatte 1912 Wilsons Wahlkampf finanzieren helfen. Er durfte deshalb auf ein gewisses Wohlwollen im Weißen Haus hoffen, wie man auch im Auswärtigen Amt in Berlin annahm. Überdies war er mit dem letzten deutschen Botschafter in Washington Bernstorff befreundet. Im Laufe des Krieges hatte er sich pazifistischen Vorstellungen genähert. Einen Gesinnungsgenossen hatte er in dem in Zürich arbeitenden deutschen Chemiker Leopold Nathan gefunden, der dann auch im Frühjahr 1918 den Kontakt zum Auswärtigen Amt in Berlin hergestellt hat<sup>8</sup>.

Gelang es die Vertraulichkeit dieser Verbindungen noch einigermaßen zu wahren, so nahm ein dritter Mittelsmann zu Wilson eine schon fast offiziöse und öffentlich bekannte Position ein: George D. Herron, ein in der Schweiz als Privatgelehrter lebender, wohlhabender ehemaliger amerikanischer Theologieprofessor. Herron, selbst ein der Sache der Entente fanatisch ergebener christlicher Sozialist, bemühte sich um Querverbindungen zu Vertretern der europäischen Linksparteien, vor allem aus dem Lager der Mittelmächte. Prominenz und einen beinahe offiziellen Status gewann er, als Wilson mit seiner Vorliebe für informelle diplomatische Methoden ihn Anfang 1918 in seine Sondierungen mit Vertretern der Habsburger Monarchie mit einbezog. Seitdem galt er, auch wenn man ihn persönlich nicht immer ernst nahm, bei Freund und Feind als persönlicher Emissär Wilsons in der Schweiz<sup>9</sup>. Nicht ganz zu Unrecht, wie wir noch sehen werden! Daß er auch dem Foreign Office berichtete, war weniger bekannt. Die deutsche Regierung hatte sich seiner schon im Dezember 1917 zu bedienen gesucht, um Friedensfühler nach Washington auszustrecken. Als indessen jede Reaktion ausblieb und zudem scharf antideutsche Presseartikel aus Herrons Feder und dessen Beziehungen zu emigrierten deutschen „Republikanern“ im Auswärtigen Amt bekannt wurden, distanzierte sich die Wilhelmstraße rasch wieder von ihm und betrachtete ihn fortan mit Mißtrauen<sup>10</sup>.

<sup>6</sup> H. Gibson, Diary, 20./21. IV. 1918, HGSt.

<sup>7</sup> Freundl. Mitteilungen v. Herrn F. Mensing, San Franzisko.

<sup>8</sup> Hertling, Aufz., 21. VI. 1918, PAAA GHQ 197; Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1; Bernstorff, Erinnerungen u. Briefe (1936), S. 158; F. Mensing an d. Vf.

<sup>9</sup> Dte. Rev., Kap. I/1. Adolf Müller an Dandl, 26. VII. 1918, GStAM MA I/951.

<sup>10</sup> W. Steglich, D. Friedenspolitik d. Mittelmächte 1917/18, I (1964), S. 270ff. – Herron

Jedoch verfügte Herron unabhängig davon über Beziehungen zu Deutschland. Diese führten in das Lager der deutschen Linken: zu radikalen Pazifisten wie Ludwig Quidde und Friedrich Wilhelm Foerster und zu gemäßigten Mitgliedern der Reichstagsmehrheit wie Conrad Haußmann. Besonders eifrig kultivierte Herron seine Kontakte zu Vertretern Bayerns, z. B. dem sozialdemokratischen Journalisten und Abgeordneten Adolf Müller, der inoffizielle Aufträge seiner Regierung in der Schweiz ausführte, und dann seit dem Juni 1918 vor allem zu Robert de Fiori, ebenfalls einem zuletzt in München tätigen sozialdemokratischen Journalisten – einer etwas undurchsichtigen Gestalt: der Herkunft nach Österreicher (er stammte aus Görz), dann im Krieg bezahlter Agent des Berliner Auswärtigen Amtes mit dem Auftrag, über die innere Entwicklung Italiens zu berichten und wohl auch den Habsburgischen Verbündeten etwas zu beschatten, „allzu gegenwärtig“, wie ihn Müller charakterisierte, mit Querverbindungen zur bayerischen Regierung und zu Reichstagsabgeordneten seiner eigenen Partei und des Zentrums<sup>11</sup>. Für Herron zweifellos ein ausgezeichnete Informationskanal hinüber zur deutschen Linken!

### III

Als das Auswärtige Amt noch unter dem Eindruck der Vier-Punkte-Rede Wilsons Ende Februar beschloß, den Versuch zu machen, mit Amerika direkt und vertraulich ins Gespräch zu kommen, wählte es als Vermittler, wie nach dem soeben Gesagten zu erwarten, nicht Herron, sondern Mensing und dessen Schwiegervater McNally: Unter striktester Geheimhaltung ließ es den Marineoffizier vom Reichskanzler mündlich instruieren und ihm dazu noch eine Denkschrift Hertlings aushändigen, die er seinem Schwiegervater zur Weitergabe nach Washington anvertrauen sollte. In diesem Memorandum bekräftigte die Reichsleitung, was Hertling schon vor dem Reichstag ausgeführt hatte – vor allem, daß es ihr mit der Anerkennung der Vier Grundsätze Wilsons ernst sei. Außenpolitisch läge dem Reich keineswegs an Gebietserwerbungen, sondern nur an geordneten Zuständen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches. Deutschland sei überhaupt bereit, über jedes Problem vertraulich zu diskutieren – außer der Integrität seines eigenen Territoriums (Elsaß-Lothringen!). Innenpolitisch handele die Reichsleitung frei von militärischen Einflüssen, wie dies ihre Annahme des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes (ohne Konsultation der Militärs) bewiesen hätte. Der Vorwurf

verkehrte u. a. mit W. Muehlton u. dem ehem. Konsul v. Schlieben, der die von der amtl. amerik. Propaganda-Organisation CPI finanzierte „Freie Zeitung“ mit herausgab (Gibson, *Diary*, 22. IV. 1918, HGSt; G. Scholz, *Staatl. Information u. Propaganda im Krieg*, Diss. phil. Heidelberg 1967, S. 46, 59f., 116 (mit weit. Lit.). – Deutsche Sicht: Romberg an AA, 29. III., 20. IV. u. 29. VII. 1918, PAAA Wkg 2 geh/58 bzw. VerSt 16/55 bzw. Wkg 2 ggeh/1; AA, Aufz., 17. u. 22. IX. 1918, ebd./2).

<sup>11</sup> A. Müller an Dandl, 26. VII. 1918, GStAM MA I/951; Anon. Aufz., 18. IV. 1917, ebd., Ges. Bern, Pers.-Akte „De Fiori“; M. Briggs, *George Herron and the European Settlement* (1932), S. 50ff. D. Vf. dankt Mrs. S. Milton, Stanford, f. freundl. Hinweise.

des Militarismus bestehe also zu Unrecht, zumal Deutschland auch über allgemeine Friedensgarantien einschließlich einer internationalen Rüstungsbegrenzung zu verhandeln bereit sei. Über Belgien enthielt Hertlings Denkschrift nichts<sup>12</sup>. Auf der Ebene des Grundsätzlichen bildete diese Apologie der deutschen Ost- und Innenpolitik dennoch einen erstaunlichen Erfolg der Wilsonschen Kundgebungen.

Da McNally inzwischen zu einer nicht ganz durchsichtigen Mission nach Spanien abgereist und dann auf seiner Rückfahrt in Frankreich polizeilich festgenommen worden war, wie man auch in Berlin erfuhr, verzögerte sich die Übergabe der deutschen Denkschrift bis in die erste Hälfte des Mai, nachdem man McNally in Frankreich wieder freigelassen hatte. Wir werden über ihr weiteres Schicksal im Zusammenhang mit der amerikanischen Kriegsdiplomatie noch hören<sup>13</sup>.

Noch bevor McNally Hertlings Memorandum hatte erhalten können (und gleichzeitig mit einem schon im Anfangsstadium gescheiterten Sondierungsversuch in Holland<sup>14</sup>), hatte sich Harold McCormick über Nathan erboten, deutsche Friedensvorschläge an den amerikanischen Präsidenten persönlich weiterzuleiten.

Die Reichsleitung griff diese Anregung sogleich auf. Am 18. März entsandte sie den Baron von Haniel, einen Beamten des Auswärtigen Amtes und früheres Mitglied der deutschen Botschaft in Washington, zu einem Gespräch mit McCormick in die Schweiz<sup>15</sup>. Das Ergebnis dieses Treffens waren zwei Aufzeichnungen, die McCormick dem amerikanischen Staatsoberhaupt eigenhändig in Washington zu übergeben versprach<sup>16</sup>. Von diesen Aufzeichnungen wurde die eine als Botschaft des deutschen Kanzlers selbst bezeichnet (Haniel hatte sie in enger Anlehnung an die Mensing übergebene Denkschrift verfaßt), die andere nur als persönliche Meinungsäußerung Haniels.

Die offizielle „Botschaft“ unterschied sich von der für McNally bestimmten Vorlage nur in einem nicht ganz unwichtigen Punkte: Sie enthielt den Zusatz, daß die Reichsleitung die Souveränität Belgiens nach dem Kriege nicht antasten wolle.

<sup>12</sup> Bussche an Romberg, 3. III. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Anon. Aufz. [Hertling] o. D. [ca. 4. III. 1918], ebd.; Zus. zu: Romberg an AA, 4. III. 1918, ebd. In Abwesenheit Kühlmanns, der in Brest verhandelte, waren v. d. Bussche u. Haniel federführend. Die betr. Akten durften nicht kursieren u. wurden in einem besonderen Faszikel „ganz geheim“, dem einzigen dieser Art unter den deutschen Weltkriegsakten, abgelegt. Mensing war dem Ausw. Amt seit 1917 bekannt (Mittlg. Mensings an d. Vf.).

<sup>13</sup> Die Denkschrift muß McNally in den ersten Maitagen übergeben worden sein, wenn wir Nathan glauben dürfen (an Haniel, 7. u. 15. V. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1). McNally versprach Mitte Juli, die Aufz. an Wilson abzusenden (Bussche an Hertling, 16. VII. 1918, ebd. GHQ 197, Ver St 3/3–5). McNallys Verbleiben: Simson (Zürich), Aufz. v. 2. V. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1.

<sup>14</sup> Eine Sondierung in d. amer. Gesandtschaft im Haag, für die Max Warburg vom Ausw. Amt instruiert wurde (G. Ritter, Staatskunst u. Kriegshandwerk IV [1968], S. 519f.; M. Warburg, Aus meinem Leben [1952], S. 58).

<sup>15</sup> Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1. D. Initiative lag eindeutig bei McCormick (Bussche an Grünau, 14. VII. 1918, ebd.).

<sup>16</sup> Zit. nach d. amer. Original: McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW; auch: Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.



Das deutsche Engagement in Osteuropa wurde dagegen ähnlich wie schon vorher als Schutz des Reiches vor allgemeiner Anarchie begründet.

Mit seinem persönlichen Kommentar schwächte Haniel diese deutsche Selbstrechtfertigung etwas ab, indem er zugab, daß der Stand der Dinge in Osteuropa noch nicht als Verwirklichung der vier Grundsätze Wilsons bezeichnet werden könne, daß vielmehr die endgültige Friedensregelung dort von dem Ergebnis einer auf breiter Grundlage zu erfolgenden Volksbefragung abhängig gemacht werden müsse. In gewisser Weise schränkte Haniel auch die über Belgien abgegebene Erklärung ein; denn er versicherte, daß die deutsche Flamenpolitik die belgische Souveränität nicht berühre, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Völker befolge. Die deutsche Bereitschaft, allgemeine Friedensgarantien zu akzeptieren, präzisierte Haniel (hier McCormick folgend) dahingehend, daß Deutschland gewillt sei, vom Reichstag autorisierte Vertreter in den Friedenskongreß zu entsenden. Auch auf die deutsche Innenpolitik ging Haniel ein: Den Ausbruch einer Revolution erklärte er als unwahrscheinlich. Er warnte im Gegenteil, daß sich mit weiteren deutschen Siegen im Westen die Stellung der konservativen Kräfte verbessern, die der gemäßigten Anhänger einer Verständigung dagegen verschlechtern würde. Eine Verständigung sei außerdem ausgeschlossen, wenn die Alliierten darauf beständen, Deutschland vor den Friedenskongreß gleichsam wie einen Angeklagten vor ein Tribunal zu zitieren.

Von Nathan unterstützt, ließ Haniel also den Verständigungswunsch der deutschen Gemäßigten (zu denen er sich selbst rechnete) vor allem mit Hilfe innenpolitischer Argumente als besonders dringend erscheinen und nahm dabei in Kauf, daß er mit dieser Taktik die von Wilson immer wieder verkündete These, Deutschland zerfalle in ein kriegslüsternes Autokraten- und ein friedenswilliges Demokraten-Lager, implizit bestätigte<sup>17</sup>.

Auch diese Botschaft erreichte, so hörte man in Berlin, ihren Empfänger erst auf Umwegen: Die Schweizer Gesandtschaft der U.S.A. verweigerte McCormick den von ihm erbetenen Diplomatenpaß, erlaubte aber die Beförderung der versiegelten Botschaft in ihrem Depeschensack. McCormick selbst kehrte über Paris in die Vereinigten Staaten zurück und wirkte, wie wir noch sehen werden, tatsächlich eine Aussprache mit dem Präsidenten<sup>18</sup>.

Wie ernst die deutsche Reichsleitung ihre Sondierungen bei Wilson nahm, erwies sich wenige Wochen später im Juni 1918, als OHL und Marineleitung an sie mit dem Plan, den verschärften U-Boot-Krieg bis auf die amerikanischen Territorialgewässer auszudehnen, herantraten. Vom Auswärtigen Amt sekundiert, widersetzte sich Hertling diesem Ansinnen sofort energisch und motivierte seinen Ein-

<sup>17</sup> Anschreiben Nathans zu Hertlings Botschaft, in: McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW.

<sup>18</sup> McCormick hatte anfangs die Botschaft dem Präs. eigenhändig übergeben wollen (Briefwechsel Haniel/Nathan, 7., 13., 15. u. 18. V. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Kühlmann an Grünau, 25. VI. 1918, ebd. GHQ 197, Ver St 3/3-5; Hertling an v. Müller, 21. VI. 1918, ebd.; Ritter IV, S. 367 f.).

spruch vornehmlich mit den laufenden Versuchen, Gespräche mit Wilson anzuknüpfen: Das militärische Kalkül, so führten die Vertreter der Reichsleitung aus, dürfe die deutsche Diplomatie nicht noch einmal wie im Januar 1917 dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit aussetzen. Mit diesen Argumenten drangen die Berliner Politiker schließlich bei Wilhelm II. durch (der wie die OHL bei dieser Gelegenheit überhaupt zum ersten Male über den deutschen Sondierungsversuch gehört haben dürfte). Der geplante nochmalig verschärfte U-Boot-Krieg unterblieb<sup>19</sup>.

Diese Hartnäckigkeit der politischen Führung schien Mitte Juli schließlich durch einen schon kaum noch erwarteten diplomatischen Erfolg belohnt zu werden. Am 10. Juli erhielt das Auswärtige Amt von McNally den Text einer Instruktion, die dieser, wie er behauptete, soeben vom State Department – d.h. letztlich von Wilson selbst! – erhalten hatte. Sie lautete:

„Setzen Sie sich sofort mit Ihrem Schwiegersohn in Verbindung. Telegraphieren Sie die deutschen Friedensbedingungen und garantieren Sie volle Aufrichtigkeit.“<sup>20</sup>

Diese Nachricht erregte in Berlin und im Großen Hauptquartier einiges Aufsehen und wurde auch dem Kaiser sofort vorgelegt<sup>21</sup>. Dieser sah jedoch auch noch zu diesem Zeitpunkt keine Veranlassung zu dem anscheinend von Wilson selbst angeregten Schritt. Er verlangte vielmehr, daß umgekehrt es Sache des amerikanischen Präsidenten sei, mit Friedensvorschlägen hervorzutreten<sup>22</sup>.

Es ist bezeichnend für die geringe Meinung, die über das politische Urteil des „Obersten Kriegsherrn“ im Auswärtigen Amt herrschte, daß dieses, weil es von Wilsons Friedenswillen überzeugt war, sich ohne Bedenken über den kaiserlichen Einspruch hinwegsetzte und den Kanzler dennoch zu einer Antwort auf das angebliche amerikanische Angebot überredete. Vom Kaiser selbst nolens volens akzeptiert, ging diese schon wenige Tage später ab, weil man nach Meldungen aus Bern befürchten mußte, daß McNallys direkte Verbindung zum State Department unterbunden werden würde<sup>23</sup>.

Die deutsche Antwort bestand aus zwei (am 15. und am 20. Juli abgesandten) Teilen: Im ersten wurde den Amerikanern statt der erbetenen Bekanntgabe der deutschen Bedingungen der Vorschlag gemacht, daß sich autorisierte und instru-

<sup>19</sup> Schriftwechsel Grünau-Hertling, Kühlmann-Lersner, 21., 24., 25., 26. VI. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 3/3–5; v. Müller, Regierte d. Kaiser? (1959) S. 387 f.; Prot. v. 29. VII. 1918, z. T. in: D. Werk d. Unters.-Ausschusses d. . . Reichstages, 4. R.; D. Ursachen d. dten. Zusammenbruchs II (1928), S. 348 ff.; vollst. in: BA Schw.

<sup>20</sup> Romberg an Haniel, 10. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1: „Communicate at once with son-in-law. Cable German peace terms and guarantee full sincerity . . .“ Dieser Text wurde d. deutschen Attaché v. Simson v. Frau McNally übergeben, die hinzufügte, daß das Originaltel. vernichtet sei. Ähnl. Mitteilung McNallys an Mensing schon im Mai: Romberg an AA, 24. V. 1918, ebd.

<sup>21</sup> Ritter IV, S. 566 f.

<sup>22</sup> Radowitz an v. d. Bussche, 14. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Romberg an Haniel, 10. VII. 1918, ebd.; F. Fischer, Griff nach d. Weltmacht, 3. Aufl. (1964), S. 845 (der H. McCormick mit dem späteren Senator Medill McCormick verwechselt).

<sup>23</sup> Bussche an Grünau, 14. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Romberg an Haniel, 17. VII. 1918, ebd.

ierte Mittelsmänner an neutralem Ort treffen und dort Zug um Zug ihre Ansichten über die Friedensbedingungen austauschen sollten; im zweiten Teil erklärte die deutsche Regierung ihre Zustimmung nicht nur zu den vier im Februar verkündeten Grundsätzen, sondern auch zu den vier Punkten, die Wilson bei seiner jüngsten, am 4. Juli vor dem Grabe Washingtons gehaltenen Rede proklamiert hatte. Nur einen Vorbehalt machte sie: Sie erwartete, daß das erste dort aufgestellte Ziel – die Zerstörung aller Willkürmacht – nur allgemeine Geltung und keine besondere Spitze gegen das in Deutschland existierende Regierungssystem enthalten dürfe<sup>24</sup>.

Mit der Annahme der neuen Vier Punkte Wilsons und der – aus heutiger Sicht reichlich naiven – Einschränkung des ersten Punktes hatte die Reichsleitung einer Anregung Folge geleistet, die wieder von dem rührigen McNally ausgegangen war<sup>25</sup>. Wie noch zu zeigen, gelangte diese Antwort zusammen mit den Hauptpunkten der Mensing übergebenen Notiz tatsächlich auf den Schreibtisch des amerikanischen Präsidenten.

Zur großen Enttäuschung des Auswärtigen Amtes blieb nun aber jedes Echo auf die deutsche Sondierung aus. McNally ließ erst im August wieder von sich hören, Washington könne das deutsche Angebot erst beantworten, wenn Wilson die Stimmung seines Volkes mit dem Blick auf die Herbstwahlen sondiert habe<sup>26</sup>. Von McCormick verlautete überhaupt nichts<sup>27</sup>.

Stattdessen zeichnete sich jetzt eine ganz neue Anknüpfungsmöglichkeit ab: Der Schweizer Bundesrat Schultheß machte Anfang Juli sowohl den deutschen Gesandten in Bern v. Romberg als auch den uns bereits bekannten Adolf Müller auf den eidgenössischen Gesandten in Washington Hans Sulzer aufmerksam, der z. Z. vorübergehend in der Schweiz weile. Sulzer, der Wilsons Intimus, dem Col. House, nahestehe, habe ihm mitgeteilt, daß nach dem Urteil hochstehender Amerikaner die Vereinigten Staaten und Deutschland in ihren Friedenszielen gar nicht so stark divergierten, wenn man einmal von der Kardinalfrage nach der Zukunft Belgiens absehe. Ob man dem bald in die Vereinigten Staaten zurückkehrenden Gesandten nicht eine an die amerikanische Adresse gerichtete mündliche Botschaft mitgeben wolle<sup>28</sup>?

In einer von Schultheß vermittelten Unterredung mit Adolf Müller (die ungefähr am 20. Juli stattgefunden haben muß) präziserte Sulzer dann seine in Washington gewonnenen Eindrücke: Wilson, so legte er dar, führe den Krieg nicht um

<sup>24</sup> Bussche an Romberg, 15. VII. 1918, ebd.; Hintze an Romberg, 20. VII. 1918, ebd.: Vorbehalt – der Punkt I dürfe nur allgemein gegen Willkürherrschaft, nicht gegen eine bestimmte Regierung gerichtet sein!

<sup>25</sup> v. Simson [?] an AA, 15. VII. 1918, ebd.; Bussche an Hertling, 16. VII. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 3/3–5; Lersner an Hertling, 18. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Hertling an AA, 20. VII. 1918, ebd.

<sup>26</sup> Romberg an AA, 25. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

<sup>27</sup> Nathan an Haniel, 12. VII. 1918, ebd.; Romberg, Aufz. v. 20. VIII. 1918, ebd.

<sup>28</sup> Romberg an AA, 21., auch 11. VII. 1918, ebd. u. Wkg 2/79; A. Müller an v. Bergen (AA), 25. VII. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1. Schultheß sprach zunächst von einer Neutralisierung der Reichslande als für Amerika annehmbarem Vorschlag.



imperialistischer oder britischer Ziele, sondern um letztlich pazifistischer Prinzipien willen. Sein Hauptwunsch sei, eine „Weltgleichgewichtslage auf Grund der Prinzipien des Rechts, der Vernunft und der Billigkeit“ herzustellen. Das negative deutsche Echo auf seine Reden habe er bedauert. Hätte er doch seine konkreten Friedensvorschläge immer wieder als nicht unabänderlich, sondern vielmehr als auch mit dem Gegner diskutierbar bezeichnet, wenn man nur das Ziel eines „Zustandes der Gerechtigkeit“ im Auge behielte. Deshalb, so fügte Sulzer erläuternd hinzu, sei Wilson nach seiner – Sulzers – Meinung auch weder in der Kolonial-, noch in der Elsaß-Lothringen-, sondern nur in der Belgien-Frage wirklich festgelegt. Er – Sulzer – rate Deutschland dringend, einen Friedensschluß noch mit diesem Präsidenten zu suchen, ehe mit dessen Nachfolger der Imperialismus auch in Washington die Oberhand gewonnen habe. Er selbst erbot sich, ein Gespräch zwischen einem deutschen Vertrauensmann und einer (nicht genannten) hochstehenden amerikanischen Persönlichkeit auf Schweizer Boden zu vermitteln<sup>29</sup>.

Nach einer ersten ziemlich nichtssagenden und im Ganzen ablehnenden Weisung an den deutschen Gesandten behandelte das Auswärtige Amt diese Anregungen – vielleicht, weil es noch auf einen Erfolg der über McNally laufenden Aktion hoffte – zunächst dilatorisch und entschloß sich erst Ende August, d.h. zu einem Zeitpunkt, da die militärische Lage für Deutschland bereits aussichtslos geworden war, zu einer präzisen Rückäußerung, obwohl v. Haniel sich sofort wärmstens für Sulzers Empfehlungen eingesetzt hatte<sup>30</sup>.

Inzwischen war es (am 24. August) zu einer ersten Begegnung zwischen Romberg und Sulzer gekommen. Sie war anfangs recht entmutigend verlaufen: Sulzer hielt jetzt, angesichts der gesteigerten Siegeszuversicht der Westmächte, einen Gedankenaustausch mit dem Ziel einer Verständigung für aussichtslos. Der richtige Zeitpunkt zur Anbahnung von Friedensgesprächen sei der Anfang des Jahres 1918 gewesen, als Wilson „ernstlich“ auf eine Anknüpfung mit den Mittelmächten gehofft habe. Seit dem Brester Frieden habe er aber alles Vertrauen zur deutschen Regierung verloren. – Romberg reagierte auf diese Eröffnungen mit der üblichen generellen Verteidigung der deutschen Kriegspolitik und wies insbesondere auf die Zustimmung zu den vier am 4. Juli von Wilson verkündeten Grundsätzen hin, die Deutschland insgeheim auch Amerika hätte mitteilen lassen. Irgendeiner Festlegung in den materiellen Friedensproblemen – Belgien, Osteuropa und nicht zuletzt Elsaß-Lothringen – wich er jedoch aus. Trotzdem zeigte sich Sulzer bereit, eine schriftliche Fixierung der von Romberg angedeuteten deutschen Haltung dem amerikanischen Präsidenten z.B. über House zu übermitteln und zu erläutern<sup>31</sup>.

Romberg verwandte sich bei seinen Berliner Vorgesetzten für diesen Plan und

<sup>29</sup> A. Müller an v. Bergen, 25. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; ds. an Dandl, 24. VII. 1918, GStAM MA 1/951.

<sup>30</sup> AA an Romberg, 12. VII. 1918, PAAA Wkg 2/79; Haniel, Aufz., 31. VII. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1.

<sup>31</sup> Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.

drängte zugleich auf größere Bestimmtheit in der Formulierung der deutschen Friedensbedingungen, vor allem auf eine Erklärung über die Freigabe Belgiens<sup>32</sup>.

In dem Bestreben, den einmal angespannten Faden nicht wieder abreißen zu lassen, übermittelte die Reichsleitung dem Gesandten am 31. August tatsächlich die erbetene Instruktion. Diese sollte jedoch nur unter der Voraussetzung in amerikanische Hände gelangen, daß Amerika sich zuvor schriftlich – z. B. durch House – eine abschwächende Deutung der Vierzehn Punkte zu eigen gemacht hätte, die Sulzer vorher dem deutschen Gesandten vorgetragen hatte: daß es nämlich zusicherte, daß es die in die „Soll“-Formel gekleideten Punkte (englisch: „should“) nur als Anregungen zu einer Diskussion auffasse, nicht aber als feststehende amerikanische Kriegsziele<sup>33</sup>.

Die in diesem Fall zu übermittelnde Erklärung wiederholte die Zustimmung des Auswärtigen Amtes zu den am 11. Februar und am 4. Juli von Wilson aufgestellten Prinzipien. Von den Vierzehn Punkten lehnte die Wilhelmstraße keinen als Diskussionspunkt ab, auch nicht – und das war ein Novum – den Punkt 8, der u. a. die Reichslande betraf. Den Brester Frieden rechtfertigte sie in der bekannten Weise, gab aber zugleich die deutsche Bereitschaft kund, auch hierüber zur besseren Unterrichtung des Präsidenten die gewünschten Auskünfte zu erteilen. Jetzt endlich sagte sie auch positiv die volle Herausgabe Belgiens nach Friedensschluß zu, wenn auch noch unter dem letzten Vorbehalt, daß das Reich in seinen Beziehungen zu diesem Lande auch zukünftig mit den anderen Großmächten gleichgestellt sein müsse. Auf dieser Grundlage wiederholte die Reichsleitung ihren Vorschlag einer ganz vertraulichen Aussprache „between gentlemen“<sup>34</sup>.

Hätte Sulzer entsprechend den deutschen Wünschen gehandelt, so wäre dies praktisch auf einen inoffiziellen Schweizer Friedensvermittlungsversuch hinausgelaufen. Die ganze Angelegenheit drohte ihm damit über den Kopf zu wachsen, und es verwundert nicht, daß ihm Bedenken kamen: Mußte er nicht bei der Regierung, bei der er akkreditiert war – also in Washington – anfragen, ob man dort gegen die Weiterleitung deutscher Erklärungen durch ihn keine Einwände erheben würde<sup>35</sup>? Auf jeden Fall bestand er jetzt auf einer Unterrichtung des Bundespräsidenten Calonder. Dieser wagte es dann jedoch seinerseits nicht, den vorgeschlagenen Schritt ohne Zustimmung des Bundesrates, d. h. des Kabinetts, zu autorisieren. Warum, so fragte er den deutschen Gesandten, wolle Deutschland nicht „klipp und klar“ mit seinen Friedensbedingungen hervortreten? Das war mittlerweile auch Sulzers Meinung, und es überrascht, daß er am 26. September zu guter Letzt die deutsche Notiz über die Friedensbedingungen dann doch noch entgegen-

<sup>32</sup> Romberg, Aufz., 20. VIII. 1918, ebd.

<sup>33</sup> Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, ebd.; vgl. auch ds. an ds. 31. VIII. 1918, ebd. Wkg 2/82; v. Schubert, Not., 9. IX. 1918, ebd. Wkg ggeh/2. Hinweis auf Unterscheidung zwischen „must“ u. „should“ schon durch Sulzer (Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd./1).

<sup>34</sup> Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

<sup>35</sup> D. Einwände Sulzers ergeben sich aus d. Antwortschreiben M. Hubers, des Rechtsberaters v. Bundespräs. Calonder, (an S., 16. IX. 1918, Nachl. Sulzer, Winterthur).

nahm<sup>36</sup>. Inzwischen hatte aber Berlin diesen Sondierungsversuch überhaupt schon aufgegeben, weil bei einer Unterrichtung der Schweizer Regierung die vorausgesetzte Geheimhaltung nicht mehr gesichert schien<sup>37</sup>. In der Tat sah sich Sulzer Ende September durch eine wohl von alliierter Seite lancierte Indiskretion bloßgestellt<sup>38</sup>. Damit war diese Aktion endgültig im Sande verlaufen.

## IV

Sehr im Gegensatz zu der Beflissenheit, mit der sich das Auswärtige Amt seit dem Frühjahr 1918 um das Fortspinnen aller nach Washington hinüberführenden Fäden bemühte, stand die Zurückhaltung, mit der es den angeblichen Sprecher Wilsons in der Schweiz, George Herron, behandelte. Gewiß duldete es weiterhin die Treffen, die zwischen ihm und Vertretern der gemäßigten deutschen Linken stattfanden, wie z.B. die Gespräche, die der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann im Winter 1917/18 zweimal mit ihm in Genf geführt hat. Haußmann konnte zwar auch nicht die Frage beantworten, wieweit Herron in allen seinen Äußerungen jeweils von Washington autorisiert war, und vernahm mit Bedenken die Ansicht Herrons, daß die Mittelmächte ihre Friedensvorschläge einem „Friedenstribunal“ zu unterbreiten haben würden<sup>39</sup>. Ungeachtet dessen betrachtete er Herron jedoch als „Hauptvertreter“ Wilsons in der Schweiz und zeigte sich von seinen Darlegungen im ganzen günstig beeindruckt. War das Entscheidende nicht, daß Herron die sofortige Einleitung von Verhandlungen durch Wilson mit dem Ziel einer Verständigung in Aussicht gestellt hatte, wenn sich das Reich nur bereit erklärte, Wilsons allgemeinen Friedensgrundsätze (Völkerbund und Abrüstung) zu akzeptieren und in einigen wenigen konkreten Streitfragen – etwa durch Zusicherung der vollen Wiederherstellung Belgiens und durch die Gewährung eines autonomen Status für Elsaß-Lothringen – Amerika entgegenzukommen<sup>40</sup>? Im Februar 1918 fügte Herron die Annahme der von Wilson am 11. des Monats aufgestellten vier Grundsätze als Vorbedingung Amerikas für Friedensverhandlungen noch hinzu und dürfte damit nicht nur die Haltung der Führer der deutschen Linksparteien, sondern vielleicht auch die Reichsleitung selbst beeinflusst haben. Entsprach doch bekanntlich der Reichskanzler mit seiner Rede vom 25. dieser Aufforderung – möglicherweise, wie Haußmann nachträglich vermutet hat, in Kenntnis von Herrons Anregungen<sup>41</sup>.

<sup>36</sup> Romberg an Hertling, 30. VIII. u. 26. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2; ds. an AA, 17. IX. 1918, ebd.

<sup>37</sup> Hintze an Romberg, 23. IX. 1918, ebd.

<sup>38</sup> S. u. Anm. 81.

<sup>39</sup> Haußmann, Aufz., 1. I. 1918, PAAA Wkg 2 geh/55.

<sup>40</sup> Haußmann, Aufz., 17. II. 1918, BA Schw; ds. an Kühlmann, 24. II. 1918, PAAA Wkg 2 geh/57; Hertling, Aufz., 23. I. 1918, ebd./56; Max v. Baden, Erinnerungen u. Dok. (1927), S. 226.

<sup>41</sup> Haußmann, Aufz., 17. II. 1918, BA Schw; IF II, S. 580.



Hauptmittelsmann zwischen Herron und den deutschen Politikern ist dann jedoch, wie schon angedeutet, der österreichisch-bayerische Journalist Robert de Fiori geworden. Diesen hatte Friedrich Wilhelm Foerster, ein alter Bekannter Herrons, von München aus Anfang Juni mit einem Empfehlungsschreiben bei Herron eingeführt. Foerster hoffte, durch Vermittlung Herrons den amerikanischen Präsidenten zu einer Wiederaufnahme seiner im Zeichen nicht-militaristischer Friedensziele stehenden, gegen die Zentralmächte gerichteten politischen Offensive überreden zu können<sup>42</sup>. De Fiori sicherte sich darüber hinaus die Zustimmung Adolf Müllers, der schon im März mit Herron Fühlung aufgenommen hatte und, nach anfänglichen Bedenken, de Fiori dann doch „zur Erlangung psychologischen Materials“ gewähren ließ, wie er unverzüglich dem bayerischen Ministerpräsidenten berichtete<sup>43</sup>. Von einem amtlichen Auftrag von Seiten der bayerischen Regierung kann bei alledem natürlich keine Rede sein.

De Fiori ist daraufhin in den Folgewochen und -monaten mehrfach mit Herron zu Aussprachen über die Friedensfrage zusammengetroffen, die sich gelegentlich über mehrere Tage hinzogen. Unaufgefordert informierte er darüber das Auswärtige Amt und – mit dessen Wissen – den bayerischen Ministerpräsidenten<sup>44</sup>. Der Tenor dessen, was der amerikanische Extheologe seinem deutschen Gesprächspartner (nach dessen Berichten) ans Herz legte, klang ähnlich den Eröffnungen, die Haußmann bereits von ihm gehört hatte: Amerika sei nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland zu vernichten, sondern um es für den Gedanken einer gesitteten Rechtsgemeinschaft zu gewinnen. Das amerikanische Ziel sei ein Frieden der Verständigung – nicht des Kompromisses! –, welcher der amerikanischen Weltanschauung entsprechen, Deutschland machtmäßig aber nicht beschneiden würde. Wilson sei zu geheimen Vorverhandlungen zu einem solchen Frieden sofort bereit, wenn Deutschland sich nur entschlosse, den ersten Schritt zu tun, wenn es ein klares Bekenntnis zu den außen- und innenpolitischen Grundsätzen des amerikanischen Präsidenten ablegte und seine Bereitschaft erklärte, die elsass-lothringische und die „posen-polnische“ Frage auf einem Friedenskongreß zu erörtern, wenn es ferner einer „freundschaftlichen Erörterung“ der Frieden von Brest und Bukarest zustimmen würde, Belgien freigäbe und seinen Gegnern ermögliche, auch ihrerseits ein Bekenntnis ihres Anteils an der Schuld am Weltkrieg abzulegen. „In Deutschland müßten unzweideutige Tatsachen für die ehrliche Gesinnung der Regierung und des Reichstages klares und offenes Zeugnis ablegen“. Ein Minimum sei hier die Reform des preußischen Wahlrechtes. Für den Fall, daß Deutschland die ausgestreckte Friedenshand Amerikas indessen ausschläge, drohte Herron

<sup>42</sup> Foerster an Herron, 8. V. [?] 1918, HeSt.

<sup>43</sup> Müller an Dandl, 16. VI. u. 24. VII. 1918, GStAM MA I/951: M. wollte de F. gewähren lassen, um ihn u. Herron aus den Gesprächen mit Sulzer herauszuhalten. – März-Kontakt: s. u. Anm. 62.

<sup>44</sup> De Fiori an v. Bergen, 13. u. 20. VI. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61; Herron, Memor., 14. VI. 1918, bei: R. Lutz, *The Fall of the German Empire*, I (1932), S. 513 f. (fortan zit.: Lutz I).

mit einem Krieg à outrance, in dem dann auch das militärische Gewicht seines Landes voll zum Tragen kommen würde:

„Im Frühjahr [1919] werden an der Westfront 5 Millionen . . . Amerikaner stehen . . . Meine militärischen Freunde schwelgen schon im Vorgenusse der Bombenabwürfe auf Düsseldorf, Köln, Karlsruhe, Hamburg, Berlin und versichern, diese Städte würden einfach niedergelegt werden“,

warnte er: Aus den amerikanischen Puritanern würden dann Fanatiker<sup>45</sup>. Das war natürlich wenigstens zum Teil psychologische Kriegführung.

In allen seinen Verlautbarungen gab sich Herron – nach de Fiori – den Anschein, als handele er, wenn auch nicht amtlich, so doch offiziös ganz im Sinne Wilsons. Einmal berief er sich auf amtliche Instruktionen<sup>46</sup>.

Obwohl de Fiori sich von den Ausführungen dieses „ehrliehen Ideologen“ beeindruckt zeigte, blieb das Auswärtige Amt bei seiner Zurückhaltung und stellte auch im September 1918 die Bekanntgabe der deutschen Friedenswünsche an Herron nur für den Fall in Aussicht, daß dieser seinerseits die amerikanischen präziserte. Gegen ein Fortbestehen eines unverbindlichen Kontaktes lagen weiter keine Bedenken vor, und Herrons Darlegungen wurden immerhin für wichtig genug befunden, um an den Reichskanzler und mindestens einmal auch an die OHL weitergeleitet zu werden<sup>47</sup>.

Mit dieser Reserve geriet die amtliche deutsche Außenpolitik Mitte September 1918 in Konflikt mit den Anschauungen der Politiker der deutschen Linken. Schon Haubmann, so sahen wir, hatte die vom Auswärtigen Amt Herron gegenüber an den Tag gelegte Skepsis nicht ganz zu teilen vermocht<sup>48</sup>. Noch mehr galt dies für die sozialdemokratischen Parteifreunde de Fioris, denen er direkt berichtete. Deutlich wurde dies im Interfraktionellen Ausschuß, in dem sich Scheidemann im Herbst 1918 mehrfach auf Herron berief, dessen Prophezeiungen sich doch alle bewahrheitet hätten. War es nicht eine „unerhörte“ Unterlassung, daß das Auswärtige Amt diesen Faden nicht aufgegriffen hatte? Für Scheidemann stand also die Authentizität Herrons als autorisierten Sprachrohrs des amerikanischen Präsidenten außer Zweifel. Ähnliches vermutete auch der „Vorwärts“<sup>49</sup>. Das Auswärtige Amt hatte einige Mühe, die Wogen zu glätten, als es die Anhaltspunkte für seine Herron gegenüber gewährte Skepsis dem Hauptausschuß des Reichstages zu-

<sup>45</sup> De Fiori an AA, 13. VI. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61; ds., 8. u. 18. VII., 31. VIII. u. 6. IX. 1918, ebd. Wkg ggeh/1 bzw. /2; ds., 5. IX. 1918, ebd. Wkg 2/82. Herron erklärte schon beim ersten Treffen mit de F.: „Amerika ist in den Krieg getreten, um Deutschland zu ernüchtern und für den Gedanken einer gesitteten Rechtsgemeinschaft . . . zu gewinnen, nicht um es . . . zu vernichten“ (De Fiori an AA, 15. VI. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61).

<sup>46</sup> De Fiori an v. Bergen, 29., auch 18. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

<sup>47</sup> De Fiori an AA, 20. VI. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Weisung an de F. v. Rheinbaben, 15. VIII. 1918, ebd. Weiterlgt.: Randnot. zu de F. an AA, 15. VI. u. 18. VII. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61 bzw. ebd. ggeh/1. Auch: De F., Aufz., 25. VIII. u. 29. IX. 1918, ebd. Wkg 2 geh/63.

<sup>48</sup> Hs. Zus. zu: Romberg an Hertling, 29. III. 1918, PAAA Wkg 2 geh/58.

<sup>49</sup> Bespr. v. 13. u. 15. IX. 1918, IF II, S. 577 ff. u. 597 f.

gänglich machte. De Fiori seinerseits wurde vom Auswärtigen Amt zu strikter Geheimhaltung seiner Informationen gegenüber „parlamentarischen und politischen Stellen“ ermahnt<sup>50</sup>.

## V

Konkrete Ergebnisse hatten damit weder die vom Auswärtigen Amt noch die von deutschen Linkspolitikern ausgehenden Verständigungsversuche erbracht. Es wird noch zu untersuchen sein, wieweit die Verantwortung dafür der amerikanischen Regierung zufiel. Aber lag nicht unabhängig davon mindestens ein Teil der Schuld auf der deutschen Seite? Eine Antwort auf diese Frage soll gefunden werden, indem die geschilderten deutschen Anknüpfungsversuche unter den beiden anfangs herausgestellten Hauptgesichtspunkten noch einmal resümierend ins Auge gefaßt werden. Wir fragen:

1. Beabsichtigen die Deutschen *taktisch* lediglich den Abschluß eines Separatfriedens mit den Vereinigten Staaten; d.h. spekulierten sie auf deren Ausscheiden aus der gegnerischen Koalition? Oder kam es ihnen auf die Einleitung allgemeiner Friedensverhandlungen an?

2. War die Reichsleitung *kriegszielpolitisch* von Anfang an bereit, sich im Westen wie im Osten ganz auf den Boden des Wilsonschen Programmes zu stellen – mindestens so, wie sie es verstand?

Was die konkreten Kriegsziele anlangt (um mit der letzten Frage zu beginnen), so sind die deutschen Absichten relativ leicht faßbar: Im Westen war bekanntlich bis Anfang September 1918 von einer positiven, öffentlichen und dadurch verbindlichen Zusage für eine volle Wiederherstellung Belgiens nicht die Rede. Die deutsch-amerikanischen Sondierungen bestätigten im ganzen dieses Bild. Bemerkenswert ist nur der eine Satz in der von Hertling über McCormick an Wilson gerichteten Botschaft:

„Wir erwarten nicht, daß wir Belgien behalten werden und daß wir seine Souveränität antasten . . .“

Doch wurde diese Zusage durch Haniels ergänzende Bemerkung qualifiziert, Deutschland sei nicht der Ansicht, daß seine Flamenpolitik diesem Grundsatz und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspräche<sup>51</sup>.

Ein positives Versprechen der Wiederherstellung Belgiens enthielt aber auch Hertlings Satz noch nicht. Ein solches wurde, amtlichen Instruktionen entsprechend auch noch Ende August von Romberg bei seinem Gespräch mit Sulzer vermieden<sup>52</sup>.

<sup>50</sup> D. Aufz. d. AA. v. 22. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2, war ausdrückl. f. d. Hauptauschuß d. Reichstages bestimmt. Ferner Notiz d. AA, 13. X. 1918, ebd., S. 096.

<sup>51</sup> (McCormick), Message from Ct. Hertling, 17. III. 1918, WWW (vgl. Anm. 60).

<sup>52</sup> Romberg, Aufz., 20. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; ds. an AA, 24. VIII. 1918, ebd.; Ritter, IV, S. 397 f.



Erst am 31. August ermächtigte Berlin seinen Gesandten in Bern auf dessen dringendes Ersuchen hin, die „vorbehaltlose“ Freigabe Belgiens „ohne Vorbelastung“ zu versprechen, wenn, wie gesagt, Amerika einer einschränkenden Interpretation der Vierzehn Punkte zustimmte und wenn Deutschland in Belgien auch zukünftig gleichgestellt wäre – die Belgienformel, auf die sich OHL und Reichsleitung angesichts der endgültig entschwindenden Siegesaussichten nach gespenstisch langem Feilschen um Worte geeinigt hatten<sup>53</sup>. Erst Bedenken Rombergs führten schließlich am 12. September zum Fortfall auch dieses letzten Vorbehalts<sup>54</sup>. Das gleiche Bild bieten die über Mittelsmänner (Graf Törring) geführten direkten Verhandlungen mit der belgischen Regierung: Auch hier ein Hinauszögern der deutschen Freigabeerklärung bis zu einem Moment, da der Waffenstillstandsantrag schon unmittelbar bevorstand<sup>55</sup>.

Ebenso wenig kam die Reichsleitung in der Frage der Zukunft der Reichslande entgegen. Selbst der gar nicht voll autorisierte Mittelsmann de Fiori wahrte hier größte Zurückhaltung<sup>56</sup>. Amtlicherseits wurden alle deutschen Friedensfühler im Sommer 1918 unter dem Vorbehalt ausgestreckt, daß die Integrität des Reichs-territoriums nicht diskutiert würde<sup>57</sup>. Von dieser Haltung ist das Auswärtige Amt selbst erst mit seiner am 31. August an Romberg gerichteten Instruktion abgewichen, die nun auch eine Erörterung des deutschen Standpunktes in dieser Frage bei Friedenssondierungen nicht mehr ausschloß. Keinesfalls, so fügte Hintze auch jetzt noch hinzu, dürfte jedoch von einer Frankreich geschuldeten „Genugtuung“ gesprochen werden (was Wilson gefordert hatte!), sondern allenfalls von „irgend“-welchen Konzessionen an den französischen Nationalstolz<sup>58</sup>.

Schon die für Mensing ausgefertigte Notiz enthielt die Erklärung der deutschen Bereitschaft, grundsätzlich über *alle* Fragen mit Wilson zu diskutieren, die nicht die Integrität des Reichsgebietes berührten. Galt dies auch für die politische Neuordnung Osteuropas? In seiner Rede vom 25. Februar hatte sich Hertling ausdrücklich die Einmischung der Alliierten in die Friedensregelung in Osteuropa verboten. Genau dieser Gedanke tauchte auch noch bei der ersten zwischen Romberg und Sulzer geführten Unterredung wieder auf, obwohl Romberg persönlich ihn nicht mehr für richtig hielt<sup>59</sup>. Nur einmal hatte die Reichsleitung Wilson gegenüber ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auch den Brester Frieden auf dem zukünftigen Gesamtfrieden zur Diskussion zu stellen, und zwar in der McCormick übergebenen Botschaft. Hier war es Haniel, der zugab, daß der

<sup>53</sup> Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Payer, Aufz., 19. I. 1919, ebd. Wkg 23 geh/32; Ritter IV, S. 402.

<sup>54</sup> Zus. zu: Romberg an AA, 11. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2.

<sup>55</sup> Ritter IV, S. 403 f.

<sup>56</sup> De Fiori an AA, 8. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; amerik. Quellen dazu s. u. Anm. 120.

<sup>57</sup> Z. B. (McCormick), Message from Ct. Hertling, 17. III. 1918, WWW (vgl. Anm. 60).

<sup>58</sup> Zus. Hintzes zu: Bussche an Hintze, 5. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.; vgl. auch Anm. 54.

<sup>59</sup> Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd., u. ds., Aufz.; 20. VIII. 1918, ebd.

„gegenwärtige Status im Osten nicht die tatsächliche Verwirklichung der von Deutschland anerkannten Vier Grundsätze Wilsons . . . darstellte . . .“<sup>60</sup>.

Aber dies war nur Haniels persönliche Meinung! Hertling schränkte gleichzeitig diese Bemerkung wieder ein, indem er nur deutsche Annexionsabsichten im Osten abstritt, für Deutschland aber im übrigen das Recht in Anspruch nahm, den Territorien Schutz zu erweisen, die ihn nach ihrer Abtrennung vom ehemaligen Zarenreich suchten<sup>61</sup>.

Daß man auf deutscher Seite (bis Ende August) nicht ernsthaft gewillt war, den Brester Frieden im Rahmen einer Gesamtfriedensregelung dem Urteil u. a. Wilsons zu unterbreiten, bewies schon die deutsche Reaktion auf eine entsprechende Aufforderung Herrons, die Adolf Müller Anfang März übermittelt hatte. Das Auswärtige Amt hielt diesen Wunsch für „höchst bedenklich“, und Herron wurde im Namen Hertlings abschlägig beschieden<sup>62</sup>. Ebenso fiel in der ersten Instruktion (vom 12. Juli), die Rombergs Sprache gegenüber Sulzer regelte, ein Passus wieder fort, der den Brester Frieden als nicht endgültig bezeichnet hatte<sup>63</sup>. Die deutsche Diplomatie verharrte in dieser Haltung, obwohl Mittelsmänner sie immer wieder auf das besondere Interesse aufmerksam gemacht hatten, das Wilson der Rußlandfrage entgegenbrachte<sup>64</sup>.

Erst in dem mehrfach erwähnten Erlaß vom 31. August wurde dann Romberg ermächtigt, Sulzer mitzuteilen, daß Deutschland einer Diskussion seines Standpunktes auch in der Frage des Ostfriedens nicht ausweichen würde, wenn es auch – immer noch! – der Ansicht sei, daß dieser im Prinzip dem Selbstbestimmungsrecht entspreche<sup>65</sup>. Dessenungeachtet rief der Vizekanzler Payer öffentlich noch am 12. September den Westmächten ein „Hände weg von Osteuropa“ zu<sup>66</sup>.

Angesichts dieser Zeugnisse bleibt für die einzig aus diesem Rahmen fallende, entgegnkommende Äußerung Haniels in der über McCormick an Wilson gerichteten

<sup>60</sup> Personal Remarks of B. Haniel, in: McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW.

<sup>61</sup> (McCormick) Message from Ct. Hertling, 17. III. 1918, WWW (vgl. Anm. 60).

<sup>62</sup> Zus. Bussches zu: Romberg an AA, 9. III. 1918, PAAA Wkg 2 geh/57. Vorgang: v. Böhm (bayer. Ges. in Bern) an Dandl, 7. III. 1918; Lerchenfeld an ds., 31. III. 1918: „Graf Hertling hat sich dahin geäußert, daß die von Professor Herron genannte Bedingung (Abschluß eines aus gemeinsamem Einverständnis aller Kriegführenden entstandenen Gesamtfriedens anstelle einer Anzahl von Separatfrieden und daher Revision der bisher geschlossenen Friedensverträge) unsererseits nicht zugegeben werden könne . . .“; Dandl an v. Böhm, 6. IV. 1918, alles: HStAM MA 97593.

<sup>63</sup> AA an Romberg, 12. VII. 1918, PAAA Wkg 2/79. Damit soll nur gezeigt werden, welche Rolle die Ostfriedensfrage in den deutschen Angeboten an Wilson gespielt hat, nicht jedoch ein endgültiges Urteil über die intern von Deutschland anvisierten Fernziele in Osteuropa abgegeben werden. Dazu vgl. W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik (1967), S. 327 u. 394; W. Steglich, D. Friedenspolitik d. Mittelmächte I, S. 410 ff.; ferner Ursachen u. Folgen, hg. v. H. Michaelis, II, S. 230.

<sup>64</sup> Haußmann an AA, 11. III. 1918, PAAA Wkg 2 geh/57; de Fiori an Haniel, 2. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2; ds. an Rheinbaben, 14. IX. 1918, ebd.; Haniel. Aufz. v. 9. IV. 1918, ebd./1.

<sup>65</sup> Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, ebd.

<sup>66</sup> Schultheß, Deutscher Gesch.-Kal., Jg. 1918, I, S. 287; IF II, S. 702.

teten Botschaft nur die Erklärung, daß sie, wie Haniel ja selbst hervorhob, nur seiner eigenen Überzeugung entsprach, nicht aber „Amtsmeinung“ gewesen ist. Daß Deutschland nach außen hin zum Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes im Osten werden müßte, wenn es im Westen zu einer Verständigung gelangen wollte, war in der Tat seine persönliche Ansicht. Er selbst, der einstige Attaché an der deutschen Botschaft in Washington, war es auch, der sich von einer amerikanischen Friedensvermittlung besonders viel versprach. Er tat deshalb alles, um das deutsche Verhandlungsangebot möglichst attraktiv erscheinen zu lassen, eine Taktik, die auch seine uns schon bekannten sehr offeneren Äußerungen zur inneren Lage im Reich erklärt<sup>67</sup>.

Alles in allem aber war die deutsche Politik bis Anfang September 1918 nicht bereit, sich bereits im Vorhinein und bedingungslos auf den Boden einer selbst für Deutschland günstigen Auslegung der Vierzehn Punkte zu stellen – auch nicht im Osten.

Waren die deutschen Friedensfühler dann also nur machiavellistische Taktik mit dem Ziel, die gegnerische Koalition durch einen deutsch-amerikanischen Separatfrieden zu sprengen? Diese Schlußfolgerung läßt sich aus dem deutschen Verhalten nicht ableiten. Haniel selbst hat jede derartige Absicht für die deutsche Politik verneint. McCormick, sein Mittelsmann, berichtete in diesem Sinne auch an Wilson<sup>68</sup>. Charakteristisch waren auch die Argumente, mit denen das Auswärtige Amt im Sommer 1918 die Politik einer vorsichtigen Annäherung an Wilson gegenüber den Militärs verteidigte. Natürlich hat es dabei auch kriegspsychologische Gesichtspunkte geltend gemacht, d.h. den Wunsch, die Kriegsbereitschaft der Amerikaner durch extreme militärische Maßnahmen nicht noch mehr zu steigern<sup>69</sup>. Das Hauptmotiv der deutschen Politik war dies indessen nicht, sondern die Hoffnung, Wilson, den A. Müller und Haniel als Vertreter der Idee eines „Weltgleichgewichtes“ aufgrund des Rechts bezeichneten, beim Wort nehmen und zu einer allgemeinen Friedensanbahnung gewinnen zu können<sup>70</sup>. Das Auswärtige Amt hat sich zu diesem Ziel der OHL gegenüber offen bekannt, wenn es am 21. Juni erklärte:

„Endlich sollte auch nicht übersehen werden, daß wir zwar die Hoffnung haben dürfen, unsere übrigen Gegner niederzukämpfen, daß wir aber schwerlich je in

<sup>67</sup> Haniel, Aufz., 20. V. 1918, PAAA Wkg 2/75: Beim rechtzeitigen Eintreffen d. amerik. Hilfe für d. Entente bliebe nur die Verständigung. Dann müsse Deutschld. d. Selbstbestimmungsrecht „fest und ehrlich“ anerkennen oder doch die „Kulisse“ wahren, um nicht als Zwingherr der Völker zu erscheinen. Ds., an Hintze, 31. VII. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1.

<sup>68</sup> McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW: Deutschld. wolle Wilson nicht von der Entente trennen, sondern mit ihm als deren Vertreter verhandeln. Auch: Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1. Die m. E. nicht haltbare These von einem v. Deutschland erhofften Separatfrieden mit d. U.S.A. bei Fischer, Griff . . . , 3. Aufl., S. 846.

<sup>69</sup> Prot. v. 29. VII. 1918, in: D. Werk d. Untersuchungsausschusses, 4. Reihe: D. Ursachen . . . , II, S. 350.

<sup>70</sup> A. Müller an Dandl, 24. VII. 1918, GStAM MA I/951: . . . „Wilson – man mag sich noch so sehr gegen diese Einsicht wehren – hat den Finger am Hebel . . .“ [zur Anbahnung des Friedens]. Ähnl. ds. an v. Bergen, 25. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Haniel, Aufz., 31. VII. 1918, ebd.; Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.



der Lage sein werden, Amerika den Frieden zu diktieren. Andererseits ist immerhin die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Amerika, gerade weil es nicht um seine Existenz kämpft, schließlich am ersten zum Frieden geneigt sein und in diesem Sinne auf die Entente einwirken wird.<sup>71</sup>

Diese Politik einer allgemeinen Friedensanbahnung über Wilson hatte freilich den Nachteil, daß dieser nicht nur außen- sondern auch innenpolitische Vorbedingungen für den Friedensschluß aufgestellt hatte; doch nahm die Reichsleitung diese, wie wir an der Antwort auf die McNallysche Anregung sahen, wenig ernst. Selbstverständlich sollten die Vorgespräche in strengster Vertraulichkeit stattfinden – dies jedoch nicht mit dem Ziel, die Alliierten ein für allemal auszuschließen, sondern nur, um die Gespräche überhaupt erst in Gang zu bringen. Nach den Erfahrungen, die man mit dem Friedensschritt im Dezember 1916 gemacht hatte, war dies eine begreifliche Vorsichtsmaßnahme<sup>72</sup>. Die Friedensfühler nach Amerika haben also gezeigt, daß die Reichsleitung zwar nicht zu materiellen Vorleistungen zur Anbahnung von Friedensgesprächen bereit gewesen ist, daß sie aber sehr wohl die Hoffnung hegte, durch Vermittlung Wilsons die Kriegsziele Deutschlands und die der Entente annähernd in Übereinstimmung zu bringen. Wieweit derartige Hoffnungen gerechtfertigt waren, werden wir sehen, wenn wir uns nun der amerikanischen Reaktion auf die deutschen Friedensfühler zuwenden.

## VI

Die im Frühjahr und Sommer 1918 gehaltenen Reden des amerikanischen Präsidenten deuteten auf eine zunehmende Verhärtung seines Standpunktes hin. Diese nach außen sichtbare Haltung stand mindestens einmal – zur Zeit der deutschen Frühjahrsoffensive – in eindeutigem Widerspruch zu Wilsons persönlicher Einstellung, als sich nämlich der Präsident für kurze Zeit tatsächlich (und widerwillig genug!) mit dem Gedanken an einen militärisch nicht entschiedenen Kriegsausgang abfinden zu müssen glaubte. Sobald sich die militärische Lage besserte, wies er derartige Vorstellungen jedoch wieder von sich<sup>73</sup>.

Spiegelte nun die amerikanische Geheimdiplomatie diese Haltung Wilsons wider? Wie verhielt sich das amtliche Washington zu den zahlreichen Anknüpfungsversuchen, die uns auf der deutschen Seite bekanntgeworden sind?

Um ein Gesamtbild zu gewinnen, müssen wir zunächst einige dieser Sondierun-

<sup>71</sup> Hertling, Aufz. f. Grünau, 21. VI. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 3/3–5; Kühlmann lt. Protok. v. 23. VI. 1918, ebd.; AA an Lersner, 26. VI. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1: Verhandlungen [mit den U.S.A. u. d. Entente] mußten „doch einmal“ stattfinden.

<sup>72</sup> So Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1: „Die Aussprache between gentlemen . . . würde also zunächst ein ganz vertraulicher Meinungsaustausch“ sein, . . . „unter strengster Geheimhaltung vor den anderen Mächten, da jede Betätigung Dritter die zarte Pflanze der Verständigung zu vernichten droht . . .“ Ähnl. Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.

<sup>73</sup> Dte. Rev., Kap. I/2.

gen, jetzt aus amerikanischer Perspektive, für sich untersuchen. Da war z.B. die Verbindung, die von der amerikanischen Gesandtschaft im Haag über deren Mitarbeiter A. Kirk und J. Noeggerath nach Berlin zu Kurt Hahn und dem Kreis gemäßigt-liberaler Politiker um Hans Delbrück und Prinz Max von Baden führte: Nach dem Wunsch der amerikanischen Regierung durften Fühlungnahmen mit diesen Persönlichkeiten auf keinen Fall offiziellen Charakter annehmen<sup>74</sup>. Ebenso fand die im Auswärtigen Amt mit einigen Erwartungen verknüpfte Friedensaktion Harold McCormicks auf amerikanischer Seite nur ein zurückhaltendes Echo. Aus den amerikanischen Akten geht hervor, daß House den Industriellen während seines Europaaufenthaltes im Spätherbst 1917 auf eine entsprechende Anfrage hin in der Tat dazu ermutigt hatte, interessante diplomatische Informationen von der Gegenseite an ihn weiterzuleiten. McCormick berief sich auf diese Andeutungen, als er (erst Ende April) in Washington um ein persönliches Gespräch mit Wilson nachsuchte, um diesem die Botschaft Hertlings direkt auszuhändigen, in deren Besitz er Ende März gelangt war<sup>75</sup>. Wilson entsprach diesem Wunsch nur halb, indem er die amerikanische Gesandtschaft in Bern lediglich dazu ermächtigen ließ, einen versiegelten Brief von McCormick in Empfang zu nehmen und mit der Diplomatenpost nach Washington zu übersenden, eine Komplikation, die also nicht (wie man auf deutscher Seite vermutete) lediglich von der als deutschfeindlich bekannten amerikanischen Gesandtschaft ausgegangen war<sup>76</sup>. Die Botschaft erreichte auf dem vereinbarten Weg das Weiße Haus am 14. Juni<sup>77</sup>. Tags zuvor hatte der Präsident McCormick bereits persönlich empfangen<sup>78</sup>. Was dieser bei der ohnehin kurzen Begegnung über die deutsche Friedensbereitschaft zu berichten hatte, hinterließ bei Wilson offenbar keinen nachhaltigen Eindruck. Fand dieser es doch am nächsten Tag nicht einmal nötig, den Brief McCormicks, der die deutsche Botschaft enthielt, auch nur zu öffnen! Sein Wortlaut konnte so erst lange nach dem Tode des Präsidenten bekannt werden<sup>79</sup>.

Eine Woche vor dem Besuch McCormicks hatte Wilson eine, wie es scheint, ausführlichere Besprechung mit dem Schweizer Gesandten Sulzer, der vor einer Fahrt nach Europa stand<sup>80</sup>. Daß der amerikanische Präsident bei dieser Gelegenheit die wenige Wochen später von Sulzer in Gang gesetzte Vermittlungsaktion angeregt hätte, ist unwahrscheinlich; denn als ihm einige Wochen später (Anfang September 1918) das Gerücht zu Ohren kam, er habe Sulzer im vergangenen Frühjahr schriftlich zu Verhandlungen mit Deutschland in seinem Namen autorisiert, solange sein eigener Einfluß im Lager seiner Verbündeten noch stark sei, forderte er

<sup>74</sup> Lansing an Garrett, 14. I. 1918, NA 862.00/243; auch FR 1918, I, 1, S. 81.

<sup>75</sup> Anlagen zu McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW; vgl. NA 763.72119/1624 u. /1650.

<sup>76</sup> Kühlmann an Lersner, 25. VI. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 5/3-5.

<sup>77</sup> Stempel auf: Stovall an Lansing, 20. V. 1918, NA 763.72119/1735.

<sup>78</sup> R. Baker, *Life and Letters of W. Wilson*, VIII, S. 151 u. 209.

<sup>79</sup> Ebd. u. Ritter IV, S. 370.

<sup>80</sup> Am 7. VI. (Baker VIII, S. 195).

Sulzer sofort zu einem Dementi auf, das dieser auch unverzüglich abgab<sup>81</sup>. Darüber hinaus ist die Unsicherheit, mit der Sulzer reagierte, als ihm im September ein ernsthaftes deutsches Vermittlungersuchen vorlag, ein Indiz für das Fehlen irgendeiner Verhandlungsvollmacht von Seiten Amerikas. Aus amerikanischer Sicht bestätigt sich also, daß die Initiatoren dieser Sondierung der Schweizer Bundesrat Schultheß und Sulzer selbst gewesen sein dürften, wobei es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß sich Sulzer auf einige scheinbar ermutigende Andeutungen des immer kontaktfreudigen Col. House (nicht aber Wilsons!) stützen konnte<sup>82</sup>.

Ausführlicher als über Sulzer berichten die amerikanischen Quellen über den Züricher Vizekonsul McNally. Sie lassen erkennen, daß McNallys eigenartige Spanienreise, welche die deutsche Sondierung so lange verzögerte, aus amerikanischer Sicht auf Spionageaufträgen beruhte und daß die Freilassung McNallys aus französischer Haft auf eine Intervention der amerikanischen Regierung selbst zurückging<sup>83</sup>. Schon im Februar 1918, einem Zeitpunkt also, als nach Ausweis der deutschen Akten seine offiziösen Gespräche mit Mensing noch gar nicht begonnen hatten, hatte er an seine vorgesetzte Behörde von der Friedensbereitschaft Hertlings berichtet<sup>84</sup>. Nach Zürich entlassen, wiederholte er (am 4. Mai) diese Mitteilung und berief sich jetzt zum ersten Male auf seinen Schwiegersohn als seine Quelle<sup>85</sup>. Das Eingreifen seiner Regierung zu seinen Gunsten verdankte er indessen nicht diesen Meldungen, sondern seinen bereits von Paris aus übermittelten Hinweisen auf Pläne für eine weitere deutsche Offensive im Westen, die ihn angeblich in Zürich erwarteten, und zwar, so konnte man ihn verstehen, im Zusammenhang mit dem dortigen Aufenthalt seines Schwiegersohnes Mensing. Diese Andeutungen veranlaßten das Abwehrbüro des State Department, McNally am 17. Mai die Erlaubnis zu geben, seinen Schwiegersohn „unter größter Diskretion“ zu treffen<sup>86</sup>.

<sup>81</sup> Wilson an Lansing, 23. IX. 1918, WWW: . . . „I cannot believe that Dr. Sulzer did anything so dishonorable. Of course, I gave him no such authorization and no such letter, and it is important that the Legation at Berne should . . . correct this outrageous statement . . . conveying the denial directly or indirectly to the German Minister there . . .“. Vorgang: Stovall an Lansing, 12. IX. 1918, NA 763.72119/1897; Lansing an Wilson, 19. IX. 1918, WWW. Dementi Sulzers: Stovall an Lansing, 29. IX. 1918, NA 763.72119/1996.

<sup>82</sup> House hatte Sulzer bei Wilson wie folgt eingeführt: Sulzer kehre auf Weisung seiner Regierung zurück, die wohl einer deutschen Anregung entspreche. Bei seiner Entente-freundlichen Haltung sehe er – House – ihn als gutes Medium „to convey to the Germans anything we desire them to know . . .“. (H. an Wilson, 11. VI. 1918, House Collection, New Haven, Conn.).

<sup>83</sup> Für hier nicht interessierende Details vgl. Stovall an Lansing, 10. V. 1918, NA 123. M 23/246, u. McNally an A. Busch, 3. V. 1918, Nachlaß Breckinridge Long, Library of Congress, Washington.

<sup>84</sup> FR 1918, I, 1, S. 130.

<sup>85</sup> McNally an Lansing, 4. V. 1918, ebd., S. 229: Hier erstmal. Erwähnung d. Hertlingschen Memorandums v. Anf. März.

<sup>86</sup> Harrison an H. Wilson, 17. V. 1918, in: Stovall an Lansing, 10. V. 1918, NA 123. M 23/246, auch ebd./238. Für deutschen Gebrauch machte McNally daraus: Die Angaben, die er von Mensing erhalte, würden in Washington interessieren, Diskretion werde zugesichert

Was als Ergebnis dieser Zusammenkünfte (von denen die erste Anfang Juni stattgefunden haben dürfte) nach Washington gelangte, waren indessen nicht irgendwelche sensationellen militärischen Nachrichten, sondern zwei von McNally paraphrasierte deutsche Friedensbotschaften, die erste von Mitte Juni, die zweite die uns schon bekannte Erklärung vom 15./20. Juli 1918, in der sich die deutsche Regierung mit anscheinend nur geringfügigen Vorbehalten zu den von Wilson am 4. Juli verkündeten Vier Grundsätzen bekannte<sup>87</sup>.

In dem Telegramm (vom 29. Juli), das den Text der deutschen Erklärung enthielt, stellte McNally freilich einige eigenartige Behauptungen auf: die deutsche Regierung habe sich zu dieser Willensäußerung ganz ohne Aufforderung spontan von sich aus entschlossen; es sei ihr auch nicht bekannt, daß er – McNally – diese Erklärung nunmehr nach Washington drahte<sup>88</sup>! Nun wissen wir bereits, daß das Auswärtige Amt seine Friedensbereitschaft im Sinne McNallys erst erklärt hatte, nachdem dieser die angeblich von Wilson selbst stammende Aufforderung dazu vorgelegt hatte. McNally hatte dann die deutsche Erklärung mit der ausdrücklichen Aufforderung erhalten, sie an den Präsidenten weiterzubefördern. Also das genaue Gegenteil dessen, was McNally seiner Dienststelle berichtete!

Diese Widersprüche und zudem die Tatsache, daß sich die den Deutschen vorgelegte, angeblich auf Wilson zurückgehende Instruktion für McNally in den amerikanischen Akten nicht finden läßt, erlauben nur eine Erklärung: McNally hat allein und ohne Vorwissen seiner Regierung die fragliche Aufforderung „Wilsons“ verfaßt – offenbar in dem Wunsch, die Deutschen zum Sprechen zu bringen und damit einen Meinungs austausch über die Friedensbedingungen zwischen den U.S.A. und dem Reich in die Wege zu leiten. Er dürfte zu diesem riskanten Schritt sowohl von ideellen Motiven als auch von dem Wunsch, für sich selbst bei den erhofften Sondierungen eine zentrale Stellung zu sichern und so seine berufliche Position zu festigen, bewogen worden sein<sup>89</sup>.

Seine Hoffnungen auf ein Echo aus Washington erfüllten sich nicht. Seine Telegramme haben zwar Wilson vorgelegen, wurden aber von diesem ebensowenig einer Rückäußerung gewürdigt wie die von McCormick übermittelte Botschaft<sup>90</sup>.

(Romberg an AA, 24. V. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1). Dazu auch: Lansing, Desk Diary, 16. IV. 1918, Nachl. Lansing, Library of Congress, u. Gherardi an House, 2. V. 1918, House Collection, New Haven.

<sup>87</sup> McNally an Lansing, 17. VI. u. 29. VII. (Eingang) 1918, FR 1918, I, 1, S. 260 bzw. 294.

<sup>88</sup> Hertling habe eine Erklärung weiterleiten lassen wollen, daß Deutschland Wilsons Bedingungen annehme: „I replied that I was not permitted to without the consent of the Department . . . Believing now, however, that my Government would profit by a knowledge of its nature, I am transmitting unknown to them the complete text . . .“ (ebd.).

<sup>89</sup> D. Original d. zit. Telegr. zeigt keine Bezugnahme auf irgendeine Instruktion, die auch anderweitig i. d. NA nicht zu finden war (an d. Vf., 21. III. 1966). McN. hatte Lansing allerdings darüber informiert, daß er mit Mensing wieder Verbindung aufnehme (McN. an L., 18. VII. 1918, NA 123.M 23/262).

<sup>90</sup> Randverm. auf NA 763.72119/1825.



Seit diesem Mißerfolg zog es McNally zunächst vor, offiziell mit seinem Schwiegersohn nicht mehr zu verkehren<sup>91</sup>. Seine militärische Berichterstattung lief währenddessen weiter<sup>92</sup>.

## VII

Der Ausgang aller dieser Aktionen zeigt, daß sich Wilson keiner der genannten Mittelsmänner bei einer etwaigen Anbahnung von Friedensgesprächen zu bedienen gesonnen war. Lehnte er deshalb alle Verständigungsversuche in vertraulichem Rahmen ab? Diese Frage läßt sich erst schlüssig beantworten, wenn sein Verhältnis zu dem Vertrauensmann untersucht worden ist, den das Auswärtige Amt nicht ernst nehmen wollte, dem aber nun Wilson, wie wir gleich sehen werden, näher stand als allen anderen bisher erwähnten Mittelsmännern: Herron.

Aus der Perspektive der amerikanischen Akten, vor allem seiner eigenen Berichte, wird die Skepsis, mit der Berlin diesem Interpreten Wilsons gegenüberstand, verständlich; denn diese bestätigten seine Beziehungen zu deutschen Emigranten, deren Loyalität gegenüber dem damaligen Deutschland zumindest zweifelhaft war. Es zeigt sich darüber hinaus, mit wie tiefen Vorbehalten Herron in Wirklichkeit der gemäßigten Linken in Deutschland gegenüberstand. Dies galt selbst für Ludwig Quidde und erst recht für die Sprecher der regierungstreuen deutschen Sozialdemokratie wie z.B. Scheidemann, den Herron ganz als Werkzeug der deutschen Autokraten betrachtete<sup>93</sup>. So wie er die Dinge sah, gab es in Deutschland nur wenige echte Erneuerer wie z.B. F. W. Foerster und H. Haase und noch weniger wirkliche Märtyrer für die Sache der Demokratie – eigentlich nur einen: Karl Liebknecht<sup>94</sup>. Alle Verständigungsversuche innerhalb der gemäßigten Linken Europas verfolgte er deshalb mit Argwohn und bemühte sich z.B. nach Kräften, den Plan des holländischen Sozialisten Troelstra, eine europäische Sozialisten-Konferenz zur Erörterung der Friedensfrage einzuberufen, zu hintertreiben, um die Linke der Entente von den von einem solchen Treffen ausgehenden demoralisierenden Wirkungen zu bewahren<sup>95</sup>. Aus gleichem Grunde machten ihn, wie er bekannte, die Verständigungsbemühungen der Landsdowne-Gruppe „todkrank“<sup>96</sup>.

Eigenartigerweise hatte er trotzdem schon im Frühjahr 1918 den indirekten Kon-

<sup>91</sup> McNally an Lansing, 2. VIII. 1918, NA 123.M 23/266.

<sup>92</sup> Auch über die interne deutsche Diskussion über die Ausdehnung des verschärften U-Boot-Krieges! Vgl. NA 763.72/10720, /11084 bzw. /11348.

<sup>93</sup> Herron, Memor., 14. VI. 1918, Lutz I, S. 515 u. 537. Echo bei A. W. Dulles (Bern): Scheidemann sei „an unscrupulous . . . agent of the German government“ (an J. Dulles, 21. VIII. 1918, Nachl. Dulles, Princeton, N. J.).

<sup>94</sup> Herron, Memor., 7. VI. u. (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 537 bzw. HeSt. Herron stand auch mit einem „Anhänger“ Liebknechts in Fühlung (H., Memor., August [?] 1918, HeSt, u. ds. an Krause, 4. IX. 1918, ebd.).

<sup>95</sup> Stovall an Lansing, 2. IX. 1918, NA 763.72119/1884; Herron an Simons, 9. IX. 1918, HeSt, u. an Troelstra, 10. IX. 1918, bei: M. Briggs, Herron (1932), S. 61.

<sup>96</sup> Herron an Bland, 5. VIII. 1918, HeSt.

takt mit der ihm so wenig sympathischen regierungstreuen deutschen Linken nicht verschmäht. Er ließ sich in die geschilderten langen Gespräche mit de Fiori ein und schickte diesen selbst dann nicht davon, als er sich (im September) als Beauftragter u. a. Scheidemanns entpuppte und sich bemühte, Herron seinerseits als Kronzeugen für die von Scheidemann gegen die Regierung Hertling erhobenen Vorwürfe zu gewinnen<sup>97</sup>. Herron ging darauf nicht ein, schloß aber in seinem letzten vor dem deutschen Waffenstillstandersuchen an Wilson gerichteten Brief die Möglichkeit nicht mehr aus, daß schließlich doch auch Scheidemann zu den für Wilson akzeptablen deutschen Gesprächspartnern gehören könnte<sup>98</sup>. Hatte die Milderung des bisherigen Standpunktes der deutschen Sozialdemokraten in der Frage der Reichslande, von der Herron zu berichten wußte, diesen Sinneswandel herbeigeführt<sup>99</sup>? Betrachtete er Scheidemann jetzt als zu Wilson bekehrt? Oder war es nur gekränkte Eitelkeit gewesen, die ihn den deutschen Parteiführer so lange verleugnen ließ, als dieser über seinen Kopf hinweg Friedensgespräche anzubahnen wagte?

Wenn man den Berichten und Protokollen, die Herron nach Washington und nach London schickte, Glauben schenken darf<sup>100</sup>, so waren auf jeden Fall die Friedensvorstellungen, die er in seinen Gesprächen mit de Fiori entwickelte, mit denen der gemäßigten deutschen Linken in keiner Weise auf einen Nenner zu bringen. An erster Stelle stand für ihn ein innenpolitisches Ziel: der revolutionäre Umsturz im kaiserlichen Deutschland<sup>101</sup>. Wenn er sich in Gespräche mit mehr oder weniger oppositionellen Deutschen einließ, dann war es in erster Linie ein solcher innerer Umschwung beim Gegner, dem er den Weg bereiten wollte. Entweder, so schrieb er an den stellvertretenden amerikanischen Gesandten in der Schweiz, Hugh Wilson,

„die deutschen Völker müssen Buße tun und diese Buße dadurch beweisen, daß sie ihre Herrscher und ihr Regierungssystem beseitigen . . . , oder der Krieg muß andauern bis zur eindeutigen und eingestandenen Niederlage Deutschlands, . . . d. h. der völligen Zerstörung des Reiches . . .“<sup>102</sup>

Er war klug genug, dieses Ziel seinen deutschen Gesprächspartnern gegenüber stets nur anzudeuten, indem er von einem „notwendigen Akt des Glaubens“ sprach, einer „Geste des Vertrauens“ zur Menschheit, einem „Wandel“ in den Zielen eines neuen Deutschland und – immer wieder – von einem Beweis echter „Buße“<sup>103</sup>. Gegenüber den amerikanischen und britischen Empfängern seiner Be-

<sup>97</sup> Nach Herron soll de Fiori Scheidemann in Bern getroffen haben (H., Memor., 10. IX. 1918, Lutz I, S. 571 ff. u. WWV).

<sup>98</sup> Ebenda.

<sup>99</sup> Ebd., u. Stovall an Lansing, 10. IX. 1918, NA 763.72119/1992.

<sup>100</sup> Herrons Berichte galten an sich als unzuverlässig, seine Gespräche mit de Fiori hat er aber protokollieren lassen (im Stenogramm), so daß hier Umdeutungen nicht möglich waren (Briggs, Herron, S. 45 ff., 52, 66 ff.).

<sup>101</sup> Herron, Memor., 8. VII. 1918, HeSt; ds. an Wilson, 10. IX. 1918, WWV.

<sup>102</sup> Herron an Hugh Wilson, 16. VII. 1918, NA 763.72119/1863: . . . „It will not do to let these good Germans deceive themselves . . . Let them revolt first, and thereby prove their sincerity and capacity, and then ask for peace . . .“.

<sup>103</sup> Herron, Memor., 7. VI. u. (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 524, 559, 565 f.; ds. an Hugh Wilson, 20. VII. 1918, HeSt; FR 1918, I, 1, S. 278.

richte hingegen redete er ganz unumwunden von der Notwendigkeit einer Absetzung des deutschen Kaisers<sup>104</sup>.

Die Eindrücke, die ihm aus Deutschland übermittelt wurden, ließen ihn schon im Juni 1918 auf einen solchen inneren Umsturz im Reich hoffen. Voraussetzung dafür, so schrieb er Wilson, sei ein erlösendes Wort aus dem Munde des amerikanischen Präsidenten. Er meinte im Anschluß an ein Gespräch mit E. Jaffé damit einen Appell zur Bildung eines Völkerbundes. Dadurch würden deutsche Befürchtungen, nach dem Kriege quasi in ein Zuchthaus gesetzt zu werden, entkräftet<sup>105</sup>. Vor allem aber würde eine solche Politik dem deutschen Volke seine augenblickliche hoffnungslose Isolierung vor Augen führen; seine militärischen Herren würden auch im eigenen Lande allen Kredit verlieren, und das alte System würde über kurz oder lang zusammenbrechen<sup>106</sup>. Seinen deutschen Gesprächspartnern gegenüber verband Herron seine Völkerbundsvision mit den überschwenglichsten Versicherungen zur Zukunft der Mittelmächte: Sie würden gleichberechtigt mit den anderen Völkern an einem Tisch sitzen, Amerika würde es sich als Ehre anrechnen, auch für die berechtigten deutschen Interessen einzutreten<sup>107</sup>. Unklar blieb nur, was zuerst kommen sollte: die Proklamation des Völkerbundes durch Wilson (wie dies Herron in seinem an Wilson gerichteten Brief vom 31. Mai 1918 vorsah) oder die Zerstörung der Herrschaft der Junker durch die Deutschen (wie sie Herron gegenüber de Fiori gefordert hatte).

Der dann folgende liberale Wilson-Frieden sollte allerdings keineswegs einer Wiederherstellung des status quo gleichkommen. Hatte Herron doch schon de Fiori gegenüber den Unterschied zwischen einem Verständigungsfrieden (den er erstrebte) und einem Kompromißfrieden (den er ablehnte) hervorgehoben<sup>108</sup>.

Der Friede, den er wollte, sollte die Deutschen nicht nur zum Eingeständnis ihrer Schuld zwingen, sollte sie nicht nur moralisch demütigen und damit innerlich für die Demokratie (und Reparationszahlungen<sup>109</sup>) bereit machen – er sollte Deutschland vor allem auch veranlassen, alle im Kriege gemachten Eroberungen und darüber hinaus das Reichsland, „Preußisch-Polen“ und Schleswig-Holstein herauszugeben. Mit anderen Worten: Revolution und Niederlage sollten Deutschland auch machtmäßig reduzieren<sup>110</sup>. Herron traute dem deutschen Volk nämlich viel zu wenig, als daß er seine nur moralische Bekehrung für ausreichend erachtet hätte, um ihm seinen „pathologischen“ „fundamental unreinen“ und damit friedensgefährdenden Charakter zu nehmen<sup>111</sup>. Der Krieg war für ihn ein Kreuzzug gegen das

<sup>104</sup> Herron an Simons, 9. IX. 1918, HeSt.

<sup>105</sup> Herron an W. Wilson, 6. VII. 1918, NA 763.72119/8822; im Rückblick: ds. an W. A. White, 30. IV. 1924, HeSt.

<sup>106</sup> Herron an Wilson, 31. V. 1918, in: H., *Defeat in Victory* (1921), S. 194ff.

<sup>107</sup> Herron, Memor., (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 566.

<sup>108</sup> S. o. S. (14), u.: Herron an H. Wilson, 16. VII. 1918, NA 763.72119/1863.

<sup>109</sup> Herron, Memor., 4. XI. 1918, Lutz I, S. 580.

<sup>110</sup> Herron, Memor., (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 566, 569; ds. an Simons, 9. IX. 1918, HeSt; ds. an Wilson, 10. IX. 1918, WWW.

<sup>111</sup> Herron, Memor., (ca.) 15. VII. 1918, HeSt; ds. an Wilson, 10. IX. 1918, WWW.

„deutsche Prinzip“ – was immer er darunter verstand –, er durfte nur, mit oder ohne Beteiligung der Deutschen selbst, mit der drastischen Drosselung des Einflusses dieser Macht enden<sup>112</sup>. „Wir sind zu der Überzeugung gekommen“, so hämmerte er seinem deutschen Jünger de Fiori ein,

„daß der Erdball nicht bewohnbar ist, solange die gegenwärtige deutsche Macht fortbesteht . . . daß die Entwaffnung der deutschen Idee, daß die Zerstörung der deutschen Macht, die Reinigung der Welt von all dem, was Germanismus bedeutet, eine wahrhaft göttliche Mission ist, die wir erfüllen müssen, oder wir selbst müssen spirituell untergehen . . .“<sup>113</sup>.

Dieser alttestamentliche Zorn sah nur eine – allerdings bestimmte! – Grenze: Deutschland durfte nicht wie Rußland in ein völliges Chaos versinken; denn dann bestand die Gefahr, daß es Europa mit sich in den Abgrund zog<sup>114</sup>. Bei allen revolutionären Nebentönen, bei aller Verherrlichung Liebknechts, wollte Herron der Wilsonschen Propaganda doch den Charakter eines Gegengewichtes gegen die aus Moskau kommenden Verlockungen verleihen, und er bevorzugte ein „orderly overthrow“ des herrschenden deutschen Regimes. Dieser Wunsch gab seinen an Wilson gerichteten beschwörenden Appellen, doch von sich aus das Signal zu einer „politischen“ Beendigung des Weltkrieges zu geben, d.h. einer Revolution in Deutschland den Weg zu ebnen, die *nicht* in vollem Chaos enden würde, zumal im Herbst 1918 eine besonders dringliche Note<sup>115</sup>.

Kennt man sein politisches Programm aus erster Hand, so ist man verwundert, daß es ihm gelang, einen kontinuierlichen Faden in das deutsche Lager hinüberzuspinnen und dort einigen Einfluß zu gewinnen. Ein Anzeichen für die innere Unsicherheit, mit der mancher Verantwortliche im Reich bereits der eigenen Sache im Weltkrieg gegenüberstand!

Zweifelloos hatte de Fiori in der Form, in der er sich bei Herron eingeführt hatte, dessen massiven Beeinflussungsversuchen Vorschub geleistet. Hatte er nicht (nach Herrons Protokoll) schon bei ihrem ersten Zusammentreffen unter Berufung auf Scheidemann, Erzberger und Haase – und im übrigen ganz im Sinne Foerstes – eine „Neuordnung“ und die „Entmachtung“ der deutschen Militärpartei in Aussicht gestellt, wenn nur Wilson das rechte Wort zum deutschen Volk spräche<sup>116</sup>? Hatte er sich *nicht* (wieder nach Herron) als Freund Hertlings und – wichtiger noch – als Beauftragter der Bayerischen Regierung und des bayerischen Zensurchefs v. Sonnenburg ausgegeben<sup>117</sup>? Gerade an dieser Stelle glaubte Herron, ein Conrad Haußmann sei nationaler Anstand ebenso fremd gewesen wie einem Kannibalen die Essays von Mill.

<sup>112</sup> Z. B. Herron, Memor., 7. VI. 1918, Lutz I, S. 533 f.

<sup>113</sup> Ebenda.

<sup>114</sup> Herron an W. Wilson, 31. V. u. 10. IX. 1918, WWW; ds. an Hugh Wilson, 16. VII. 1918, NA 763. 72119/1863; Lutz I, S. 540 ff.

<sup>115</sup> Herron an Wilson, 6. VII. 1918, NA 763.72119/8823, u. bes.: ds. an ds., 10. IX. 1918, WWW.

<sup>116</sup> Herron, Memor., 7. VI. 1918, Lutz I, S. 530.

<sup>117</sup> Herron, Memor. v. 14. VI. u. 15. VII. 1918, Lutz I, S. 513 f. bzw. 548 f.; dazu: H. Lutz, Deutscher Krieg u. Weltgewissen, Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. 25 (1962), S. 470 ff.



haken zu können: De Fioris Mission, so meinte er, eröffnete ihm nicht nur die Chance, die deutsche Linke gegen die Reichsleitung auszuspielen, sie machte es auch möglich, von Bayern her einen Druck auf „Preußen“ auszuüben und so schließlich ganz Deutschland der Annahme eines „Wilson-Friedens“ (so, wie Herron ihn verstand) zugänglich zu machen<sup>118</sup>. Herron ist dem Phantom bayerischer Separatverhandlungen nicht nur im Anfangsstadium seiner mit de Fiori geführten Gespräche nachgelaufen, als die militärische Unterlegenheit der Mittelmächte noch nicht evident geworden war, – er hat diesen Plan auch bis kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes und – mit mehr Erfolg! – darüber hinaus verfolgt<sup>119</sup>.

Wie sollte nun in der Wiedergabe Herrons der Friede nach dem Angebot „Bayerns“ aussehen (das de Fiori dem Auswärtigen Amt gegenüber mit keiner Silbe erwähnte, dem er nach eigenem Eingeständnis ohnehin keinen klaren Wein einschenken konnte)? Herron berichtete die Hauptpunkte am 5. Juli nach Washington: 1. Wiederherstellung Belgiens; 2. freie deutsche Schifffahrt auf Rhein und Schelde; 3. die Erhebung der Reichslande zum freien Bundesstaat mit „home rule“; 4. Selbstverwaltung für alle Völker in der Habsburger Monarchie; 5. Wiederherstellung Serbiens; 6. Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Polens, möglicherweise bei deutschen Konzessionen in Posen (d.h. Selbstverwaltung) und bei freiem Zugang zum Meer durch Litauen; 7. Wiedererörterung der Friedensschlüsse von Bukarest und Brest; 8. Befassung der Friedenskonferenz mit allen Balkanfragen; 9. amerikanische schiedsrichterliche Vermittlung in den zwischen Deutschland und England strittigen Kolonialfragen; 10. Rüstungsbeschränkung; 11. und letztes: Bildung eines Völkerbundes<sup>120</sup>.

Natürlich war dies noch ein Kompromißfrieden und nicht der „Verständigungs-“ bzw. „Gerechtigkeitsfrieden“, den Herron ersehnte. Eine Übereinstimmung zwischen seinen und de Fioris Ansichten ließ sich deshalb auch nicht herstellen. Indem dieser prinzipiell an der Integrität des Reiches festhielt und auch auf einer weiteren deutschen Beteiligung an kolonialen Unternehmungen bestand, verhielt er sich im Sinne der amtlichen deutschen Politik durchaus loyal. Gewiß machte er Andeutungen über die traditionelle Feindschaft der Bayern gegen die Preußen und versuchte Herron, wie erwähnt, durch die Aussicht auf eine Demokratisierung des politischen Lebens im Reich zu gewinnen<sup>121</sup>. Ein Unterfangen, das um so aussichtsloser wurde, je mehr die Zeit voranschritt! Hatte Herron im Sommer eine vertrauliche amerikanische Friedensvermittlung noch als möglich hingestellt, so lehnte er zuletzt (Anfang September) – wie wir sehen werden, einem Wink Washingtons folgend – jeden vertraulichen Schritt ab: „Kapituliert“, riet er de Fiori,

„bittet um Frieden; erklärt euere Bedingungen. Ihr begannt den Krieg – jetzt beendet ihr ihn auch! Und vertraut dem Erbarmen und der Gerechtigkeit der Welt . . .“<sup>122</sup>.

<sup>118</sup> Herron, Memor., 7. VI. 1918, NA 763.72119/1774; auch Lutz I, S. 513 u. 566.

<sup>119</sup> Dte. Rev., Kap. II/6 u. III/1. De Fiori an v. Böhm, 50. IX. 1918, HStAM MA III/2975; ds., Memor., 4. XI. 1918, ebd. MA I/951.

<sup>120</sup> Stovall an Lansing (Wilson), 5. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 277 f.

<sup>121</sup> Herron, Memor., 7. VI. 1918, Lutz I, S. 524.

<sup>122</sup> Herron an Wilson, 10. IX. 1918, WWW.

Deutschland sollte also zuerst seine Niederlage eingestehen, ehe es auf Frieden hoffen durfte. Mit diesem Ratschlag endeten de Fioris Bemühungen in derselben Sackgasse wie die Sondierungen des Auswärtigen Amtes<sup>123</sup>.

## VIII

Wie stand nun der amerikanische Präsident zu dem diplomatischen Spiel, das sein „Prophet“ in der Schweiz betrieb? Soviel ist klar: Wenn er nicht geglaubt hätte, sich auf seinen emigrierten Landsmann verlassen zu können, hätte er ihn nicht mit den delikaten Sondierungen bei der österreichischen Seite betraut. Dieses Vertrauensverhältnis blieb während des ganzen Krieges bestehen, und Wilson nahm seinen Agenten mehrfach gegen Versuche der Berner U.S.-Gesandtschaft in Schutz, die auf eine Entfernung dieses unbequemen Amateurs drängte: Die Rolle, die Herron in der gegen die Mittelmächte gerichteten moralischen Offensive übernommen hatte, war ihm wichtiger als die professionellen Bedenken seiner Diplomaten (die übrigens den kriegspsychologischen Wert von Herrons Wirken an sich auch nicht anzweifeln<sup>124</sup>). So bewegte ihn „zutiefst“ der bereits erwähnte Appell dieses „ausgezeichneten Mannes“ vom 31. Mai, in dem ihn dieser zur sofortigen Gründung eines Völkerbundes aufforderte. Die interne Diskussion der amerikanischen Regierung über diese Frage kam seitdem nicht mehr zur Ruhe<sup>125</sup>. Daß er dann auch die von Herron mit de Fiori geführten Gespräche anfangs tolerierte, obwohl sich das State Department schon zu Jahresbeginn bei Herron gegen die Aufnahme halboffizieller Kontakte ausgesprochen hatte, kann nach dem Gesagten nicht verwundern. Trotz einigen Bedenken wurde Herron seinem Wunsche entsprechend und mit Wilsons Zustimmung Anfang Juli 1918 dahingehend instruiert, daß „jede Tür“ (d.h. auch der Kontakt mit de Fiori) „ebensogut“ offengehalten werden könne<sup>126</sup>, eine Sprachregelung, die de Fiori in seinem an das Auswärtige Amt gerichteten Bericht als amtliche Autorisierung *allein seiner* Verbindung zu Herron interpretierte. Davon war bei Wilson indessen nicht die Rede; denn er erblickte im Einklang mit dem State Department in den Avancen de Fioris keinen annehm-

<sup>123</sup> Noch Anfang September forderte Herron de Fiori auf, Deutschland solle Wilson durch einen Neutralen anrufen, dessen Grundsätze anerkennen, dann würde Wilson vielleicht die Entente fragen, ob sie bereit sei, mit Deutschland zu diskutieren (H., Memor., 10. IX. 1918, WWW; ähnl. de Fiori an AA, 6. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2).

<sup>124</sup> Lansing an Stovall, 23. IV. 1918, NA 763.72119/8783; H. Wilson, *Diplomat between Wars* (1941), S. 20f.

<sup>125</sup> Wilson an Lansing (für Herron), 1. VII. 1918, FR, Lansing Papers II (1940), S. 138; ds. an House, 8. VII. 1918, House Coll., New Haven; ds. an Tumulty, 11. VI. 1918, Wilson – Nachlaß, Princeton, N. J.; House an Wilson, 11. VII. 1918, WWW.

<sup>126</sup> Polk an Stovall, 18. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 290; jedoch verweigerte d. State Department irgendwelche Instruktionen für Herron. Vorgänge: Wilson an Lansing, 8. VII. 1918, Nachlaß Lansing, Princeton, N. J.; Stovall an Lansing, 11. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 286; Wilson an Polk, 15. VII. 1918, Polk an Wilson, 15. VII. 1918, beide WWW. Frühere Ablehnung: Lansing an Sharp, 15. I. 1918, FR 1918, I, 1, S. 31.

baren Ausgangspunkt für Friedensgespräche und hatte deshalb auch nichts gegen eine Unterrichtung der übrigen Alliierten<sup>127</sup>. Das führte Anfang August zu Interpellationen von Seiten Frankreichs und Italiens bei Lansing, die eine erneute Erörterung des Falles Herron im Weißen Haus erforderlich machten. Der Sachbearbeiter im Außenministerium sah jetzt in der durch Herron ausgesprochenen schroffen Ablehnung jedes inoffiziellen Gespräches mit „Bayern“ die Chance für einen moralischen Schlag, dessen Wirkung der einer gewonnenen Schlacht gleichkäme<sup>128</sup>. Ob aus diesem Grunde oder ob aus Rücksicht auf die Italiener und Franzosen – Wilson entschied nun endgültig gegen die Ermächtigung Herrons zur Fortsetzung seiner Gespräche mit de Fiori: „Ich hoffe mit Ihnen“ schrieb er am 10. August an den stellvertretenden Außenminister,

„daß Herron mit diesen Gesprächen mit de Fiori nicht weitergehen wird . . . Gleichzeitig zerbreche ich mir den Kopf, wie man Herron in dieser Sache zügelt, ohne den Anschein zu erwecken, als habe man weniger Vertrauen zu ihm, als ich wirklich empfinde . . . Ich halte es nicht für klug, ihm unsere Gründe zu nennen; denn solche Information würde, obwohl ich volles Vertrauen zu seiner Integrität habe, ganz unausweichlich ein Teil dessen werden, was er weiß, und würde . . . unweigerlich bei späteren Gesprächen herauskommen. Damit aber würde der Eindruck entstehen, als wüßte er, was für Vorschläge für uns annehmbar wären . . .“<sup>129</sup>.

Damit war die Tür nach „Bayern“ endgültig ins Schloß gefallen. War Wilson also nun ganz auf die Linie der alliierten Sieg-Friedens-Ziele eingeschwenkt? So, wie Wilson sich selbst interpretierte, konnte davon keine Rede sein. Mochte er auch ein direktes Gespräch mit dem Gegner je länger, desto entschiedener ablehnen, an seinem Fernziel eines liberalen Friedens hielt er fest. Schon seine seit Juli geführten Erörterungen über das Wesen des Völkerbundes (Herrons Anregung!), der mit dem Abschluß des Friedens konstituiert werden sollte, legen von dem Geist Zeugnis ab, in dem er die Kriegsziele formuliert wissen wollte. Dieser Völkerbund sollte nämlich – das hatte er schon Anfang Juli Herron gegenüber angedeutet – nicht einfach die Kriegskoalition fortführen, sondern vielmehr eine universale Organisation sein, welche die Neutralen und auch die augenblicklichen Feindmächte umfassen würde<sup>130</sup>.

Wenn Deutschland sich entsprechend den Regeln des Bundes verhalte, so erklärte er noch im August 1918 dem Chef des britischen Geheimdienstes in den Vereinigten Staaten, Wiseman, so sollte man es einladen, sich der Familie der Völker anzuschließen. Er war sich der Wahrscheinlichkeit alliierter (zumal französischer) Proteste dabei voll bewußt<sup>131</sup>.

<sup>127</sup> Lansing an Stovall, 19. VII. 1918, 19. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 288, Anm. 2. De Fiori an v. Bergen, 29. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

<sup>128</sup> Phillips an Lansing, 5. VIII. 1918, Nachlaß Lansing, Princeton, N.J.

<sup>129</sup> Wilson an Polk, 10. VIII. 1918, ebd.; Polk wollte auf jeden Fall den Verbündeten gegenüber den Anschein vermeiden, als sei Herron ein autorisierter Agent (an Wilson, 9. VIII. 1918, ebd.).

<sup>130</sup> Wilson an Herron, 1. VII. 1918, FR, Lansing Papers II, S. 138.

<sup>131</sup> Wiseman an Reading, 16. VIII. 1918, bei: W. Fowler, Brit.-Amer. Relations 1917–1918 (1969), S. 279, auch S. 209 ff. House an Wilson, 11. VII. 1918, WWW.

Läßt jedoch seine Haltung zu den Kriegszielen eine schließliche Verständigung mit den deutschen Diplomaten und Politikern als möglich erscheinen, von denen die erörterten Friedensfühler ausgingen? Seine Weigerung, sich *öffentlich* auf irgendein konkretes Kriegsziel festzulegen – selbst auf die Desannexion Elsaß-Lothringens –, das er nicht ausdrücklich in den Vierzehn Punkten genannt hatte, mochte derartigen Hoffnungen Nahrung geben<sup>132</sup>. Seine gleichzeitigen vertraulichen Äußerungen (gerade zu Herrons Berichten) zeigen indessen, daß sich seine Vorstellungen tatsächlich mit denen der deutschen „Gemäßigten“ in keiner Weise in Einklang hätten bringen lassen. *Befürchtete* er doch geradezu ein deutsches Angebot, in dem Deutschland im Westen „praktisch alles“ – also auf jeden Fall die Freigabe Belgiens, wahrscheinlich aber auch die Abtretung Elsaß-Lothringens – konzedieren würde, wenn es dadurch die Westmächte dazu veranlassen könnte, die deutsche Expansion im Osten zu tolerieren<sup>133</sup>. Würden die Ententemächte, so fragte sich Wilson besorgt, einer solchen verlockenden Offerte widerstehen können? Er wollte jedenfalls zu einer derart fatalen Entwicklung nicht beitragen. Dies war denn auch der Hauptgrund, den er anführte, als er die Ermächtigung Herrons zu tatsächlichen Vorverhandlungen ablehnte: „Ich würde einen Friedensplan nicht einmal diskutieren“, so schrieb er an Lansing schon am 8. Juli,

„der nicht alle russischen, türkischen und östlichen Karten auf den Tisch legte. Das ist das Spiel [der Deutschen]: Im Westen aufgeben, um gewaltige, gar nicht absehbare Gewinne im Osten zu erzielen . . .“<sup>134</sup>.

Das Schreckgespenst eines Deutschen Reiches, das, unter Ausnutzung der Bolschewistenfurcht der russischen Bourgeoisie und wohlmöglich im Bündnis mit Japan, unter Duldung der Entente seinen Einfluß vom Rhein bis an die Adria, von der Nordsee bis zum Pazifik ausdehnte, tauchte auch öfter in der Wilson zugeleiteten diplomatischen Berichterstattung auf (mehrfach z.B. bei McNally). Es beunruhigte den Präsidenten derart, daß er sich Ende Juli zu einer Aussprache mit dem französischen Botschafter entschloß, in der er Frankreich vor der Annahme aller solcher scheinbar günstigen Angebote, solange diese auf Kosten Rußlands gingen, feierlich warnte.<sup>135</sup>

Das Eigenartige ist, daß de Fiori im Gegensatz zu der uns bekannten Berliner „Amtsmeinung“ Herron ja tatsächlich mehrfach eine „Wiedereröffnung“ des

<sup>132</sup> Wilson an Lansing, 16. V. 1918, WWW.

<sup>133</sup> Wilson an Polk, 10. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Princeton, N.J.: . . . „I am convinced that it [Germany] is ready to agree to concede practically anything that it is necessary to concede in the West and in the Balkans, if only it is left with a free hand in the East and the Southeast . . .“ Ähnl. ds. an Lansing, 8. VII. 1918, ebd. Dazu auch G. Levin, W. Wilson and World Politics (1968), S. 83.

<sup>134</sup> Wilson an Polk, 10. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Princeton, ähnl. FR 1918, I, 1, S. 297.

<sup>135</sup> Berichte: McNally an Lansing, 17. VII. 1918, NA 763.72/10724; Herron an Wilson, 31. V. 1918, WWW. Wilsons Demarche: J. Jusserand, *Le sentiment américain* . . . (1931), S. 148; Baker, *Life and Letters of Wilson VIII*, S. 292; Briefwechsel Jusserand-Wilson, 29. VII./1. VIII. 1918, WWW.



Brester Vertrages zugesichert hatte<sup>136</sup>. Hatte Wilson die betreffenden Berichte nicht genau gelesen? Oder hielt er diese Zusicherung nicht für verbindlich genug? Die Vermutung drängt sich auf, daß die Rücksicht auf das Mächtegleichgewicht im Osten nicht das einzige Motiv für seine Zurückweisung aller Friedensfühler gewesen ist. Entscheidend war für ihn offenbar (wie nachweislich für Lansing<sup>137</sup>) die Rücksicht auf die militärische Lage, die sich seit Mitte Juli 1918 ja sehr zugunsten der Alliierten gewandelt hatte. Militärisch gesehen, wollte er danach noch weniger als zuvor einen „Frieden ohne Sieg“. Mehrere seiner Aussprüche deuten in diese Richtung hin: Am 4. Juni schrieb er, dem deutschen Volke müsse durch die militärische Niederlage seiner Herrscher klargemacht werden, welche Kräfte die Menschheit in Wirklichkeit kontrollierten<sup>138</sup>.

Er entsprach dieser Überzeugung, wenn er im September 1918 auch die letzten vertraulichen deutschen Vermittlungsbemühungen, die über Belgien liefen, und dann das österreichische Friedensersuchen vom 16. September unverzüglich und kategorisch zurückweisen ließ<sup>139</sup>. Kurz zuvor hatte er dem britischen Diplomaten Wiseman anvertraut, daß nur ein öffentliches Eingeständnis der deutschen Friedensbereitschaft die Voraussetzung für Friedensgespräche liefern könne; er habe die amerikanischen Vertreter in Europa beauftragt, alles anzuhören, was ihnen mitgeteilt würde, und nach Washington zu berichten. Sie dürften jedoch nicht die Hoffnung erwecken, daß solche inoffiziellen Angebote von Amerika auch nur in Erwägung gezogen würden<sup>140</sup>.

## IX

Für die Zeit nach dem Abklingen der deutschen Frühjahrsoffensive (d.h. etwa seit Mitte Mai 1918) stimmten also Wilsons öffentliche und vertrauliche Äußerungen in bemerkenswerter Weise mit seinem diplomatischen Verhalten überein. Er hat in diesem ganzen Zeitraum alle deutschen Angebote für geheime Sondierungen entweder ignoriert oder abgelehnt. Von allen amerikanischen Emissären, mit denen sich die deutsche Diplomatie abgab, genoß nur einer – Herron – eine wenigstens partielle Rückendeckung in Washington. Daß diesem Vermittler erst im August 1918 Einhalt geboten wurde, lag gewiß auch an den persönlichen Sympathien, die Wilson für seinen Propheten in Europa hegte. Bei ihm und vor allem beim State Department dürften ferner der Wunsch, sich diesen Horchposten zu erhalten, und – vielleicht – die Hoffnung, den bayerischen Partikularismus für die amerikanische Kriegszielstrategie mit einspannen zu können, eine gewisse Rolle gespielt haben. Instruktionen zur Sache – d.h. zu den konkreten Streitpunkten eines künftigen Friedens – hat auch Herron nicht erhalten.

<sup>136</sup> Stovall an Lansing, 5. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 277; Phillips an Lansing, 16. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Princeton.

<sup>137</sup> Lansing, Memor., 25. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Library of Congress, Washington.

<sup>138</sup> Wilson, Entw. f. Rede v. 4. VII. 1918, WWW.

<sup>139</sup> Lansing an Whitlock, 11. IX. 1918, FR 1918, I, 1, S. 304.

<sup>140</sup> Wiseman an Reading, 16. VIII. 1918, bei: W. Fowler, Brit.-Amer. Relations, S. 280.

Das schließt nicht aus, daß er seinen Präsidenten nicht bisweilen richtig interpretiert hätte! So verschoben und abwegig manche seiner Vorstellungen gewesen sein mochten, so stimmte er doch in seinem Streben nach einem radikalen, aber im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verbleibenden Wandel im Innern der Mittelmächte mit Wilson überein – mochte er auch in der Erwartung, die Deutschen für einen solchen begrenzten Umsturz gewinnen zu können, weitergegangen sein als Wilson<sup>141</sup>. Ebenso traf er sich mit Wilson in der Einschätzung der Rußlandfrage und ihrer Bedeutung für den Friedensschluß mit Deutschland; ja, es ist möglich, daß er Wilson in diesem Punkte sogar noch bestärkt hat.

Der amerikanische Präsident seinerseits hat seine Ablehnung eines Verhandlungsfriedens mit dem Gegner erst modifiziert, als das deutsche Waffenstillstandsersuchen vom 3. Oktober eine völlig neue Lage geschaffen hatte. An erster Stelle stand hier die für Wilson erregende Aussicht, Gegner und Verbündete auf das bisher unverbindliche Vierzehn-Punkte-Programm festlegen zu können, dem Deutschland durch seinen Appell offiziellen Charakter verliehen hatte, indem es sich vorbehaltlos zu ihm bekannte. In zweiter Linie folgte die Wahrscheinlichkeit einer entscheidenden militärischen und innenpolitischen Schwächung des deutschen Gegners, verbunden mit der Chance, dessen bisherige autokratische Führungsmannschaft durch demokratische Kräfte des deutschen Volkes ablösen zu können. Dadurch nahm sich jetzt auch die Gefahr einer Durchdringung Rußlands durch Deutschland nicht mehr so akut aus.

Dieser Rück- und Ausblick auf den Standpunkt Wilsons hat nun definitiv klar gestellt, daß es eine Chance für den Erfolg der geschilderten deutschen Friedensfühler nicht gegeben hat. Wilson war nicht willens, auf das von der deutschen Seite vorgeschlagene geheime Verfahren einzugehen. Was seine konkreten Kriegsziele anlangte, so *fürchtete* er den Frieden, den während des Krieges die liberalen Imperialisten, die hinter den deutschen Sondierungen standen, anstrebten – Verzicht im Westen, Expansion im Osten – und der nach der deutschen Waffenstillstandsbitte vom 3. Oktober die letzte Hoffnung all derer wurde, die auch nach dem militärischen Bankrott im Westen das Kriegspotential Deutschlands möglichst unverehrt in den Frieden hinüberzuretten suchten.

Wirkungsgeschichtlich bedeutsam ist damit der deutsch-amerikanische Friedensdialog des Jahres 1918 nur in zweierlei Hinsicht: Er stellte einmal die Kontakte her, die dann auch während des Notenaustausches mit Wilson im Oktober/November 1918 die deutsche Haltung beeinflusst haben<sup>142</sup>. Zum anderen bereitete er die deutsche Seite – Auswärtiges Amt und Linkspolitiker – auf die Annahme der prinzipiellen außen- und innenpolitischen Friedensbedingungen Wilsons vor, die dann mit dem deutschen Waffenstillstandsersuchen Wirklichkeit wurde. Zugleich – und hier liegt ein unbestreitbarer Verdienst Herrons – hielt er in Wilson die Hoffnung wach, Deutschland von innen her für seine Friedenskonzeption gewinnen zu können.

<sup>141</sup> Für Wilson vgl. wieder Fowler, S. 283.

<sup>142</sup> Dte. Rev., Kap. II/1 u. /6.

JOHANNES H. VOIGT

## HITLER UND INDIEN

Hitlers Haltung gegenüber Indien hat in der zeitgeschichtlichen Literatur bisher wenig Beachtung gefunden<sup>1</sup>. In Darstellungen zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs wurde Hitlers Indienpolitik als Randproblem entweder übersehen oder ausgeklammert. Die geringe Beachtung ist, wenn auch nicht gerechtfertigt, so doch verständlich, stand Indien doch niemals im Zentrum seines politischen Denkens<sup>2</sup>. Die Einstellung Hitlers zur indischen Nationalbewegung und zur britischen Herrschaft läßt sich eigentlich nur im Zusammenhang mit seiner Politik gegenüber England erschließen und beurteilen.

Hitler maß Indien niemals eine eigene und bedeutende Rolle in der Weltpolitik bei. Er handelte und dachte im Grunde stets in europäischen Kategorien. Asien blieb ihm eine fremde und unverstandene Welt. Wenn er Indien gegenüber dennoch ein gewisses Interesse zeigte, so nur deshalb, weil er in Indien das Kernstück des britischen Weltreiches sah, das er bewunderte und zum Vorbild seiner eigenen imperialen Ziele erhob.

Vor allem wegen der von ihm zeitweise angestrebten Bündnisbeziehung zu England war auch Indien – oder besser gesagt die britische Herrschaft in Indien – ihm nicht völlig gleichgültig. Wenn nach Kriegsausbruch die Gegnerschaft Englands ihn auch schließlich in die ihm nicht zusagende Rolle eines Förderers des indischen Freiheitskampfes zwang, so wurde er dennoch niemals ein Freund der indischen Nationalbewegung. Daß der von ihm entfachte Krieg dem indischen Unabhängigkeitsstreben mehr gedient hat als jedes andere weltpolitische Geschehen dieses Jahrhunderts, war ein Ergebnis, das nicht im Sinne seines Urhebers lag.

Im Gegensatz zu manchen seiner Zeit- und Kampfgenossen hatte Hitler keinerlei Verhältnis zur indischen Kultur und Geschichte. Das mag etwas verwunder-

<sup>1</sup> Selbst im jüngst erschienenen Buch Reimund Schnabels – Tiger und Schakal, Deutsche Indienpolitik 1941–1943, Ein Dokumentarbericht, Wien 1968 –, das Anlaß zu einer Studie der Stellung Indiens in Hitlers Denken hätte geben können, ist eine eingehendere Analyse der Ideen Hitlers hinsichtlich der indischen Nationalbewegung und der britischen Herrschaft unterblieben. Die in der Besprechung dieses Buches von Bernd Martin in der Historischen Zeitschrift Bd. 209 (1969), S. 471f., genannte Leipziger Dissertation von Gerhard Selzer, Zur Indienpolitik der faschistischen deutschen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Phil. Diss. Leipzig 1965, war dem Verfasser dieses Aufsatzes leider nicht zugänglich.

<sup>2</sup> Schnabels Behauptung, es spräche alles dafür, „daß er [Hitler] das riesige Land zum Kernstück seines ersehnten künftigen Kolonialreiches machen wollte“ (Tiger und Schakal, S. 23), ist durch keine Äußerung Hitlers zu belegen, worauf schon Heinrich Sprenger in seiner Rezension des Buches (Die Zeit, 21. 3. 1969) hingewiesen hat. Die während des Zweiten Weltkriegs geäußerte Absicht, bis nach Iran und Afghanistan vorzustoßen und die von der Wehrmacht und dem Auswärtigen Amt diskutierten Pläne über die Anlage eines Geheimflugplatzes im indo-afghanischen Grenzgebiet reichen als Indizien nicht aus, in der Eroberung Indiens das eigentliche Ziel hitlerischer Expansionspolitik zu sehen.

lich erscheinen, da die Idee eines Ariertums durch die Indienforschung geprägt und von dorthin in das politische Arsenal der Nationalsozialisten übernommen wurde<sup>3</sup>. Die von ihnen propagierte „Weltanschauung“, wie sie sich in Alfred Rosenbergs *Mythus des Zwanzigsten Jahrhunderts* (München 1930) niederschlug, zeigt in der Tat gewisse Einflüsse, die auf die Indienforschung zurückgehen, welche eine allgemeine Indienbegeisterung in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts ausgelöst hatte<sup>4</sup>.

Hitlers Denken bewegte sich nicht in kulturellen Kategorien. Im Mittelpunkt seiner „Weltanschauung“ stand die Politik als Äußerung von Macht. Alles Geschehen wurde von ihm unter dem Gesichtspunkt eines Machtkampfes gesehen, in dem es kein anderes Recht als das des Stärkeren gab. So fragte er seine Versammlungszuhörer am 10. Dezember 1919: „Indien versorgt England und die halbe Welt mit Rohstoffen. Wie behandelt England Indien? Wer ist im Recht?“<sup>5</sup> Für Gandhis aus alten indischen Traditionen heraus entwickelten politischen Kampf in der Form des passiven Widerstandes hatte Hitler keinerlei Verständnis. Er nehme, so meinte er, einem Volk die Kraft, und er lehnte es ab, aus Deutschland ein Indien zu machen<sup>6</sup>. Die Macht, so wie Hitler sie sah, lag in Indien bei den Briten.

Seit Beginn seiner Laufbahn als politischer Redner zeigte Hitler Bewunderung für die Engländer und das von ihnen geschaffene Weltreich. In der bereits erwähnten Rede am 10. Dezember 1919 erklärte er: „Der Engländer hat als Volk Grund stolz zu sein“<sup>7</sup>, und wenige Monate danach: „England mit seinen paar Millionen

<sup>3</sup> Vgl. Walther Theimer, *Lexikon der Politik*, Bern 1955, S. 45–47.

<sup>4</sup> Vgl. *Mythus des Zwanzigsten Jahrhunderts*, 107.–110. Aufl., München 1937, S. 28–32, 148–150, 212, 267, 271, 389f., 660–664. – Rosenberg schrieb über die Bedeutung seiner Indienstudien für seinen „Mythus“ in seinen Memoiren: „Zuerst kam Indien dran: Schröder, Böthlingk, Schlagintweit, Schack usw. Alles, was Philosophie und Literatur betraf, wurde herangeholt. Jetzt erst begann ich den ganzen Reichtum dieser einst so großen Kultur zu erfassen, die Aristokratie ihres Denkens und die Schönheit ihrer Lyrik.“ Alfred Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen, Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution*, Göttingen 1955, S. 69. Rosenberg machte selbst während des Krieges kein Hehl aus seiner Bewunderung der indischen Kultur; siehe seine Äußerungen am 8. 5. 1942; Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*, hrg. von Percy Ernst Schramm, Andreas Hillgruber und Martin Vogt (im folgenden abgekürzt „Tischgespräche“), Stuttgart 1963, S. 321.

<sup>5</sup> Dok. Nr. 1 bei Reginald H. Phelps, „Hitler als Parteiredner im Jahre 1920“ (in dieser Zeitschrift 11 [1963], S. 290). Vgl. auch Rede vom 17. 4. 1920 (Dok. Nr. 3, ebd., S. 297), in der es statt „England und Italien“ (12. Zeile von oben) sinngemäß „England und Indien“ heißen mußte. Vgl. ebenfalls die ähnliche Passage in Hitlers Rede am 20. 9. 1920 in München (Dok. Nr. 25 bei Ernst Deuerlein, *Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr*, in dieser Zeitschrift 7 [1959], S. 215f.), in der Hitler als Beispiele britischer Machtpolitik, bei der das Recht der Unterdrückten keine Rolle spielte, zunächst auf China, dann auf Indien hinwies.

<sup>6</sup> Rede am 12. 9. 1923 in München. Englische Übersetzung in *The Speeches of Adolf Hitler, April 1922–August 1939, An English Translation of Representative Passages arranged under Subjects and edited by Norman H. Baynes*, O.U.P., London 1942, S. 82.

<sup>7</sup> Phelps, a. a. O., S. 290.



beherrscht praktisch  $\frac{1}{5}$  der ganzen Erde. Englischer Marinismus! Englische Kolonialmacht, die größte auf der Welt! England kontrolliert den Weltverkehr.“<sup>8</sup> Indien wurde von ihm nie anders als Objekt der britischen Herrschaft gesehen, und seit er sich in Mein Kampf zu einem Fürsprecher eines deutsch-englischen Bündnisses gemacht hatte<sup>9</sup>, nahm er – auch aus rassistischen Gründen – gar die Rolle eines wohlwollenden Gönners der britischen Herrschaft in Indien an<sup>10</sup>.

Er schrieb in Mein Kampf mit Geringschätzung über die Freiheitsbewegungen anderer Länder und mit Verachtung über deren in Deutschland herumreisende Vertreter: aus den Balkanstaaten, Indien oder Ägypten, die auf ihn, wie er schrieb, „immer den Eindruck schwatzhafter Wichtigtuer, bar jedes realen Hintergrundes machten“<sup>11</sup>. Er lehnte eine deutsche Beteiligung an einem sogenannten „Bund der unterdrückten Nationen“, dem alle um ihre Unabhängigkeit ringenden Völker angehören sollten, als unheilvoll für Deutschland ab. Es sei Illusion zu glauben, dadurch „die allgewaltigen Sieger“ entwaffnen zu können<sup>12</sup>. Seine Ablehnung eines solchen Bundes motivierte Hitler überdies mit rassistischen Vorbehalten: „Als völkischer Mann, der den Wert des Menschentums nach rassistischen Grundlagen abschätzt, darf ich schon aus der Erkenntnis der rassistischen Minderwertigkeit dieser sogenannten ‚unterdrückten Nationen‘ nicht das Schicksal des eigenen Volkes mit dem ihren verketteten.“<sup>13</sup>

Die Polemik in Mein Kampf gegen einen „Bund der unterdrückten Nationen“ war gegen den sogenannten „linken Flügel“ der NSDAP gerichtet, der mit Gregor Strasser an der Spitze für eine solche Kampfgemeinschaft eintrat. Ihr sollten außer den Deutschen und Indern auch die Chinesen, Türken, Ägypter und Araber angehören<sup>14</sup>. Die Verärgerung, die Hitler an dieser Stelle in Mein Kampf an den Tag legte, war also weniger ein Ergebnis einer echten Auseinandersetzung mit den von ihm verhöhnten „asiatischen Gauklern“, die, wie er schrieb, seinetwegen „auch wirkliche indische ‚Freiheitskämpfer‘“ sein könnten<sup>15</sup>, als vielmehr der Zorn über außenpolitische Abweichler in den eigenen Reihen. Es ist anzunehmen, daß sich in Hitlers scharfen Formulierungen auch die Auseinandersetzung mit den geopoliti-

<sup>8</sup> Ebd., S. 297.

<sup>9</sup> Mein Kampf, 220.–224. Aufl., München 1936, S. 699f.

<sup>10</sup> Ebd., S. 747.

<sup>11</sup> Ebd., S. 745.

<sup>12</sup> Ebd., S. 745f.

<sup>13</sup> Ebd., S. 747.

<sup>14</sup> Gregor Strasser im Völkischen Beobachter, 25. 10. 1925, zit. bei Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966, S. 109; ebenfalls S. 38. – Nach Kühnls Darstellung wurde der nationale Freiheitskampf der damaligen Kolonialvölker, besonders der Inder und Ägypter, von der Strasser-Richtung groß herausgestellt; er lieferte noch mindestens bis 1930 Schlagzeilen in der von ihr geleiteten Presse; ebd., S. 117. Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Strasser-Gruppe und der Rosenbergschen Richtung über die Frage einer Verbindung Deutschlands mit der Sowjetunion sowie den Nationalbewegungen Indiens und Chinas siehe Konrad Heiden, Der Führer. Hitler's Rise to Power, London 1945, S. 228f. und 260f.

<sup>15</sup> Mein Kampf, S. 746.

schen Thesen Karl Haushofers, die ihn bei der Abfassung von *Mein Kampf* beschäftigten, widerspiegelt. Sehr wahrscheinlich gegen Haushofer gerichtet schrieb er: „Der Deutsche von jetzt gleicht wirklich dem Ertrinkenden, der nach jedem Strohalm greift. Dabei kann es sich um sonst sehr gebildete Menschen handeln.“<sup>16</sup>

Hitler glaubte bei der Abfassung von *Mein Kampf* nicht, daß die britische Herrschaft in Indien vor dem Zusammenbruch stehe. Er stellte die These auf, daß ein Ende der Herrschaft Englands in Indien nur in zwei Fällen denkbar wäre, nämlich dann, „wenn es entweder selbst in seiner Verwaltungsmaschinerie der rassischen Zersetzung anheimfällt (etwas, das augenblicklich in Indien vollkommen ausscheidet), oder wenn es durch das Schwert eines machtvollen Feindes bezwungen wird“<sup>17</sup>. An diese Überlegung, die seine Unkenntnis über die die britische Herrschaft unterminierende indische Unabhängigkeitsbewegung demonstrierte, knüpfte er die Folgerung, er als Germane sähe „Indien trotz allem immer noch lieber unter englischer Herrschaft“ als unter einer anderen<sup>18</sup>. An wessen mögliche Herrschaftsnachfolge der Briten er dabei dachte, erwähnte Hitler in seinem Zweiten Buch. Er erblickte in Rußland den „bedrohlichen Feind Indiens“<sup>19</sup> und kalkulierte die potentielle Gegnerschaft Englands zur Sowjetunion als wichtiges, sein Ziel – das einer deutsch-britischen Allianz – förderndes Moment ein<sup>20</sup>, das er wiederum als ein Mittel sah, die von ihm propagierte Expansion Deutschlands nach Osten hin<sup>21</sup> zu erleichtern.

Hitlers spätere Anbiederungsversuche gegenüber England, die in dem Angebot gipfelten, das britische Weltreich mit deutscher Macht verteidigen zu helfen, lassen sich schon aus diesen frühen außenpolitischen Grundthesen erklären. Er übersah völlig, daß die britische Herrschaft in Indien seit Lord Curzons Vizekönigtum (1899–1905) stark angeschlagen war und im Grunde genommen auf eine ständige Abwehrstellung gegenüber indischen Forderungen hinauslief<sup>22</sup>. Daß den Engländern in Indien nicht eine außenpolitische Bedrohung die stärksten Kopfschmerzen

<sup>16</sup> Ebenda. – Haushofer hatte in seiner Geopolitik des Pazifischen Ozeans (Berlin 1924, S. 131) dafür plädiert, dem Appell des indischen Soziologen Benoy Kumar Sarkar zu folgen, der damals Deutschland bereiste und für eine Annäherung zwischen „Neu-Deutschland“ und „Jung-Asien“ eintrat. Haushofer hatte dazu geschrieben: „Wirklich neutrale und freundliche Hände ergreife doch, wer im Wasser liegt, und lasse sich von ihnen an Bord helfen, auch wenn ihre Fahrzeuge sonst ferne Heimathäfen am Stern zeigen.“ – B. K. Sarkars geopolitische Vorstellungen sind am besten wiedergegeben in seinem Aufsatz „Die soziale Philosophie Jung-Indiens“, in: Deutsche Rundschau, Bd. 191 (April–Juni 1922), S. 1–14.

<sup>17</sup> *Mein Kampf*, S. 747.

<sup>18</sup> Ebenda. – Über Hitlers Bewunderung des britischen Empire siehe auch Albert Zoller, *Hitler privat*, Düsseldorf 1949, S. 156.

<sup>19</sup> Hitlers Zweites Buch, Ein Dokument aus dem Jahr 1928, Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 173. Vgl. auch Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1966, S. 16f.

<sup>20</sup> Hitlers Zweites Buch, S. 164–75.

<sup>21</sup> *Mein Kampf*, S. 726–58; Ebenfalls Hitlers Zweites Buch, S. 159, 163.

<sup>22</sup> Vgl. Dietmar Rothermund, *Die politische Willensbildung in Indien 1900–1960*, Wiesbaden 1965, S. 47ff.

verursachte, sondern innere Unruhen, die durch die wachsende und radikaler werdende indische Nationalbewegung ausgelöst wurden, konnte oder wollte er nicht erkennen. Was England und die britische Herrschaft in Indien betraf, so stimmten also schon die Prämissen der von Hitler konzipierten Außenpolitik nicht. Die Frage war, ob Hitler genügend Flexibilität besaß, bei wachsender Erfahrung in seiner Konfrontierung mit der außenpolitischen Realität die in Mein Kampf festgelegten Thesen zu revidieren.

Die Notwendigkeit einer Sicherung seines außenpolitischen Programms innerhalb der NSDAP und einer Propagierung seiner Thesen veranlaßte Hitler noch vor der „Machtübernahme“, seine Haltung gegenüber Indien und der britischen Herrschaft sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zu erläutern. Als er Otto Strasser im Jahre 1930 in einem siebenstündigen Dauergespräch zu seinen außenpolitischen und rassistischen Ideen zu bekehren versuchte, warf er ihm als Fehler vor, offen für die Sache der indischen Unabhängigkeitsbewegung eingetreten zu sein, obgleich sie offensichtlich eine Rebellion der „minderwertigen“ Hindu-Rasse gegen die „überlegene“ anglo-nordische Rasse sei. Die nordische Rasse, argumentierte Hitler, habe das Recht, die Welt zu beherrschen, und dieses Recht werde die leitende Idee nationalsozialistischer Außenpolitik sein<sup>23</sup>. Strasser ließ sich von Hitler nicht überzeugen und trennte sich von der Partei.

In seiner berühmten Rede vor dem Industrie-Klub in Düsseldorf am 27. Januar 1932 sprach Hitler sich für das „Recht“ der Engländer auf die Herrschaft in Indien aus und begründete sein Plädoyer mit dem Argument, die Briten besäßen ein ihnen innewohnendes Gefühl der Überlegenheit der weißen Rasse<sup>24</sup>. Hitlers außenpolitische Thesen hinsichtlich Indien wurden von seinen Kampfgenossen übernommen und von ihnen sowohl vor als auch nach 1933 ihrem Naturell entsprechend nach außen hin vertreten, wie zum Beispiel Görings Äußerungen zeigen<sup>25</sup>.

Einmal an der Macht verfolgte Hitler eine Politik der Annäherung an England, die nicht ganz erfolglos blieb, wie das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935 und die britische Beschwichtigungspolitik bewiesen. Sie scheiterte schließlich daran,

<sup>23</sup> Otto Strasser, *Hitler und Ich*, Konstanz 1948, S. 139.

<sup>24</sup> Baynes, *The Speeches of Adolf Hitler*, S. 792.

<sup>25</sup> In den „Notes of a Conversation between Mr. Yencken and Captain Goering“ vom 24. 11. 1931 sind Görings Äußerungen über Indien einem englischen Diplomaten gegenüber wie folgt festgehalten worden: „He [Göring] thereupon drifted into some rather wild talk which I had been led to expect concerning India. Gandhi, he declared, was a Bolshevik and the whole Indian agitation had been caused by the Soviet. He regarded Russia to-day in just the same light as the Russia of prewar times which had always been a menace to India. He took great exception to the attitude of the German press which was inclined to regard Gandhi as a national hero. An ordered India and British control in India, he declared, were important to German interests, because otherwise Germany's share in the Indian market would be lost.“ *Documents on British Foreign Policy 1919-1939*, hrsg. von E. L. Woodward und Rohan Butler, 2. Reihe, Bd. 2, 1939; London 1947, S. 347f. – Einem englischen Journalisten gegenüber nannte Göring 1934 Gandhi einen anti-britischen bolschewistischen Agenten; *Daily Mail*, 20. 2. 1934.

daß Hitler Englands Interesse an europäischen Belangen verkannte und sein „imperial“ Streben gegenüber Indien und seinen anderen überseeischen Besitzungen überschätzte. Er sah nicht, wie einsichtsvolle englische Politiker es schon seit Jahren taten, daß die Epoche des imperialistischen Zeitalters langsam zu Ende ging und das politische Freiheitsstreben der erwachenden Kolonialvölker nicht mehr aufzuhalten war.

Hitlers Übernahme der deutschen Außenpolitik bereitete angesichts der von ihm propagierten Thesen sowohl ihm selbst als auch den deutschen Diplomaten manche Verlegenheit. Das Ausland verlangte Aufklärung darüber, ob die vor der „Machtübernahme“ propagierten Ideen weiterhin das Grundprogramm der nationalsozialistischen Außenpolitik blieben oder ob sie nur rein theoretischen Wert gehabt hätten. Sowohl seine Äußerungen in *Mein Kampf* als auch diskriminierende Maßnahmen gegenüber Indern in Deutschland kurz nach der „Machtübernahme“ veränderten das gute Klima deutsch-indischer Beziehungen. Der sogenannten „League against Imperialism“, die unter der Leitung von V. N. Chattopadhyaya stand und kommunistischer Tendenzen bezichtigt wurde, wurde jegliche Tätigkeit in Deutschland verboten; das Informationsbüro der indischen Kongreßpartei wurde von der SA besetzt und durchsucht; führende Inder wurden vorübergehend verhaftet oder ausgewiesen, wie J. Naidu – der Sohn der bekannten indischen Nationalistin Sarojini Naidu – und A. C. N. Nambiar, der das indische Informationsbüro geleitet hatte<sup>26</sup>. Diese und ähnliche Maßnahmen der Nationalsozialisten lösten in Indien Verärgerung und Kritik aus<sup>27</sup>, und es bestand die Gefahr, daß sie sich nachteilig auf die deutsch-indischen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen auswirken würden.

Hitler hätte damals mit einem Federstrich das indische Mißtrauen wenn auch nicht völlig beseitigen so doch zumindest dämpfen können. Eine Änderung der anti-indischen Formulierungen in *Mein Kampf* wäre von indischer Seite als wohlwollende Geste aufgefaßt worden und hätte außerdem sehr wahrscheinlich eine positive Wirkung auf die parteiinterne Haltung und die öffentliche Meinung in Deutschland ausgeübt. In der Absicht, „Öl auf die stürmisch wogenden indischen Wasser zu gießen“, griff der amtierende Generalkonsul in Kalkutta, E. v. Selzam die Anregung des bekannten Soziologen Benoy Kumar Sarkar auf, den Versuch zu machen, Hitler zu einer Änderung der anti-indischen Passagen in *Mein Kampf*

<sup>26</sup> A. C. N. Nambiar zum Beispiel, der schon neun Jahre in Berlin weilte, wurde am 25. März 1933 aufgefordert, Deutschland innerhalb von acht Tagen zu verlassen. S. Benarsidas Chaturvedi, „Unhappy Experiences of Mr. A. C. Nambiar“, in: *The Modern Review*, Bd. 53 (1933), S. 703f.

<sup>27</sup> Vgl. die kritische zeitgenössische Darstellung von Sourmyendranath Tagore, *Hitlerism. The Aryan Rule in Germany*, Kalkutta 1933. Das Buch ist eine Kollektion von Artikeln, die aus der Sicht eines indischen Sozialisten in der Zeit von April bis Dezember 1933 verfaßt wurden. Ebenfalls J. M. Kumarappa, „The Nazi Menace to German Scholarship“, in: *The Modern Review*, Bd. 54 (1933), S. 151–55; und Jawaharlal Nehru, *An Autobiography*, London 1936, S. 153.



zu veranlassen<sup>28</sup>. Selzam teilte dem Auswärtigen Amt am 17. Mai 1934 mit<sup>29</sup>, die Universität Kalkutta sei bereit, Hitlers *Mein Kampf* als Textbuch für „postgraduate students“ der Volkswirtschaft, Soziologie und des Völkerrechts unter der Voraussetzung einzuführen, daß die darin zu findenden Äußerungen über Indien<sup>30</sup> eine Überarbeitung erfahren würden<sup>31</sup>. Er begründete seinen Vorschlag mit dem Hinweis, „daß indischerseits die fraglichen Bemerkungen auch weiter immer wieder als Beweis für eine angebliche anti-indische Einstellung des Reichskanzlers angeführt werden“. Dem Auswärtigen Amt wurde lapidarisch von der Reichskanzlei beschieden, Hitler vermöchte „aus grundsätzlichen Erwägungen seine Zustimmung zu einer Änderung oder Abschwächung des auf Indien bezüglichen Wortlauts in der englischen Ausgabe von ‚Mein Kampf‘ nicht zu erteilen“<sup>32</sup>.

In einem dem Entwurf dieses Schreibens beigefügten Vermerk, der wohl nur für den inneren Bereich der Reichskanzlei gedacht war, wurden die Gründe der ablehnenden Haltung Hitlers ausführlicher genannt: „Abgesehen davon, daß eine solche Änderung auf erhebliche drucktechnische Schwierigkeiten stoßen würde, dürfte es aber nicht zu vertreten sein, daß Teile des Wortlauts von ‚Mein Kampf‘ mit Rücksicht auf die Sonderinteressen einzelner nationaler Gruppen verändert oder abgeschwächt werden. Es dürfte auch weder im Interesse unserer guten Beziehungen zu England liegen noch der Auffassung des Herrn Reichskanzlers selbst entsprechen, wenn die Verbreitung seines Werks unter der indischen Studentenschaft, die zur englischen Oberherrschaft über Indien eine mehr oder weniger revolutionäre Stellung einnimmt, mit besonderen Mitteln gefördert würde.“<sup>33</sup> Hitler ließ an *Mein Kampf* nicht rütteln. Die Reaktion des Auswärtigen Amtes auf

<sup>28</sup> Das Zitat und die Information, daß die Anregung von Benoy Kumar Sarkar ausging, sind einer brieflichen Mitteilung Herrn v. Selzams (vom 27. 10. 1969) an den Verfasser entnommen, für die ihm an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

<sup>29</sup> E. v. Selzam an das Auswärtige Amt, Kalkutta 17. 5. 1934; Bundesarchiv, R. 43 II/1420 (A.A. Bd. 1 Asien).

<sup>30</sup> Im Wortlaut beigefügt sind die Seiten 258 f. der gekürzten englischen Ausgabe von *Mein Kampf* (*My Struggle*), erschienen bei Hurst and Blackett, London. Der englische Auszug, an dem Anstoß genommen wurde, beginnt „As early as 1920–21 the Party was approached from various quarters in an attempt to bring it into touch with liberationist movements in other countries“ und endet „The hopes of a mythical rising in Egypt against British influence were equally ill-founded“. Der Auszug entspricht in gekürzter Form dem deutschen Text von *Mein Kampf* auf den Seiten 744 bis 747.

<sup>31</sup> Es sei darauf hingewiesen, daß die Universität Kalkutta schon mindestens seit 1919 eine nationalbewußte Textbuch-Politik verfolgte und zum Beispiel den bekannten englischen Indienhistoriker Vincent A. Smith zwang, 250 nach Indien gesandte Exemplare der ersten Auflage seiner *Oxford History of India* (Oxford 1919) zurückzuziehen und durch eine Ausgabe zu ersetzen, in der die Darstellung des indischen Freiheitskampfes indische Gefühle nicht verletzte. Handschriftliche Notiz in Vincent A. Smiths Arbeitsexemplar der *Oxford History of India*, 1. Aufl. 1919, Deckblatt; St. John's College Library, Oxford.

<sup>32</sup> Staatssekretär der Reichskanzlei an das Ausw. Amt, 22. 6. 1934; Bundesarchiv, R. 43 II/1420 (a. a. O.).

<sup>33</sup> Staatssekretär der Reichskanzlei, Vermerk vom 22. 6. 1934; Bundesarchiv, R. 43 II/1420 (a. a. O.).

Selzams Anregung war so schroff, daß sie einem Verweis gleichkam und wenig geeignet war, indisches Verständnis zu finden<sup>84</sup>.

Der bengalische Kongreßführer Subhas Chandra Bose, der im Juli und August 1933 in Berlin weilte und die Aktionen der neuen Machthaber aus nächster Nähe miterlebte, befürchtete, daß sie sich nachteilig auf die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder auswirken würden, und daß Deutschland seine Attraktion für indische Studenten und Praktikanten verlieren könnte. Die Protestwelle, die im folgenden Jahr von indischen Studentenorganisationen in München, Berlin und Wien ausging, war im wesentlichen eine Wiederholung seiner Beschwerden und scheint daher weitgehend von ihm inspiriert gewesen zu sein.

Bose, der sich in verschiedenen Ländern nach neuen Studienmöglichkeiten für seine Landsleute umgesehen und längere Zeit in Prag, Rom und Genf aufgehalten hatte, teilte Anfang 1934 sowohl dem Indischen Ausschuß der Deutschen Akademie in München als auch dem Auswärtigen Amt seine Besorgnis über die nationalsozialistische Indienpolitik mit. Er beklagte sich über die geplante Rassengesetzgebung und die zunehmend unfreundliche Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber Indern, die er als Folge des rasekundlichen Unterrichts an deutschen Schulen und Universitäten deutete<sup>85</sup>. Görings Äußerungen über Gandhi in einem Interview mit einem Vertreter der englischen Zeitung *Daily Mail* im Februar hatten ihn schockiert. Er bat daher dringend um eine Aussprache mit einem führenden Vertreter der deutschen Politik und verwies auf seine jüngsten Begegnungen mit Mussolini und Benesch. Die Türen der nationalsozialistischen Prominenz blieben ihm jedoch verschlossen<sup>86</sup>. Er mußte sich damit zufrieden geben, von Ministerialrat Dieckhoff im Auswärtigen Amt angehört zu werden<sup>87</sup>. Bose kritisierte die anti-indische Haltung der deutschen Presse, die wachsende nationalsozialistische Rassenpropaganda und die abfälligen Äußerungen führender deutscher Persönlichkeiten über Indien. Er belegte seine Behauptungen mit Hinweisen auf Hitlers *Mein Kampf*, Rosenbergs Mythos des Zwanzigsten Jahrhunderts und Görings Interview mit einem Vertreter der *Daily Mail*<sup>88</sup>. Darüber hinaus verurteilte er den Frankschen Strafgesetzentwurf und die von rassistischen Vorurteilen herührenden Belästigungen indischer Studenten in München und Berlin, die auch er zu spüren bekommen hätte. Dieckhoff versuchte ihn zu beschwichtigen, indem er

<sup>84</sup> Briefliche Mitteilung Herrn v. Selzams an den Verfasser (27. 10. 1969).

<sup>85</sup> Dr. Thierfelder (Deutsche Akademie, Indischer Ausschuß) an das Auswärtige Amt, München 27. 3. 1934; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (im folgenden abgekürzt „A.A.“), Abt. III, Pol. 2, Indien, Bd. 4.

<sup>86</sup> Es trifft nicht zu, daß er, wie Hugh Toye (Subhas Chandra Bose. *The Springing Tiger. A Study of Revolution*, Bombay 1966, p. 43) schreibt, während seines damaligen Besuchs in Deutschland von Hitler, Ribbentrop und anderen Mitgliedern der Nazi-Hierarchie empfangen worden ist.

<sup>87</sup> Über diese Aussprache gibt es zwei Darstellungen, die leicht voneinander abweichen. Dieckhoffs Memorandum vom 28. 3. 1934 und Boses Bericht vom 5. 4. 1934, den er Dieckhoff zuschickte. Beide Quellen in A.A., Abt. III, Pol. 2, Indien, Bd. 4.

<sup>88</sup> Diese detaillierten Angaben finden sich nur in Boses Bericht vom 5. 4. 1934.

ihm mitteilte, „daß in Deutschland keine verantwortliche Persönlichkeit daran denke, die Inder oder die indischen Gefühle zu verletzen“ und daß „keine ernste Persönlichkeit“ die guten deutsch-indischen Beziehungen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet gefährden wolle. Er versprach, die vorgebrachten Beschwerdenpunkte mit den „zuständigen Stellen“ zu besprechen und auch zu erwägen, ob im einen oder anderen Falle eine Einwirkung möglich sei, weitere unnötige Verstimmungen zu vermeiden<sup>39</sup>. Bose wurde gebeten, diese Stellungnahme seitens des Auswärtigen Amtes den indischen Studentengruppen in Deutschland mitzuteilen.

Beschwichtigende Worte allein vermochten indessen die aufgebrauchten indischen Studenten nicht zu beruhigen. Bose, dem es um eine Klärung der nationalsozialistischen Politik von höchster Stelle ging, trat zwar vorerst als Sprecher für indische Belange in den Hintergrund; umso stärker regten sich jedoch die indischen Studentenvereine. Schon am 30. März 1934 verfaßte der Hindusthan Studenten Klub in München einen Brief an das Auswärtige Amt, der Boses Beschwerden, wenn auch nicht im Wortlaut so doch sinngemäß, wiederholte<sup>40</sup>. Drei Wochen danach schickte die Indian Students' Association in Berlin ein Schreiben ähnlichen Inhalts<sup>41</sup>, und am 6. August schließlich wiederholte die Federation of Indian Students Abroad in Wien die indischen Vorwürfe gegen die nationalsozialistische Politik in Schreiben an den Außenminister<sup>42</sup> und Hitler persönlich<sup>43</sup>. Dieser Protestwelle indischer Studentengruppen wurde dadurch besonderer Nachdruck verliehen, daß der Brief der Federation of Indian Students Abroad in der indischen Presse verbreitet wurde<sup>44</sup>.

Das Auswärtige Amt, das diese Protestwelle über sich ergehen ließ, ohne auf die Schreiben im einzelnen zu antworten, und dafür von der Parteileitung gerügt wurde<sup>45</sup>, sah sich unter dem Druck des indischen Protestes in Deutschland und in Indien schließlich genötigt, eine Antwort mit dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP abzusprechen<sup>46</sup>. Der Text der Antwort des Auswärtigen Amtes an die

<sup>39</sup> Dieckhoffs Memorandum vom 28. 3. 1934; a. a. O.

<sup>40</sup> M. S. Khanna (Vorsitzender des Hindusthan Studenten Klub) an den Außenminister, Berlin 30. 3. 1934; A.A., Abt. III, Pol. 2, Indien, Bd. 4.

<sup>41</sup> N. G. Swami an den Außenminister, Berlin 22. 4. 1934; ebd.

<sup>42</sup> P. D. Katyar an den Außenminister, Wien 6. 8. 1934; ebd.

<sup>43</sup> Vgl. Bezugnahme im Antwortschreiben Dieckhoffs an die Federation of Indian Students Abroad, 14. 11. 1934; ebd.

<sup>44</sup> Er wurde im Wortlaut zum Teil mit negativen Kommentaren unter anderem im Tribune (Lahore), Pioneer (Lucknow), Bombay Chronicle und in der Free Press of India (Bombay) veröffentlicht; vgl. Wachendorf an das Auswärtige Amt, Kalkutta 27. 8. 1934; ebd.

<sup>45</sup> Gross (Amt Stellvertreter des Führers) an das Auswärtige Amt, München 18. 9. 1934; ebd.

<sup>46</sup> Es scheint, daß dieser indische Protest wesentlich dazu beitrug, daß das Auswärtige Amt überhaupt Kontakt mit dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP aufnahm und zu folgender Vereinbarung mit dessen Leiter Gross kam: erstens, das Rassenpolitische Amt werde innerhalb der Partei darauf hinwirken, „daß außenpolitische Gesichtspunkte bei allen Schulungsveranstaltungen der Partei (. . .), soweit diese Rassefragen betreffen, mehr als bisher berücksich-

Federation of Indian Students Abroad<sup>47</sup>, die den beiden Vereinigungen in Berlin und Wien in Abschrift übermittelt wurde, stimmt im wesentlichen mit den von Gross, dem Vertreter des Rassenpolitischen Amtes der Partei, vorgeschlagenen Formulierungen überein<sup>48</sup>. Der Federation of Indian Students Abroad wurde unter anderem mitgeteilt<sup>49</sup>, ein Grund zur Beunruhigung „wie sie in Kreisen der in Deutschland lebenden Inder und darüber hinaus auch zum Teil in Indien selbst entstanden“ sei, bestünde nicht. Deutschland, so hieß es weiter, lasse sich die Pflege seiner bisherigen guten Beziehungen zu Indien nach wie vor angelegen sein. Es liege dem Nationalsozialismus eine Mißachtung oder gar ein Haß anderen Völkern und Rassen gegenüber völlig fern. Unerwünscht sei lediglich eine Vermischung der menschlichen Rassen durch Heirat untereinander. Die Möglichkeit eines freundschaftlichen und auf gegenseitiger Hochachtung gegründeten kulturellen und wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den verschiedenen Völkern und Rassen der Erde bleibe unangetastet, ja, sie würde sogar noch stärker als bisher angestrebt. Innerhalb des Deutschen Reiches kämen wirtschaftliche oder gesetzliche Beschränkungen gegen Angehörige fremder Rassen nicht in Frage. Wirtschaftliche Beschränkungen aus rassistischen Gründen seien ausschließlich gegenüber den in Deutschland lebenden Juden angewandt worden, „und zwar als eine notwendige Abwehrmaßnahme des deutschen Volkes gegen das Überwuchern einer fremden Volksgruppe“. Zu den Beschwerden über die Ausschreitungen gegen die in Deutschland lebenden Inder hieß es in der Erwiderung wörtlich: „Wenn in Einzelfällen die vorstehenden Grundsätze Indern gegenüber nicht beachtet worden sein sollten oder wenn die jedem Inder gegenüber in Deutschland selbstverständliche Gastfreundschaft gelegentlich verletzt worden ist, so sind darin lediglich Übergriffe einzelner unverantwortlicher Personen zu sehen, die im Zuge der revolutionären Umstellung erfolgt sind, und für die das Deutsche Reich als ganzes nicht verantwortlich gemacht werden kann. Es wird von den verantwortlichen Stellen wie bisher alles getan werden, um derartige Übergriffe für die Zukunft abzustellen und den oben genannten Grundsätzen volle Geltung zu verschaffen.“<sup>50</sup>

sichtigt werden“; zweitens, in einer für den Herbst geplanten Ressortbesprechung zwischen dem Rassenpolitischen Amt und dem Referat Deutschland des Auswärtigen Amtes unter Hinzuziehung von Vertretern des Innenministeriums und des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda sollten alle beteiligten Stellen auf „die außenpolitischen Schwierigkeiten“ aufmerksam gemacht werden, „die durch eine radikale Durchführung der deutschen Rassenpolitik entstanden sind und entstehen könnten“; insbesondere sollten „schädliche Rückwirkungen der deutschen Rassenpolitik in fremden Staaten (z.B. Japan, Indien, Südamerika etc.)“ zur Sprache gebracht werden. Rundschreiben von Bülow-Schwante, Auswärtiges Amt, 7. 8. 1934; ebd.

<sup>47</sup> Dieckhoff (Auswärtiges Amt) an die Federation of Indian Students Abroad, 14. 11. 1934, Entwurf; ebd.

<sup>48</sup> Vgl. Gross an das Auswärtige Amt, München 18. 9. 1934; ebd. Nicht übernommen wurde der erste apologetische Absatz im Entwurf von Gross.

<sup>49</sup> Dieckhoff an die Federation of Indian Students Abroad, 14. 11. 1934; a. a. O.

<sup>50</sup> Bei der Diskussion im Auswärtigen Amt über die Fassung des Antwortschreibens wurde vom Referat „D“ der Vorschlag gemacht, diesen zitierten Absatz fallen zu lassen, „da er den



Zu den einzelnen indischen Beschwerden wurde wie folgt Stellung genommen: erstens, Beschränkungen für indische Studenten, in deutschen Fabriken zu arbeiten, bestünden nicht; zweitens, das Rassenpolitische Amt der NSDAP und das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda hätten ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung gelegentlicher anti-indischer Presseauslassungen zugesagt; drittens, die zuständige Stelle, das Rassenpolitische Amt der NSDAP, behandle den Rassengedanken des Nationalsozialismus ausschließlich nach den genannten allgemeinen Grundsätzen; es erkläre sich jedoch bereit, „der Bekämpfung von Mißgriffen in der rassenkundlichen Propagierung gerade im Hinblick auf Indien in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu widmen“; und viertens, neue Rassengesetze seien nicht geplant, insbesondere sei nicht beabsichtigt, „die Stellung der in Deutschland lebenden oder studierenden Inder aus rassistischen Gründen politisch oder wirtschaftlich zu verschlechtern“.

Die Antwort des Auswärtigen Amtes wurde auf dem Treffen der „Federation of Indian and Ceylonese Students Abroad“ in Rom am 30. und 31. Dezember 1934 diskutiert und fand eine geteilte Aufnahme<sup>51</sup>. Man erklärte sich dankbar für die Zusicherungen, daß die Anstellung von indischen Studenten in Fabriken nicht mehr behindert werde und daß es nicht beabsichtigt sei, eine anti-indische Propaganda zu betreiben. Die Erklärung jedoch, daß nach der nationalsozialistischen Weltanschauung „eine Vermischung der menschlichen Rassen durch Heirat untereinander unerwünscht sei“, stieß auf den einmütigen Widerspruch der indisch-ceylonesischen Studentenversammlung<sup>52</sup>. – Übrigens blieb dieser Beschwichtigungsversuch des Auswärtigen Amtes und der Parteileitung nicht nur deshalb ohne Wirkung, weil der nationalsozialistische Rassengedanke den Indern ein Stein des Anstoßes blieb, sondern weil die politische Praxis der Nationalsozialisten ständig neue Nahrung für indische Klagen lieferte. Im Mai 1935 sah Bose sich gezwungen, gegen einen Artikel im Völkischen Beobachter, in dem die Inder als Bastarde bezeichnet wurden, und gegen die Aufführung des Films *Lives of a Bengal Lancer*, der in Deutschland unter dem Titel „Bengali“ lief<sup>53</sup>, zu protestieren, und zwei Tage

Eindruck einer exculpation machen könnte“. Dieckhoffs Meinung, ihn stehen zu lassen, setzte sich jedoch durch. In seiner Stellungnahme vom 1. 10. 1934 plädierte Dieckhoff dafür wie folgt: „Es sind leider so viele Zwischenfälle vorgekommen, daß auf sie Bezug genommen werden muß. Ich glaube, der Passus ist würdig gehalten und wird nicht mißdeutet werden.“ Memorandum mit Notizen im Anschluß an den Entwurf des Schreibens vom 14. 11. 1934. – Es kann nicht stimmen, daß, wie es im Schreiben vom 14. 11. 1934 weiter heißt, Ende März Bose eine „gleichlautende mündliche Auskunft“ erteilt worden sei. Dem steht nicht nur entgegen, daß die Formulierungen im wesentlichen Gross' Entwurf vom 18. 9. 1934 entnommen sind, sondern daß auch Dieckhoffs Memorandum über sein Gespräch mit Bose am 28. 3. 1934 (a. a. O.) keinerlei Hinweis darauf enthält.

<sup>51</sup> D. N. Dubash (Federation of Indian and Ceylonese Students Abroad) an den Außenminister, Rom 18. 2. 1935; ebd.

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> Bose an Prüfer (Auswärtiges Amt), Wien 7. 5. 1935; ebd. – „The Lives of a Bengal Lancer“ ist ein Film der amerikanischen Paramount Productions Inc., der am 24. 1. 1935 uraufgeführt wurde. Die Geschichte ist dem Roman *Bengal Lancer* des englischen Majors

später schickte der Hindusthan Studenten Klub ein Protestschreiben fast identischen Inhalts<sup>54</sup>.

Bose, der das Gefühl haben mußte, die Proteste verhallen ungehört, brachte schließlich Deutschlands wirtschaftliche Interessen in Indien ins Gespräch. Er veröffentlichte einen Artikel, in dem er auf die deutschen Beschränkungen für indische Studenten und Praktikanten hinwies und verschiedene Gegenaktionen vorschlug, unter anderem eine Demonstration politischer und wirtschaftlicher Kreise in Indien und die Entsendung von jungen Indern zur Ausbildung nach Italien, Polen und der Tschechoslowakei statt nach Deutschland<sup>55</sup>. Daß dieser Artikel seine Wirkung nicht verfehlte, ist daran zu erkennen, daß die Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry ihren Vertreter K. L. Ganguly in Berlin bat, die Richtigkeit des von Bose geschilderten Sachverhalts zu prüfen und gegebenenfalls von offizieller deutscher Seite eine Beseitigung der Behinderungen für Inder zu verlangen<sup>56</sup>. In ihrer Entgegnung auf ein Protestschreiben Gangulys teilte die Reichswirtschaftskammer mit, daß Deutschland an guten Beziehungen zu Indien gelegen sei und indische Studenten und Praktikanten keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen beabsichtige<sup>57</sup>. Die von der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry geäußerten Besorgnisse ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die rassistische und pro-britische Politik des nationalsozialistischen Regimes indische Gefühle verletzt und zu einer ernsthaften Gefährdung deutscher Wirtschaftsinter-

Francis C. C. Yeats-Brown (London 1930) entnommen, doch im Film so frei gestaltet worden, daß nur noch der Hintergrund der Handlung – der Einsatz der „44th Bengal Lancers“ im nordwestindischen Grenzgebiet – an Yeats-Browns Darstellung erinnert. „Kipling stuff“ nennt der amerikanische Filmkritiker Otis Ferguson den Film („Movies: Arms and Men“, in: The New Republic 23. 1. 1935, S. 305) und charakterisiert die Essenz des Films wie folgt: „... there is a lot of stuff about this handful of iron men holding up the millions of India and the like. Every attempt to give it mouthfuls of meaning is either silly or a fine glorification of empire and the wars of empire.“ Auch englischen Zeitgenossen ging der Film entschieden zu weit. Charles Davy schrieb in seiner Rezension im Spectator (8. 2. 1935, S. 206): „Here ... is a film more fervently imbued with British patriotism than any I can remember ... It is excellent propaganda for the British raj, and there is a quietly insistent emphasis on the fighting tradition which inspires the scattered British units who man the frontiers of India. Many controversial questions are thus taken for granted: but as pure pictorial drama the film is a brilliant piece of work.“ In einem Leserbrief an den Spectator (22. 2. 1935, S. 289) schrieb der Inder K. S. Shelvankar über den Film: „It sheds a spurious belated lustre on the romanticism of Empire, and strives to create the piously, serenely aggressive spirit of the Victorian age.“ – Der Film wurde nach Auskunft des Bundesarchivs, Koblenz, 1935 unter dem Titel „Bengali“ in Deutschland erstaufgeführt.

<sup>54</sup> Ajit Kumar Sen (Hindusthan Studenten Klub) an das Auswärtige Amt, München 9. 5. 1935; A.A., Abt. III, Pol. 2, Indien, Bd. 4.

<sup>55</sup> S. C. Bose, „Practical Training Abroad for Indian Students“, in Advance (Kalkutta) 25. 8. 1935.

<sup>56</sup> Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry to K. L. Ganguly, Cawnpore 23. 10. 1935 (Abschrift); K. L. Ganguly an die Reichswirtschaftskammer, Berlin 14. 11. 1935 (Abschrift), mit Auszügen aus S. C. Boses Artikel „Practical Training Abroad for Indian Students“, A.A., Abt. III, Pol. 2, Indien, Bd. 4.

<sup>57</sup> Reichswirtschaftskammer an K. L. Ganguly, Berlin 26. 11. 1935; ebd.

essen in Indien geführt hatte. Bose hatte mit seiner Protestkampagne zwar erreicht, daß die nationalsozialistische Führung ihrem Rassenfanatismus in außenpolitischer Hinsicht Zügel anlegte und zumindest indirekt bekannte, daß sie nicht geneigt war, materielle Interessen weltanschaulichen Prinzipien zu opfern. Es war ihm jedoch nicht vergönnt, den Erfolg seiner Pression durch ein „deal“ oder eine Begegnung mit den Machthabern in Deutschland zu krönen<sup>58</sup>.

Boses zweite und letzte Aussprache mit Dieckhoff im Auswärtigen Amt im Januar 1936 brachte ihm einzig und allein die Gewißheit, daß Deutschland sich im britisch-indischen Streit deshalb neutral verhielt, weil es eine Politik der Annäherung an England verfolgte<sup>59</sup>. Die Tatsache jedoch, daß Hitler am 6. Dezember 1935 Dr. A. L. Sinha, dem Leiter der sogenannten Indo-German News Exchange, ein Interview gewährte<sup>60</sup>, war ein deutlicher Hinweis dafür, daß auch Hitler die Gefährdung der auswärtigen, besonders der deutsch-indischen Beziehungen durch seine rassistische Politik erkannte und sich bemühte, das indische Mißtrauen gegenüber dem Nationalsozialismus zu zerstreuen und die Gefahren, die dem deutschen Indien-Handel drohten, zu beseitigen<sup>61</sup>. Auf Sinhas Bemerkung hin, „in Indien sei die Auffassung leider noch stark vertreten, daß der Nationalsozialismus die Bevölkerung Indiens für eine minderwertige Rasse halte“, entwarf Hitler ein Bild seiner Rassenpolitik, das die von ihm selbst verbreiteten Ideen verharmlosen und indische Befürchtungen zerstreuen sollte.

Nach der Aufzeichnung, die von diesem Gespräch gemacht wurde, erklärte Hitler, „daß das deutsche Volk mit allen anderen Nationen in Frieden und Freundschaft zu leben wünsche. Die nationalsozialistische Theorie sei ausschließlich auf das deutsche Volk selbst zugeschnitten. Wir hätten keineswegs das Bestreben, anderen Völkern diese Theorie aufzudrängen. Unsere Einstellung zu anderen Rassen sei die einer objektiven Desinteressiertheit. Genau wie das indische setze sich auch das deutsche Volk aus mehreren Rassen und Stämmen zusammen. Das indische Volk mit seiner vieltausendjährigen Kultur habe sich eigene Rassengesetze gegeben, die auch nicht ohne weiteres auf europäische Verhältnisse zu übertragen seien. Dr. Goebbels habe ganz recht, wenn er es als unrichtig bezeichne, von minderwertigen Rassen zu sprechen. Keine Rasse sei an sich minderwertig; die verschiedenen Rassen, die die Erde bevölkern, seien höchstens untereinander anders-

<sup>58</sup> Über einen Mittelsmann erklärte er sich im Oktober 1935 bereit, keine deutschfeindlichen Artikel mehr zu verfassen und alle anti-deutschen Artikel in der indischen Presse durch Gegenartikel zu widerlegen, falls man deutscherseits eine Unterbindung anti-indischer Äußerungen zusagte. Thierfelder an das Auswärtige Amt, München 29. 10. 1935; und Bose an Thierfelder, 7. 11. 1935; ebd.

<sup>59</sup> Dieckhoff, Memorandum 14. 1. 1936; ebd.

<sup>60</sup> Dr. Thomsen, „Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem indischen Journalisten Dr. Sinha am 6. Dezember 1935“, Bundesarchiv, R. 43 II/1420 (a. a. O.).

<sup>61</sup> Seine joviale Haltung in einer späteren Begegnung mit dem Aga Khan mag einem ähnlichen Motiv entsprungen sein. Vgl. Stanley Jackson, *The Aga Khan, Prince, Prophet and Sportsman*, London 1952, S. 166 ff.

wertig. Das gelte auch für die jüdische Rasse. Der Jude sei an sich nicht minderwertig in seinen Anlagen, aber seine Auffassungen paßten nicht für das deutsche Volk, sie seien vielmehr geradezu schädlich, und deswegen müsse der Jude dafür sorgen, daß er für sich allein als Volk leben könne. Jede Rasse müsse ihre Welt in sich finden, und darum wehrten wir uns mit Recht dagegen, daß uns eine andere Rasse ihre Eigentümlichkeiten aufzuzwingen suche, wie es die Juden in Deutschland getan hätten. Unsererseits wollten wir keineswegs in die Welt eindringen, in der andere Völker und Rassen leben; wir hätten nicht die Absicht, irgend eine andere Nation zu unterjochen<sup>62</sup>.

Daraufhin von Sinha über die künftige deutsche Außenpolitik befragt, erwiderte Hitler, diese Frage erinnere ihn an die häufig von amerikanischen Besuchern gestellte Frage, „ob er beabsichtige, Krieg zu führen“. Er erklärte, „die Außenpolitik forme sich an einem, alles andere überwiegenden Bestreben, nämlich dem eigenen Volk das möglichst große Ausmaß an Frieden und Wohlfahrt zu sichern. Wenn man dauernd daran arbeite, den Lebensstandard des Volks zu heben, so ergebe sich die friedliche Einstellung der deutschen Außenpolitik ganz von selbst.“ Deutschlands Wunsch sei, mit allen anderen Nationen Handel zu treiben, zu verkaufen, um kaufen zu können und so die Produktion in Gang zu halten.

In diesem Interview vertuschte Hitler die Härte der von ihm konzipierten Rassenpolitik und die außenpolitischen Ziele, die er in Mein Kampf propagierte und von denen er, wie seine späteren Entscheidungen bewiesen, bei allem taktischen Manövrieren im Grundsätzlichen jedoch nie abweichen sollte. Hitler versuchte in diesem Gespräch, dem indischen Journalisten ein Bild zu verkaufen, das nicht echt war. Es schien ihm offensichtlich daran gelegen zu sein, die guten deutsch-indischen Beziehungen, deren Pflege dem Auswärtigen Amt nach Hitlers Machtübernahme manche Mühe kostete, nicht vollkommen zu ruinieren. Doch was der „Diplomat“ Hitler gewonnen hatte, setzte der Demagoge bedenkenlos wieder aufs Spiel.

Als Hitler am 26. Januar 1936 anlässlich der Zehnjahresfeier des N.S.D.-Studentenbundes in München sprach und dabei seine Ideen vom „Recht“ auf Kolonien und von der Herrschaftsaufgabe der weißen Rasse in der Welt verbreitete, demonstrierte er das „Recht“ auf Raub mit Hinweisen auf Cortez' Eroberungen auf dem amerikanischen Kontinent und Clives in Indien und kommentierte Indiens Abhängigkeit von England mit dem spöttischen Hinweis, die Engländer hätten die Inder das Laufen gelehrt<sup>63</sup>. Obgleich diese Auslassungen Hitlers zur Kolonialfrage von der deutschen Presse nicht verbreitet wurden<sup>64</sup>, fanden sie im Ausland eine starke Beachtung. In Asien war die Wirkung dieser Rede verheerend<sup>65</sup>.

<sup>62</sup> Dr. Thomsen, „Aufzeichnung ... 6. Dezember 1935“; a. a. O.

<sup>63</sup> Baynes, *The Speeches of Adolf Hitler*, S. 1258f.

<sup>64</sup> *The Times*, 28. 1. 1936.

<sup>65</sup> Ein Sprecher des japanischen Außenministeriums verurteilte am 29. Januar Hitlers Pochen auf das Herrschaftsrecht der weißen Rasse. *Keesings Contemporary Archives*, Bd. 2 (1934–1937), London o. J., S. 1967.



Selbst Subhas Chandra Bose hatte solch krassen Rassismus und Kolonialismus aus dem Munde Hitlers nicht erwartet. Er verließ Deutschland wenige Wochen später, nicht ohne vorher seiner tiefen Enttäuschung über die nationalsozialistische Praxis Ausdruck zu verleihen<sup>66</sup>. Hitler war auf keinen Fall geneigt, sein Streben nach einer deutsch-englischen Allianz<sup>67</sup> durch eine Unterstützung der indischen Nationalbewegung zu behindern. In seinem Bemühen um ein solches Bündnis war er jedoch zu blind zu erkennen, daß den Engländern, selbst im konservativen Lager, an einer antirevolutionären Kameraderie mit den Deutschen gegen den wachsenden indischen Nationalismus wenig oder nichts gelegen war. Naivität und Unkenntnis englischer Mentalität verleitete ihn, Lord Halifax während eines Besuches in Berchtesgaden im November 1937 den Rat zu geben, Gandhi zu erschießen, um Ruhe und Ordnung in Indien wiederherzustellen, und, falls das nicht genügen sollte, ein Dutzend der Kongreßparteführer oder deren zweihundert umzubringen<sup>68</sup>.

Die englischen Besucher werden nicht nur von der Brutalität, die sich in solchem Ratschlag äußerte, sondern auch von der völligen Unkenntnis der Situation in Indien und insbesondere des von Gandhi geführten Freiheitskampfes überrascht gewesen sein. Leopold S. Amery, Secretary of State for India von 1940 bis 1945, wies 1939 in seinem Buch *The German Colonial Claim* darauf hin, daß Hitler und seine Genossen – er nannte Robert Ley als besonderes Beispiel – weder von den ökonomischen Verhältnissen des britischen Empire, noch von dessen verfassungsmäßiger Struktur richtige Vorstellungen besaßen<sup>69</sup>.

Hinter Hitlers diabolischem Rat an Halifax stand die Überzeugung, daß die Schwierigkeiten der Engländer in Indien durch eine Politik des Terrors gemeistert werden könnten. Er deutete sie als Folge eines Schwindens des britischen Herrschaftswillens. Hitlers Abneigung gegen Gandhi resultierte jedoch nicht allein aus seiner Vorliebe für die britische Herrschaft; sie war grundsätzlicher Natur. Er verachtete die Gewaltlosigkeit, mit der Gandhi den Kampf gegen die Briten führte<sup>70</sup>. Gandhis Rat an die Tschechen und Juden, der nationalsozialistischen Gewaltpolitik mit passivem Widerstand zu begegnen<sup>71</sup>, wird Hitler, wenn überhaupt, nur mit verständnislosem Lächeln quittiert haben. Als Gandhi am 23. Juli 1939 einen persönlichen Appell an Hitler richtete, den Frieden zu erhalten, hatte er selbst

<sup>66</sup> S. C. Bose an Franz Thierfelder, 25. 3. 1936; wiedergegeben bei Franz Thierfelder, „Deutsch-Indische Begegnungen 1926–1956“, in: *Indien und Deutschland*, Ein Sammelband, hrsg. von H. O. Günther, Frankfurt a.M. 1956, S. 154–56.

<sup>67</sup> Vgl. Hitlers Brief an Viscount Rothermere vom 5. 5. 1935; zit. bei G. Ward Price, *I know these Dictators*, London 1937, S. 152f.

<sup>68</sup> Ivone Kirkpatrick, *The Inner Circle*, London 1959, S. 97. Sinngemäße Wiedergabe dieser Äußerung Hitlers bei The Earl of Avon, *The Eden Memoirs. Facing the Dictators*, London 1962, S. 515.

<sup>69</sup> L. S. Amery, *The German Colonial Claim*, London 1939, S. 155f.

<sup>70</sup> Vgl. Albert Zoller, a. a. O., S. 156.

<sup>71</sup> Vgl. Gandhis Artikel im *Harijan* vom 6. 10., 26. 11. und 24. 12. 1938, wiedergegeben bei D. G. Tendulkar, *Mahatma – Life of Mohandas Karamchand Gandhi*, Bd. 4 (1934–1938), Bombay 1961, S. 340ff., 379ff. und 390.

keine Hoffnung, daß der Diktator darauf reagieren oder ihm eine Antwort zukommen lassen würde<sup>72</sup>.

Hitler war von seinem auf den Krieg gerichteten Kurs nicht mehr abzubringen. Schon im Jahre 1937, als er seinen englischen Gästen Terrormaßnahmen zur Sicherung der Herrschaft in Indien empfahl, benutzte er die Schwierigkeiten im britischen Empire als Argument für seine Kriegspläne. In der von Hoßbach aufzeichneten Besprechung am 5. November 1937 verwies er auf die Situation in Indien als Indiz für den Zerfall des britischen Imperiums<sup>73</sup>. Bezeichnend für die Doppelgleisigkeit seines Denkens war es, daß Hitler auch in diesem Zusammenhang, in dem er England als möglichen Gegner seiner Eroberungspolitik einkalkulierte, den Hinweis auf die englische Schwäche in Indien mit einer Kritik an der britischen Indienpolitik verband. Er machte die aufschlußreiche Bemerkung, daß England „durch seine halben Maßnahmen den Indern die Möglichkeit eröffnet habe, späterhin die Nichterfüllung der verfassungsrechtlichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen“.

Noch in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch hoffte Hitler einen Kriegseintritt der Engländer dadurch verhindern zu können, daß er ihnen einen Beistandspakt anbot, nach dem Deutschland sich verpflichten würde, das britische Empire im Falle einer Bedrohung mit der deutschen Wehrmacht zu verteidigen<sup>74</sup>. Englands Gegnerschaft gegen seine eigenen Expansionspläne stellte er als Möglichkeit in Rechnung und befürwortete dennoch die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft in Indien.

Nach Ausbruch des Krieges mit England nahm Hitler zumindest in der Öffentlichkeit die Rolle eines Fürsprechers der „unterdrückten Millionen“ in Indien an, denen die Freiheit und Unabhängigkeit vorenthalten würden<sup>75</sup>. Doch derartige Äußerungen in den ersten Kriegsjahren waren keineswegs Zeichen eines Gesinnungswandels. Denn auch nach Kriegsbeginn sah Hitler in England weiterhin den „natürlichen“ Bundesgenossen Deutschlands. Er gab sich weiterhin der Hoffnung

<sup>72</sup> D. G. Tendulkar, a. a. O., Bd. 5 (1938–1940), 1962, S. 197.

<sup>73</sup> Hoßbachs „Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937 von 16,15–20,30 Uhr“, in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig abgekürzt: ADAP), Serie D, Bd. I (Baden-Baden 1950), Nr. 19, S. 25–32; und in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internat. Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberg 1947 (künftig: IMT), Bd. XXV, Dok. 386 PS, S. 402–413.

<sup>74</sup> Birger Dahlerus, *The Last Attempt*, London 1948, S. 68 und 75.

<sup>75</sup> Rede am 8. 11. 1939 in München, wiedergegeben bei Max Domarus (Hrsg.), *Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945*, München 1965, Bd. II, 1, S. 1405 ff. Ähnlich in den Reden am 10. 12. 1940 in den Rheinmetall Borsig Werken und am 30. 1. 1941 im Berliner Sportpalast; wiedergegeben bei Max Domarus, a. a. O., S. 1626 ff. bzw. Bd. II, 2, S. 1657 ff.

<sup>76</sup> Hitlers Reden am 6. 10. 1939 nach dem Polenfeldzug und am 19. 7. 1940 nach dem Frankreichfeldzug, in denen er seine Bereitschaft zu einer Verständigung mit England in der ihm eigenen, mit Drohungen gemischten Art bekundete; Max Domarus, a. a. O., Bd. II, 1, S. 1387 und 1558. Vgl. dazu Fritz Hesse, *Das Spiel um Deutschland*, München 1953, bes. S. 248 ff.

hin, mit England zu einem Übereinkommen zu gelangen<sup>76</sup>, das ihm den Rücken für sein eigentliches Kriegsziel – die Zerschlagung der Sowjetunion – freihalten sollte. Wenn Hitler Ende 1940 die Interessen Rußlands in Richtung Indien zu lenken versuchte<sup>77</sup>, so war das genauso wenig ehrlich gemeint wie das gleichzeitig bekundete Interesse Deutschlands an Zentralafrika. Man kann sogar vermuten, daß hinter dieser Ablenkung Rußlands auf Indien die verschlagene Absicht stand, die Sowjetunion dadurch in einen Konflikt mit England zu verwickeln, der den ersehnten Umschlag der britischen Politik zugunsten einer Allianz mit Deutschland bewirken würde, die Hitler dann mit dem von ihm beabsichtigten Angriff gegen Rußland hätte honorieren können. Auch dann, als er ohne eine englische Rückendeckung, ja in Wahrheit indirekt gegen England gerichtet, den Kampf gegen die Sowjetunion wagte, schlug seine Haltung nicht ganz um.

Hitler zeigte nach dem Überfall auf die Sowjetunion sogar ein wachsendes Interesse an indischen Fragen. Mit dem deutschen Vormarsch in Rußland schrumpfte die geographische Ferne Indiens, und durch den Kriegseintritt Japans gewann es eine erhebliche Bedeutung in militärstrategischer Hinsicht. Darüber hinaus zeigte Hitler in den Jahren 1941 und 1942 ein „theoretisches“ Interesse an der Form der britischen Herrschaft in Indien. Sie diente ihm als Modell, an dem er sich beim Aufbau seines Ost-Imperiums zu orientieren suchte. In seinen „Tischgesprächen“ erläuterte er seine Herrschaftspläne häufig mit Hinweisen auf Britisch-Indien, während er seinen Auslassungen über das britische Imperium wiederholt Schlußfolgerungen für sein geplantes Ostreich folgen ließ.

Ende Juli 1941 bereits äußerte er über den geplanten Reichsaufbau im Osten, man sollte von den Engländern lernen, die mit zweihundertfünfzigtausend Mann über vierhundert Millionen Inder herrschten; der russische Raum müsse immer von Deutschen beherrscht bleiben<sup>78</sup>. Noch bündiger formulierte er seine Herrschaftsziele einige Wochen danach: „Was für England Indien war, wird für uns der Ostraum sein.“<sup>79</sup> Die Politik der Unterdrückung und Ausbeutung der russischen Bevölkerung und selbst Diskriminierungen der auf deutscher Seite kämpfenden Freiwilligenverbände der verschiedenen Nationalitäten der Sowjetunion wurden

<sup>77</sup> Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und Molotov am 15. 11. 1940, in der Hitler den südasiatischen Raum als Rußlands Interessensphäre bezeichnete; wiedergegeben bei Andreas Hillgruber (Hrsg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler*, Frankfurt/M. 1967, S. 315. Ferner die Unterredung zwischen Ribbentrop und Molotov am gleichen Tage, in der der Sowjetunion eine Expansion in Richtung des Indischen Ozeans empfohlen wurde; Dok. Nr. 329 in: ADAP, Serie D, Bd. XI, 1, Bonn 1964, S. 472ff. Vgl. auch die geheimen Zusatzbestimmungen des am 9. 11. 1940 abgefaßten Entwurfs eines Vertrages zwischen den Staaten des Dreimächtepaktes und der Sowjetunion; Dok. Nr. 309, ebd., S. 429.

<sup>78</sup> 27. 7. 1941; H. R. Trevor Roper (Hrsg.), *Hitler's Table Talk 1941–1944. With an introductory Essay on the Mind of Adolf Hitler*, London 1953 (im folg. zit. „Table Talk“), S. 15.

<sup>79</sup> 8.–10. 9. 1941, Tischgespräche, S. 145. Ähnlich am 17. 9. 1941: „The Russian space is our India. Like the English we shall rule this empire with a handful of men.“, Table Talk, S. 35.

wiederholt mit Hinweisen auf die britische Politik in Indien erklärt<sup>80</sup>, was selbst Rosenberg für nicht gerechtfertigt hielt<sup>81</sup>.

Hitler bewunderte die britischen Herrschaftsformen – so wie er sie sich vorstellte – und beneidete die Briten um ihre jahrhundertealten Erfahrungen in der Kolonialpolitik<sup>82</sup>. Wiederholt versuchte er sich vorzustellen, wie die Deutschen an ihrer Stelle in Indien regieren würden und kam dabei stets zu einem für seine eigenen Landsleute negativen Resultat<sup>83</sup>. In seltener nationaler Selbstkritik meinte er, die Inder könnten sich glücklich schätzen, nicht von Deutschen beherrscht zu werden, die ihnen das Leben zur Hölle machen würden<sup>84</sup>.

Das deutsche Volk sollte, wenn es eine Weltstellung einnehmen wolle, von den Engländern lernen. Bar jeglicher Skrupel empfahl er seinen Landsleuten, sich der Lüge und Heuchelei zu bedienen, mit denen auch die Briten, wie er glaubte, ihr Weltreich beherrschten<sup>85</sup>. Die sprichwörtlich kühle Distanz der Engländer zu den von ihnen beherrschten Völkern und ihr Talent, mit wenigen Menschen ein Riesenreich zusammenzuhalten, waren es vor allem, die Hitler Respekt abnötigten. Wenn er sich den Film „Lives of a Bengal Lancer“ schon vor dem Kriege mehrfach angeschaut hatte, wie Ivone Kirkpatrick berichtet<sup>86</sup>, so sicherlich nur deshalb, weil er sich von der britischen Art zu herrschen ein anschauliches Bild verschaffen wollte. Daß auch dieser amerikanische Film kein zeitgemäßes Bild der britischen Herrschaft in Indien vermittelte, sondern eher dem Geist der Epoche Kiplings Genüge tat, mag noch besonders dazu beigetragen haben, Hitlers Gefallen zu wecken<sup>87</sup>. Seine Vorliebe für diesen tendenziösen Film war durch seine eigenen imperialistischen Ideen und Hoffnungen bestimmt, die sich auf Vorstellungen des 19. Jahrhunderts gründeten. Daß Alfred Rosenberg ihm im Herbst 1941 eine Vorlage „betreffend die Ausübung der englischen Herrschaft in Indien“ unterbreitete<sup>88</sup>, wird weniger auf Hitlers oder Rosenbergs Interesse an Indien selbst als vielmehr an dem Aufbau der deutschen Herrschaft im Osten zurückzuführen sein, die sich an der englischen in Indien orientieren sollte. Nachdem Hitler die Vorlage als sehr interessant bezeichnet hatte, ordnete Ribbentrop, wohl aus „Konkurrenzgründen“, sofort die Abfassung einer Gegenvorlage an, da die Rosenbergsche

<sup>80</sup> Vgl. dazu die angeführten Beispiele bei Gerald Reitlinger, *The House built on Sand. The Conflicts of German Policy in Russia 1939–1945*, London 1960, S. 197 und 507 f.

<sup>81</sup> Rosenbergs „Aktennotiz für den Führer“ vom 16. 3. 1942, in: IMT, Bd. XXV, Dok. 045-PS, S. 97 f. Angeführt bei Reitlinger, a. a. O., S. 197.

<sup>82</sup> 8.–10. 9. 1941, Tischgespräche, S. 143; 16. 11. 1941, Table Talk, S. 129.

<sup>83</sup> 8.–10. 9. 1941, Tischgespräche, S. 143; 10. 1. 1942, Table Talk, S. 199; 22. 8. 1942, Table Talk, S. 654–56.

<sup>84</sup> 22. 8. 1942, a. a. O.

<sup>85</sup> 18. 4. 1942, Tischgespräche, S. 280.

<sup>86</sup> *The Inner Circle*, S. 97. Vgl. auch Percy Ernst Schramms „Erläuterungen“, Tischgespräche, S. 54.

<sup>87</sup> S. oben, Anm. 53.

<sup>88</sup> Bericht in Weizsäckers Notiz für Keppler, St. S. Nr. 766, Berlin 17. 11. 1941; A.A., Büro Staatssekretär, Indien, Bd. 1.



Schrift nur aus einem Auszug aus einem nicht näher genannten Buch bestünde, „ohne daß etwa ein besonderer Indienkenner aus persönlicher Erfahrung eigene Urteile dazu beigetragen hätte“<sup>89</sup>. Ribbentrops Richtlinien für die Abfassung des Indien-Memorandums lassen darauf schließen, daß auch er weniger Indien selbst als vielmehr das Beispiel der britischen Herrschaft für das von Hitler geplante Ostreich im Auge hatte<sup>90</sup>. Rosenberg und Ribbentrop versuchten jeder auf seine Weise, Hitler über Britisch-Indien aufzuklären, um ihm dadurch eine Art Leitfaden für sein imperialistisches Programm zu geben. Hitler erwähnte im August 1942, er habe einige Bücher über Indien gelesen<sup>91</sup> und empfahl seinen „Tischgenossen“ das Indienbuch Ludwig Alsdorfs<sup>92</sup>.

Alsdorfs plastische Beschreibung der Riesenhaftigkeit des von den britischen Indienbeamten verwalteten Gebietes<sup>93</sup>, sein treffender Vergleich der völkischen Vielheit und sprachlichen Buntheit Indiens mit denen Europas<sup>94</sup> und schließlich die Schilderung der britischen Verwaltung Indiens durch die stets auf Distanz bedachten und sich immer als Fremdlinge fühlenden britischen Beamten<sup>95</sup> mögen Hitlers besonderes Interesse geweckt haben. Alsdorfs Kritik an der britischen Herrschaft überhaupt hat er augenscheinlich übersehen oder übersehen wollen<sup>96</sup>.

Die indische Nationalbewegung hatte in Hitlers Denken so gut wie keinen Platz. Er sah sie einzig als Beeinträchtigung einer reibungslosen Herrschaftsausübung in Indien, die die Briten durch ihre tolerante und schwache Politik selbst verschuldet hätten<sup>97</sup>. Selbst als der indische Nationalist Subhas Chandra Bose, der 1938–39

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Nach der von Staatssekretär Weizsäcker weitergebenen Weisung Ribbentrops sollte eine 20–40 Seiten lange Niederschrift angefertigt werden, aus der hervorging, „wie die britische Herrschaft in Indien im Verlaufe der letzten Jahrzehnte ausgeübt worden ist und mit welchen Methoden es den Engländern gelang, bis heute Indien so wie geschehen, unter seiner [sic] Kontrolle und in Ordnung zu halten.“ Als Probleme, die behandelt werden sollten, nannte Ribbentrop u.a.: die militärische Kontrolle in Indien (Waffenhandel, militärische Dislokationen, Aufbau der Wehrmacht, usw.), Organisation der Verwaltung, Verhältnis Englands zu den Regierungen der Radjas, usw. Er bat darum darzustellen, wie es möglich sei, daß dieses überaus volkreiche Land von einer Handvoll von Weißen regiert werden könne. Vor allem sollten „die britischen Künste in divide et impera“ in der Schrift herausgearbeitet werden; ebenda.

<sup>91</sup> 22. 8. 1942, Table Talk, S. 655.

<sup>92</sup> Es ist anzunehmen, daß er damit Alsdorfs Werk: Indien, Berlin 1941, aus der Reihe „Weltpolitische Bücherei“ meinte.

<sup>93</sup> Alsdorf, Indien, Berlin 1941, S. 7.

<sup>94</sup> Ebd., S. 8.

<sup>95</sup> Ebd., S. 60–64.

<sup>96</sup> Alsdorfs Bemerkungen, daß ein „freies, einiges und gut regiertes Indien etwas ganz anderes aus sich hätte machen können und heute eine ganz andere Stellung in der Welt einnehmen würde“, und daß England keinerlei Recht habe, Indien zu beherrschen, und umgekehrt jedes Volk das unbestreitbare Recht besitze, „eine noch so schlechte eigene einer noch so guten Fremddregierung vorzuziehen“ (ebd., S. 100), waren Hitlers eigenen Vorstellungen diametral entgegengesetzt.

<sup>97</sup> Hitler, 12.–13. 1. 1942, Table Talk, S. 202f. Vgl. auch 23. 4. 1942, Tischgespräche, S. 289.

Präsident des indischen Nationalkongresses gewesen war und auch weiterhin im Osten des Landes, vor allem in Bengalen, über eine starke Anhängerschaft verfügte<sup>98</sup>, nach seiner Flucht aus Kalkutta in Berlin im März 1941 seine Dienste für den Kampf gegen England anbot, änderte Hitler seine Einstellung zur indischen Nationalbewegung nicht. Er ließ sich nicht für Boses politisches Ziel – die Gewinnung der Unabhängigkeit Indiens – erwärmen<sup>99</sup>. Bose war für ihn im Grunde genommen ein Mann, der im anderen Lager stand, den er nicht mit Begeisterung willkommen heißen konnte. Er erkannte wohl auch, daß es für Bose einer inneren Überwindung bedurfte hatte, für seine Flucht den Weg nach Berlin zu wählen. Bose stand nicht nur, wie schon erwähnt, Hitlers Rassenlehre kritisch gegenüber<sup>100</sup>, sondern begegnete der nationalsozialistischen Außenpolitik mit starken inneren Vorbehalten<sup>101</sup>.

Der machiavellistischen Devise folgend, daß der Feind des Feindes der Freund sein sollte, überwand Bose seine Bedenken und verknüpfte seine Interessen mit denen des nationalsozialistischen Deutschland. Das deutsch-sowjetische Abkommen von 1939 war für ihn eine Art Sicherheitsgarantie dafür, daß das Schicksal des britischen Empire besiegt war, und ein weiterer Grund, seine ideologischen Bedenken gegenüber dem Nationalsozialismus fallen zu lassen.

Bose kam nicht mit leeren Händen. Er hatte für seine Arbeit auf deutscher Seite ein Programm entwickelt, das er Anfang April dem Auswärtigen Amt auf den Tisch legte<sup>102</sup>. Die wichtigsten Punkte dieses Plans lauteten: Aufstellung einer „Freien Indischen Regierung“ in Europa, wenn möglich in Berlin; Abschluß eines Vertrages zwischen den Achsenmächten und dieser Regierung, „der unter anderem

<sup>98</sup> Die Charakterisierung Boses als „indischer Gaukler“ durch Max Domarus (Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem Zeitgenossen, München 1965, Bd. 2, S. 1007) ist eine durch nichts zu rechtfertigende kritiklose Übernahme hitlerischer Diktion. Vgl. ähnlich abfällige Urteile S. 1885f. und 1897. – Ähnlich negativ ist das Urteil Christopher Sykes, *Troubled Loyalty. A Biography of Adam von Trott zu Solz*, London 1968, S. 348, 359 und 366f. – Sykes erkennt, daß Bose in seinem ganzen Wesen ein Revolutionär war, dem es in erster Linie um die Beseitigung der britischen Herrschaft ging, und mißt ihn daher mit falschen Kategorien, wenn er meint: „He could easily have enjoyed an honourable and influential career within the British Empire had he been capable of compromise“ (ebd., S. 349). Gerade das war Bose zuwider.

<sup>99</sup> In Indien wurde sein Kampf gegen England jedoch von einem großen Teil des Volkes als Zeichen einer Freundschaft zu Indien gedeutet. In einer Kampagne für Wahlen zur Central Assembly zum Beispiel erklärte ein Redner im Juni: „Hitler . . . was very solicitous for Indians and followed the Vedas and Shastras.“ National Archives of India, „Civil Disobedience Movement. Extracts from Provincial Reports“, Home Dept. 3/19/41 – Poll (I).

<sup>100</sup> Vgl. auch Kitty Kurti, *Subhas Chandra Bose as I knew him*, Kalkutta 1966, S. 49.

<sup>101</sup> Subhas Chandra Bose, „Europe – today and tomorrow“, in: *The Modern Review*, Bd. 62 (1937), S. 517–23; und „A word about Germany“, in: *Forward Bloc*, 13. 3. 1940, wiedergegeben in: *Crossroads Being the Works of Subhas Chandra Bose 1938–1940*, hrsg. vom Netaji Research Bureau Kalkutta, London 1962, S. 267f.

<sup>102</sup> Subhas Chandra Boses ins Deutsche übersetzter „Plan einer Zusammenarbeit zwischen den Achsenmächten und Indien“, 9. 4. 1941; in: ADAP, Serie D, Bd. XII, 2, Dok. Nr. 300, S. 414ff.

die Freiheit Indiens im Falle eines Sieges der Achsenmächte vorsieht“; Aufnahme einer Rundfunkpropaganda nach Indien und materielle Unterstützung der indischen Aufstandsbewegung über Afghanistan. Bose, der Hitler am 26. April bat, ihm sein Programm erläutern zu dürfen<sup>103</sup>, wurde zunächst am 29. April von Ribbentrop empfangen.

In einer längeren Unterredung<sup>104</sup> schilderte Bose die Situation in Indien und nannte als Mittel einer Einflußnahme auf das Geschehen in Indien die Rundfunkpropaganda und die Aufstellung einer indischen Armee aus den in der Hand der Achse befindlichen indischen Kriegsgefangenen. Als Ribbentrop nach der Haltung Indiens gegenüber Deutschland fragte, hielt Bose nicht mit seiner Meinung zurück. Er erklärte, „er wolle in aller Offenheit zugeben, daß die Stimmung gegen die Nationalsozialisten und Faschisten in Indien ziemlich stark gewesen sei. Die englische und kommunistische Propaganda habe nämlich die These aufgestellt, daß der Nationalsozialismus und der Faschismus die Beherrschung der anderen Rassen anstreben . . . Erst nach dem Abschluß des deutsch-russischen Paktes habe sich die Stimmung gewandelt. Aus ihrer sozialen und antiimperialistischen Einstellung heraus hätten viele Inder diesen Pakt außerordentlich begrüßt und seien daher zu einer anderen Einstellung Deutschland gegenüber gekommen“. Bose fuhr fort, es sei für die Gewinnung der indischen Massen jedoch nötig, daß Deutschland eine offene Erklärung des Inhalts abgebe, „daß ein deutscher Sieg die indische Befreiung bringen würde“. Die hier erstmals erwähnte deutsche „Erklärung“ zugunsten einer Befreiung Indiens blieb fortan das Hauptanliegen Boses während seines Aufenthaltes in Europa.

Seine Bitte um eine Unterredung mit Hitler wurde ihm abgeschlagen<sup>105</sup>. Ribbentrop hatte Hitler von seinem Gespräch mit Bose berichtet<sup>106</sup>, und man kann vermuten, daß Boses Schilderung indischer Vorbehalte gegenüber dem Nationalsozialismus und der positiven Wirkung des deutsch-sowjetischen Abkommens auf die Stimmung in Indien Hitler in jenen Monaten, da die letzten Vorbereitungen zum Angriff auf die Sowjetunion getroffen wurden, nicht ins Konzept paßte.

Der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges erschütterte Bose zutiefst; er nahm seiner Zusammenarbeit mit Deutschland eine wichtige Voraussetzung. Bose machte auch kein Hehl aus seiner Enttäuschung über den Angriff auf die Sowjetunion<sup>107</sup>.

<sup>103</sup> Lammers (Chef der Reichskanzlei) an Ribbentrop, Berlin 3. 5. 1941; Bundesarchiv, R. 43 II/1422.

<sup>104</sup> Gesandter Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem RAM und dem indischen Nationalistenführer Bose in Wien im Hotel Imperial am 29. April 1941“; in: ADAP, Serie D, Bd. XII, 2, Dok. Nr. 425, S. 558 ff.

<sup>105</sup> Ribbentrop an Lammers, Fuschl 10. 5. 1941; Bundesarchiv, R. 43 II/1422.

<sup>106</sup> Ebenda.

<sup>107</sup> „The public reaction in my country to the new situation in the East is unfavourable towards your Government“, Bose an Woermann, Rom 5. 7. 1941; A.A., Büro Staatssekretär, Indien, Bd. 1. Ähnlich Woermanns Aufzeichnungen vom 10. 7. 1941 (ebd.) und 17. 7. 1941 (in: Documents on German Foreign Policy 1918–1945 [künftig: DGFP], Series D, Vol. XIII,

Er war sich darüber im klaren, daß Deutschlands Krieg gegen Rußland die öffentliche Meinung in Indien nur nachteilig beeinflussen würde und die Erfolgsaussichten für seine Pläne einer Zusammenarbeit des nationalistischen Indien mit Deutschland stark verringerten. In Deutschland selbst wurden die von ihm vorgelegten Pläne zunächst dilatorisch behandelt.

Der Rußlandfeldzug hatte in der deutschen politischen Planung eindeutig Priorität. Der erfolgreiche Vormarsch im Jahre 1941 bewirkte allerdings, daß die Indienfrage am Horizont der militärischen und politischen Strategie auftauchte. In einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister Ciano äußerte Hitler Ende Oktober die Hoffnung, schon sehr bald den Kaukasus durchstoßen und die Engländer bis zum Frühjahr dahin bringen zu können, „daß sie, wenn sie vielleicht auch nicht aus dem Mittelmeer ganz verschwinden, doch ihr Augenmerk ganz woandershin richten müssen“<sup>108</sup>. Auf Cianos Angebot, für die Kämpfe im Kaukasus die Alpini-Divisionen einzusetzen, antwortete Hitler mit dem Hinweis auf die Zukunft, „daß italienische Truppen möglicherweise auch später an den Kämpfen gegen Indien teilnehmen könnten“.

Die Hoffnung auf einen schnellen Zusammenbruch der Sowjetunion, der den Durchbruch zum Mittleren Osten mit seinen kriegswichtigen Ölgebieten zur Folge haben würde, bewog Ribbentrop im Oktober, Boses Anregung aufzugreifen und die Möglichkeit eines Einsatzes kriegsgefangener Indier für Propagandazwecke „bei einem etwaigen Vorgehen im Kaukasus und im Iran usw.“ prüfen zu lassen<sup>109</sup>. Die Aufstellung einer „Indischen Legion“ und die Errichtung einer „Zentralstelle Freies Indien“ unter der Leitung Boses waren die Nahziele der deutschen Indienpolitik, die Ribbentrop in einer „Notiz für den Führer“ vom 13. November 1941 nannte<sup>110</sup>. Die von Bose gewünschte „Indien-Erklärung“ sollte seiner Meinung nach erst dann abgegeben werden, „wenn klar ersichtlich ist, daß England auch nach dem endgültigen Zusammenbruch Rußlands keinerlei Friedensbereitschaft an den Tag legt“<sup>111</sup>. Ribbentrop wußte, wie weit Hitler in der Indienfrage zu gehen bereit war, und die von ihm genannten Nahziele stellten das Maximum dessen dar, was Hitler akzeptierte.

Als Bose Ribbentrop am 29. November noch einmal den Wunsch nach einer „Indien-Erklärung“ vortragen und begründen konnte, machte er eine Bemerkung, die erkennen ließ, daß er Hitlers Gedankengänge hinsichtlich Indiens durchschaut hatte. Als Ribbentrop erklärte, daß dann, wenn der Nimbus Englands im indischen und arabischen Raum erst einmal zerstört sei, das Empire fallen werde, warf Bose ein, „daß der Herr RAM mit dieser Ansicht hoffentlich auch die Ansicht des

Dok. Nr. 120, S. 165ff.). Desgleichen Bose an Ribbentrop 15. 8. 1941; in: DGFP, Ser. D, Vol. XIII, Dok. Nr. 213, S. 329ff.

<sup>108</sup> Gesandter Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Grafen Ciano im Hauptquartier am 25. Oktober 1941“; ebenda, Dok. Nr. 424, S. 696.

<sup>109</sup> Rintelen an Weizsäcker, 16. 10. 1941; in: DGFP, Ser. D, Bd. XIII, Dok. Nr. 404, S. 649.

<sup>110</sup> Siehe DGFP, Ser. D, Bd. XIII, Dok. Nr. 468, S. 774ff.

<sup>111</sup> Ebenda.



Führers wiedergebe<sup>112</sup>. Im korrigierten Text des Protokolls heißt es dann weiter: „Der Herr RAM sagte, der Führer glaube an die endgültige Niederlage Englands; aber es sei eben seine Ansicht, daß keine Aktion stattfinden dürfe, bevor nicht Deutschland die Macht habe, sie entsprechend zu unterstützen.“<sup>113</sup> Bose wies zur Begründung seines Wunsches nach einer „Indien-Erklärung“ auf Hitlers *Mein Kampf* hin, in dem, wie er sagte, in Bezug auf Indien Stellen enthalten seien, „die in ungünstigem Sinne durch die englische Propaganda ausgeschlachtet wurden“<sup>114</sup>. Boses Hinweis auf *Mein Kampf* fruchtete nichts. Ribbentrop war nicht bereit – oder besser gesagt nicht in der Lage –, die baldige Abgabe einer deutschen „Indien-Erklärung“ zu versprechen.

Der Kriegseintritt Japans gab Indien wachsendes Gewicht in strategischer und politischer Hinsicht. Der japanische Blitzkrieg in Südostasien und der Vormarsch bis an die indische Ostgrenze waren mit Erschütterungen in Indien begleitet, die den Briten schwer zu schaffen machten. Hitler, der immer noch auf ein englisches Einlenken hoffte, spürte nach den japanischen Erfolgen das Dilemma seiner Indienpolitik in besonders starkem Maße. Konnte er über die Siege seines wirklichen Bündnispartners frohlocken, während er gleichzeitig die Rückschläge seines Gegners, der in seinen Augen ein gegebener Bündnispartner sein konnte, bedauern mußte? Boses Wünsche hatte er, soweit sie seiner Meinung nach Deutschland gegenüber Indien festlegen würden, ignorieren können. Würde er auch den Japanern gegenüber eine durch Rücksichtnahme auf England bestimmte Hinhaltepolitik anwenden können?

Als Oshima, der japanische Botschafter in Berlin, Hitler in einer Unterredung am 3. Januar 1942 einen baldigen Vorstoß der Japaner gegen Burma und die Einbeziehung Indiens in das Kriegsgebiet sowie die schnelle Ausschaltung der britischen Stützpunkte in Indien ankündigte, knüpfte er daran den Wunsch, „daß Deutschland und Japan eine gemeinsame Erklärung Indien gegenüber abgeben“<sup>115</sup>. Oshima scheint diesen Vorschlag nicht auf Wunsch seiner Regierung gemacht zu haben, sondern die Anregung dazu in seinem Gespräch mit Ribbentrop am Vortage<sup>116</sup> erhalten zu haben, als er Ribbentrops Interesse an einer „Indien-Erklärung“ und Wunsch nach einem Zusammentreffen der deutschen und japanischen Streit-

<sup>112</sup> Loesch, „Aufzeichnung über die Unterredung von Herrn Bose mit dem Herrn RAM am 29. November 1941 in Berlin“ (Entwurf mit Korrekturen); A.A., RAM-Film 1/37-49.

<sup>113</sup> Ursprünglich hieß es im Entwurf an dieser Stelle: „Der Herr RAM bestätigte dies und fügte hinzu, daß es eben die Ansicht des Führers sei . . .“; ebd.

<sup>114</sup> In einem nur bruchstückartig erhaltenen früheren Entwurf, der dieser Aufzeichnung beigelegt ist, wird Boses Äußerung wie folgt wiedergegeben: „In ‚Mein Kampf‘ sind mit Bezug auf Indien gewisse Stellen enthalten, die das indische Volk diskriminieren und entsprechend von der englischen Propaganda ausgeschlachtet werden.“; ebd.

<sup>115</sup> Hewel, „Aufzeichnung über das Gespräch des Führers mit Botschafter Oshima am 3. Januar 1942 im Beisein des Reichsaußenministers in der Wolfsschanze von 16,15–18 Uhr“; A.A., RAM-Film F 7/86-64.

<sup>116</sup> „Aufzeichnung über die Besprechung des Herrn Reichsaußenministers mit dem japanischen Botschafter Oshima am 2. Januar 1942 in Steinort“; A.A., RAM-Film F 20/211-192.

kräfte „irgendwie“ im Raum des Persischen Golfs auch als die Meinung Hitlers deutete. Doch Hitler sah die Dinge anders. „Der Führer“, so heißt es im Protokoll der Unterredung am 3. Januar, „weist Oshima auf die große Gefahr hin, daß England, wenn der Krieg lange dauere, seine Zentrale nach Australien und Neuseeland verlegen könnte, um von dort aus Japan zu bekämpfen. Er hält es aus diesem Grunde für sehr wichtig, daß Japan sich zunächst ganz auf die Sicherstellung des südostasiatischen Raumes beschränkt, um zu verhindern, daß von hier aus noch irgendwelche Gefahren erwachsen können.“<sup>117</sup>

An anderer Stelle des Gesprächs kam Hitler noch einmal auf Indien zu sprechen. Wörtlich sagte er: „Wenn England Indien verliert, stürzt eine Welt ein. Indien ist der Kern des englischen Empire. Aus Indien hat England seinen ganzen Reichtum erworben.“<sup>118</sup> Diese letztgenannte Äußerung Hitlers steht in einem gewissen Gegensatz zu der früheren. Warum, so fragt man sich, versuchte er Japan auf Australien und Neuseeland abzulenken, wenn er Indien gleichzeitig eine so große Bedeutung für das britische Empire beimaß? Die Antwort darauf gab Hitler selbst zwei Tage danach im Kreise seiner Tischgesprächspartner.

Auf die Bemerkung General Gausers hin, der japanische Kriegseintritt sei doch von Deutschland als eine Erleichterung aufgenommen worden, entgegnete Hitler: „Ja, eine Erleichterung, eine große Erleichterung. Aber es war auch ein Wendepunkt in der Geschichte. Es bedeutet den Verlust eines ganzen Kontinents, und das muß man bedauern, denn es ist die weiße Rasse, die dabei verliert.“<sup>119</sup> Hitlers Zurückhaltung gegenüber den von Oshima geäußerten Vorschlägen ist also vor allem als eine Rücksichtnahme auf die britische Herrschaft in Indien zu verstehen. Noch immer hielt Hitler einen Separatfrieden mit England für möglich. Er glaubte, England würde, um Indien zu erhalten, geneigt sein, den Frieden zu suchen.<sup>120</sup>

Selbst Subhas Chandra Bose, der ungeduldig auf den Aufbau der geplanten Indischen Legion und auf eine Indien-Erklärung wartete, hatte, wie es in einem Bericht des Auswärtigen Amtes im März 1942 hieß, den „unüberwindlichen Verdacht . . ., daß Deutschland doch noch die Absicht habe, sich auf Kosten Indiens mit England zu verständigen“<sup>121</sup>.

Als Sir Stafford Cripps, der zu den führenden Persönlichkeiten der Labour Party zählte und als Lord Privy Seal Churchills Kabinett angehörte, Ende März 1942 nach New Delhi kam, um mit den Vertretern der verschiedenen indischen Parteien und Interessengruppen eine Lösung der indischen Frage auszuhandeln und die nationalistischen Kräfte für die Kriegsführung auf seiten der Alliierten zu gewin-

<sup>117</sup> Hewel, „Aufzeichnung über das Gespräch . . . am 3. Januar 1942“, a. a. O.

<sup>118</sup> Ebenda.

<sup>119</sup> 5. 1. 1942, Table Talk, S. 181. Das obige Zitat ist aus dem Englischen rückübersetzt. Hitler war im Gegensatz zu Ribbentrop nicht geneigt, den Fall Singapurs in der deutschen Presse und im Rundfunk groß herauszustellen. Siehe Albert Zoller, a. a. O., S. 157.

<sup>120</sup> 7. 1. 1942, Table Talk, S. 187f. Vgl. auch am 15. 1. 1942, ebd., S. 207.

<sup>121</sup> Aufzeichnung „Betrifft Mazzotta“, unsigned und undatiert, aber der Akteneinordnung nach zu urteilen in der ersten Märzhälfte 1942 verfaßt. A.A., Informationsabteilung, Indien, Bd. 5.

nen, verfolgte Hitler die Nachrichten über die Mission mit großem Interesse<sup>122</sup>. Seine Hoffnung, daß die Bemühungen des ihm persönlich unangenehmen „so typisch intellektuellen Salon-Bolschewisten“ Cripps scheiterten<sup>123</sup>, sollte sich erfüllen. Daß aber die Japaner diesen Moment, da die Engländer abgeblitzt waren und der indische Freiheitskampf um so erbitterter zu werden drohte, für einen psychologisch günstigen Zeitpunkt hielten, um eine gemeinsame „Indien-Erklärung“ der Dreierpaktmächte abzugeben<sup>124</sup>, versalzte ihm die Freude über das Scheitern der britischen Mission.

Der Führer, so berichtete Hewel an Ribbentrop, scheine „nur ungern an die Beteiligung bei der gemeinschaftlichen Regierungserklärung heranzugehen“<sup>125</sup>. Hitler erklärte, Deutschland habe noch nie eine ähnliche Erklärung abgegeben, und „er sehe nicht ein, warum er nun, nur weil es die Japaner wünschten, sich an einer solchen Erklärung beteiligen solle“<sup>126</sup>. Allerdings legte Hitler die Angelegenheit nicht ganz vom Tisch, sondern lenkte so weit ein zu erklären, „daß er sich zu nichts entscheiden wolle, bevor er nicht persönlich mit dem Duce diese grundsätzlichen Fragen durchgesprochen hätte“<sup>127</sup>.

Die Unterredung zwischen Hitler und Mussolini fand am 29. April 1942 im Schloß Klessheim bei Salzburg statt<sup>128</sup>. Für Hitlers Haltung in der Indienfrage war es schon bezeichnend, daß Ribbentrop Hitler nach dessen Bemerkung, „daß nunmehr wohl alle Italien und Deutschland interessierenden Probleme zur Sprache gekommen seien“, darauf hinweisen mußte, daß noch die Frage der gemeinsamen Indien- und Arabienklärung<sup>129</sup> besprochen werden sollte. Durch Ribbentrop gezwungen, sich zu der vorgeschlagenen Erklärung zu äußern, rief Hitler die Geschichte als Lehrmeisterin an und erklärte, „daß seine Stellungnahme dazu durch die Erinnerung an den Weltkrieg bestimmt sei. Deutschland hätte damals mit Rußland wahrscheinlich einen Sonderfrieden abschließen können, wenn nicht die Erklärung Polens zum unabhängigen Königreich dazwischen gekommen wäre. Wenn jetzt eine Indien- und Arabien-Erklärung von den Dreierpaktmächten abgegeben würde, so könne dies leicht dazu führen, daß der Widerstandswille Englands

<sup>122</sup> 27. 3. 1942, Tischgespräche, S. 217–19.

<sup>123</sup> Ebd., S. 218f.

<sup>124</sup> Ott an das Auswärtige Amt, 13. 4. 1942, Tel. Nr. 1121. A.A., Informationsabteilung, Indien, Bd. 5.

<sup>125</sup> Hewel, „Notiz für den Herrn Reichsaußenminister“, 17. 4. 1942. A.A., Büro Reichsminister (RAM), Vorderer Orient.

<sup>126</sup> Ebenda.

<sup>127</sup> Ebenda.

<sup>128</sup> Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Duce im Schloß Klessheim bei Salzburg in Anwesenheit des RAM und des Grafen Ciano am 29. 4. 1942“; A.A., Handakten Dolmetscher Schmidt, Aufzeichnungen 1942 (Teil 1).

<sup>129</sup> Der von Japan übermittelte Entwurf verband die Indien-Erklärung mit einer Erklärung für die Freiheit und Unabhängigkeit der Araber. Der japanische Entwurf ist undatiert, aber nach einem Telegramm Otts vom 13. 4. 1942 aus Tokio (Nr. 1121) wurde der Inhalt am 11. April nach Berlin gedrahtet. A.A., Informationsabteilung, Indien, Bd. 5.

durch die aus einer derartigen Erklärung abzuleitende Bedrohung des gesamten englischen Weltreichs erheblich gestärkt würde . . . Andererseits könnte eine Indien- und Arabien-Erklärung allerdings auch geeignet sein, England den letzten Stoß zu versetzen und zum Nachgeben zu veranlassen. Dies sei die Auffassung des RAM.<sup>130</sup>

Die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Friedensschlusses mit England war Hitler groß genug, sich dem japanischen Vorschlag zu verschließen. Es half nichts, daß Ribbentrop darauf hinwies, „daß Japan schon vor längerer Zeit den Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung gemacht habe und vielleicht argwöhnisch werden könnte, wenn mit der Antwort seitens der Achsenmächte gezögert würde. Denn nach wie vor bestehe Japans einzige Befürchtung darin, daß die Achse sich mit England doch noch irgendwie einigen könne“. Aus Rücksicht auf England war Hitler nicht bereit, dem Plan der Japaner zuzustimmen, deren Armee vor den Toren Indiens stand, auch nicht auf die Gefahr hin, das japanische Wohlwollen zu verspielen. Hitler gestand allerdings zu, daß die vorgeschlagene Erklärung dann einen Erfolg verspreche, wenn die Truppen der Achsenmächte südlich des Kaukasus stünden.

Mussolini, vor dem Hitler und Ribbentrop ihre voneinander abweichenden Meinungen in dieser Angelegenheit nicht verbargen, wagte es jedoch nicht, auf seiner positiven Einstellung zum japanischen Vorschlag zu beharren und den deutschen Außenminister zu unterstützen<sup>131</sup>. Er erklärte, „ihm schiene die Angelegenheit nicht dringend, und man könne ruhig abwarten“. Mussolini wollte es den Japanern freistellen, von sich aus eine Erklärung über Indien abzugeben, der dann die Achsenmächte zustimmen könnten. Obgleich Hitler dem nicht direkt widersprach, ging er auf die Anregung nicht ein. Es bestehe die Gefahr, meinte er, „daß sich auch Sowjetrußland gegen Indien wenden würde. Den Sowjeteinfluß fürchte Japan wohl besonders, da kein Volk für den Bolschewismus so prädestiniert sei wie das indische.“<sup>132</sup>

<sup>130</sup> Schmidt, „Aufzeichnung . . . 29. 4. 1942“.

<sup>131</sup> Vierzehn Tage danach rekapitulierte Ribbentrop den Verlauf dieses Gesprächs wie folgt: „Der Duce habe zunächst der Abgabe einer gemeinsamen Erklärung der Dreierpakt-mächte über Indien und Arabien positiv gegenübergestanden. Der Führer habe eine mehr negative Stellung dazu eingenommen, während er (der RAM) an und für sich auch eine Erklärung begrüßt hätte. Im Verlauf des Gesprächs habe sich der Duce jedoch den Argumenten des Führers angeschlossen, und es sei beschlossen worden, zunächst keine gemeinsame Erklärung abzugeben . . .“. Schmidt, „Aufzeichnungen über die Unterredung zwischen dem RAM und dem italienischen Botschafter Alfieri in Berlin am 12. Mai 1942“. A.A., Handakten Dolmetscher Schmidt, Aufzeichnungen 1942 (Teil 1).

<sup>132</sup> Hitler hing zu jenem Zeitpunkt noch Vorstellungen eines britisch-russischen Gegensatzes über Indien an, der sich besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezeigt hatte. Nicht anders ist seine merkwürdige Äußerung am 27. Juni 1942 zu deuten, als er erklärte, es könne „für England nach dem Verlust Ostasiens [sic] keine größere Bedrohung geben, als die der Russen, sich bei einer Störung des russisch-englischen Verhältnisses für ihre Kriegsschäden an Indien schadlos zu halten. Vielleicht sei diese Option auf Indien sogar einer der Gründe, der Rußland bewege, dem Kriegszustand mit Japan unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. Für uns nicht unlieb. Denn eben mit Rücksicht auf Indien werde



Am Schluß des Salzburger Gesprächs schlug Hitler vor, den Japanern mitzuteilen, die ganze Sache werde von den Achsenmächten überprüft; der gegenwärtige Zeitpunkt sei für die Abgabe einer Erklärung vom Standpunkt der Achse aus gesehen noch nicht geeignet, da ein vorzeitiger Aufruf den Achsenmächten allenfalls Nachteile einbringen würde. Man einigte sich auf Ribbentrops Formel, die Angelegenheit „in dem vom Führer und Duce gewünschten Sinn zunächst einmal mit Oshima mündlich zu besprechen“.

Im Entwurf seiner Antwort an die japanische Regierung erklärte Ribbentrop zwar den damaligen Zeitpunkt für die Abgabe einer „Indien-Erklärung“ als nicht opportun, stellte jedoch den Japanern anheim, „über die von Ministerpräsidenten Tojo bereits gegebenen Erklärungen<sup>133</sup> hinaus noch weitere Zusicherungen an das indische Volk für sich allein abzugeben“<sup>134</sup>. Deutschland und Italien, so lautete der Entwurf weiter, würden eine derartige Erklärung dann lediglich propagandistisch unterstützen. Sowohl Mussolini als auch Ciano erklärten sich mit der Ribbentropschen Fassung der Antwort an die Japaner einverstanden<sup>135</sup>, die sofort nach Tokio übermittelt wurde.

Drei Tage später hatte Mussolini es sich anders überlegt. Subhas Chandra Bose hatte ihn inzwischen aufgesucht und ihn dringend vor der Gefahr eines japanischen Alleingangs bei der Abgabe einer Indien-Erklärung gewarnt<sup>136</sup>. Die italienische Regierung bat deshalb, eine Überprüfung der sogenannten Salzburger Beschlüsse in dem Sinne vorzunehmen, daß Deutschland und Italien eine japanische Initiative gegenüber Indien nicht mehr nur propagandistisch zu unterstützen versprochen, sondern „auch zum Gegenstand einer formellen Zustimmung“ erhoben sehen

der Nicht-Kriegszustand zwischen Japan und Rußland für uns ein Plus gegenüber England“. (Tischgespräche, S. 416) – Hoffte Hitler, daß England wegen der angeblichen russischen Gefahr für Indien auf die deutsche Seite gedrängt werden könnte und daß die Russen sich mit den Japanern zwecks Teilung Indiens liieren könnten? Hitlers Äußerungen legen eine solche Deutung jedenfalls nahe. Es besteht kein Zweifel daran, daß eine Frontstellung Deutschland-England gegen Rußland-Japan seiner außenpolitischen Grundkonzeption und seinem Wunschbild eher entsprach als die tatsächliche Konstellation. Vgl. dazu Hitlers Äußerung gegenüber dem englischen Historiker Arnold J. Toynbee im Jahre 1936, in der er unter anderem dem Bericht Toynbees zufolge sagte: „Why are you [gemeint sind die Engländer] so friendly with Russia? ... I know why. Because you are afraid of Japan. But, if you need a friend to help you against Japan, why should your friend be Russia? Why should not I be the friend you need?“ Arnold J. Toynbee, *Acquaintances*, O.U.P., London 1967, S. 279.

<sup>133</sup> Es dürften Tojos Reichstagsreden vom 16. Februar, 12. März und 6. April 1942 sowie seine am 7. April 1942 von der japanischen Presse verbreitete Erklärung über Japans Haltung gegenüber Indien gemeint sein.

<sup>134</sup> Ribbentrop an deutsche Botschaft Rom, 2. 5. 1942, Tel. Nr. 1872; A.A., Büro Reichsminister (RAM), Vorderer Orient.

<sup>135</sup> Rintelen, Notiz für Ribbentrop, Berlin 3. 5. 1942; A.A., Büro Reichsminister (RAM), Vorderer Orient.

<sup>136</sup> Weizsäcker, Notiz für Ribbentrop, Berlin 6. 5. 1942; A.A., Büro des Staatssekretärs, Italien, Bd. 8. Vgl. Cianos Tagebuchaufzeichnungen vom 4. und 5. 5. 1942; Graf Galeazzo Ciano, *Tagebücher 1939–1943*, übers. von W. J. Guggenheim und René König, Bern 1946, S. 434.

wollten<sup>137</sup>. Diesem Ansinnen Mussolinis verspernte man sich auf deutscher Seite mit dem Argument, daß man bei den Japanern nicht den Eindruck einer plötzlichen Kursänderung hervorrufen wollte<sup>138</sup>.

Bose, der in jenen Wochen verzweifelt um die Abgabe einer Indien-Erklärung seitens der Achsenmächte und Japan rang<sup>139</sup>, hatte am 27. Mai die einzige Gelegenheit, seine Pläne Hitler persönlich vorzutragen<sup>140</sup>. Nach einer Schilderung der Kampflage gegenüber England kam Hitler auf Boses Hauptanliegen, die „Indien-Erklärung“, zu sprechen. Er begann mit der allgemeinen Bemerkung, er sei mit Aufrufen zur gewaltsamen Abschüttelung von Fremdherrschaften stets vorsichtig gewesen. Indien, so gab er zu bedenken, sei unendlich weit von Deutschland entfernt und der Weg dahin führe „nur über die Leiche Rußlands“. Hitler gab Bose daher den Rat, sich zu den Japanern zu begeben, „um von den Grenzen Indiens aus den revolutionären Kampf in das Land selbst hineinzutragen“. Deutsche Truppen, meinte er, könnten erst in ein bis zwei Jahren die Grenzen Indiens erreichen.

Bose versuchte, Hitler mit einem Hinweis auf seine Äußerungen in *Mein Kampf* von der Notwendigkeit der Abgabe einer Indien-Erklärung zu überzeugen. Er erklärte, „durch die englische Propaganda seien die Äußerungen des Führers in ‚Mein Kampf‘ und bei anderen Gelegenheiten sehr entstellt worden und würden zur Propaganda gegen Deutschland benutzt. Er bäte daher den Führer, bei irgend-einer passenden Gelegenheit einige aufklärende Worte über Deutschlands Stellung zu Indien zu sagen. Dies würde beim indischen Volk selbst die gewünschte Klärung herbeiführen.“ Hitler verteidigte seine Äußerungen in *Mein Kampf* mit der Bemerkung, „daß er sich seinerzeit lediglich gegen gewisse Tendenzen gewandt habe, wonach die unterdrückten Völker eine gemeinsame Front gegen ihre Unterdrücker bilden sollten. Er habe dies angesichts der Ohnmacht dieser Völker für völlig verfehlt gehalten, insbesondere auch, weil diejenigen Kreise, die in Deutschland hinter diesen Gedankengängen standen, auch für das Reich nach indischem Muster eine Art passiver Resistenz befürworteten, was ebenfalls völlig falsch gewesen sei“. Hitler ließ sich also nicht bewegen, seine Äußerungen in *Mein Kampf*

<sup>137</sup> Aufzeichnung der italienischen Botschaft in Berlin vom 7. 5. 1942. Beilage zu Woermanns Notiz für Ribbentrop, 7. 5. 1942. Vermerk: „Hat dem Führer vorgelegen“. A.A., Büro Reichsminister (RAM), Vorderer Orient.

<sup>138</sup> Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem RAM und dem italienischen Botschafter Alfieri in Berlin am 12. Mai 1942“, a. a. O., und Woermanns Entwurf für Ribbentrops „Notiz für den Führer“, 14. 5. 1942; A.A., Büro des Reichsministers (RAM), Vorderer Orient.

<sup>139</sup> Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem RAM und dem Indischen Nationalistenführer Bose in Anwesenheit des Staatssekretärs Keppler im Hauptquartier am 27. Mai 1942“, A.A., Handakten Keppler, Indien, 1941–43. Vgl. auch Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem RAM und . . . Alfieri . . . am 12. Mai 1942“, a. a. O., und Woermanns Entwurf für Ribbentrops „Notiz für den Führer“, 14. 5. 1942, a. a. O.

<sup>140</sup> Schmidt, „Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und dem indischen Nationalistenführer Bose in Anwesenheit des RAM, des Staatssekretärs Keppler und des Gesandten Hewel im Hauptquartier am 27. Mai 1942“, A.A., Handakten Keppler, Indien, 1941–43.

zu widerrufen. Er verschanzte sich hinter dem historischen Charakter der Darstellung und blieb bei dem einmal Niedergelegten. Zugleich bat Bose, als er um eine Erklärung Hitlers zu seinen Äußerungen in *Mein Kampf* nachsuchte, „um moralische und diplomatische Unterstützung Indiens durch Deutschland, damit es nicht allein auf Japan angewiesen sei“, womit er ebenfalls auf die von ihm schon seit einem Jahr gewünschte „Indien-Erklärung“ anspielte. Das Protokoll vermerkte dazu: „Zur Frage der Unterstützung Indiens durch Deutschland nach dem Krieg bemerkte der Führer, daß es sich hier nur um wirtschaftliche Unterstützung handeln könne.“ Hitler bog also Boses entscheidende Bitte dadurch ab, daß er vorgab, sie als eine Anspielung auf die Zeit nach dem Kriege verstanden zu haben<sup>141</sup>.

Bose war über die Unterredung mit Hitler äußerst enttäuscht<sup>142</sup>. Indischen Freunden gegenüber erklärte er, Hitler sei eine deutsche Version des Fakirs von Ipi, mit dem es faktisch unmöglich sei, auch nur für wenige Minuten über irgendeine Angelegenheit logisch zu diskutieren<sup>143</sup>. Daß Hitler ihm keinen näheren Bescheid über den Hauptgegenstand des geführten Gesprächs zukommen ließ, beunruhigte Bose außerdem stark<sup>144</sup> und konnte ihn nur in seinem Zweifel an der Aufrichtigkeit der von seinem Gesprächspartner geführten Politik gegenüber Indien bestärken. Bose wurde also auf die Reise nach Japan geschickt, ohne daß er irgendeine Zusage von Hitler hinsichtlich einer „Indien-Erklärung“ erreicht noch einen Hinweis darauf erhalten hatte, daß dieser seine Anschauungen über Indien seit der Abfassung von *Mein Kampf* revidiert hatte.

<sup>141</sup> Es scheint, daß die Umformulierung der von Bose gestellten Bitte – „um die moralische und diplomatische Unterstützung Indiens durch Deutschland“ –, die er anfangs gleichzeitig mit seiner Bitte um eine Klarstellung der Haltung Hitlers gegenüber Indien vor allem angesichts seiner Äußerungen in *Mein Kampf* vorgetragen hatte, nicht auf ein Mißverstehen des Protokollanten zurückzuführen ist, sondern von Hitler im Gespräch absichtlich vorgenommen wurde. Hitler nutzte den Zeitverlauf, den seine etwas ausführlichere Entgegnung auf Boses erste Bitte benötigte, um hinsichtlich der zweiten Bitte Mißverstehen oder Vergeßlichkeit vorzuschützen und seine Antwort auf einen von Bose gar nicht gemeinten Nachkriegszustand umzulenken.

<sup>142</sup> Die von Sykes (a. a. O., S. 364f.) kritiklos wiedergegebene Darstellung Franz Joseph Furtwänglers, der sich auf den offiziellen Bericht über das Gespräch zwischen Hitler und Bose zu stützen behauptet, gibt ein völlig entstelltes Bild der Unterredung, das mit Schmidts Aufzeichnung vom 27. Mai nur wenig gemein hat. Schmidts Bericht nach zu urteilen, war Bose keineswegs so passiv, noch war Hitler so aggressiv wie Furtwängler es darstellt. Hitler behauptete nicht, wie Furtwängler schreibt, daß Indien erst in anderthalb Jahrhunderten für eine Selbstregierung reif sei, sondern daß die Erlangung der indischen Einheit „nach Analogie der Herstellung der deutschen Einheit wahrscheinlich 100 bis 200 Jahre in Anspruch nehmen würde“. (Schmidt, Aufzeichnungen über die Unterredung zwischen dem Führer und . . . Bose . . . am 27. Mai 1942; a. a. O.).

<sup>143</sup> Girija Mookerjee, *This Europe*, Kalkutta 1950, S. 134. – Der sogenannte Fakir von Ipi – sein eigentlicher Name war Haji Mirza Ali Khan Tori Khel – führte die religiös fanatischen Aufständischen in Waziristan im indo-afghanischen Grenzgebiet. Sein Kampf, der mit deutschen und italienischen Mitteln unterstützt wurde, bereitete den Engländern deshalb Schwierigkeiten, weil er im unzugänglichen Waziristan sich der Partisanenkampftaktik bediente und weder gefaßt noch auf militärischem Wege besiegt werden konnte.

<sup>144</sup> Trott an Schmieden, Berlin 16. 7. 1942; A.A., Informationsabteilung, Indien, Bd. 7.

In den ihm noch verbleibenden Monaten seines Aufenthaltes in Deutschland wurde es Bose klar, daß von seiten des Gastlandes keine wirksame Hilfe für den indischen Freiheitskampf über das bereits Zugestandene hinaus zu erwarten war, nicht nur aus dem Grunde, weil Hitler zu keinerlei Versprechungen bereit war, sondern auch deshalb, weil der Krieg für Deutschland eine Wende nahm und seiner Meinung nach verloren war<sup>145</sup>. Er verließ Deutschland im Februar 1943 mit einem U-Boot, traf im Juni in Japan ein und wurde in Tokio von Ministerpräsident Tojo empfangen<sup>146</sup>. In Japan fand er offenere Ohren für seine Pläne als in Berlin; auch boten die durch die japanische Besetzung Hinterindiens geschaffenen Bedingungen sehr viel günstigere Einwirkungsmöglichkeiten auf Indien als die in Europa gegebenen.

Während Bose in Hinterindien die sogenannte Indische Nationalarmee in Stärke von 35 000 Mann aufstellen konnte, wurde die Indische Legion in der deutschen Wehrmacht zu einer Art Erinnerungsstück für einmal nahe geglaubte Ziele, die nach den deutschen Niederlagen bei Stalingrad und El Alamein immer illusorischer wurden. Von Ost- und Südostasien aus konnte Bose eine starke Propagandatätigkeit nach Indien hin entfalten, während die von ihm in Deutschland eingeleitete Rundfunkpropaganda zwar ausgedehnt, aber doch schon sehr bald zu einer Routine-Arbeit wurde<sup>147</sup>.

Die Indische Legion wurde nicht im Kampf eingesetzt und blieb daher in voller Stärke bis zum Kriegsende erhalten. Als Hitler in der Besprechung der militärischen Lage am 25. März 1945 um eine Bestandsaufnahme der fremdländischen Truppen und deren Bewaffnung bat, wurde auch die Indische Legion genannt<sup>148</sup>. Hitler reagierte auf das Stichwort „Indische Legion“ mit Sarkasmus: „Die indische Legion ist ein Witz. Es gibt Inder, die können keine Laus umbringen, die lassen sich lieber auffressen. Die werden auch keinen Engländer umbringen. Die ausgerechnet den Engländern gegenüberzustellen, halte ich für einen Mumpitz.“<sup>149</sup> Er begründete seine Skepsis hinsichtlich der Kampftätigkeit indischer Truppen mit einem Hinweis auf das Debakel, das Boses Indische Nationalarmee in Südostasien erlebt hätte<sup>150</sup>. „Die sind dort [an der burmesisch-indischen Grenze] wie Schafleder ausgerissen.“ Daß Hitler nie sehr viel von der Indischen Legion gehalten hatte, ließ er durchblicken, indem er kommentierte, man könne sich nur bei einem Überfluß an Waffen „solche Späße [wie die Indische Legion] aus propagandisti-

<sup>145</sup> Vgl. Boses Äußerung zu Admiral Canaris, zit. bei Paul Leverkuehn, *Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege*, Frankfurt 1957, S. 178.

<sup>146</sup> Hugh Toye, Subhash Chandra Bose, S. 84 ff.

<sup>147</sup> Girija Mookerjee, *This Europe*, S. 135 ff.

<sup>148</sup> Helmut Heiber (Hrsg.), *Hitlers Lagebesprechungen, Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945*, Stuttgart 1962, S. 939–42.

<sup>149</sup> Ebd., S. 940.

<sup>150</sup> Hitler dachte dabei sicherlich an die Schlachten von Imphal und Kohima im burmesisch-indischen Grenzgebiet in den ersten Monaten des Jahres 1944, die mit einem Zusammenbruch der japanischen Offensive in Richtung Indien und mit starken Verlusten für die Indische Nationalarmee ausgingen.



schen Gründen erlauben“<sup>151</sup>. Die Legion war für ihn damals nichts anderes mehr als ein Luxus, für den die Zeit vorbei war.

Als auch Hitler sich schließlich eingestehen mußte, daß der Krieg verloren war, resümierte er im Frühjahr 1945 seine ursprünglichen Kriegsziele und strategischen Fehler. Er bekannte, er hätte sich gewünscht, England hätte sich seinem Empire gewidmet, wodurch es ihm selbst ermöglicht worden wäre, sich ungehindert seinem „lebenslangen Ehrgeiz“, der Vernichtung des Bolschewismus und der Gewinnung von „Lebensraum“ im Osten, zu widmen<sup>152</sup>. Nun, am Ende seiner Karriere angelangt, bedauerte er seine Rücksichtnahme auf England. Deutschland, so reflektierte er, sei bereit gewesen, seine Macht zur Erhaltung des britischen Empire in die Waagschale zu werfen, und zwar zu einer Zeit, da er mehr Sympathien für den niedrigsten Hindu empfand als für irgendeinen der „arroganten Insulaner“.

Hitler gestand sich also ein, daß er einem Phantom – einem deutsch-englischen Bündnis – nachgejagt war. Seine am Ende bekundete Sympathie für den niedrigsten Hindu dürfte jedoch kaum einer echten Überzeugung entsprungen sein, wie seinen abfälligen Bemerkungen über die indischen Truppen in der Lagebesprechung am 25. März 1945 zu entnehmen ist. Sie war nichts anderes als ein stilistisches Mittel, seiner Enttäuschung über die Engländer wirksamen Ausdruck zu verleihen. Er machte die einsichtsvolle Bemerkung, daß die Deutschen sich später freuen dürften, nicht dazu beigetragen zu haben, den alten Zustand der Welt zu erhalten; die spätere Welt würde es ihnen schwerlich verzeihen. Wie auch immer der Krieg ausgehen werde, prophezeite Hitler, eines sei sicher: das britische Weltreich sei am Ende. – Das, so muß man hinzufügen, war damals schon keine Prophezeiung mehr sondern eine späte – zu späte – Einsicht.

<sup>151</sup> Ebenda.

<sup>152</sup> Francois Genoud (Hrsg.), *The Testament of Adolf Hitler, The Hitler-Bormann Documents, February–April 1945*, Aus dem Deutschen übersetzt von R. H. Stevens, eingeleitet von H. R. Trevor-Roper, London 1961, S. 34.

WALTER VOGEL

# DEUTSCHLAND, EUROPA UND DIE UMGESTALTUNG DER AMERIKANISCHEN SICHERHEITSPOLITIK 1945–1949

Die große Umstellung in der Orientierung der amerikanischen Außenpolitik unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die einen so gründlichen Wandel der weltpolitischen Szenerie zur Folge hatte, vollzog sich auf zwei Schauplätzen: auf einem kleineren, nämlich dem Boden des besiegten Deutschland, und – nachhaltiger – auf dem Welttheater selbst. Sie wurde bestimmt von dem mit dem Jahre 1945 einsetzenden und noch unsere Gegenwart beschattenden Polarisierungsprozeß. In dieser Phase hatten sich die USA mit zwei Mächten auseinanderzusetzen: mit Frankreich, um dieses Land für eine gemeinsame, von Washington bestimmte Linie in Europa zu gewinnen, und vor allem mit der Sowjetunion, um die nunmehr so gesehene „westliche Welt“ gegen die neue Vormacht des „Ostens“ abzusichern. Frankreichs Deutschlandvorstellungen, die ebenso überzeugend, weil in das Gewand einer westeuropäischen Großraumordnung gekleidet<sup>1</sup>, wie hartnäckig verfolgt wurden, seien daher zunächst behandelt.

## I

Der wiedererstandenen Französischen Republik, die seit Herbst 1944 unter General de Gaulles provisorischer Regierung trotz eigener innenpolitischer Wirren um ihre Anerkennung als vierte Großmacht unter den Siegern kämpfte, war nach Überwindung erheblicher Widerstände, die teils noch von Roosevelt, teils von Stalin ausgegangen waren, eine eigene Besatzungszone, ein ständiger Sitz im Welt-sicherheitsrat und später auch die Zugehörigkeit zum Berliner Kontrollrat zugesprochen worden. Von den beiden letzten Kriegskonferenzen – in Jalta und Potsdam – aber war es noch ausgeschlossen geblieben, obwohl de Gaulle schon am 12. September 1944 warnend erklärt hatte, es würde „ein schwerer Fehler sein, ohne Frankreich Entscheidungen über Europa zu treffen, welcher Art sie auch seien“<sup>2</sup>.

Weil nicht völlig gleichberechtigt behandelt, fühlte sich Frankreich daher an die dort vereinbarten Grundsätze für eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Sieger nur mit Einschränkungen gebunden und stellte sich später bei allen entscheidenden,

<sup>1</sup> Dazu vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949 (Politica Bd. 38), Neuwied-Berlin 1966, S. 184f.

<sup>2</sup> Zitiert aus de Gaulles Erinnerungen bei Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959, S. 58.

Deutschland betreffenden Fragen quer. Während England sich seit 1946 verhältnismäßig schnell der amerikanischen Deutschlandpolitik angeschlossen, besonders seit die Vereinigten Staaten das englische Einfuhrdefizit übernommen hatten, konnte sich Frankreich der amerikanischen Politik länger entziehen, weil seine Besatzungszone bedeutend weniger exportabhängig war. Die französischen Vorbehalte bezogen sich besonders auf die in den Potsdamer „Politischen Grundsätzen“ vorgesehene Bildung zentraler deutscher Verwaltungsstellen (Staatssekretariate)<sup>3</sup>, die für das gesamte deutsche Gebiet zuständig sein und unter dem Kontrollrat tätig werden sollten, auf die Wiederherstellung einer zentralen Regierung in Berlin sowie auf die Zulassung politischer Parteien über den Ländern und der Zonen. Frankreich fürchtete, daß sich das deutsche Schwergewicht als Folge der Ausdehnung der polnischen Grenze nach Ostdeutschland hinein künftig stärker auf den Westen verlagern werde<sup>4</sup>. Der Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen, die anfangs Amerikaner, Russen und Engländer noch gemeinsam zu befürworten schienen, wollte Frankreich grundsätzlich erst dann zustimmen, wenn seine Sicherheit garantiert sei, d. h. wenn das Ruhrgebiet, das Saar- und das Rheinland vorher in derselben Weise abgetrennt sein würden wie die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, so daß eine künftige deutsche Zentralgewalt für diese Gebiete nicht mehr zuständig gewesen wäre<sup>5</sup>. Am liebsten hätte Paris eine solche in Berlin überhaupt nicht mehr zugelassen, weil es in ihr eine erste Manifestation einer Wiedergeburt des Reiches zu sehen glaubte<sup>6</sup>.

General de Gaulle, der noch Anfang Dezember 1944 einen Pakt mit Stalin abgeschlossen hatte und zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten eine Vermittlerrolle spielen zu können glaubte, suchte 1945 angesichts des Vorrückens des russischen Einflusses in Europa Anlehnung an Amerika. Er war davon überzeugt, daß Präsident Truman die französischen Ansichten über die politische Zukunft von Saar, Rhein und Ruhr kaum abweisen könnte. Die Begründun-

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 510 ff.

<sup>4</sup> Vgl. die amerikanischen Aufzeichnungen über die Gespräche de Gaulles und Bidaults mit Truman und Byrnes am 22. und 23. August 1945, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, Vol. IV (künftig zitiert: Foreign Relations 1945/IV, bei weiteren Bänden entsprechend), S. 709 ff. und 718 ff.; Interview de Gaulles für die Times am 10. 9. 1945, zit. in: F. Roy Willis, The French in Germany 1945–1949, Stanford/Calif. 1962, S. 32, und Bidault in der Verfassungsgebenden Versammlung in Paris am 17. 1. 1946, in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 267; ferner James F. Byrnes, In aller Offenheit, Frankfurt a.M. 1947, S. 227.

<sup>5</sup> Vgl. den Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris Caffery an Byrnes vom 16. 8. 1945, in: Foreign Relations 1945/IV, S. 703 ff., ferner die Denkschrift Bidaults gegen die deutschen Zentralverwaltungen an den Rat der Außenminister in London vom 13. September 1945, in: Foreign Relations 1945/II, S. 177 ff.

<sup>6</sup> Aufzeichnung über die amerikanisch-französischen Gespräche in Washington vom 13. bis 20. November 1945, in: Foreign Relations 1945/III, S. 896 ff. Zu seinen Deutschland- und Europa-Vorstellungen vgl. Ch. de Gaulle, Die Einheit – Das Heil (Memoiren 1942–1946), Düsseldorf 1961, S. 340 ff. und 488 ff. Zwei am 17. Januar 1947 veröffentlichte Memoranden sind gedruckt in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 622 ff.

gen, die er für seine Forderungen vorbrachte und die sich in der diplomatischen Korrespondenz der Jahre 1945 und 1946 vielfach wiederholen, kreisten um die sowjetische Gefahr, die in seinen Augen gleichbedeutend war mit der deutschen Gefahr für Europa und damit auch für Frankreichs Sicherheit. Wenn er für sie ausreichende Garantien forderte, so befand er sich ganz im Einklang mit der öffentlichen Meinung seines Landes. Gehörte doch die Sorge vor einer bolschewistischen Expansion zu dem diplomatischen Instrumentarium, dessen sich der Quai d'Orsay schon nach dem Ersten Weltkriege bedient hatte<sup>7</sup>. Bereits kurz vor der deutschen Kapitulation hatte de Gaulle dem amerikanischen Botschafter in Paris dargelegt, wie er die Nachkriegssituation für sein Land sah: Nach dem Kriege werde es nur zwei wirkliche Großmächte in der Welt geben, die USA und die Sowjetunion. Er, de Gaulle, fürchte, daß diese noch ganz Europa überrennen werde. Deshalb wolle er lieber mit Amerika zusammengehen – trotz seiner Klagen, die er gegen die amerikanische Politik habe, – denn auf England könne man nicht zählen, da es zu schwach sei. Könnte er aber nicht mit den Amerikanern zusammenarbeiten, dann müßte er es mit den Russen tun, wenn er überleben wollte, auch wenn es nur für eine Weile sei „und wenn sie uns dann auch noch fressen werden“<sup>8</sup>.

Diese Furcht saß fest, und sie zu zerstreuen gelang damals der amerikanischen Politik so gut wie gar nicht. Bei der Mitteilung der Tagesordnungspunkte für den Besuch de Gaulles und seines Außenministers Bidault in Washington im August 1945 erklärte Botschafter Caffery (Paris) die französische Ablehnung einer zentralen deutschen Regierung mit der Sorge, daß Rußland unter Umständen ganz Deutschland sowjetisieren und damit „unsere Grenzen erreichen“ würde<sup>9</sup>. Bei den Gesprächen im Weißen Haus erinnerten die Franzosen sodann an die Uneinigkeit der Sieger von 1919, die das besiegte Deutschland damals ausgenutzt habe, was sich jetzt wiederholen könne. De Gaulle argumentierte: „Gerade die Tatsache, daß Deutschland schwach ist, macht dieses Land um so anfälliger, um ein politisches Instrument anderer Mächte zu werden.“ Es sei geradezu verlockend für Deutschland, ein solches Spiel zu spielen. Der Taurögen- oder Rapallokomplex feierte hier wieder seine Auferstehung, die Vorstellung von einer gegen Frankreich gerichteten

<sup>7</sup> Zur Erklärung, warum Frankreich z.B. zu keiner Abrüstung bereit war, hatte der damalige, nach 1945 inhaftierte und dann hingerichtete Außenminister Laval gegenüber dem Reichskanzler Brüning in Berlin am 27. 9. 1931 ausgeführt: Die Folge werde sein, daß Rußland noch ganz Europa über den Haufen werfen und bolschewisieren werde (Vermerk des StS Dr. Pünder in: BA. R 43 I/69 Bl. 172f.).

<sup>8</sup> Als de Gaulle seine Klagen gegen die USA erhob, meinte der amerikanische Botschafter, Frankreich mache es Amerika manchmal schwer: „Wenn wir versuchen, Ihnen zu helfen, dann handeln Sie manchmal so, als ob Ihnen die Hilfe nicht erwünscht sei.“ In: Foreign Relations 1945/IV, S. 686.

<sup>9</sup> Bericht Cafferys an Byrnes vom 11. August 1945, in: Foreign Relations 1945/IV, S. 703 f.; dazu in einem weiteren Telegramm Cafferys an Byrnes vom 27. September 1945: „... Die Franzosen haben eine fast panische Angst vor allem, was nach Einsetzung einer zentralen deutschen Regierung aussieht. Sie fürchten, daß eine solche unter Umständen von den Russen beherrscht werde.“ In: Foreign Relations 1945/III, S. 878.



Verbindung Deutschlands mit Rußland. In einem späteren Gespräch mit Caffery am 3. November gipfelten de Gaulles Argumente sogar in der wirklichen oder vermeintlichen Besorgnis, Frankreich werde, wenn eine deutsche Zentralregierung unvermeidlich von den Russen beherrscht würde, selbst mit englischer und amerikanischer Unterstützung (!) fallen und ganz Europa dann russisch werden. Für Frankreich sei dies eine Angelegenheit von Leben und Tod, für Amerika eine Frage unter anderen! Die Amerikaner seien im Irrtum zu glauben, daß sie die Russen daran hindern könnten, eine deutsche Zentralregierung zu beherrschen, und wies dabei auf die Schützenhilfe der Kommunisten in den deutschen Besatzungszonen hin. Ja, de Gaulle wollte sogar eine russische Beteiligung bei einer Internationalisierung von Ruhr und Rhein in Kauf nehmen, obwohl er darüber nicht besonders glücklich sei! Das sei immer noch besser, als nichts zu tun<sup>10</sup>. Truman und Byrnes vermochten freilich die Auffassungen des Generals nicht zu teilen, und seine Befürchtungen hielten sie für übertrieben. Deutschland sei, so betonten sie, jetzt im Gegensatz zu 1918 wirklich vernichtet, und die russische Propaganda für das Sowjet-system werde im Westen erfolglos bleiben, da die in den westlichen Besatzungszonen lebenden Deutschen besser behandelt würden. Amerika werde eine deutsche Wiederbewaffnung zu verhindern wissen und ein Wiedererstarken Frankreichs fördern, worin dessen größte Sicherheit liege. Dennoch bestand Bidault darauf, daß man in demselben Maße, wie bezüglich der Ostgebiete bereits für Polens Sicherheit gesorgt worden sei, auch an der deutschen Westgrenze etwas für Frankreichs Schutz tun müsse<sup>11</sup>.

Im Kontrollrat benutzte Frankreich sein Vetorecht als Druckmittel, als dort im September und Oktober die Bildung der projektierten fünf deutschen Zentralverwaltungen in Berlin erörtert wurde, indem es amerikanische Pläne, solche nur für drei Zonen, d. h. ohne Frankreich, zu schaffen, gemeinsam mit dem russischen Vertreter zu Fall brachte<sup>12</sup>.

<sup>10</sup> Vgl. den Bericht Cafferys an Byrnes vom 3. 11. 1945, in: *Foreign Relations 1945/III*, S. 890ff. – Ähnlich am 11. 1. 1947 der Präsident des Mouvement Republicain Populaire Maurice Schuman in den USA über die Ziele der französischen Deutschland-Politik: die russische Beteiligung an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes sei „vollkommen zu rechtfertigen . . .“. Das sollte freilich auf Gegenseitigkeit beruhen, denn er fuhr fort: ebenso fair sei es, „daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebietes teilhaben“. In: *Europa-Archiv 2* (1947), S. 630.

<sup>11</sup> Vgl. die in Anm. 4 genannten Aufzeichnungen. In seinen Erinnerungen formulierte de Gaulle rückblickend diesen Teil des Gespräches so: ein starkes Frankreich sei die Voraussetzung, um das durch die Mitschuld Amerikas und Englands gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen. Wenn die russischen Satelliten Mitteleuropas und des Balkans mit ihrem „Beschützer“ die Furcht vor dem Wiedererstarken eines ambitionierten Deutschland teilen, dann wird ihre zwangsweise Bindung an die moskowitzische Politik um so gefährlicher sein. Würden sie dagegen feststellen, daß keine deutsche Gefahr mehr bestehe, würden sich die nationalen Interessen im russischen Lager wieder rühren und den Krenl von kriegerischen Unternehmungen abhalten. *Memoiren 1942–1946* [vgl. Anm. 6], S. 488ff.

<sup>12</sup> Vgl. die Berichte Murphys an Byrnes vom 1., 11., 23. 9., 13. und 16. 10. 1945, in: *Foreign Relations 1945/III*, S. 867, 869, 871ff. und 882ff. Zur Haltung der russischen Ver-

Die Erkenntnisse, die man in Washington aus den Begegnungen des Jahres 1945 mit französischen Staatsmännern gewann, bestimmten in der Folgezeit die Haltung Washingtons in diesen Fragen: zwar Widerstand gegen die in Paris angemeldeten Ansprüche in toto, doch Nachgiebigkeit in Einzeldingen, wenn es in naher Zukunft einmal darum gehen würde, gegenüber Problemen von größerer Wichtigkeit die Einheitlichkeit der westlichen Politik zu demonstrieren. Der Zeitpunkt, zu dem die Methode der Kompensationen im Verkehr mit Paris anzuwenden war, rückte um so schneller näher, je dringlicher sich für die USA die Notwendigkeit von Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen mit der Sowjetunion besonders auf den Außenminister-Konferenzen, aber auch im Berliner Kontrollrat ergab. Doch die Realisierung selbst dieser Verständigungsbereitschaft blieb schwierig genug.

Als Frankreich im Laufe des Jahres 1946 – vor und nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im Juli durch die britische Besatzungsmacht, mit der sie die Gebietsreform ihrer Zone „vorsorglich“ einleitete – noch einmal Anstrengungen unternahm, um im Kollegium der Sieger nun wenigstens eine Internationalisierung des Ruhrgebietes, das das Kernstück des neuen Landes Nordrhein-Westfalen war, durchzusetzen<sup>13</sup>, sahen sich die USA abermals veranlaßt, diesem Bestreben entgegenzutreten. Sie taten es, weil sie die Teilnahme der Sowjetunion ablehnten, die Stalin für einen solchen Fall bereits in Potsdam angemeldet hatte<sup>14</sup>, und hielten an der Ablehnung auch noch während der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 fest. Die Tatsache freilich, daß Frankreich im Dezember 1946 das vorher um 650 qkm vergrößerte Saarland als Faustpfand aus seiner Besatzungszone herausgenommen und mit einer Zollmauer vom übrigen Deutschland abgeschlossen hatte, mußten die USA und Großbritannien vorerst hinnehmen, da sie zu diesem Punkte bereits im Frühjahr eine vorsichtige Konzession hatten durchblicken lassen<sup>15</sup>. Doch bald darauf gelang es, in dem Dreierabkommen vom 19. April 1947 gegen den Preis der nachträglichen Sanktionierung des französischen Vorgehens im Saarland die Regierung in Paris mit einem gleitenden prozentualen Verteilungsschlüssel für den Bezug der Ruhrkohle vorerst zufriedenzustellen.

Damit schien aber auch das Eis gebrochen, und die weiteren Ereignisse des Jahres 1947 brachten die Wende. Auf den Außenministerkonferenzen von Moskau und London fanden Frankreichs Ruhr- und Rheinpläne auch keine Unterstützung

tretung im Kontrollrat vgl. die Berichte Murphys vom 24. 11. 1945 und Cafferys vom 11. 12. 1945, ebenda S. 911 und 917 ff. Der britische Vertreter schloß sich in der Sitzung des Koordinierungsausschusses den Einwänden seines französischen Kollegen gegen eine trizonale deutsche Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen am 22. 12. 1945 an, ebenda, S. 921, Anm. 88.

<sup>13</sup> Vgl. den Überblick über die amtlichen Erklärungen und Pressestimmen zum Rhein-Ruhr-Problem, in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 3 ff.

<sup>14</sup> In der Sitzung am 31. 7. 1945, vgl. Alexander Fischer [Hrsg.], Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ (Dokumente zur Außenpolitik Bd. I), Köln 1968, S. 353.

<sup>15</sup> Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 11), München 1969, S. 31.

von seiten der Sowjetunion mehr. Das bedeutete für die Franzosen eine um so herbere Enttäuschung, als sie bisher mit der Sowjetunion gegen die Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone und für eine internationale Kontrolle der Ruhr gestimmt und die neue Ostgrenze Deutschlands anerkannt hatten. Sie mußten sich eingestehen, ihren Anspruch auf eine Mittlerrolle zwischen den beiden Weltmächten nicht realisieren zu können. Nach dem Einvernehmen über den neuen status quo im Saarland bewirkten nunmehr die gemeinsamen amerikanisch-britisch-französischen Überlegungen zur Etablierung einer – ausschließlich westlichen – Kontrolle des Ruhrgebietes, die politische Organisation der Marshallplan-Hilfe und nicht zuletzt das durch Washington geförderte britisch-französische Bündnis von Dünkirk, daß Frankreich im Winter 1947/48 endgültig auf die von England längst unterstützte amerikanische Deutschland- und Europapolitik, wenn auch nur zögernd, einzuschwenken begann.

Die im Grunde geduldigen Bemühungen Trumans und seiner Außenminister Byrnes und Marshall (seit Januar 1947) um Frankreich aber waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Politik der USA gegenüber der weltpolitischen Rivalität der Sowjetunion auch außerhalb Europas Nachdruck erhalten konnte. Das neue Engagement Washingtons war umfassend gemeint: „Wir Amerikaner haben diesen [deutschen] Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt . . . Wir sind entschlossen, uns weiter für die Angelegenheiten Europas und der Welt zu interessieren“, hieß es schon in den ersten Sätzen der bekannten Rede Byrnes' am 6. September 1946 in Stuttgart<sup>16</sup>. Nach den Voraussetzungen und den Zielen soll im folgenden Abschnitt gefragt werden.

## II

Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman erweckte zunächst den Anschein, als ob er, weil in der Außenpolitik unerfahren, die traditionelle, von seinem Vorgänger verfolgte Politik der „freundlichen Festigkeit“ gegenüber der Sowjetunion fortsetzen werde. Zur Überraschung vieler Zeitgenossen präsentierte er sich dann aber doch nach den Worten von Herbert Druks als „einer der mutigsten und fähigsten Präsidenten der amerikanischen Geschichte“<sup>17</sup> und, so kann man hinzusetzen, als

<sup>16</sup> Ebenda, S. 35, und Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Bd. 1: Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen. Darstellung und Dokumente, Frankfurt und Berlin 1961, S. 392. – Robert Murphy berichtet in seinen Erinnerungen, daß eins der mit der Byrnes-Rede in Stuttgart am 6. September 1946 verfolgten Ziele gewesen sei, solche französischen Wünsche auch in aller Öffentlichkeit abzulehnen: Murphy, *Diplomat unter Kriegern*, Berlin o. J., S. 369f., und die Pressestimmen zur Byrnes-Rede, in: *Europa-Archiv* 1 (1946), S. 264f.

<sup>17</sup> Herbert Druks, *Harry S. Truman and the Russians 1945–1953*, New York 1966, S. 9f. und 31f.

einer der entscheidungsfreudigsten. Seit 1941 Vorsitzender des Senatsausschusses zur Prüfung des nationalen Verteidigungsprogramms, war er schon damals überzeugt, daß es für Amerika eine Rückkehr zur Isolation nicht mehr geben konnte<sup>18</sup>. Truman war somit ein Vertreter der Politik der „offenen Tür“, der aus Sorge vor einer künftigen amerikanischen Wirtschaftskrise nach dem Kriege eine kräftige Expansion fördern wollte und sich eine geschwächte Sowjetunion dazu wünschte. Noch vor Pearl Harbor hatte er im Senat vorgeschlagen, Amerika solle seine Hilfe zwischen Deutschland und Rußland so abwechseln, daß schließlich Stalin als erschöpfter Sieger aus dem Kriege hervorgehe<sup>19</sup>. Japans Kriegseintritt und die deutsche Kriegserklärung hatten dann solchen Spekulationen ein Ende gesetzt.

Schon sehr bald nach seiner Amtsübernahme legte Truman eine kritische Haltung gegenüber der Sowjetunion an den Tag. In einer Konferenz über die polnische Frage teilte er seinem Beratergremium am 23. April 1945 mit, er wolle dem sowjetischen Außenminister Molotow zusichern, die Abmachungen von Jalta durchzuführen, doch müsse das auch für die Russen gelten – wenn nicht, dann „könnten sie zur Hölle fahren“<sup>20</sup>. Später brachte ihm Potsdam die Erkenntnis, daß mit Stalin nur aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln sei<sup>21</sup>.

Eine Versteifung der amerikanischen Verhandlungstaktik hat auch Churchill auf der Potsdamer Konferenz beobachten zu können geglaubt, nachdem Truman von dem erfolgreichen Experiment mit der Atombombe erfahren habe<sup>22</sup>. Gar Alperowitz hat in seinem Buche über atomare Diplomatie in dem Abwurf von zwei Atombomben auf Japan mit Recht die erste Machtdemonstration gegen die Sowjetunion gesehen und hieraus, wenn auch nicht immer überzeugend, eine neue Interpretation der amerikanischen Politik gegenüber Rußland in den Jahren 1945 und 1946 hergeleitet<sup>23</sup>. Die Atombombe als diplomatische Trumpfkarte erscheint bei Alper-

<sup>18</sup> „Wäre ein anderer Roosevelts Nachfolger geworden, wären die Amerikaner leicht wieder zu ihrer Vorkriegs-Traumwelt zurückgekehrt, und die Russen hätten sich alles nehmen können, was sie wollten“, ebenda, S. 11.

<sup>19</sup> William A. Williams, *The tragedy of the American diplomacy*, Second edition, Cleveland und New York 1959, S. 161 und 168. „Truman sorgte für das rasche Wiederaufleben des Vergleichs zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion, der der amerikanischen Auffassung von der Nachkriegswelt das Gepräge gab.“

<sup>20</sup> *Foreign Relations 1945/V*, S. 253, ferner Robert D. Murphy, *Diplomat unter Kriegern*, Berlin 1965, S. 367, und *Forrestal Diaries*, S. 48, zitiert bei Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 56.

<sup>21</sup> Herbert Druks, ebenda, S. 68; William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 151: Verhandlung aus der Stärke bedeute de facto keine Verhandlungen, weil sie die Annahme der amerikanischen Vorschläge bedeute.

<sup>22</sup> Winston S. Churchill, *The Second World War*, Vol. VI, London 1954, S. 580.

<sup>23</sup> Gar Alperowitz, *Atomare Diplomatie. Hiroshima und Potsdam*, München 1966, S. 167 und passim. Nach Byrnes war die Atombombe nicht so sehr gegen Japan gedacht, sie sollte vielmehr die Sowjetunion „beeinflussbar“ (manageable) machen: William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 169. – Zur Reaktion Stalins und Molotows auf die Mitteilung Trumans über die Atombombe vgl. Georgi K. Schukow, *Erinnerungen und Gedanken*, Stuttgart 1969, S. 653: Auf Molotows Bemerkung, „sie (die Amerikaner) wollen im Kurs steigen“, antwortete



witz überbewertet; sie wäre auf die Dauer, wollte man nicht einen Krieg riskieren, unwirksam gewesen, weil sie sich als Druckmittel schnell abgenutzt hätte, ganz abgesehen davon, daß die USA im Gegensatz zur Sowjetunion ihre konventionellen Streitkräfte nach Kriegsende, dem Druck ihrer Öffentlichkeit nachgebend, schnell und gründlich abgerüstet hatten, und daß schon vier Jahre später eine sowjetische Atombombe explodierte<sup>24</sup>. Alperowitz ist jedoch insofern zuzustimmen, als Truman bereits im Sommer 1945, und nicht erst zwei Jahre später, wie man immer noch lesen kann, aufgrund des Atomwaffenmonopols und mit Hilfe der wirtschaftlichen Stärke der USA begann, das internationale System zu revidieren, soweit es von der Sowjetunion bei Ausgang des Krieges mitbestimmt wurde<sup>25</sup>.

Nicht alle Anläufe gelangen. Obgleich er die Besetzung der Mandschurei und Nordkoreas durch die Rote Armee nicht verhindern konnte, so glückte es ihm doch, sie von der Besetzung Japans auszuschließen, von den Dardanellen fernzuhalten und die beabsichtigte sowjetische Kontrolle von Tripolis zu verhindern. Dagegen scheiterte Trumans im Herbst 1945 unternommener und von Großbritannien unterstützter<sup>26</sup> Versuch, sich in die Innenpolitik Ungarns, Bulgariens und Rumäniens sowie Polens und der Tschechoslowakei – und damit in die von den Anglo-Amerikanern seit 1944 ganz oder teilweise anerkannte sowjetische Interessensphäre – einzuschalten, um dort mit der Methode der „offenen Tür“, d.h. durch Inanspruchnahme eines Mitspracherechtes freiheitlich-demokratischen Verhältnissen im westlichen Sinne zum Durchbruch zu verhelfen<sup>27</sup>. Als sich Molotow auf der

Stalin lachend: „Sollen sie nur. Wir müssen Kurt Schatow (Atomwissenschaftler) sagen, er solle die Arbeit beschleunigen.“

<sup>24</sup> Vgl. dazu auch George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, Stuttgart 1968, S. 299: „... Waffen von einer derartigen Stärke spielten damals so wenig wie später eine positive Rolle in meinem Konzept von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.“ Einen abrupten Frontwechsel gegen die Sowjetunion hätte damals auch die amerikanische Volksstimmung nicht zugelassen; sie schlug erst in den Monaten September 1945 bis Mai 1946 um, dazu Michael Balfour, *Viermächte-Kontrolle in Deutschland*, Düsseldorf 1959, S. 209.

<sup>25</sup> Ernst Otto Czempel, *Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949. Studie zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft (Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik, 1)*, Berlin 1966, S. 420. Alperowitz räumte mit der Legende auf, daß Truman sich am Anfang seiner Regierung der Sowjetunion gegenüber zu nachgiebig verhalten habe, und daß der Westen – so noch Karl-Heinz Ruffmann, *Sowjetrußland (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 8)*, München 1967, S. 235 – erst 1947 „allmählich auf die weltweite sowjetische Herausforderung zu reagieren begann“. Ähnlich Werner Conze, *Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt*, Göttingen 1967, S. 58, der die zunehmende Versteifung der amerikanischen Politik auf die Jahre 1946/47 datiert.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu die Denkschrift des britischen Botschafters in Washington Balfour über den Donau- und Balkanraum an Byrnes vom 24. August 1945: Bevin (der britische Außenminister) glaube, den Einfluß der Anglo-Amerikaner in diesen Ländern stärker zur Geltung bringen zu können, wenn man ihnen Wirtschaftshilfe anböte, „damit sie ihre Augen eher nach dem Westen als nach Osten wendeten“ (*Foreign Relations 1945/II*, S. 101f.). Vgl. auch sein zweites Memorandum vom 11. 9. 1945, ebenda, S. 123f.

<sup>27</sup> *Foreign Relations 1945/IV*, S. 135ff., 420ff., 798ff.; *1945/V*, S. 110ff., 464ff., 809ff. und 1174ff. Kennan (*Memoiren*, S. 258ff.) war damals überzeugt, daß sich die USA in den

Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1945 weigerte, die Regierungen Bulgariens und Rumäniens nach westlich-demokratischen Vorstellungen umbilden zu lassen, die Teilnahme Frankreichs an den Verhandlungen über Bulgarien, Rumänien und Ungarn ablehnte, und man sich nicht einmal auf ein gemeinsames Schlußprotokoll einigen konnte, trat die sowjetisch-amerikanische Spannung auch nach außen zutage<sup>28</sup>: sowohl ideologisch, als auch konkret politisch. „Wir standen am Scheidewege“, schreibt Byrnes in seinen Erinnerungen, und weiter heißt es: „Es war ihm (Molotow) unbegreiflich, daß wir uns nicht seiner Auslegung der Freundschaft zwischen unseren Regierungen anschließen wollten, die praktisch bedeutete, daß wir den Sowjets die vollständige Oberherrschaft auf dem Balkan überließen. Für mich war die Zeit der Weihnachtsgeschenke vorbei . . .“<sup>29</sup>

Die Londoner Konferenz markierte in der Tat einen weiteren Wendepunkt. Das Prinzip der kollektiven Sicherheit, das Prinzip der Vereinten Nationen, das nach einer Formulierung von Ulrich Scheuner die Übertragung der Abwehr von Gewalt an die gesamte Staatengemeinschaft bedeutete, hatte darauf beruht, daß es zwischen den beiden Großmächten keine vitalen Interessen gab, die miteinander kollidierten, daß die Unterschiede zwischen den Regierungssystemen wie im Kriege gering, ihre Kooperationswilligkeit dagegen höher bewertet wurde. Jetzt, nach dem Siege, als keine gemeinsame Grundlage für eine dauernde Verständigung mehr zu existieren schien, nahmen zwischen beiden Mächten die ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die auch während des Krieges latent vorhanden gewesen waren, wieder rasch an Gewicht zu. Vergeblich appellierte der chinesische Vertreter auf der 25. Sitzung des Rates der Außenminister am 28. September 1945 an den Gedanken der Solidarität und Zusammenarbeit der Siegermächte, der besser als alle Maßnahmen gegen Deutschland den Frieden und die Sicherheit Europas und der Welt garantieren könnte<sup>30</sup>.

Truman und seine Berater begannen vielmehr an der Effektivität des kollektiven Sicherheitssystems zu zweifeln<sup>31</sup> und den Schwerpunkt ihrer nationalen Sicherheit jetzt in einen „kollektiven Selbstschutz“ zurückzuverlegen: nach Art. 51 der UN-Satzung ein zulässiges und, wie Byrnes in seinen Erinnerungen meint, einfacheres

unter russischer Kontrolle stehenden Ländern auf diese Weise keinen Einfluß verschaffen könnten; er vertrat die klassische Politik der klaren Interessenabgrenzung.

<sup>28</sup> Robert D. Murphy, a. a. O. (vgl. Anm. 20), S. 366: Dieses Treffen lieferte einen erschreckenden Beweis für die Uneinigkeit unter den Siegermächten. Der Kreml habe daraus den Vorteil gezogen, seine Gebietserweiterungen und Einflußsphäre in Europa zu konsolidieren. Auch Marschall Georgi K. Schukow, a. a. O. (vgl. Anm. 23), S. 655 f., bemerkte nach der Londoner Konferenz, daß im Kontrollrat seine amerikanischen und britischen Kollegen „wie auf Kommando in allen Fragen unnachgiebiger“ wurden.

<sup>29</sup> James F. Byrnes, a. a. O. (vgl. Anm. 4), S. 142 f.

<sup>30</sup> Dr. Wang Shih-Chieh, Protokoll der 25. Sitzung des Rates der Außenminister in London, in: *Foreign Relations 1945/II*, S. 451.

<sup>31</sup> Truman, von der Londoner Konferenz enttäuscht, rechnete nun damit, „den Glauben an die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit zu verlieren“, *New York Times* vom 19. Oktober 1945, zitiert bei Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 86 f.

Verfahren<sup>32</sup>. Es bedeutete Selbstverteidigung einer Staatengruppe in Form von Bündnissen alten Stils, freilich mit dem Unterschied zu früher, daß sie nur als vorläufige Maßnahme bis zum Eingreifen des Sicherheitsrates erlaubt war<sup>33</sup>. „Die Sicherheit der Vereinigten Staaten liegt völlig in unserer eigenen Hand“, erklärte Ende 1945 General Marshall, der spätere Außenminister<sup>34</sup>.

Die USA versuchten nunmehr, ihre Wirtschaftshilfe der veränderten Nachkriegswelt anzupassen. Wenn es, wie sich gezeigt hatte, politisch schädlich war, den potentiellen Gegner und Rivalen durch Hergabe von Milliardenkrediten wirtschaftlich zu unterstützen – der geplante Kredit von 3,5 Milliarden Dollar für die Sowjetunion kam nicht mehr zustande<sup>35</sup> –, so stellte sich sogleich die Frage, ob Auslandshilfe nicht künftig nur an befreundete Nationen gegeben werden sollte, ob Wirtschaftshilfe und internationale Anleihen von jetzt an nicht als „integrierender Faktor“ der Außenpolitik anzusehen waren<sup>36</sup>, so daß nun selbst humanitäre Maßnahmen, weil sie dem potentiellen Gegner hätten helfen können, einen politischen Aspekt erhielten. Aus einer ähnlichen Überlegung heraus entschloß sich die amerikanische Regierung im Herbst 1945, ihre überseeischen Stützpunkte, anstatt sie zurückzuziehen, auszubauen und ihre Funktionen sogar noch zu erweitern, indem man auch sie als politische Instrumente auffaßte<sup>37</sup>. Wirtschaftshilfe und Militärhilfe waren also die Mittel, die für das diplomatische Hauptziel der neuen amerikanischen Politik – Förderung wirtschaftlicher und politischer Stabilität in Europa – eingesetzt wurden, ein Ziel, das als das „sine qua non“ schlechthin sowohl für die amerikanische Sicherheit, als auch für den Weltfrieden erschien, wie Ernst Otto Czempiel überzeugend ausgeführt hat. Oder anders ausgedrückt: Abwehr des Kommunismus in den von ihm bedrohten Ländern war gleichbedeutend mit der Verbreitung des westlich-liberalen regierungs- und privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems sowie der Bildung eines kollektiven Systems des gegenseitigen Selbstschutzes unter der kontrollierenden Führung der USA<sup>38</sup>.

Bei alledem darf jedoch nicht übersehen werden, daß in den Jahren 1945 bis 1947 beim Übergang vom alten zum neuen Modell der amerikanischen Sicherheitspolitik immer noch ein gewisses Maß an amerikanisch-russischer Interessenübereinstimmung zustande gebracht werden konnte, so daß das Konzept der kollektiven

<sup>32</sup> James F. Byrnes, a. a. O. (vgl. Anm. 4), S. 144.

<sup>33</sup> Vgl. Ulrich Scheumers Artikel über kollektive Sicherheit und kollektive Selbstverteidigung, in: Wörterbuch des Völkerrechts, Berlin 1961, S. 241.

<sup>34</sup> Zitiert bei William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 169.

<sup>35</sup> Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 174 und 178; George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 271; Michael Balfour, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 71.

<sup>36</sup> Vandenberg sprach diese Funktion amerikanischer Wirtschaftshilfe zum ersten Male aus. Vandenberg Papers, 17. April 1946, zitiert bei Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 178.

<sup>37</sup> Der Präsident erhielt allerdings nicht global, sondern nur für bestimmte Länder das Recht, sich der militärischen Beratergruppen zu bedienen, ebenda, S. 182f.

<sup>38</sup> Ernst Otto Czempiel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 216; Gar Alperowitz, a. a. O. (vgl. Anm. 23), S. 144.

Sicherheit jederzeit wieder rekonstruierbar war. So wurde auf der Moskauer Konferenz im Dezember 1945 der Sowjetunion die Teilnahme an der Fernostkommission und dem Alliierten Rat für Japan ermöglicht, wenn freilich auch nur in beratender Funktion. Am 24. März 1946 war die Sowjetunion bereit, ihre Truppen aus dem Iran herauszunehmen, und am 30. April und am 1. Mai waren Frankreich und England einverstanden, ihre Einheiten aus dem Libanon und Syrien zurückzuziehen. Die fünf Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland, über die so lange gestritten worden war, wurden abschließend beraten, so daß sie am 10. April 1947 in Paris unterzeichnet werden konnten. Auch in Fragen der deutschen Besatzungspolitik war man noch bemüht, einen *modus vivendi* zu finden<sup>39</sup>. Der Kontrollrat bewältigte in diesen Jahren noch eine Fülle von Materien, die schlagwortartig mit den „fünf D's“ – Denazifizierung, Demilitarisierung, Demontage, Dekartellisierung und Demokratisierung – umschrieben zu werden pflegen<sup>40</sup>.

Alle diese temporären und partiellen Erfolge konnten indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Friedensverträge mit Österreich und Deutschland noch in weiter Ferne lagen und das Maß an kollektiver Sicherheit, das die Vereinten Nationen garantieren sollten, nicht mehr auszureichen schien. Dies mag an einigen, die Zunahme der Spannungen zwischen den Anglo-Amerikanern und der Sowjetunion charakterisierenden Reden, die sich in der ersten Hälfte des Jahres 1946 häuften, verdeutlicht werden. Nachdem seit der Kritik der amerikanischen Presse an dem russischen Vorherrschaftsstreben in den von ihr besetzten Staaten Mitte 1945 die Stimmung in der Sowjetunion gegenüber den USA umgeschlagen war, erklärten Stalin und andere Mitglieder des Politbüros in Wahlreden Anfang Februar 1946 in aller Deutlichkeit, daß nach der marxistischen Lehre, wie der Weltkrieg gezeigt habe, das kapitalistische System der Todfeind der Sowjetunion sei und bleibe<sup>41</sup>. Am 5. März 1946 hielt Churchill – wenn auch jetzt nur als Privatmann, aber mit Zustimmung Trumans und Byrnes' – seine bekannte Fulton-Rede im Staate Missouri, in der er den russischen Eisernen Vorhang beklagte und für eine enge anglo-amerikanische Zusammenarbeit beim Aufbau Europas eintrat<sup>42</sup>. Am 7. April berichtete die New York Times von einem Appell Trumans, Amerika müsse

<sup>39</sup> Wilhelm Cornides, *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955*, Tübingen und Stuttgart 1964, S. 155.

<sup>40</sup> Vgl. Lucius D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, o.J., S. 126, 135f.

<sup>41</sup> Wörtlicher Abdruck der Rede in den New York Times vom 10. Februar 1946, S. 30. Sie rief „unter den angelsächsischen Politikern stärkste Bestürzung hervor“, vgl. Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik* (vgl. Anm. 1), S. 206f. Die New York Times hatte schon am Vortage über Wahlreden von Malenkov, Schdanow, Kaganowitsch und Molotow berichtet. Ihre Themen: Konsolidierung der Eroberungen, Sorge vor Einkreisung durch die kapitalistische Staatenwelt, deshalb äußerste Wachsamkeit und militärische Bereitschaft gegen kriegsgerische Abenteuer und Militaristen in anderen Ländern mit „ihrem gefährlichen Gerede vom 3. Weltkrieg“.

<sup>42</sup> Wilhelm Cornides, a.a.O. (vgl. Anm. 39), S. 132f., und Francis Williams, *A Prime Minister remembers* (Erinnerungen Attlees), London 1961, S. 162f.



Europa unterstützen, um zu verhindern, daß die dortige wirtschaftliche Misere zu einem politischen Umsturz führe. Um den Frieden zu sichern, müsse man stark sein<sup>43</sup>. Eine Einladung nach Amerika lehnte Stalin im Frühjahr 1946 ab. In seiner Ansprache zum 1. Mai warnte er vor anglo-amerikanischen Intrigen gegen Rußland und den reaktionären Kräften in ihren Ländern, die einen neuen Krieg planten; die Sowjetunion müsse daher ihre militärische Überlegenheit behalten<sup>44</sup>. Am Ende des Jahres 1946 stellte sich jedenfalls für die USA die Lage so dar, daß die Sowjetunion nicht zurückweichen werde, daß sie im Fernen wie im Nahen Osten und in ihrem westlichen Vorfeld nicht nur ihr „freundlich gesonnene“, sondern von ihr abhängige Regierungen haben wollte, und daß sie darüber hinaus mit ideologisch-revolutionären Mitteln gegen bisher nicht zu ihrem Machtbereich gehörende Länder wie Italien und Frankreich vorstieß, indem sie die europäische Wirtschaftskrise klug für ihre Zwecke ausnutzte<sup>45</sup>. Die Pariser Tagung des Rates der Außenminister im April und Mai 1946 war bereits von einer weiter zunehmenden Versteifung der Verhandlungen gekennzeichnet gewesen<sup>46</sup>. „Der wechselseitige Verdacht, einer wolle die Welt gegen den anderen organisieren“<sup>47</sup>, trug dazu bei, die Fronten zu verhärten.

In dieser Phase der gegenseitigen mißtrauischen Beobachtung entstand auf amerikanischer Seite die Containment-Politik, der George Kennan, seit September 1944 der unermüdliche Analytiker und Prognostiker des amerikanisch-russischen Verhältnisses, die theoretische Grundlage gegeben hatte, lange bevor er am 5. Mai 1947 zum Leiter der politischen Planungsgruppe im State Department bestellt wurde<sup>48</sup>. Im Sinne der neuen policy of containment, die die policy of ambivalence ablöste, lag es, daß der amerikanische Kongreß die UNRRA-Hilfe, das internationale Hilfsorganisationswerk (namentlich zur Betreuung verschleppter Personen nach dem Kriege), einstellte, weil er Anzeichen dafür sah, daß sie für kommunistische Zwecke eingesetzt worden war<sup>49</sup>. Wenn der Präsident am 21. Februar 1947 den Kongreß aufforderte, eine ausschließlich amerikanische Hilfsaktion für die befreiten Länder in Höhe von 350 Millionen Dollar zu genehmigen – es war die sogenannte Post-UNRRA-Aid<sup>50</sup> –, und wenn Truman unter Ausschaltung der Vereinten Nationen am 12. März desselben Jahres anlässlich der Hilfe für Griechenland und die Türkei die nach ihm benannte Doktrin formulierte und das neue, de facto antisowjetische, Konzept der amerikanischen Außenpolitik, dem sie schon seit

<sup>43</sup> Herbert Druks, a.a.O. (vgl. Anm. 17), S. 99f.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 98 und 101; New York Times vom 30. April/1. Mai 1946.

<sup>45</sup> Ernst Otto Czempel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 192.

<sup>46</sup> Nach der New York Times wollte Truman schon seit der Londoner Tagung des Rates der Außenminister (Sept./Okt. 1945) die amerikanische Politik umstellen: ebenda, S. 193, Anm. 1.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 138.

<sup>48</sup> George F. Kennan, a.a.O. (vgl. Anm. 24), S. 329.

<sup>49</sup> Vgl. dazu den von James F. Byrnes, a.a.O. (vgl. Anm. 4), S. 196ff., beschriebenen Zwischenfall im Flugverkehr über Nordjugoslawien.

<sup>50</sup> Ernst Otto Czempel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 194.

1945/46 gefolgt war, nun auch öffentlich verkündete, so waren Ziel und Zweck der amerikanischen Hilfe auch hier: Bildung eines kollektiven und kooperativen Sicherheitssystems unter der Führung der USA zur Verhinderung einer möglichen kommunistischen Infiltration oder eines Umsturzes, zur Abwehr einer politischen – nicht militärischen – Bedrohung durch den Kommunismus, verbunden mit eigener wirtschaftlicher und politischer Einflußnahme „zum geringsten Preis“<sup>61</sup>. Das sowjetische Prinzip der ideologisch-politischen Durchdringung sollte mit einer gleichartigen indirekten Methode der wirtschaftlichen Beeinflussung beantwortet werden.

Anlaß für die finanzielle und militärische Griechenland-Hilfe war gewesen, daß das finanzschwache England Ende Februar 1947 mitteilte, seine Truppen am 1. April von griechischem Boden zurückziehen zu müssen. Die Möglichkeit war nicht von der Hand zu weisen, daß die Sowjetunion das somit hier im Lauf des Bürgerkrieges entstandene Vakuum ausfüllen würde. Das griechische Hilfsge such an die USA war im State Department formuliert worden<sup>62</sup>. Die Hilfe für die Türkei entsprang ausschließlich strategischen Erwägungen: die Sowjetunion sollte im Mittelmeer nicht Fuß fassen. Hatte sich die Post-UNRRA-Aid auf einzelne, meist europäische Länder beschränkt, so galt die Truman-Doktrin überall. Sie erklärte „theoretisch den gesamten nichtkommunistischen Bereich zum Vorfeld der amerikanischen Sicherheit“<sup>63</sup>. Williams nennt sie das ideologische Manifest der amerikanischen Strategie<sup>64</sup>. Sie ist in ihrem ideologischen Rigorismus und ihrer extensiven Auslegung des amerikanischen Sicherheitsbedürfnisses in etwa vergleichbar mit der Breschnjew-Doktrin unserer Tage, welche die Führung in der kommunistischen Welt und sogar die Begrenzung der Souveränität der kommunistischen Staaten beansprucht. Großmächte lieben es offenbar, von Zeit zu Zeit, um es mit Kennans Worten in bezug auf die USA zu sagen, „... ihre Entscheidungen zu verallgemeinern“ und sie „gern mit einer Aura universeller Bedeutung“ zu umgeben<sup>65</sup>.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 200, 215 und 221.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 214, dazu auch S. 204f. und S. 214ff. Zur Verquickung der „im wesentlichen politisch und wirtschaftlich ausgerichteten Hilfe“ für Griechenland mit einem „militärischen Hilfsprogramm“ für die Türkei vgl. George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 319f., und die Forrestal Diaries, ed. by Walter Millis, London 1962, S. 247 f.

<sup>63</sup> Ernst Otto Czempel, a. a. O. (vgl. Anm. 25), S. 206 und 252.

<sup>64</sup> William A. Williams, a. a. O. (vgl. Anm. 19), S. 175, der die Truman-Rede in einen direkten Zusammenhang mit Churchills militanter antisowjetischer Ansprache in Fulton am 6. März 1946 stellt. Ähnlich Herbert Druks, a. a. O. (vgl. Anm. 17), S. 96f.: Churchill habe viele Gedanken Trumans über die Weltlage ausgesprochen. Nach einer Tagebucheintragung von Admiral Leahy vom 7. März 1946 erörterte Truman später mit Beamten des Kriegsministeriums „die Möglichkeit, einige Vorbereitungen zu treffen, um einem möglichen kommunistischen Angriff auf Europa zu begegnen“, ebenda, S. 98.

<sup>65</sup> George F. Kennan, a. a. O. (vgl. Anm. 24), S. 325ff. Vgl. auch James Forrestal, a. a. O. (vgl. Anm. 52), S. 248, der in dem grundsätzlichen Kampf zwischen der amerikanischen Gesellschaftsauffassung und der sowjetischen eine Chance für die USA erblickte.

Doch nicht nur der inzwischen abgelöste Außenminister Byrnes<sup>56</sup>, sondern auch der Leiter des Planungsstabes Kennan zeigten sich erschreckt über die Ausweitung der Truman-Doktrin<sup>57</sup>. Der amerikanische Kongreß bremste, wenn er auch den Kurswechsel der Regierung im Prinzip bejahte und die Demokraten mit den Republikanern, die seit 1928 zum erstenmal im Kongreß wieder die Mehrheit hatten, zusammengingen<sup>58</sup>. Sie gedachten aber nur einen „Warnschuß“ gegen die Sowjetunion abzugeben, während Truman – und das zwei Tage nach Beginn der Außenministerkonferenz in Moskau, auf der die deutsche Frage zum erstenmal wirklich im Mittelpunkt der Beratungen stand – „gleich eine Breitseite abgefeuert“ hatte<sup>59</sup>. Dean Acheson, der stellvertretende Außenminister, bemühte sich deshalb vor dem Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten am 24. März 1947, den Eindruck zu zerstreuen, als ob die Regierung sich in jedem anderen Fall gleich verhalten würde<sup>60</sup>, und George Marshall, der am 4. Januar 1947 die Nachfolge von Byrnes in der Leitung des Außenministeriums angetreten hatte, interpretierte in seiner Rede am 5. Juni in Harvard die Truman-Doktrin dahin, daß die amerikanische Politik sich gegen kein Land und gegen keine Lehre (doctrine) wende, sondern nur die Wirtschaft in der Welt neu beleben wolle. Den amerikanisch-russischen Gegensatz spielte er auf bloße Meinungsverschiedenheiten über den Wiederaufbau Europas herunter<sup>61</sup>.

Die amerikanische Regierung zögerte nicht, aus dieser Kritik zu lernen: einige Monate später beim ERP, dem Wirtschaftsprogramm für Europa, forderte sie abweichend von der Truman-Doktrin im Juli 1947 auch die Sowjetunion zur Teilnahme auf, freilich erst, nachdem Kennan seinem Außenminister versichert hatte, daß Moskau bestimmt ablehnen würde<sup>62</sup>. Dieses Hilfsprogramm, an dem 16 europäische Staaten teilnahmen, ist als Marshall-Plan in die Geschichte eingegangen. Ihm lagen ähnliche humanitäre, wirtschaftliche und politische Ziele zugrunde wie den früheren amerikanischen Hilfsprogrammen nach 1945. Doch entscheidend war hier wiederum der politische Zweck<sup>63</sup>: die Hilfe sollte die Empfängerländer wirt-

<sup>56</sup> James Forrestal, a.a.O. (vgl. Anm. 52), S. 262. Die Truman-Doktrin sollte erst den Vereinten Nationen vorgelegt werden.

<sup>57</sup> Die Grundsatzserklärung Trumans entsprach dem Beratungsergebnis des Unterausschusses des Interministeriellen Koordinierungsausschusses für Auswärtiges, Krieg und Marine. Vgl. George F. Kennan, a.a.O. (vgl. Anm. 24), S. 517 f. und Ernst Otto Czempiel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 212.

<sup>58</sup> Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 7), München 1966, S. 230 f.

<sup>59</sup> Ernst Otto Czempiel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 224.

<sup>60</sup> George F. Kennan, a.a.O. (vgl. Anm. 24), S. 524 f.

<sup>61</sup> Ernst Otto Czempiel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 265.

<sup>62</sup> Vgl. dazu James F. Byrnes, a.a.O. (vgl. Anm. 4), S. 409: Die Weigerung Molotows, auf der Pariser Marshallplan-Konferenz zu erscheinen, habe dem Kongreß die schwierige Entscheidung erspart, die Verwendung der Marshallplan-Gelder auch in der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Staaten zu beaufsichtigen; ferner: Ernst Otto Czempiel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 225, Anm. 8.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 274.

schaftlich unabhängig machen, sie damit gegen den Kommunismus immunisieren und ihre politische Haltung zugunsten der USA beeinflussen. Wie die Prawda aus ihrer Sicht am 16. Juni 1947 kommentierte: die USA wollten mit Hilfe von Dollars einen politischen Druck ausüben<sup>64</sup>. In der Tat, die darniederliegenden europäischen Staaten wirtschaftlich stärken, hieß die Fundamente legen, auf denen später die amerikanische Sicherheit in Europa in Gestalt der NATO aufgebaut werden konnte<sup>65</sup>. Das Ziel der amerikanischen Europapolitik deutete John Foster Dulles, damals außenpolitischer Berater des republikanischen Präsidentschaftskandidaten, am 17. Januar 1947 in einer Rede an: wirtschaftliche Einheit Europas mit Eingliederung Deutschlands und Nutzbarmachung der Ruhrindustrie für die gesamte europäische Wirtschaft<sup>66</sup>. Offenbar wurde schon im Sommer 1947 erwogen, den Teilnehmern am europäischen Wiederaufbauprogramm auch amerikanische Militärhilfe zu geben<sup>67</sup>. Wirtschaftliche Expansion und Marshall-Plan waren ebenso Ausdruck der Politik der Offenen Tür wie die Politik der Stärke und die Truman-Doktrin. Sie waren zwei Seiten derselben Sache<sup>68</sup>.

Die Reaktion der Sowjetunion auf diese Entwicklungen sei hier nur angedeutet. Sie fühlte sich durch die Politik der Eindämmung von den kapitalistischen Mächten, denen zu mißtrauen sie auch während des Krieges nicht aufgehört hatte<sup>69</sup>, eingekreist. Das instinktive und traditionelle russische Gefühl der Unsicherheit und des Argwohns sah sich wieder einmal bestätigt. Beginnend 1947, verstärkte daher Stalin seine Anstrengungen, das sowjetische Machtgebiet gegen den Westen abzusichern. Die Gründung des „Kominform“<sup>70</sup> zur Koordinierung und Kontrolle der außerrussischen Parteien durch die KPdSU, konzentrierte Ansätze zur einheitlichen gesellschaftlichen und politischen Strukturierung der Ostblockstaaten einschließlich der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, der Auszug aus dem Kontrollrat sowie die Blockade Berlins waren die Schwerpunkte dieser Politik<sup>71</sup>. Die beiden

<sup>64</sup> Zitiert bei Walter Vogel, *Westdeutschland 1945–1950*, Teil 2 (Schriften des Bundesarchivs, 12), Boppard 1964, S. 259, Anm. 4.

<sup>65</sup> Sie gehörte nach Ulrich Scheuner zu jener Kategorie gegenseitiger Beistandspakte gegen einen Angriff unter dem Vorbehalt der Rechte der Vereinten Nationen, vgl. Ulrich Scheuner, a.a.O. (vgl. Anm. 33), S. 241.

<sup>66</sup> Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, a.a.O. (vgl. Anm. 16), S. 141.

<sup>67</sup> Ernst Otto Czempel, a.a.O. (vgl. Anm. 25), S. 237. Erst in den fünfziger Jahren wurde das Schwergewicht der amerikanischen Auslandshilfe stärker auf die Militärhilfe gelegt, vgl. Erich Angermann, a.a.O. (vgl. Anm. 58), S. 255.

<sup>68</sup> Über die Grenzen der Politik der offenen Tür und der Politik der Eindämmung vgl. die kritischen Bemerkungen von William A. Williams, a.a.O. (vgl. Anm. 19), S. 173 f., 185 und 200 f.

<sup>69</sup> John L. Snell, *Illusionen und Realpolitik. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, München 1966, S. 143 und 214 f.

<sup>70</sup> Abkürzung für „Kommunistisches Informationsbüro“, Nachfolgeorganisation der 1919–1945 bestehenden „Komintern“ (Kommunistische Internationale), Sitz Belgrad, später im Zusammenhang mit dem Konflikt Tito/Stalin nach Bukarest verlegt, 1956 aufgelöst.

<sup>71</sup> Im einzelnen der Frage nachzugehen, wie die eine Weltmacht die andere in einen verstärkten Sicherheitskomplex hineintrieb, würde das Verständnis dieser internationalen Kon-



letzten Aktionen aber standen bereits im engen Zusammenhang mit der Entschlossenheit der – nunmehr gemeinsam handelnden – drei Westmächte, die deutschen Westzonen zu einem Staat zusammenzufügen.

### III

Kehren wir zum Schauplatz Deutschland zurück. Die Verschärfung innerhalb der Konfrontation der beiden Weltmächte, und besonders das immer deutlicher erkennbare Engagement der USA auf dem alten Kontinent, haben hier die Besatzungszonen der drei westlichen Sieger erheblich und vor allem schnell an Stellenwert gewinnen lassen, denn ohne eine Einbeziehung dieser zum Teil hochindustrialisierten Gebiete war eine wirtschaftliche Gesundung Europas nicht möglich. Das künftige Interesse der Sieger an der deutschen Wirtschaftskraft für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit und die politischen Möglichkeiten, die sich damit verbanden, hatte der damalige Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk schon kurz vor Kriegsende vorausgesehen. „Das deutsche Leistungspotential in russischer Hand“, so schrieb er am 29. März 1945 an den Rüstungsminister Speer, „ist eine der dunkelsten Wolken am Friedenshimmel der Anglo-Amerikaner. Je mehr dieses Potential erhalten bleibt, um so größeres Gewicht hat der Begriff Deutschland noch für unsere westlichen Feinde.“<sup>72</sup>

Aus einer ähnlichen Einsicht in die wirtschaftliche Bedeutung der Westzonen zog General Clay, der von Anfang an die Lage in Deutschland realistischer beurteilte als viele Planer in Washington<sup>73</sup>, im Mai 1946 vor der Pariser Außenministerkonferenz nicht nur wirtschaftliche, sondern auch schon politisch-staatsrechtliche Konsequenzen für den organisatorischen Zusammenschluß der Besatzungszonen. Damals schlug er dem State Department vor: Bildung eines gesamtdeutschen Rates der Ministerpräsidenten als vorläufiger Regierung mit Koordinationsausschüssen zur Beaufsichtigung der zu errichtenden deutschen Zentralstellen, Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes, der vom deutschen Volke zu bestätigen und von den Alliierten zu genehmigen wäre. Stimmt Frankreich und die Sowjetunion dem nicht zu, würde sich der Zustand der deutschen Wirtschaft noch mehr verschlechtern, was die Ausbreitung des Kommunismus zur Folge haben und die Demokratisierung des Landes behindern würde. Also auch hier bereits der Hinweis auf die Gefahr des Kommunismus, mit der de Gaulle seit 1945 argumentierte

fliktisituation wenig fördern. Es ist in der Regel unmöglich nachzuweisen, wo im politischen Kalkül die Sicherheit aufhört und die Expansion in ihren verschiedenen Formen einsetzt und ob dabei ideologische, politische, wirtschaftliche oder militärische Gesichtspunkte überwiegen.

<sup>72</sup> Persönliches Schreiben Schwerin-Krosigks an Speer vom 29. März 1945. Schwerin meinte damals noch, „daß wir interessante Verhandlungspartner bleiben“, wenn die deutschen Produktionsstätten erhalten werden könnten: Bundesarchiv Koblenz, R 3/1624.

<sup>73</sup> John Gimbel, *The American occupation of Germany. Politics and the military 1945–1949*, Stanford 1968, S. 8.

und später Truman die Politik der Eindämmung nun auch vor der Weltöffentlichkeit begründete. Clay schloß mit der Empfehlung, den Zusammenschluß wenigstens mit der britischen Zone noch vor Einbruch des Winters zu versuchen<sup>74</sup>. Die bald darauf erfolgte Zusicherung, die USA würden ihre Streitkräfte solange in Deutschland behalten, wie sie „erforderlich“ seien, d. h. solange wie auch die anderen Besatzungsmächte präsent sein würden – eine Verpflichtung, die Byrnes auf Anraten Clays in seiner Stuttgarter Rede nicht ohne vorherige Absicherung bei Truman aussprach –, hat dann die Wende in der amerikanischen Deutschlandpolitik fast schon überdeutlich gemacht<sup>75</sup>. Und das eigene Schwergewicht, das die Westzonen durch diese Entwicklung erhielten, deuteten die Times in einem Leitartikel am 17. Oktober 1946 an: „Die gegenseitige Rivalität der von den Alliierten verfolgten Ziele in Deutschland hat das Ansteigen des deutschen Einflusses anstelle des alliierten beschleunigt.“<sup>76</sup>

Von der bekannten Abfolge der für Deutschland entscheidenden Ereignisse des Jahres 1948 – „westliche“ Sechsmächte-Konferenz, Londoner Empfehlungen, Frankfurter Dokumente – soll hier nicht mehr die Rede sein, wohl aber von den Widerständen, welche der neuen französischen Politik Bidaults und später Schumans im eigenen Lande entgegentraten und die noch zu überwinden waren. Sie machen am Ende unserer Betrachtung die Kohäsion der Ziele und der beiden „Schauplätze“ der amerikanischen Außenpolitik noch einmal ganz deutlich. Die französische Kammer billigte die Londoner Empfehlungen, die Grundlagen für den späteren deutschen Weststaat, nur mit der knappen Mehrheit von acht Stimmen<sup>77</sup>. Die Opposition ging neben den Kommunisten, die seit Herbst 1946 die stärkste Partei darstellten, vor allem von de Gaulle aus. Er forderte – seit Januar 1946 nicht mehr in offizieller Eigenschaft – im Juni 1948 neue Verhandlungen und, falls sie scheiterten, sogar einen Alleingang Frankreichs in seiner Besatzungszone. Ende 1948 plädierte er für eine Einbeziehung deutscher Einzelstaaten – also nicht Westdeutschlands als Ganzes – in eine westeuropäische Union als die europäische Lösung der deutschen Frage. Kräftige Unterstützung fand er bei der französischen Militärregierung in Baden-Baden, die in dieselbe Kerbe hieb<sup>78</sup>. General Koenig, der französische Militärgouverneur, mit de Gaulle seit dem gemeinsamen

<sup>74</sup> Lucius D. Clay, a. a. O. (vgl. Anm. 40), S. 90 ff. Vgl. dazu den gleichzeitigen Leitartikel der Times vom 19. Mai 1946, in dem ausgeführt wird, daß dem Zonenregime ein Ende gemacht werden müsse; werde es notwendig werden, die drei Westzonen zu einer westdeutschen Föderation zusammenzuschließen, so sei das zwar keine ideale, aber die zweitbeste Lösung; Keesings Archiv der Gegenwart, S. 756. Ähnlich ein Artikel in der „Welt“ vom 24. 5. 1946 zum Rechenschaftsbericht von Byrnes über die Pariser Außenministerkonferenz. Die New York Times betonten am 29. 5. 1946, daß man jetzt trotz aller Dementis an einen Wendepunkt gekommen sei, zu einer Dreizonen-Zusammenarbeit ohne die Sowjetunion.

<sup>75</sup> Lucius D. Clay, ebenda, S. 96 f.; Robert D. Murphy, a. a. O. (vgl. Anm. 20), S. 369 f.

<sup>76</sup> Times vom 17. Oktober 1946, Leitartikel „The Future of Germany“, Bundesarchiv Koblenz, Z 2 Anh./48.

<sup>77</sup> Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 191 f.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 192.

Londoner Exil von 1940 an eng verbunden, unterstützte jene deutschen föderalistischen Gruppen, die keine Verfassung für die Westzonen wünschten. Als die Militärgouverneure der drei Westzonen, Clay, Robertson und Koenig, am 1. 7. 1948 in Frankfurt die in London ausgehandelten Dokumente den deutschen Ministerpräsidenten übergeben hatten und diese sich nun über die Bildung eines westdeutschen Staates schlüssig werden mußten, kam General Clay, der Motor der Entwicklung, im ersten Anlauf nicht ans Ziel. Denn die französische Militärregierung ließ ihre Ministerpräsidenten wissen, es bestehe kein Zwang für sie, die Londoner Empfehlungen anzunehmen oder die Koblenzer Beschlüsse zu widerrufen. Man brauche sich von Clay nicht unter Druck setzen zu lassen. Im Protokoll über die Unterredung des französischen Gouverneurs mit dem Staatspräsidenten Bock am 6. 7. 1948 heißt es: „Gouverneur Widmer gibt den dringenden Rat, nichts zu überstürzen ...“<sup>79</sup> Als dann die in Koblenz auf dem Rittersturz versammelten westdeutschen Ministerpräsidenten am 10. Juli 1948 eine definitive Staatsbildung, einen Weststaat, glaubten noch vermeiden zu sollen, fühlte sich General Clay in seinen deutschland-politischen Zielvorstellungen und seinem Kampf gegen die Berlin-Blockade von den deutschen Länderrepräsentanten wie im Stich gelassen<sup>80</sup>. Er ließ ihnen durch Verbindungsoffiziere hart antworten: Die amerikanische Politik bedürfe eines westdeutschen Staatsgebildes, um sie in die Lage zu versetzen, der Sowjetunion entgegenzutreten. Der von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene Weg laufe jedoch diesem Gedanken zuwider. Die Deutschen hätten die Amerikaner, die sich nur unter Schwierigkeiten bei den vorausgegangenen Sechsmächte-Verhandlungen in London mit ihrer Auffassung hätten durchsetzen können, kompromittiert. Die Ministerpräsidenten hätten ihre Entscheidung in Koblenz ohne die gebührende Würdigung der gesamteuropäischen Situation getroffen<sup>81</sup>. Verärgert und tief enttäuscht über ihre Haltung, erklärte er ihnen vier Tage später in Frankfurt: „Sie haben Ihr Geschick in die Hände des Generals Koenig gelegt!“<sup>82</sup> Vier Wochen später – die Option der Ministerpräsidenten für einen Weststaat war inzwischen erfolgt – heißt es in einer Aufzeichnung über das Gespräch, das der Leiter des Büros der Ministerpräsidenten-Konferenz mit dem Vertreter der französischen Delegation in Frankfurt am 18. 8. 1948 hatte, noch: „In dem Gespräch mit Herrn Lalois war der Eindruck vorherrschend, daß man französischerseits dem amerikanischen Bestreben, möglichst rasch zu einer größeren Selbständigkeit der nicht unter russischer Besatzung stehenden deutschen Länder zu kommen, wenig Begeisterung entgegenbringt. Deshalb würde man anscheinend eine durch entsprechenden russischen

<sup>79</sup> Landesgouverneurbesprechungen. StA. Sigmaringen. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, a. a. O., S. 192 f.

<sup>80</sup> F. Roy Willis, *France, Germany and the new Europe 1945–1963*, Stanford/Calif. 1965, S. 26.

<sup>81</sup> Protokoll der Besprechung der beiden amerikanischen Verbindungsoffiziere zur Ministerpräsidentenkonferenz Litchfield und Dr. Simons mit Senatspräsident Kaisen vom 15. Juli 1948, HStA Stuttgart, EA 1/3, Nr. 904, H. I.

<sup>82</sup> John Gimbel, a. a. O. (vgl. Anm. 73), S. 217.

Druck erzielte Verzögerung nicht so ungern sehen. Dabei mag auch eine gewisse Animosität gegenüber dem Überwiegen des amerikanischen Einflusses in der europäischen Gegenwartspolitik mitsprechen . . .<sup>83</sup> Ja, nach einer Reuter-Meldung in der „Welt“ vom 4. 11. 1948 soll Koenig damals sogar geäußert haben, der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Westdeutschlands gehe nach Ansicht der französischen Militärregierung über die Londoner Vereinbarungen hinaus und müsse aufgehalten werden – eine Meldung, die allerdings von einem Sprecher der amerikanischen Militärregierung sofort dementiert wurde<sup>84</sup>.

Der Wille der USA, ihre westdeutsche Einflußsphäre, d. h. die künftige Bundesrepublik Deutschland, als Bollwerk gegen die Sowjetunion zu organisieren, und zugleich auch das immer noch schwelende Mißtrauen zwischen der amerikanischen und französischen Militärregierung sind selten in amtlichen Dokumenten so deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

<sup>83</sup> Aufzeichnung vom 19. 8. 1948, Drucksache Nr. 34. Bundesarchiv Z 12/8.

<sup>84</sup> Keesings Archiv der Gegenwart 1948, S. 1694.



Dokumentation

## GOEBBELS VOR OFFIZIEREN IM JULI 1943

Die Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz und in Nordafrika in den ersten sechs Monaten des Jahres 1943 ließen einen Rollentausch der kriegführenden Mächte als sicher erscheinen. Noch war die „gewaltsame Liquidation“ des Stalingrader Kessels nicht abgeschlossen und der Rückzug der Heeresgruppe A aus dem Kaukasus in vollem Gange, da setzte die Frühjahrsoffensive der Sowjets im Bereich des Nordflügels der Heeresgruppe B ein. Nach anfänglichem Geländegewinn des Gegners gelang es der deutschen Wehrmachtführung zwar, den Vormarsch zu stoppen und die eigenen Kräfte erfolgreich zum Gegenstoß zu führen, der dann aber in der nun einsetzenden Schlammperiode steckenblieb. Alle Hoffnungen, die an eine Weiterführung dieser Operation während der Sommermonate geknüpft waren, erwiesen sich als trügerisch, denn die Offensive im Kursk-Bogen, das Unternehmen Zitadelle, konnte die starke sowjetische Verteidigung nicht durchbrechen. Der Angriff wurde zurückgeschlagen und zehn Tage nach seinem Beginn – am 15. Juli 1943 – eingestellt. Den weiteren Verlauf der Operationen im Osten diktierte seither der Gegner.

Der Verlust Nordafrikas für die deutsche Kriegführung konnte nach der Eröffnung der zweiten Front durch amerikanisch-englische Streitkräfte in Algerien und Marokko im November 1942 nur eine Frage der Zeit sein. Nachdem die Heeresgruppe Tunis am 13. Mai kapituliert hatte, erfolgte knappe zwei Monate später die Landung der Alliierten auf Sizilien.

Was die Schlacht im Atlantik betraf, so war der Zenit der deutschen U-Boot-erfolge überschritten, seitdem der Gegner nach den Rekordverlusten im März 1943 seine Taktik geändert hatte und zudem in der Lage war, die Begleitschiffe mit neuartigen Radargeräten auszustatten. Aber damit nicht genug: die zunehmende Bombardierung deutscher Städte im Westen und Norden sowie lebenswichtiger Anlagen, etwa der Mohnetalsperre, die ohne Gegenmaßnahmen erduldet werden mußten, verursachten im Volk Unruhe und Mißbehagen. Zu allem wurden – entgegen aller Beteuerungen des Beauftragten für den Vierjahresplan im Herbst des vorangegangenen Jahres<sup>1</sup> – die Fleischrationen drastisch gekürzt<sup>2</sup>.

Dies alles war nicht dazu angetan, die Niedergeschlagenheit eines lange siegegewohnten Volkes zu mildern, zumal die Unsicherheit der Führung angesichts der Lage von Monat zu Monat offenkundiger wurde, vor allem aber der Glaube an das Feldherrngenie des Führers nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad ins Wanken geraten war. Zum erstenmal in diesem Kriege hatte es sich erwiesen, daß die Wehrmacht nicht unschlagbar war und auch dem „strategischen Genie des Füh-

<sup>1</sup> Vgl. Görings Rede zur Lage anlässlich des Erntedanktages, in: Keesings Archiv der Gegenwart 1942, S. 5661.

<sup>2</sup> Vgl. Völkischer Beobachter (VB) vom 11. 5. 1943.

riers“ Grenzen gesetzt waren. Das vom Schreck gelähmte Volk erwartete vom Führer Stellungnahme angesichts der veränderten Lage, aber er, der in den Zeiten des militärischen Erfolges bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Volke gesprochen hatte, schwieg in jenen Tagen des eigenen Zweifels und der eigenen Unentschlossenheit unter dem Vorwand, er müsse jetzt handeln anstatt zu reden. Der größte Feldherr aller Zeiten war ein geschlagener Feldherr, der, wäre er vors Volk getreten, dies nur mit dem Makel der Schwäche und des Irrtums behaftet hätte tun können. Beides aber mußte als wiederholbar gefürchtet werden, solange frischer, außergewöhnlicher Ruhm nicht seine Einmaligkeit erneut verbürgt hatte. So trachtete denn Hitler im Frühsommer 1943 danach, „den Bolschewisten ein paar Schläge zu versetzen, die sie einige Armeen, um nicht zu sagen eine Heeresgruppe kosten werden“, im übrigen aber weiter zu „verharren“ und „sitzen zu bleiben“<sup>3</sup>. Mit diesem Schlag, gleich einem „Blitz aus heitrem Himmel“ geführt, wollte Hitler sein getrübbtes Charisma wieder auf Hochglanz bringen, doch blieb ihm auch diesmal der militärische Erfolg und der damit verbundene Akt, die Gläubigkeit der Massen in einer gewaltigen oratorischen Manifestation erneut auf sich zu lenken, versagt. Hitler hielt 1943 vier öffentliche Reden, drei davon anlässlich ausgesprochen ernster Begebenheiten: nämlich am Heldengedenktag, ferner beim Staatsbegräbnis von Viktor Lutze und nach dem Abfall Italiens im September. Am Vorabend des 9. November sprach er, wie üblich, vor Alten Kämpfern im Bürgerbräukeller.

Aber nicht allein der Führer schwieg zur Lage, auch für die einst so redseligen Amtsträger der Partei und ihrer Gliederungen war Schweigen Gold in jenen unsicheren Monaten. Denn bei allem (unterstellten) guten Willen zu einer aufmunternden Äußerung war man durch Anordnung des Führers gehalten, die Manuskripte aller vom Rundfunk übertragenen Reden ihm selbst zur Zensur vorzulegen. Wer mochte sich aber freiwillig einer Kritik des Führers aussetzen, die implizierte, daß man durch eine unbedachte Formulierung, im Führerhauptquartier auf die Goldwaage gelegt, auffallen und sich Ungelegenheiten bereiten würde wie etwa der Reichsmarschall, gegen dessen Erntedankrede vom Oktober 1942 sich der Erlaß nämlich richtete<sup>4</sup> und der ihn, abgesehen von seinem Auftritt zum zehnten Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1943, für den Rest des Jahres mundtot machte.

Dem Schock über die Niederlage war unter der Partei- und Wehrmachtprominenz das große Schweigen gefolgt, – mit einer Ausnahme: Joseph Goebbels. Ihn versetzte die rückläufige militärische Entwicklung in eine geradezu hektische Akti-

<sup>3</sup> So Goebbels über Hitlers Pläne an der Ostfront; vgl. Goebbels-Tagebuch (vollständige Photokopie im Institut für Zeitgeschichte) vom 23. 6. 43, Bl. 255.

<sup>4</sup> Siehe Goebbels-Tagebuch vom 20. 5. 43, Bl. 2436 (gedruckt bei Louis P. Lochner, Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–45, Zürich 1948, S. 353) und vom 22. 5. 43, Bl. 2459. Görings zuversichtliche Äußerungen und Versprechungen in der erwähnten Rede waren durch die im April erfolgten einschneidenden Kürzungen der Fleischrationen widerlegt worden.

vität, zu der jene oratorische Explosion im Berliner Sportpalast vom 18. Februar den Auftakt bildete. Es scheint so, als habe er die Niederlage als ein Stimulans empfangen, das ihn dazu trieb, aufzuspringen und alle aufzurufen, mit ihm zusammen das ausgebrochene Feuer zu löschen. Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, erst die militärische Niederlage habe den Minister, sozusagen mit einem Paukenschlag, geweckt und ihn aktiv werden lassen. Er war auch die drei Jahre zuvor von unermüdlichem Fleiß und von großer Arbeitskraft gewesen. Aber bei Kriegsausbruch hatte er, nicht zu Unrecht, die Ödland-Niederungen gefürchtet, die nun vor ihm lagen. Der verkrüppelte Zivilist Goebbels mochte den Krieg und das Militär nicht<sup>5</sup>; brachiale Gewalt hielt er, der Intellektuelle, für Dummheit. „Ich glaube – so äußerte er sich seinem Adjutanten gegenüber –, daß ein kluger Kopf mehr wert ist als eine Million Soldaten. Aber das darf man ja heute nicht mehr sagen. Jetzt regieren die Generäle.“<sup>6</sup> Mit dem „klugen Kopf“ meinte er natürlich sich selbst, dem es 1938 in einer Propagandakampagne ohnegleichen gelungen war, dem Regime über 100 000 Quadratkilometer Land zu erobern, ohne daß ein einziger Schuß gefallen war<sup>7</sup>. Auf solche Weise hätte er – wenn es nach ihm gegangen wäre – seinem Führer gern dessen Lebensraumpolitik verwirklicht, aber nach der Besetzung der Tschechei im März 1939 verfielen Goebbels Methoden im Falle Polens nicht mehr. Jetzt regierten und siegten – zunächst jedenfalls – die Generäle, die – wie mußte es ihn, den von der Natur Vernachlässigten kränken – dafür Lob von allen Seiten einheimsten. Seinen Führer in *dieser* Gesellschaft zu wissen, dem ständigen Einfluß der dekorierten und siegesbewußten Militärs ausgesetzt, die für ihn halb Europa erobert hatten, ohne daß ihnen jemals ernstlich etwas mißlungen war, und in der Gewißheit zu leben, daß er für Goebbels und seine Ideen nicht mehr oder nur sehr selten ansprechbar war, das traf ihn sehr.

Er stellte seine Propaganda auf die veränderte Situation um, dazu gehörten etwa die Einrichtung der täglichen „11-Uhr-Konferenzen“<sup>8</sup>, die der Minister mit seinen Abteilungsleitern abhielt<sup>9</sup>, und eine Aufgabe, die er sehr geschickt gelöst hat: die Durchführung des Ätherkrieges gegen Frankreich; ferner Kommentare zur Lage, d.h. vorwiegend propagandistisch-polemisch geführte Auseinandersetzungen mit dem Gegner in Presse und im Rundfunk. Aber wen interessieren schon seine Leitartikel, seine Polemiken mit ausländischen Politikern und Journalisten und seine

<sup>5</sup> Bereits im Tagebuch von 1925/26 findet sich folgender Eintrag: „Ein Prachtmilitär. Dumm, aber stark.“ (Siehe Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1961, S. 39).

<sup>6</sup> Siehe Schaumburg-Lippe, Zwischen Krone und Kerker, Wiesbaden 1952, S. 285.

<sup>7</sup> Hitler würdigte diese Erfolge der Propaganda ausdrücklich in seiner Rede vor Vertretern der deutschen Presse am 10. 11. 1938.

<sup>8</sup> Auch „Ministerkonferenzen“.

<sup>9</sup> Bereits bei Beginn des Polenfeldzuges hielt Goebbels mit nicht mehr als sechs seiner engsten Mitarbeiter täglich vertrauliche Beratungen ab, zu denen im Laufe des Oktobers die Leiter der gesamten politischen Abteilungen hinzugezogen wurden; vgl. Kriegpropaganda 1939–1941, Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hrsg. und eingeleitet von Willi A. Boelcke, Stuttgart 1966, S. 26.

sonstige Öffentlichkeitsarbeit, solange die deutsche Wehrmacht siegte. Siege sind immer populär und brauchen nicht propagiert zu werden. Der Propagandaminister lebte im Schatten des Mars; die – von ihm eingeführten – Sondermeldung-Siegesfanfaren<sup>10</sup> machten sein Wirken überflüssig, das er der Öffentlichkeit in unzähligen bebilderten Presseberichten vor Augen führte. Denn man sollte so oft wie möglich sehen und lesen, daß es auch ihn noch gab. Möglichkeiten dazu boten sich mehr als genug; in den Bereich seines Ressorts fielen allerlei Institutionen, etwa das Berliner Philharmonische Orchester, das Deutsche Opernhaus, die Ufa, deren Pflege er sich angelegen sein ließ und für die er gern und ausgiebig die Honneurs machte. Jedoch war er – neben diesen primär repräsentativen Pflichten – darauf bedacht, sich der Zeit gemäß zu betätigen: in Lazaretten beugt er sich über die Betten verwundeter Soldaten, er hinkt durch Werkshallen der Rüstungsindustrie, spricht mit den Arbeitern an den Werkbänken, besucht Werften und Arbeitsmädchen, Flakstellungen und Artillerieschulen. Der Minister läßt sich in den Hauptstädten der eroberten Länder sehen und empfängt täglich: Soldaten eines zur Zeit durch den Wehrmachtbericht populären Frontabschnitts oder Brückenkopfes, erfolgreiche U-Bootbesatzungen, Ritterkreuzträger, Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler. Mit besonderem Eifer betreibt er eine alte Leidenschaft: das Sammeln von Geld und kriegswichtigen Materialien aller Art. Die Ergebnisse dieser Aktionen wägt er genau gegeneinander ab, weil sie – wie er meint<sup>11</sup> – die Volksstimmung besser manifestieren als ein plebiszitärer Akt. Aber wie konsequent der Minister dies alles auch betreibt, so unzufrieden ist er mit der Rolle, die er spielen muß, so unzufrieden wird er schließlich mit der lässigen Art der Kriegführung und insbesondere mit dem propagandistischen Bramarbasieren des Teils der Presse, der sich seinem Einfluß entzogen hat, und lauthals unzufrieden ist er mit der Ostpropaganda seines Widersachers Rosenberg<sup>12</sup>. Aber er kommt mit seinen Mahnungen, alles, was nicht der Beendigung des Krieges dient, auszuschalten, nicht zum Zuge bis die Niederlage von Stalingrad ihm – man ist fast versucht zu sagen: aus der Verlegenheit – hilft. In der veränderten Situation sieht er seine Chance, weiß er sich plötzlich aufgewertet, und das tut ihm persönlich außerordentlich wohl. Alle die martialischen Gestalten, in deren Schatten er, der Krüppel, der machtlose Propagandaminister seit Kriegsbeginn gestanden hat, verlieren an Gewicht. Ihre Erfolge sind nur mehr noch geglückte Rückzugsbewegungen. Die Zeit des siegreichen Vormarsches mit hohen Gefangenenziffern und einer unübersehbaren Beute sind dahin. Von nun an wird man seinen Kopf wieder brauchen. Seine Talfahrt scheint beendet zu sein. Er übernimmt es, an Hitlers Statt nach Stalingrad zu sprechen. Sorgfältig bereitet er seine Rede für den 18. Februar im Sportpalast vor<sup>13</sup>. Sie soll ein Meisterwerk,

<sup>10</sup> Vgl. dazu Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, S. 294; und Schaumburg-Lippe, Dr. G., Ein Porträt des Propagandaministers, Wiesbaden 1963, S. 243 f.

<sup>11</sup> Goebbels-Tagebuch vom 14. 2. 43, Bl. 19.

<sup>12</sup> Goebbels-Tagebuch vom 14. 3. 43, Bl. 7.

<sup>13</sup> Goebbels-Tagebuch vom 14. 2. 43, Bl. 32/33.

soll ein ganz großer Auftritt für ihn persönlich werden und den bestimmenden Auftakt zu seiner zukünftigen Arbeit bilden. – Wirklich gelang es Joseph Goebbels rhetorischer Leidenschaft durch eine Pseudodiskussion sein hysterisches Auditorium zu einer frenetischen Willensäußerung – in seinem Sinne versteht sich – zu bringen, eine im Führerstaat höchst fragwürdige Methode, derer sich nur ein versierter Demagoge, wie Goebbels es war, bedienen konnte.

Er konstruierte sich eine *Vox Populi*, als deren Verfechter er jedesmal dann aufzutreten gedachte, wenn sein totaler Krieg in den Niederungen der Bürokratie steckenzubleiben drohte. Nun, er blieb stecken, denn der Redner dieses Abends erntete zwar körbewise Lob von allen Seiten, er machte in der befreundeten italienischen Presse Schlagzeile, seine Rede füllte die neutralen Blätter, mehr noch: der Feind merkte auf – und alles das tat ihm so wohl, daß er außerdem alle möglichen Stellen um Berichte über seine Rede bat –, aber ein greifbares Resultat, etwa eine Vollmacht des Führers, die ihn in Stand gesetzt hätte, den totalen Krieg nach seinen Vorstellungen zu realisieren, hatte seine Rede nicht zur Folge<sup>14</sup>. In den nächsten Monaten versuchte er – weiterhin vergebens – eine Führungsrolle für sich zu erwirken, die es ihm ermöglichen konnte, die Totalisierung des Krieges wahrzunehmen. Jene Exekutive, die ihn über Nacht zum mächtigen Mann machen sollte, erhielt er erst ein Jahr später, nachdem Hitler sozusagen durch die nackte Gewalt des Attentats vom 20. Juli überzeugt worden war, daß nun endgültig für harte Maßnahmen im Sinne Goebbels' die Zeit gekommen sei. Bis dahin blieb dem Minister seine Propaganda, die ihm unter dem Vorzeichen des möglichen Machtgewinns für sich selbst und aufgewertet durch das SOS der beginnenden Katastrophe endlich wieder „Spaß machte“, „denn“ – so notierte er weiter in sein Tagebuch „solche Aufgaben reizen“<sup>15</sup>. Der Propagandist Goebbels fühlte sich in die Schranken gerufen, die Zeit der „etwas temperierten Tages-Propaganda“<sup>16</sup> – wie er sich leicht abfällig ausdrückte – war vorüber. Es galt angesichts der anhaltenden Rückschläge und bei äußerst variabler Stimmungslage – nach innen und nach außen – so zu taktieren, daß das Volk bei der Stange blieb, daß seine Totalisierungsmaßnahmen weiterhin als „Gebot der Stunde“ ernstgenommen wurden und daß sich die aufgrund des raschen Vorgehens der Sowjets im westlichen Lager ergebenden Spannungen und Unsicherheiten vertieften. Um eine wirksame Propagandaarbeit leisten zu können, bemühte sich der Minister, täglich über die Stimmung des Volkes Klarheit zu gewinnen: da waren die SD-Berichte und die Berichte der Gaupropagandaämter – gegen beide hatte er seine Vorbehalte<sup>16</sup> –, die Berichte des Forschungsamtes der Luftwaffe standen – wie zahlreiche, wahrscheinlich meist anonyme Privatbriefe – höher im Kurs. Als untrügliches Zeichen für ein Hoch oder

<sup>14</sup> Außer der Schließung einiger Geschäfte und Lokale sowie der Einschränkung der Zeitschriften um etwa 50 % geschah damals nichts Wesentliches.

<sup>15</sup> Vgl. Goebbels-Tagebuch vom 18. 2. 43, Bl. 126.

<sup>16</sup> Die Stimmungsberichte der Gaupropagandaämter hielt er für zu positiv, da sie von den Gauleitern selbst verfaßt wurden, die SD-Berichte verärgerten ihn durch Kritik an seiner Arbeit. (Vgl. dazu Goebbels-Tagebuch vom 14. 2., Bl. 19, und vom 21. 2. 43, Bl. 195.)



ein Tief im Volke schätzte er – wie schon erwähnt – die Ergebnisse der Sammlungen aller Art<sup>17</sup>. So die eine Hand am Puls des Volkes haltend, dirigierte er mit der anderen sein Propaganda-Orchester, ständig befürchtend, daß irgendetwas seinen wohldosierten Zweckpessimismus verwässern könnte. So beklagte er im Februar 1943 dem totalen Krieg zuliebe, daß das Wetter seiner grauen Passion ein Ende setzte: „Das Wetter ist fast frühlingmäßig schön. Man könnte beinahe den Eindruck haben, als lebten wir im April . . . Mir wäre am liebsten, wenn der Winter noch einige Wochen, wenn auch nicht in strenger Form, so doch immerhin vorherrschend bliebe. Je düsterer das Bild des Krieges sich auch optisch darbietet, um so leichter ist es möglich, aus der allgemeinen Lage die nötigen harten und auch härtesten Konsequenzen zu ziehen.“<sup>18</sup>

Nachdem sich die Frontlage infolge des Tauwetters etwas stabilisiert hatte, bekannte er: „Es ist für uns also jetzt nicht mehr möglich, weiterhin die pessimistische Tour zu gehen. . . . Ich tue das mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Es wäre mir lieber, wenn wir die etwas schwarz gefärbte Darstellung beibehielten; denn um so leichter wird es möglich sein, die Totalisierungsmaßnahmen . . . durchzusetzen.“<sup>19</sup>

Als jedoch das Stimmungsbarometer unter den zunehmenden, starken Luftangriffen wieder tiefer sank, als es ihm für seine Pläne lieb sein konnte, klagte er: „Wenn ich das Ruhrgebiet hermetisch abschließen könnte, würde ich es tun.“<sup>20</sup> Zur Angst der Bevölkerung vor dem Luftkrieg und seinen Folgen trat die Ungewißheit über den Verbleib der Vermissten von Stalingrad. Die Tatsache, daß deren erste Briefe aus sowjetischer Gefangenschaft Goebbels zum größten Teil hatte beschlagnahmen lassen können<sup>21</sup>, so daß nur ein geringer Rest die Empfänger erreicht hatte, gab zu Gerüchten Anlaß und verstärkte die Unsicherheit. Unklarheit über den weiteren Verlauf des Krieges und die offensichtliche Unschlüssigkeit der Führung taten ein übriges. Alles in allem genommen: die Stimmung schwankte erheblich, und Goebbels, der noch am 19. Mai gemeint hatte, das deutsche Volk sei in seinen breiten Massen „unangenagt“, es bedürfe nur einer „Herzstärkung“<sup>22</sup>, vermerkte bereits drei Tage später einen erheblichen Stimmungseinbruch als Folge der Kapitulation in Nordafrika<sup>23</sup>, die vor allem die Frage nach der Weiterführung des Krieges erneut und verstärkt laut werden ließ. Alle Bitten und Aufforderungen, von sich aus eine „entsprechende Verlautbarung“ zu geben, wies er zurück

<sup>17</sup> In diesem Sinne wertete er auch die Gau-Straßensammlung vom Januar 1943, deren Ergebnis (63 035 128.– RM gegenüber 39 575 225.– RM im Vorjahre) „eine enorme Steigerung zu verzeichnen habe“. Vgl. Goebbels-Tagebuch vom 14. 2. 43, Bl. 19; VB vom 15. 2. 43

<sup>18</sup> Goebbels-Tagebuch vom 18. 2. 43, Bl. 130.

<sup>19</sup> Goebbels-Tagebuch vom 1. 3. 43, Bl. 1658.

<sup>20</sup> Wilfried v. Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, 1. Bd. Buenos Aires, 1949, S. 52.

<sup>21</sup> Eine Korrespondenz zwischen den deutschen Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen wollte Goebbels im Hinblick auf die möglicherweise daraus entstehende defätistische Propaganda seitens der Sowjets unterbinden. (Siehe Goebbels-Tagebuch vom 14. 2. 43, Bl. 22f.)

<sup>22</sup> Goebbels-Tagebuch vom 19. 5. 43, Bl. 2449.

<sup>23</sup> Goebbels-Tagebuch vom 22. 5. 43, Bl. 2458; bei Lochner, S. 355f.

mit der Begründung: solange wir im Osten noch nicht aktiv geworden sind, ist das sehr schwer möglich<sup>24</sup>.

Also blieb es bei der Herzstärkung, auf die er sich in seinen Reden und in seinen Leitartikeln spezialisiert hatte und deren Wirksamkeit vor allem darauf beruhte, daß er seine Zuhörer vom Alltagsgeschehen wegführte, das besser gänzlich unerwähnt blieb, und ihnen durch Beispiele das Wesen einer Krise und ihre Überwindung nahezubringen trachtete. Dazu gefiel er sich in Spitzfindigkeiten: die Rentabilität des Luftkrieges sei angesichts der hohen Abschußziffern für den Gegner bereits fraglich geworden, oder: der U-Bootkrieg – der zudem nur unter Männern geführt werde – schwäche den Gegner am Kriegspotential und treffe ihn härter als uns der Luftkrieg<sup>25</sup>. Ferner: Die Gegner beneide er nicht um die Strapazen einer möglichen Invasion; sie müßten ja kommen. Wir aber hätten den großen Vorteil, bereits da zu sein. So und ähnlich argumentierte er in seiner Durchhaltepropaganda, erinnerte zudem an die eigenen Erfolge („Wir haben Europa in Besitz“), kommt seinen Hörern mit gesteigerter Rüstungsproduktion und vertröstet sie mit der Vergeltung.

„Ich komme mir“ – so notierte Goebbels damals – „manchmal vor, als müßte ich jeden Tag den Schwachwerdenden neue Korsettstangen einziehen.“<sup>26</sup> Er tat es unermüdlich: auf Arbeitstagungen, vor Rüstungsarbeitern, Bombengeschädigten, Beamten, Künstlern, Wissenschaftlern und Soldaten. Wie seinen Aufzeichnungen – soweit sie vorliegen – entnommen werden kann, empfing er im Februar 1943 Divisionsadjutanten von allen Fronten, im Juni waren es dann – wie Oven<sup>27</sup> vermerkt – 150 Generalstabsoffiziere, die eine Seelenstärkung im Thronsaal des Ministeriums<sup>28</sup> empfingen, und etwa um den 17. Juli herum hielt er die unten wiedergegebene Rede vor Wehrmachtoffizieren, entweder auch im erwähnten Thronsaal oder – wenn es sich um eine kleinere Gruppe gehandelt hat – im Konferenzsaal des Goebbelsschen Privathauses. Alle diese Reden vor einem begrenzten Zuhörerkreis wurden zumindest von einem Stenografen mitgeschrieben. Mitschnitte waren üblich und sind daher nicht als Besonderheiten zu werten. Da der Minister Wert darauf legte, über die Wirkung seiner Rede informiert zu werden, nahm an Veranstaltungen dieser Art meist einer seiner Mitarbeiter teil, der ihn anschließend über die Reaktion der Zuhörer unterrichten mußte<sup>29</sup>. – Einzelheiten über das Auditorium sind nicht bekanntgeworden.

Der Text dieser Rede bietet inhaltlich nichts Neues<sup>30</sup>, weder enthält sie spektakuläre Eingeständnisse vor Kennern der Lage, etwa aufgrund der letzten Ereignis-

<sup>24</sup> Goebbels-Tagebuch vom 22. 5. 43, Bl. 2460.

<sup>25</sup> Vgl. „Das Reich“ vom 25. 4. 43.

<sup>26</sup> Goebbels-Tagebuch vom 21. 2. 43, Bl. 212.

<sup>27</sup> v. Oven, a. a. O., S. 53.

<sup>28</sup> Das Propagandaministerium war im Palais des Prinzen Leopold von Preußen, dem ehemaligen Ordensmeister-Palais, in der Wilhelmstraße untergebracht.

<sup>29</sup> Mitteilung von Dr. Werner Naumann vom 18. 2. 70, vgl. auch v. Oven, a. a. O., S. 33.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Goebbels Leitartikel in der Wochenzeitung „Das Reich“ aus dem ersten Halbjahr 1943, insbesondere seinen am 30. 5. 43 erschienenen Beitrag: Das Wesen der Krise.

nisse im Osten, noch macht der Minister von seinem Wissen um die mehr als wahrscheinliche innenpolitische Veränderung beim „Achsenpartner“ Gebrauch, über die ihn Canaris bereits Ende Mai informiert hatte<sup>31</sup>. Der Vortrag bietet auch keine neuen Perspektiven zur Deutung der Persönlichkeit Goebbels', ja, diese Rede konnte nicht einmal aus einer Sammlung solcher – sozusagen – intimer Vorträge als besonders inhaltsreicher und gelungener Beitrag ausgewählt werden. So mag denn die Frage nach der Veröffentlichung gerade dieses Textes laut werden. Das vorliegende Beispiel einer der zahllosen Durchhalte-Reden, vom Minister einer begrenzten Zuhörerschaft vorgetragen, rechtfertigt den Abdruck allein durch die unbekümmerte Art, mit der der Redner sich seiner stilistischen und rhetorischen Mittel bedient. Alle Formulierungen und Wendungen sind zwar aus seinen wöchentlichen Leitartikeln bekannt, aber hier ist der Maßstab ein ganz anderer als der, den Goebbels selbst an seine mit zweitausend Reichsmark pro Stück honorierten Beiträge für die renommierte Wochenzeitung „Das Reich“ legt. Er hält sich lediglich an ein Stichwort-Konzept<sup>32</sup> und formuliert im übrigen frei, was der Frische und Unmittelbarkeit seines Vortrags zugute kommt. Hier – sozusagen am Kamin des Ministeriums – kann er ohne politische und geschmäckerliche Rücksichtnahme aus dem reichen Fundus seiner Vergleiche und Beispiele eine Rede ausstaffieren, die als „Zementspritze“ für jüngere Offiziere – vermutlich als Abschluß eines Lehrgangs – angelegt ist. Wenn oben gesagt wurde, dieser Vortrag zeichne sich durch seine Ungezwungenheit aus, so gilt das vordringlich für die Artikulation, die rhetorische Ausdrucksfähigkeit des Redners, die dem *Leser* des Redetextes selbstverständlich verlorengelassen, vornehmlich jenen unter ihnen, die Goebbels selbst niemals haben sprechen hören und so nicht einmal in der Lage sind, seinen Tonfall dem Text sozusagen zu unterlegen. Es erweist sich schlechthin als unmöglich, den rhetorischen Stil aus dem gedruckt überlieferten Text einer Rede beurteilen zu wollen. Das Temperament des Sprechenden erst, das – wenn auch gespielte – Engagement, mit dem er Gesinnungen weckte und lenkte, Kräfte aktivierte, um sich die Stoßkraft des auf ein Ziel dirigierten menschlichen Willens zunutze zu machen, vordringlich das sind die Quintessenzen auch dieser Rede, deren Stil an antiken Vorbildern gemessen dürftig erscheinen mag, die im Hinblick auf den Erfolg aber – und das allein sollte das Kriterium für die Beurteilung rhetorischer Intensität sein – vermutlich selbst die so gerühmten Gorgias und Quintilian in den Schatten gestellt hat.

Der Text einer Rede informiert nicht allein über deren Inhalt, darüber hinaus ist er meßbar hinsichtlich der Ziele des Redners und seiner Methode. Im vorliegenden Beispiel geht es allein um die Stärkung des Widerstandswillens der Zuhörer. Um dies zu erreichen, verfälscht und beschönigt der Redner Tatsachen, er lockt die Hörer von der Realität des Alltags weg und zwingt sie, seine Vergleiche, mit denen er Hoffnung und Glauben weckt, für die Wirklichkeit zu nehmen. Die aus

<sup>31</sup> Goebbels-Tagebuch vom 25. 5. 43, Bl. 2496; bei Lochner, S. 361.

<sup>32</sup> Mitteilung von Dr. Werner Naumann vom 18. 2. 70.

Goebbels' Leitartikeln zur Genüge bekannten Vergleiche<sup>33</sup> – depressive Situationen mit positivem Ausgang – aus Geschichte und Parteigeschichte (etwa der Hinweis auf Friedrich II. nach Kunersdorf, auf das Verzagen „selbst Bismarcks“ bei Königgrätz, ferner die Rückgriffe auf die Situation der NSDAP in den Jahren 1925 bis 1927<sup>34</sup>) sowie aus dem menschlichen Alltag, werden summiert und durch Dialogform aufgelockert. Des weiteren bemüht er gern den „lieben Gott“, die „Göttin der Geschichte“ oder – säkularisierter – die „gestaltenden Mächte“, die – mit ihrem Sinn für Dramatik – die kämpfenden Völker „noch einmal außerordentlichen Belastungen“ ausgesetzt haben, um nun endgültig über den Sieg entscheiden zu können: wer diesen Belastungen mit der stärksten Widerstandskraft begegnet<sup>35</sup>, dem gebührt schließlich und endlich auch der Sieg – sozusagen als Belohnung. Im Zuprsuch spielt Goebbels seine eigentliche Rolle mit beschwörender Intensität; er muß insbesondere diesen Partien seiner Ausführungen überdurchschnittliche Wirksamkeit zugemessen haben. Wie gesagt, die Methode läßt sich katalogisieren, nicht fixierbar hingegen sind Stimme und Tonfall, Tempi und Stärken sowie jenes Goebbels eigene, vom rheinischen Dialekt leicht gefärbte Hochdeutsch, das infolge seiner übertreibenden Akzentuierung bekanntlich seither zur Nachahmung und damit zur Karikierung reizte. Ebenso kann der Leser des Textes nicht partizipieren an der überaus reichen Skala Goebbellsschen Artikulationsvermögens, das ihn befähigte, gewisse Wendungen, denen er eine besondere Bedeutung beimaß, in metallisch klingende, helle Töne zu setzen, das es ihm ermöglichte, über Gegner oder Ignoranten kübelweise Ironie auszuschütten, und das ihn auch in den Stand setzte, den Ton philosophischer Gelassenheit, mit dem er die vorliegende Rede einleitete, zu treffen<sup>36</sup>. Erscheint es ihm angemessen, setzt er gewisse Akzente auf den unterkühlten Grundton: so strafft er etwa das Tempo, dehnt Vokale, spricht im Flüsterton, bis er dann – nachdem er die Einleitung mit der Forderung abgeschlossen hat, „Abstand zu nehmen, vom Bilde zurückzutreten“ – mit seiner eigentlichen Arbeit beginnt, d. h. mit der „Stärkung der Nerven“ und des Durchhaltevermögens in – wie Goebbels es formuliert – „solchen Zeiten innerer Versuchung“.

Selbstverständlich ist auch diese Rede vom Anfang bis zum Ende auf Wirkung bemessene Routine: die Distanz, die der Redner während der ersten zwanzig Minuten von seinem Gegenstand nimmt, mit der er die Stimmung vorbereitet, die überlegene Gelassenheit, mit der er die Begebenheiten des Tages beiseite schiebt, um mit der geistigen Spannweite eines philosophischen Kopfes scheinbar die „große geschichtliche Problematik, die im Hintergrund dieses Krieges aufdämmert“, aufzuzeigen. Der Analytiker des kriegesischen Geschehens, als der er sich aufspielt, stellt fest, daß es nicht darum gehe, „Grenzkorrekturen“ vorzunehmen oder dem

<sup>33</sup> v. Oven überliefert (a. a. O., S. 33) folgende Äußerung von Goebbels: „Man muß bei diesen Leuten viel Vergleiche gebrauchen, das merken sie sich besser.“

<sup>34</sup> Vgl. unten, S. 104 und 105.

<sup>35</sup> Vgl. unten S. 105 und 107.

<sup>36</sup> Ironie und Zynismus gewisser Wendungen beruhen lediglich auf der retrospektiven Betrachtungsweise des Lesers.

Gegner „diese und jene Provinz“ streitig zu machen, sondern daß diesmal nun die „nationale Substanz“ auf der „Waagschale der Geschichte“ liege, die Völker um ihr Leben angetreten seien, um das nun „gewürfelt“ werde.

Der Propagandist Goebbels nennt ausdrücklich das Maß der Gefahr, in der sich die Nation befindet, läßt an der tödlichen Alternative keinen Zweifel, bemüht aber – und das ist seit Monaten Sinn und Ziel seiner Propaganda – zahlreiche Beispiele, aus denen der deprimierte Zuhörer schließen kann, daß es nur des bis aufs äußerste angespannten allgemeinen Willens bedarf, um die letzte Hürde zu nehmen, um die von der Göttin der Geschichte auferlegte letzte Bewährungsprobe zu bewältigen, um die Krise zu überwinden. Nachdem Goebbels Ende Mai 1943 einen Artikel mit der Überschrift: „Das Wesen der Krise“ veröffentlicht<sup>37</sup> und den Begriff Krise für die Propaganda entdeckt hatte, verwendete er ihn in zunehmendem Maße in seinen wöchentlichen journalistischen Beiträgen für „Das Reich“; vermutlich hat er auch in keiner seiner damaligen Reden gefehlt. Das Wesen der Krise ist zu einem Angelpunkt seiner Propaganda überhaupt geworden, ist eine sehr geschickte Erfindung von Joseph Goebbels. Eine Krise gestattet oder verlangt vielmehr eine Entscheidung für eine von zwei Möglichkeiten, erlaubt oder fordert die Entscheidung zwischen Leben oder Tod, Sieg oder Untergang. Der Mensch in der Krise hat – so jedenfalls sieht es der Propagandist – die Wahl zwischen positiv und negativ, und für ihn, der selbstverständlich ausnahmslos den positiven Ausgang der Krise im Blick hat, gibt es keinen Zweifel daran, für welchen Weg sich der Mensch entscheiden wird, wenn er zudem von einem beredten Nothelfer unterstützt wird, der sich mit einem Arzt, einem Fußballtrainer, einer Krankenschwester identifiziert, so wie es Goebbels in seinen Beispielen für krisenhafte Situationen tut. Er täuscht seine Hörer, indem er den Begriff Krise auf eine eindeutig ausweglose Lage anwendet, und verführt sie weiter durch Vorbilder, deren Nimbus allein Hoffnungen erweckt und den menschlichen Willen stärkt. Seinen auf die Situation des deutschen Volkes zugeschnittenen, vorwiegend in Grautönen gesetzten Modellfällen folgt immer ein verführerisches, propagandistisches „Aber“, das mit der Realität, die er für die Kriegspropaganda seit jeher gefordert hatte, gar nichts mehr zu tun hat. Insofern sind auch die Vergleiche, die einer Augenblickswirkung wohl nicht entbehrt haben, trügerisch, denn Krieg läßt sich nicht mit Krankheit vergleichen, er ist kein Fußballmatch und kein Marathonlauf, kein Boxkampf und kein Avusrennen und hat auch nichts zu tun mit jener poetischen Wendung<sup>38</sup>, die Goebbels im Februar 1944 gebrauchte und als deren Konsequenz ein Sieg schon quasi automatisch einer Niederlage zu folgen hat. Ohne Zweifel hat diese Art der Propaganda zur Verlängerung des Krieges beigetragen; sie hatte Erfolg, weil sie die Hoffnung der Menschen ansprach und den Willen in eine Richtung lenkte. Unter den militärischen Ereignissen der letzten Kriegsjahre nutzte sie sich schnell ab, ohne daß der Minister seine Anstrengung jedoch vermindert hätte. Allerdings stand er auf

<sup>37</sup> Vgl. Das Reich vom 30. 5. 43.

<sup>38</sup> Je kühler die Nacht wird, desto näher steht sie dem Morgen.



verlorenem Posten: wirksame Propaganda läßt sich auf die Dauer nicht aus negativem Stoff schlechthin bestreiten. Sie wurde von Monat zu Monat realitätsfremder, denn der militärische Rückzug und die darauffolgende Kapitulation ließen sich von keinem noch so gestärkten Willen aufhalten.

Die unten abgedruckte Rede entstammt dem Komplex des sog. Wallbergfundes, zu dem – neben Tonbandaufzeichnungen der in der Folge des Attentats vom 20. Juli 1944 geführten Prozesse vor dem Volksgerichtshof – auch Reden hauptsächlich Hitlers, aber auch Keitels und Jodls gehören. Als Wallbergfund bezeichnet werden Tonträger – Schallplatten und Tonbänder – aus dem Archiv der ehemaligen Reichspropagandaleitung, die kurz vor dem Zusammenbruch von 1945 in eine unzugängliche Schlucht des Wallberges bei Rottach am Tegernsee gelangt waren. Die Frage, ob der zur Reichspropagandaleitung gehörende Autozug während seiner Fahrt auf der Wallbergstraße Opfer eines Tieffliegerangriffs geworden ist und mit Inhalt in die Tiefe stürzte oder ob Fahrer und Begleitpersonal der Wagen es vorgezogen haben, Bänder und Platten freiwillig der alles überwuchernden Natur zu überlassen, mag offenbleiben. Wie immer es sich zugetragen haben mag: ein gutes Dutzend Jahre später gab der Berg das Material frei, das in einem Schreiner seinen geduldigen Aufbereiter fand und schließlich der wissenschaftlichen Forschung übergeben wurde<sup>99</sup>.

Das Manuskript wurde nach Tonband transkribiert und enthält alle sprachlichen und grammatikalischen Unebenheiten, wie sie dem frei sprechenden Redner unterlaufen sind. Auf diese Weise kann – wenn schon auf die akustische Wiedergabe des Textes verzichtet werden muß – eine gewisse, wenn auch nur geringfügige Annäherung an die Vorlage erreicht werden. Aus den gleichen Erwägungen wurden die Absätze so eingefügt, wie der Redner sie (durch Pause) markierte, nicht wie Lesbarkeit und Logik des geschriebenen Textes sie fordert. Eine dem Wortfluß des Redners gemäße Interpunktion zu setzen, erachtete der Bearbeiter jedoch im Hinblick auf das Verständnis des Textes für unangebracht und hielt sich an die allgemeinen Regeln für die Zeichensetzung.

Eine nahezu zuverlässige *Datierung* der Rede kann lediglich aus dem Text gewonnen werden, und zwar gibt es drei Anhaltspunkte dafür. Goebbels spricht von der politisch-militärischen Lage im Süden Europas, was die Landung der Alliierten auf Sizilien voraussetzt, die am 10. Juli erfolgte. Die Erwähnung der deutschen Kapitulation in Tunis (vgl. S. 100) kann infolgedessen als Markierung für den frühestmöglichen Zeitpunkt fallengelassen werden. Bestimmend indessen ist die Zitierung der Äußerung des – wie Goebbels irrtümlich annahm – Parlamentssekretärs der britischen Admiralität vor dem Unterhaus über die Auswirkung des deutschen U-Bootkrieges auf die englische Kriegswirtschaft (vgl. S. 101). Am 16. Juli 1943 veröffentlichte die Times in der Spalte „House of Commons“ den Inhalt einer Rede des parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kriegs-

<sup>99</sup> Näheres über die Fundgeschichte bei Krausnick, Kotze, Es spricht der Führer, Gütersloh 1966, S. 369ff.

transport, A. Salter, vom 15. Juli über die Ursachen der beiden Krisen innerhalb der britischen Überseeversorgung. Nur auf diese Rede kann Goebbels' Bemerkung abzielen. Hält man sich wörtlich an den Hinweis: „Wir vernahmen *vorgestern* im englischen Unterhaus von seiten des Parlamentssekretärs der britischen Admiralität . . .“. so steht der 17. Juli 1943 als Datum fest, will man die Zeitangabe allenfalls cum grano salis verstehen, so wären Verschiebungen um ein bis zwei Tage nicht ausgeschlossen. – Da Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen für die Zeit vom 28. Mai bis 25. Juli 1943 als verloren gelten müssen, entfallen sie für eine Datierungshilfe von vornherein. –

Hildegard von Kotze

### Dokument

Meine Herren! Je länger der Krieg andauert, desto mehr entdecken wir an ihm den Charakter einer zunehmenden Totalisierung, und zwar nicht nur in seiner Methodik, sondern auch in seiner Zielsetzung. Insofern unterscheidet sich dieser Krieg von allen seinen Vorgängern, als in ihm zum ersten Mal in der Geschichte nicht nur Armeen, sondern Völker einander gegenüber treten. Demgemäß sind auch die Ziele, die von den beiden kriegführenden Seiten aufgestellt werden, ausgesprochen völkische. Es handelt sich in diesem Krieg nicht mehr darum, Grenzkorrekturen vorzunehmen oder dem einen oder dem anderen diese oder jene Provinz streitig zu machen, sondern dieses Mal sind die Völker selbst auf die Waagschale der Geschichte gelegt, und zwar nicht nur in ihren heute lebenden Generationen, sondern in ihrer nationalen Substanz. Ein Sieg der einen oder anderen Seite wird dieser oder jener Seite den Triumph bzw. eine kontinentale Herrschaft einbringen. Eine Niederlage würde nicht nur die heute lebende Generation in ein unausdenkbares Unglück hineinstürzen, sondern vielmehr ihre völkische Substanz so weit vernichten, daß die Nation in geschichtlich absehbarer Zeit zu einer völkischen Lebensäußerung nicht mehr fähig wäre. Es ist uns das zwar bei Beginn dieses Krieges nicht in voller Schärfe und Deutlichkeit aufgegangen; trotzdem ist dem so. Und, wie gesagt, je länger der Krieg andauert, desto klarer wird uns das.

Zum ersten Male erschien diese Perspektive des Krieges schon in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges. Zwar traten sich damals noch im wesentlichen monarchisch eingestellte Staaten gegenüber, trotzdem aber bemerkte man schon, vom Jahre 1916 an in zunehmender Schärfe, daß es diesmal um Völker schon ging, daß nicht Hausmächte um diese oder jene Vorherrschaft oder um diese oder jene Grenzprovinz kämpften oder um die Abrundung ihres Hausbesitzes, sondern daß die nationale Kraft, ja man möchte fast sagen, die nationale Lebensäußerung der daran beteiligten Völker aufs Spiel gesetzt war. Der gegenwärtige Krieg ist eine Fortsetzung des Ersten Weltkrieges, und er ist deshalb notwendig geworden, weil im Ersten Weltkrieg zwar die deutsche Wehrmacht unvergleichliche Waffenerfolge erringen konnte, das deutsche Volk sich aber den außerordentlichen Belastungen dieses viereinhalbjährigen Ringens moralisch nicht gewachsen zeigte oder vielmehr: seine politische Führung in der entscheidenden Stunde die Nerven verlor und freiwillig die Faustpfänder aus der Hand gab, die eigentlich die Voraussetzung eines großen Sieges hätten sein können<sup>1</sup>. Ich bin davon überzeugt, daß in etwa 150 bis 200 Jahren nachlebende Geschichts-

<sup>1</sup> Goebbels zitiert hier und im folgenden die von den nationalsozialistischen Führern bei jeder nur möglichen Gelegenheit erwähnte Legende „vom Versagen der politischen Führung in entscheidender Stunde“.

forscher zweifellos die Zeit von 1914 bis zum Abbruch oder bis zum Ende dieses Krieges als eine einheitliche geschichtliche Entwicklung auffassen werden. Es ist das in der Tat ein zweiter Dreißigjähriger Krieg, und die Pause von 1918 bis zum Jahre 1939 wird gewissermaßen als eine Art von Waffenstillstand aufgefaßt werden. Wie überhaupt diese Jahre doch ständig wieder durchzittert wurden von großen politischen, zum Teil auch militärischen Wirren, und man doch immer den Eindruck hatte, daß die Welt durch das Versailler Diktat in keiner Weise etwa zur Ruhe gekommen war. Am 9. November denn unterlag die Seite der damals kriegführenden Mächte, die eigentlich den Sieg schon verdient hatte. Die Seite aber, die aufgrund ihrer völkischen Substanz und auch ihrer im Kriege getätigten Waffenleistung eigentlich zur Niederlage bestimmt gewesen wäre, die errang den Sieg aufgrund einer politischen List, der das deutsche Volk, bzw. seine Führung damals zum Opfer fielen<sup>2</sup>. Die nationalsozialistische<sup>3</sup>

des deutschen Volkes, bzw. seiner Führung. Und im September 1939 mußten die Völker ein zweites Mal antreten. Wir mußten gewissermaßen den Schlußakt hinter das Drama schreiben. Der Krieg von 1914 bis 1918 hatte keine geschichtliche Lösung gefunden. Die, die den Sieg nicht verdient hatten, besaßen ihn, und die, die zum Sieg prädestiniert gewesen wären, verloren. Infolgedessen mußte die deutsche Nation nach dem Umweg über eine Revolution eine Regeneration ihrer völkischen Kräfte vornehmen. Und es ist fast zwangsläufig, daß diese Regeneration von der Feindseite nicht als endgültig angesehen wurde, sondern daß diese Regeneration sich irgendwann einmal zum Entscheidungskampf um ihre politischen und völkischen Vorstellungen, um ihre Ideen, Theorien und auch um ihre nationalen und sozialen Errungenschaften stellen mußte.

Wenn dieser Krieg nun, wie ich eben schon betonte, eine Fortsetzung des Ersten Weltkrieges, gerade im ideellen und methodischen Sinne, darstellt, so müssen wir uns auch darüber klar sein, daß es in diesem gewaltigen Waffengang keine Entscheidung aufgrund eines Kompromisses geben kann. Diesmal sind die Völker, wie gesagt, um ihr Leben angetreten. Und in dieser Auseinandersetzung handelt es sich nun darum, wer in Zukunft in Europa die große kontinentale Zusammenfassung durchführen soll: das nationalsozialistische Deutschland oder das bolschewistische Rußland<sup>4</sup>. Es ist ein grober geschichtlicher Irrtum, anzunehmen, daß es dagegen noch eine dritte Möglichkeit gäbe. Genauso wie sich im innerpolitischen Machtkampf der Nationalsozialismus nur sporadisch mit den bürgerlichen Parteien auseinanderzusetzen hatte, und die eigentliche Entscheidung zwischen ihm und dem Kommunismus fiel, genauso ist auch die Auseinandersetzung des nationalsozialistischen Reiches mit den liberal-demokratisch-plutokratischen Westmächten eine sporadische, eine Randererscheinung. Die entscheidende Auseinandersetzung spielt sich ab zwischen dem nationalsozialistischen Reich und der bolschewistischen Sowjetunion. Wir müssen uns also klar darüber sein, daß in diesem Krieg um unser Leben gewürfelt<sup>5</sup> wird. Es gibt kein Zurück mehr, die Brücken hinter uns sind abgebrochen. Und es tut deshalb gut, wenn die Männer, die auf irgendeinem Gebiet, sei es auf dem militärischen oder politischen

<sup>2</sup> Gemeint sind die Vierzehn Punkte des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson.

<sup>3</sup> Lücke im Tondokument.

<sup>4</sup> Bereits während der Kampfzeit hatten sich die Nationalsozialisten diese „Alternative“ zunutze gemacht.

<sup>5</sup> Zweifellos ein Lapsus, denn der Würfel entscheidet blindlings ohne die Tugenden zu berücksichtigen, aufgrund derer gerade das deutsche Volk nach Meinung von Goebbels für den Sieg geradezu prädestiniert schien.

oder wirtschaftlichen die Verantwortung zu tragen haben, sich hin und wieder über diese Ausmaße, Auswirkungsmöglichkeiten und geschichtlichen Konsequenzen des Krieges ins klare kommen [sic].

Ich habe deshalb nicht die Absicht, heute über aktuelle Fragen zu sprechen, über die militärisch-politische Lage etwa an der Ostfront oder im Süden Europas, sondern ich habe vielmehr die Absicht, den Blick von den aktuellen Tagesfragen und Tages Sorgen abzulenken und ihn hinzulenken auf die große geschichtliche Problematik, die im Hintergrunde dieses Krieges aufdämmert, und die es zu lösen gilt, wenn dieser Krieg überhaupt einen historischen Sinn haben soll. Ich betonte schon zu Anfang, daß der Krieg bei fort . . . äh bei zunehmender Dauer eine zunehmende Totalisierung erfahre, und habe schon zu Anfang . . . äh und fügte schon zu Anfang hinzu, daß sich diese Totalisierung nicht nur auf seine Methodik, auf die Art des Waffengebrauches oder auf den Einsatz neuer Waffen bezieht, sondern daß sich diese Totalisierung vor allem bezieht auf den Einsatz der Völker selbst. Diesmal sind die Völker die handelnden Faktoren. So wie es um ihr Schicksal geht, um ihr Leben oder besser gesagt um ihre nationale Substanz und damit auch um ihre zukünftige Lebensmöglichkeit, so werden sie auch in zunehmendem Umfang in den Krieg selbst eingeschaltet. Es ist ja charakteristisch, daß heute das nationalsozialistische Regime ja nun eine politische Ausdrucksform des Volkswillens ist oder das doch sein will. Und wenn wir als Kennzeichen der längeren Dauer des Krieges eine zunehmende Totalisierung der ganzen Kriegsmethodik erleben, so können wir auf der anderen Seite auch feststellen, daß in gleichem Umfange nun eine Totalisierung der Auffassung vom Kriege stattfindet. Wir sehen im Kriege nicht mehr einen Waffengang der jeweiligen Wehrmächte, sondern wir sehen in diesem Kriege eine Auseinandersetzung zwischen den Völkern selbst. Das heißt hier: Friß oder stirb! Jeder Mann unter uns ist sich im klaren darüber: Wenn wir diesen Krieg gewinnen, lösen wir damit überhaupt unsere gesamte geschichtliche Problematik, und wenn wir ihn verlören, würde damit jede Lösungsmöglichkeit irgendeines deutschen Problems, sei es nun wirtschaftlicher oder nationaler oder sozialer Natur, in das Reich der Unmöglichkeit versetzt werden. Es ist deshalb von einem tiefen Sinn begleitet, wenn der Führer in seiner Proklamation vom 30. Januar dieses Jahres in einer Zeit des Höhepunktes der militärischen Krise an der Ostfront, das Wort prägte, daß dieser Krieg an seinem Ende nur noch Überlebende und Vernichtete sehen werde. Das heißt mit anderen Worten, es geht jetzt nicht darum, wie weit die deutsche Wehrmacht in den Osten vorstößt oder vorstoßen kann, es geht auch nicht nur darum, wie weit wir in der Lage sind, am Ende des Krieges unsere Grenzen in den östlichen oder westlichen Raum vorzutragen, sondern es geht darum, wer die Führung des Kontinentes übernimmt. Denn darüber ist sich auch jeder klar, daß – selbst auch im neutralen Lager – daß Europa unter den vor dem Krieg als selbstverständlich anerkannten Bedingungen nicht mehr leben kann.

Die Kontinente schließen sich zusammen. Der nordamerikanische Kontinent hatte sowieso schon in seinem Einheitskrieg seinen politischen und nationalen Zusammenschluß gefunden. Der ostasiatische Kong . . . äh äh Kontinent schließt sich unter Japans Führung zusammen. Der afrikanische Kontinent findet auch – wenn auch in einer dienenden Rolle – seinen Zusammenschluß; der australische Kontinent rechnet in diesem Sinne als echter Erdteil nicht mit. Und Europa steht nun vor der Alternative, entweder mehr oder weniger Ausplünderungsobjekt der anderen Kontinente zu werden oder aber in sich diesen nationalen Zusammenschluß zu vollziehen. Es ist ein frommer Irrtum, der ja im Völkerbund seine klassische Widerlegung gefunden hat, zu glauben, daß ein kontinentaler Zusammenschluß aufgrund einer gütlichen Vereinbarung möglich wäre. Die Geschichte kennt kein Beispiel dafür, daß ein Staat oder eine Nation oder eine Vielfalt von Völkern oder ein Kontinent einen Zusammenschluß



vollzogen hätten, aufgrund einer gütlichen Vereinbarung. Auch in unserer eigenen Geschichte ist das nicht der Fall gewesen. Das alte, erste, großdeutsche Reich hat seinen nationalen Zusammenschluß nur in einer Folge von sehr langwierigen und außerordentlich blutigen Kämpfen gefunden. Manchmal mußten ganze Völkerstämme, sehr wertvolle Völkerstämme wie z.B. die Niedersachsen, zum größten Teil ausgerottet werden<sup>6</sup>, um dem ersten großdeutschen Reich eine Basis seines nationalen Zusammenschlusses zu verschaffen. Genauso ist es beim nordamerikanischen Kontinent der Fall gewesen; auch der nordamerikanische Kontinent hat nicht seinen Zusammenschluß aufgrund einer gütlichen Vereinbarung gefunden, sondern auch hier ist der Zusammenschluß das Ergebnis eines außerordentlich langwierigen, einsatzvollen, verlustreichen und blutigen Krieges. Aber die Staatsmänner, die eine solche Entwicklung einzuleiten und durchzuführen haben, müssen die Kraft besitzen, über die Beschwernisse, Fährnisse und über die Wandelbarkeit des Kriegsglücks innerhalb der sich vollziehenden Vereinheitlichungsepoche, in die Zukunft zu blicken. Und genauso wie dem amerikanischen Kontinent, sozial und wirtschaftlich gesehen, aus seinem nationalen Zusammenschluß ungeheure Vorteile, vor allem anderen Kontinenten in der Konkurrenz gegenüber . . . äh zustatten gekommen sind, genauso wird das natürlich auch beim europäischen Kontinent der Fall sein. Auch das zweite Deutsche Reich, das Deutsche Kaiserreich, Bismarcks Gründung, ist nicht zusammengeschlossen worden aufgrund einer gütlichen Vereinbarung zwischen Preußen und Bayern und Hessen und Württemberg und Schaumburg-Lippe und Schaumb . . . äh Lippe-Bückeburg. Ganz im Gegenteil, es hat auch hier außerordentlich blutige Kämpfe als Voraussetzung gegeben. Bismarck mußte schließlich zu drei großen und entscheidenden Kriegen, zu sogenannten Bruderkriegen antreten, um die hegemoniale Stellung Preußens innerhalb des deutschen, damals des norddeutschen Reichverbandes sicherzustellen. Was wir nun heute vollziehen ist nicht nur lediglich ein nationaler, sondern ein kontinentaler Zusammenschluß. Die moderne technische Entwicklung hat die Grenzen zwischen den Nationen mehr und mehr ins Verschwimmen gebracht. Wenn man heute mit dem Flugzeug eine Strecke vom äußersten Norden in Europa bis in den äußersten Süden immerhin im Verlaufe eines einzigen Tages durchqueren kann, so erhellt daraus, daß diese kontinentale Gründung das Gebot der Stunde ist. Die technische Entwicklung hat die nationalen Gründungen zum großen Teil, wenigstens auf bestimmten Gebieten, überholt; und es handelt sich nun darum, eine hegemoniale Macht innerhalb des europäischen Kontinentalgebildes durchzusetzen, die nun die Kraft, die Autorität und die Macht besitzt, die Führung zu übernehmen. Ein solcher kontinentaler Zusammenschluß würde natürlich für Europa eine ungeheure Kraftzufuhr bedeuten und würde damit unseren alten, ehrwürdigen Erdteil überhaupt erst in die Lage versetzen, sich anderen zusammengeschlossenen großen, kontinentalen Gebilden gegenüber zu behaupten.

Es ist nun als Folge des Ersten Weltkrieges eine gewisse Duplizität der Ereignisse insofern zu verzeichnen, als in den beiden größten Mächten, wenigstens volksmäßig gesehen, des europäischen Kontinents, nämlich in Deutschland und in Rußland, auf dem Wege über eine Revolution gewissermaßen, eine politische Voraussetzung, eine machtmäßige Voraussetzung vielmehr dieses kontinentalen Zusammenschlusses geschaffen worden ist, und zwar in der Form des Nationalsozialismus und des Bolschewismus. Es ist deshalb auch logisch und unabwendbar, ob wir das wollen oder nicht, oder ob wir uns einer solchen geschichtlichen Alternative zu entziehen versuchen oder nicht, es ist unabwendbar, daß genauso wie in Deutschland eine Entscheidung ge-

<sup>6</sup> Anspielung auf die Sachsenpolitik Karls des Großen, über die unter den nationalsozialistischen Politikern unterschiedliche Auffassungen bestanden.



fällt werden mußte, wer das Reich zu führen habe, der Kommunismus oder der Nationalsozialismus, genauso nun innerhalb des europäischen Kontinents die Frage geklärt werden muß, wer hat Europa zu führen: das bolschewistische Rußland oder das nationalsozialistische Deutschland? Jeder, der nur flüchtig eine Kenntnis von den inneren Zusammenhängen der europäischen Geschichte besitzt, weiß, daß äh... eine Führung Europas durch das bolschewistische Rußland eine Verlagerung des europäischen Schwergewichtes in einen Teil Asiens bedeuten würde. Jedermann weiß aber auch, daß eine Führung des europäischen Kontinents durch das nationalsozialistische Deutschland Europa wieder seinen typischen Charakter zurückgeben würde, d.h. Europa würde wieder ein europäischer Kontinent. Wenn ich von dieser großen Perspektive aus das ganze militärische und politische Geschehen dieses Krieges unter die prüfende Lupe nehme, so werde ich mit einer ganz anderen Einstellung den täglich wechselnden Beschwerden und Gefahren des Krieges gegenüberzutreten. Wie ich es überhaupt für notwendig halte, daß die Männer, die die Verantwortung tragen, hin und wieder den Versuch machen, sich gänzlich vom Tage zu absentieren und den Krieg aus einer gewissen Entfernung zu betrachten. Um es an einem Beispiel klarzumachen: Wir müssen ständig versuchen, hin und wieder einmal den Krieg so zu sehen, wie wir wünschen, daß er später von der Geschichte dargestellt wird. Denn es ist ganz natürlich und auch unvermeidlich, daß wir dem Krieg gegenüber als Tagesmenschen eingestellt sind; denn er tritt ja jeden Tag in einer neuen Form, in einer neuen Problematik an uns heran. Jeden Tag sehen wir neue Beschwerden, die er mit sich heraufführt, neue Sorgen, neue Belastungen, neue Engpässe; und jeden Tag wird das Übermaß der Sorgen stärker. Es ist nun nicht mehr als natürlich, daß die Menschen, die einerseits nun damit beauftragt sind, diesen Krieg zu einem erfolgreichen Ergebnis zu führen, andererseits auch weil sie die Verantwortung dafür tragen, nun mit den ständig wechselnden Tagessorgen des Krieges Bekanntschaft schließen müssen. Menschen, die nun dazu nicht die innere Reife mitbringen, d.h. die – ich möchte fast sagen – nicht in Krisen großgeworden sind, sind deshalb leicht geneigt, auch in diesen Zusammenhängen Ursache mit Wirkung zu verwechseln, d.h. sie werden hin und wieder der Versuchung verfallen, die tagesbedingten Sorgen über die geschichtlichen Perspektiven zu stellen und den Krieg nicht so zu betrachten, wie wir ihm etwa in hundert Jahren betrachtet sehen wünschen, sondern den Krieg so zu betrachten wie der Durchschnittsmensch von heute ihn sieht. Denn daß der Krieg kein allgemeines Vergnügen bereitet, weder für die Führenden noch für die Geführten, das dürfte sich im Verlaufe seiner vier Jahre allmählich herumgesprochen haben<sup>7</sup>. Daß er Schwierigkeiten mit sich bringt, liegt in seiner inneren Natur. Jede große kämpferische Auseinandersetzung, ob es sich nun auf politischem oder militärischem oder sogar auf sportlichem Gebiet abspielt, ist eine Auseinandersetzung zwar der physischen Kraft, andererseits aber auch der Nerven. Und es gibt gewisse Situationen, gewisse Entwicklungsphasen in einem solchen Ablauf, die viel mehr Ansprüche stellen an den Nervenvorrat der daran beteiligten Menschen bzw. Völker als an den physischen Kraftvorrat. Es ist deshalb nicht ausschlaggebend, daß wir immer und immer wieder dafür Sorge tragen, daß unser physischer Kräftevorrat in Takt bleibt, sondern es ist ebenso ausschlaggebend, daß wir dafür Sorge tragen, daß der nervliche Kräftevorrat den außerordentlichen physischen Belastungen dieses gewaltigen militärischen Dramas gewachsen ist.

Wie gesagt, es ist deshalb notwendig, hin und wieder zum Bilde einen gewissen Abstand zu nehmen, vom Bilde zurückzutreten um einige Schritte, um dann aus einer bestimmten Entfernung heraus das Bild wieder einmal in der gesamten Konzeption

<sup>7</sup> Bekanntlich war Goebbels von jeher dagegen gewesen, den Krieg auf die leichte Schulter zu nehmen; idyllische Frontberichte in der Presse hatte er stets kritisiert.

zu betrachten. Ich möchte es an einem Beispiel insofern erläutern – etwa: Ein Maler malt ein großes, ihm in Auftrag gegebenes Monumentalgemälde. Der Entwurf ist gut, phantastisch gesehen, großartig in der Konzeption und in der ideellen Gestaltung. Das genügt aber nicht. Er muß nun versuchen, diese Konzeption Strich um Strich und Farbe um Farbe in die Wirklichkeit zu übersetzen<sup>8</sup>. Hier ist eigentlich die Schwierigkeit. Es genügt also nicht, daß ein Genie nur die Konzeption entwirft, sondern die Konzeption muß nun von ihm bzw. von seinen Gesellen, von seinen Schülern, in die Wirklichkeit überführt werden. Es ist selbstverständlich, daß er nun nicht ständig dieses Bild aus einer Entfernung malen kann, die ihm einen Überblick über die ganze Konzeption des Bildes gestattet, sondern er muß an das Bild herantreten; er muß nun den Kampf mit der Leinwand, mit der Farbe, mit dem Pinsel, mit der Sprödigkeit des Materials aufnehmen. Und es wird möglich sein, daß er hin und wieder im Ablauf nun seines Werkes feststellt, daß ihm diese oder jene Partie am Bild nicht gelingt. Je weniger ihm nun diese oder jene Partie zu gelingen scheint, um so mehr wird er versucht sein, überhaupt das Vertrauen zur Gesamtkonzeption zu verlieren; das heißt, wenn er sich tage- oder wochenlang abmüht, eine bestimmte Hand oder einen Faltenwurf zu malen, und er stellt fest, daß ihm das nicht gelingen will, dann kommt manchmal eben die Versuchung heran, das ganze Bild sei verfehlt, er werde seiner nicht Herr werden. Wir kennen aus der ganzen Kunstgeschichte, vor allem bei ganz großen Genies solche Zeiten innerer Versuchungen. Daß der geniale Maler nun plötzlich glaubt, seine schöpferische Kraft beginne zu versagen, er werde der Sache nicht mehr Herr, die Konzeption sei zwar gut gewesen, aber es reiche bei ihm nicht an der manuellen Fähigkeit aus, die Konzeption nun Stück für Stück und Partie um Partie in die Wirklichkeit zu übersetzen. In solchen Situationen ist es in Künstlerkreisen allgemein Mode, etwas vom Bild zurückzutreten und das Bild aus einer Entfernung zu betrachten und dann auch die Relativität des Gegenstandes oder der Partie, an der man eben beschäftigt ist, im Zusammenhang mit dem Gesamtbild zu erkennen. So ist es auch beim Kriege. Beim Kriege gibt es selbstverständlich Partien, bei denen der eine . . . oder der andere der eine oder andere glaubt, er werde deren nicht mehr Herr werden. Vor allem dann, wenn diese Partien nun bestimmten Kreisen oder bestimmten Menschen oder bestimmten Klassen anvertraut werden müssen, die keine Übung besitzen in der Auseinandersetzung mit den ständig nun an den Menschen oder an die Klasse oder an den Volksteil herantretenden inneren Versuchungen.

Wir haben nun in der ganzen psychologischen Anlage dieses Krieges insofern einen außerordentlichen Nachteil zu verbuchen, als wir – was natürlich strategisch gesehen ein außerordentlicher Vorteil wieder ist, aber ich spreche ja vom Psychologischen –, daß wir die Siege, die wir eigentlich zweckmäßigerweise auf den ganzen Krieg hätten verteilen müssen, in der ersten Hälfte des Krieges errungen haben. Das ändert an den Siegen effektiv natürlich gar nichts, denn der Besitz von Frankreich ist der Besitz von Frankreich, und der Besitz von Norwegen ist der Besitz von Norwegen. Ob man diese beiden Länder in Besitz genommen hat im Jahre 1940 oder im Jahre 1943 ist vollkommen gleichgültig. Im Gegenteil, die vorhergehende Besitzergreifung ist für die Gesamtkriegführung gesehen materiell natürlich ein ungeheurer Vorteil. Trotz-

<sup>8</sup> Kann der Maler seinen Entwurf überhaupt noch realisieren, wenn ihm bereits Teile der Leinwand entrissen wurden, der Rest ständiger Bedrohung ausgesetzt ist und die Konkurrenz mit wachsendem Erfolg Farben und Pinsel verdirbt? – Der nicht recht gelungene Vergleich der allgemeinen Lage mit den Problemen des „ringenden Künstlers“ dürfte Goebbels anlässlich des Empfanges der Münchner Maler, von dem v. Oven, a. a. O., S. 63, berichtet, eingeleitet sein.

dem aber haben wir selbst und hat sich auch die ganze Weltmeinung aufgrund dieser sogenannten Blitzsieg, – Sie werden jetzt verstehen, warum ich in der deutschen Propaganda das Wort „Blitzsieg“ nach Möglichkeit vermieden habe; weil ich darin eine ungeheure psychologische Gefahr schon von vornherein sah<sup>9</sup> – ich sage, aufgrund dieser sogenannten Blitzsieg hat sich sowohl in Teilen der deutschen Wehrmacht als auch in Teilen der deutschen Führung, vor allem aber in Teilen der öffentlichen Meinung unseres eigenen Volkes und auch der allgemeinen Weltmeinung der Eindruck durchgesetzt, daß die deutsche Kriegführung eine Belastung überhaupt nicht mit ihrer ver . . . äh Ehre vereinbaren könne, daß eine Belastung schon eine Gefahr und schon eine Krise darstelle, so daß wir schon für Vorgänge auf dem militärischen Sektor heute das Wort Krise anzuwenden pflegen, die diesen Begriff gar nicht verdienen. Denn eine echte Krise in dem Sinne, als sie die Nation vor die letzte Entscheidung zwischen Leben und Tod stellt, eine solche Krise haben wir im Verlaufe dieses Krieges nur zwei- oder dreimal erlebt. Das andere, was wir als Rückläufigkeit zu bezeichnen haben, sind mehr oder weniger Randerscheinungen, periphere Erscheinungen, die zwar sehr bedauerlich sind, die aber am gesamten Kräftebild nichts Wesentliches ändern. Am gesamten Kräftebild hat sich natürlich geändert, daß wir im vorigen Winter gezwungen waren, einen großen Teil des von uns besetzten Ostraumes wieder zu räumen. Am gesamten Kräftebild hat sich geändert, daß wir Nordafrika verloren haben<sup>10</sup>. Am gesamten Kräftebild hat sich aber sonst Wesentliches nichts [sic] geändert. Im Gegenteil, das Kräftebild ist in seinen Grundzügen dasselbe geblieben, nur daß es heute schwereren Belastungen ausgesetzt ist. Aber es ist ja auch natürlich, daß, je länger nun eine so dramatische Auseinandersetzung anhält, daß um so größer die Belastungen werden. Das ist kein Beweis für die Rettung beispielsweise eines kranken Menschen, äh . . . daß er sich noch drei Tage vor der Krise befindet, sondern die Entscheidung fällt immer in der Krise selbst.

Es ist nun das Wesen der Krise, daß sowohl der kranke Mensch als auch ein von einer ungeheuren Belastung angefallenes Volk in der Krise sich genauso viele Schritte vom Leben wie vom Tode entfernt. Das heißt, es hat nun die Wahl entweder den Schritt zu lenken auf das Leben hin oder den Schritt zu lenken auf den Tod hin. Und meistens ist das ebensosehr eine Frage des Willens, als eine Frage der noch zur Verfügung stehenden Körperkräfte. Sie alle wissen, daß, wenn ein Mensch einmal aufgrund einer schweren Krankheit eine große innere physische Krise durchmacht, sagen wir aufgrund einer Lungen- oder Rippenfellentzündung, daß der Arzt sagt: Ich kann jetzt noch nichts sagen; die Krise kommt übermorgen. Zwei Tage vor der Krise befindet sich der Mensch meistens in einer viel besseren gesundheitlichen Verfassung als in der Krise selbst. Das beweist aber nicht, daß er nun zwei Tage vor der Krise dem Leben näher steht als in der Krise selbst, sondern die Krise ist entscheidend, d.h. je mehr sich nun die Krankheit ihrem dramatischen Höhepunkt nähert, um so größer wird die körperliche und auch die seelische Belastung. Es wird sich nun im Verlauf ganz weniger Stunden entscheiden, ob der Mensch der Krise physisch und seelisch gewachsen ist oder nicht, und zwar werden da nun mitsprechen jene Kräfte-reservoirs physischer und seelischer Art, die er sich in der vorhergehenden Zeit an-

<sup>9</sup> Wie er überhaupt jede Verharmlosung des Krieges (Frontidyllen) für psychologisch bedenklich hielt und seine Propaganda darauf abstellte, dem Volk den Ernst der Lage klarzumachen.

<sup>10</sup> In seinen Tagebuchnotizen bedauert Goebbels wiederholt, daß man die Ereignisse in Nordafrika (Kapitulation der deutschen Heeresgruppe in Tunis am 13. 5. 43) stillschweigend übergangen habe. Schließlich äußerte er sich Ende Mai in einem Leitartikel („Mit souveräner Ruhe“, vgl. Das Reich vom 23. 5. 43) selbst zum Thema.

gesammelt hat. Die spielen dann die entscheidende Rolle. Und manchmal ist es in solchen Augenblicken auch dann gut, den Kranken – ich möchte fast sagen – in eine seelische Knetung zu nehmen. Es gibt Ärzte, die das nicht verstehen; es gibt Ärzte, die das meisterhaft verstehen. Manchmal verdankt ein Kranker sein Leben überhaupt einer Krankenschwester, die in der entscheidenden Stunde ihm zuredet: Verlier den Mut nicht, du wirst das überwinden. Sicherlich wirst du darüber hinwegkommen; das sind jetzt Fieberschauer, die gehen vorüber. Sie werden jetzt eine Nacht gut schlafen, und morgen früh ist alles vorbei.

Es wäre natürlich sehr töricht, wenn ein Arzt dem Kranken nun das Ausmaß seiner inneren Krise klarmacht, ihn ständig nun belastet mit . . . mit Unkenrufen und mit Verdächtigungen, daß er einer solchen inneren Belastung nicht gewachsen wäre. Genauso ist das auch bei einem Volk. Es soll niemand glauben, daß wir am 9. November 1918 kapitulieren mußten. Es erweist sich ja heute immer mehr, daß die Belastungen, die wir heute zeitweilig erlebt haben und auch überstanden haben, daß diese Belastungen ungleich viel schwerer waren als die, die wir im November 1918 erleben mußten. Wir sind im November 1918 zwar einer sehr ernsten Belastung an der Front ausgesetzt gewesen. Wir durchschritten damals auch ein Tief unserer Ernährungssituation, aber das reichte durchaus nicht zu einer Kapitulation aus. Wie wenig das zu einer Kapitulation ausreichte, kann man ja daran ersehen, daß der Feind eine solche Kapitulation niemals für möglich gehalten hätte. Es gibt auch in der ganzen Geschichte kein Beispiel, daß ein Volk so tief im Feindesland steht und dann seine Kapitulation anmeldet. Es hat eben damals, um beim Beispiel zu bleiben, jener Arzt oder jene Krankenschwester gefehlt, die dem deutschen Volke auf dem Höhepunkte der Krise und immer und immer wieder den Rücken gestärkt hat, eine seelische Kraft verabreichte, die dem deutschen Volk die Überzeugung beibrachte: Ich stehe nicht am Ende, ich will so nicht kapitulieren, ich werde das überwinden. Das ist eine Krise, die ist überwindbar. Wenn ich jetzt zwei, drei Monate die Nerven behalte, wenn die neue Ernte wieder da ist, wird sich die ganze Ernährungssituation ändern, und wir stehen wieder da, wie wir vorher dastanden. Es hat sich ja auch nach dem Kriege herausgestellt, daß auch die Feindseite gleichen Belastungen, vielleicht sogar schwereren Belastungen ausgesetzt war, nur mit dem Unterschied, daß sie eine weitsichtige, nur politisch denkende Führung besaß, die – die Feindseite – immer und immer wieder über diese inneren Belastungen hinweghalf.

Wir erleben das ja auch jetzt in diesem Kriege. Auch die Sowjetunion hat derartig außerordentlich schwierige Lagen mitgemacht. Nur, daß an der Spitze der Sowjetunion eine kleine Clique von sehr energischen, um nicht zu sagen brutalen Führungsfiguren steht, die die innere Kraft besitzen, nun das Volk über solche kritischen Momente hinwegzubringen. Auch England hat solche kritischen Punkte erlebt. Wir vernahmen ja vorgestern noch im englischen Unterhaus von seiten des Parlamentssekretärs der Admiralität, daß England in diesem Kriege zweimal haarscharf an der Vernichtung aufgrund unseres U-Boot-Krieges stand<sup>11</sup>. England hat das natürlich

<sup>11</sup> Sir Arthur Salter war Parlamentar. Staatssekretär im Ministerium für Kriegstransport, er gehörte nicht – wie Goebbels irrtümlich annahm – der Admiralität an. – Auf der Unterhaus-sitzung am 14. 7. 43 machte er – der Times zufolge – u. a. folgende Ausführungen: „Regarding United States production during the last three years, there were two periods in this country when the shipping situation was so serious as to threaten the whole issue of the war, and twice the balance had been restored. The first crisis was in the spring of 1941, and it was in March of that year that he went to Washington. Our imports had fallen to half their pre-war rate, and were falling rapidly. We were losing several times as much shipping as we were building. Bad as the situation was for the moment the prospect was much worse. Our stocks were dan-



dem englischen Volk mit ... äh, die englische Regierung hat das dem englischen Volk nicht mitgeteilt; die teilt das nämlich erst mit, wenn es vorbei ist. Wie man ja auch einem Kranken nicht zu sagen pflegt, wie krank er ist, sondern höchstens, wenn er wieder gesund ist, wie krank er war.

Wir müssen also auch in dem Sinne die ganze geistige Führung des Krieges unter ganz anderen Perspektiven als denen der sogenannten Wahrheitsliebe<sup>12</sup> sehen. Auch die Nachrichtenpolitik ist natürlich den Geboten der Zweckmäßigkeit unterworfen, und es handelt sich auch hier darum, zu bestimmen, was ist im Augenblick das günstige, das erfolgversprechende? Denn die reine klare Wahrheit über den Krieg kann ja heute überhaupt niemand feststellen, weil niemand in der Lage ist, in die Kriegsmaschinerie beider Teile hineinzuschauen. Die reine Wahrheit werden wir erst nach dem Krieg und wahrscheinlich einige Jahrzehnte nach dem Kriege erfahren. Wir müssen also jetzt versuchen, mit der Zweckmäßigkeit weiterzukommen, und es ist nun einmal so, daß die Führenden, seien es nun Führende auf dem militärischen oder sei es ... oder seien es Führende auf dem wirtschaftlichen oder politischen Sektor, mehr wissen, als die breiten Massen.

Das ist ja nun aber das Charakteristikum der Führung und ist es ja auch im anderen Leben. Die breiten Massen, die, sagen wir, auf der Tribüne der Avus einem großen internationalen Automobilrennen zuschauen, wissen gar nicht, welchen außerordentlichen Belastungen im einzelnen der Motor unterworfen ist. Sie sehen nur alle fünf Minuten ein glitzerndes, silbern schimmerndes Wunderwerk. Der Ingenieur weiß es, die Herren an der Tankstelle, die wissen es; die schauen dem Rennen mit einem ganz anderen als einem sportlichen Interesse zu. Bei denen klopft das Herz; sie wissen ganz genau: Ich weiß, daß jetzt die Zuleitungsrohre oder daß die Pneus oder daß die Kerzen einer ungeheuren Belastung unterworfen sind. Hoffentlich halten sie bis zum

gerously low and falling rapidly. It was quite clear we were not only in grave danger but in fairly imminent danger either of famine and closing down factories for want of raw materials or of being unable to supply and enlarge our armies in the Middle East and elsewhere. There was only one place from which adequate help could have come – the United States of America. Great help was given, and our first anxiety was relieved. In 1942 we had the ships we needed, and the prospect of many more. The grave crisis found a real solution. – There was, however, another period when Japan entered the war and America was at one time losing more ships than she was building. Her shipbuilding programme was greatly increased.“

Die durch deutsche U-Boote erzielten Schiffsraumverluste der Alliierten und Neutralen betrugen in den Monaten:

März 41	243 622 BRT
April 41	260 414 BRT
Mai 41	349 620 BRT
Juni 41	305 734 BRT

Im Juli hingegen sank die Ziffer auf 61 471 BRT infolge wirksamer taktischer Veränderungen im britischen Transportsystem; um möglichst lange unter dem Abwehrschutz der auf Island stationierten RAF-Einheiten fahren zu können, wurden die Routen weit nach Norden verschoben, dieselben außerdem im mittleren Nordatlantik stark auseinandergezogen. Hinzu kam, daß einige Schiffe der Konvois mit den ersten Radargeräten ausgerüstet waren. – Die zweite kritische Phase für die britische Rüstung war entstanden, nachdem die USA, durch hohe Verluste geschwächt, die Schiffslieferungen an England im Hinblick auf ihre Kriegsführung im Pazifik, einschränken mußten. (Vgl. dazu Jürgen Rohwer, Der U-Bootkrieg und sein Zusammenbruch. In: Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1960, S. 336 ff.)

<sup>12</sup> Vgl. dazu v. Oven, a. a. O., S. 32.



nächsten Tanken aus. – Und wenn man die Haube aufschlägt, dann sieht der Wagen auch ganz anders aus, als wenn man ihn an sich vorbeifahren sieht. So ist es auch mit einer Kriegsmaschinerie! Die breiten Massen des Publikums sitzen sozusagen auf den Tribünen und schauen zu. Sie sehen die ganze Kriegsmaschinerie wie ein Räderwerk an sich vorbeitrollen. Diejenigen aber, die nun, sei es als Tanker oder Ingenieur oder Konstrukteure oder Fahrer, an der Führung dieses technischen Wunderwerkes mitbeteiligt sind, die wissen viel mehr und kennen deshalb auch viel mehr ... sehen deshalb auch viel klarer, die außerordentlichen Belastungen und damit auch die außerordentlichen Gefahrenmöglichkeiten, denen im einzelnen nun die ganze Kriegsführung unterworfen ist.

Hätten wir nun, wie ich schon eben betonte, unsere großen geschichtlichen Siege, die gewissermaßen die Voraussetzung unseres endgültigen Sieges darstellen, im Verlaufe der vier Jahre richtig verteilt, d.h. hätten wir im ersten Jahr Polen niedergeworfen und im zweiten Jahr, sagen wir, den Norden und im dritten Jahre Frankreich und im vierten Jahre den Südosten und ständen jetzt vor der Niederwerfung Rußlands und würden etwa in diesem Win ... in diesem Sommer die räumlichen Erfolge erringen, die wir jetzt zu verteidigen haben, so wüßte jedermann: diese Kriegsführung ist ganz souverän ...<sup>13</sup> großzügige Weitsicht ...<sup>13</sup> Es ist aber nun, wie ich schon betonte, ein außerordentlicher Vorteil für unsere Kriegsführung, daß wir diese Erfolge im Verlaufe von drei Jahren hatten. Jeder materielle Vorteil ist aber, wie gesagt, ein psychologischer Nachteil, denn wir haben, ich möchte fast sagen, unser strategisches Gebäude so hoch in die Wolken hineingebaut, daß es nun in den obersten Etagen ständigen Schwankungen ausgesetzt ist. Um das an einem Beispiel zu erklären: wenn ich ein einstöckiges Haus baue, so wird es vom Wind nicht angegriffen werden. Es wird nicht wackeln, weil der Wind keine Angriffsfläche hat. Wenn ich einen Wolkenkratzer von 145 Etagen baue, so werde ich immer feststellen müssen, daß die oberste Etage ständig hin- und herschwankt, das heißt, daß sie ständigen Schwankungen ausgesetzt ist. Der Wolkenkratzer stürzt deshalb nicht ein, aber er schwankt.

Wir hätten natürlich auch die Möglichkeit gehabt, eine bescheidenere, eine sparsamere, eine zurückhaltendere, um nicht zu sagen kleinbürgerlichere Kriegsführung zu betreiben, insofern als wir uns damals etwa auf den Standpunkt stellten: Ziel dieses Krieges ist, Danzig zurückzugewinnen und einen Korridor durch den Korridor zu garantieren. Den hätten wir selbstverständlich in kürzester Frist erhalten. Und daraufhin hätten wir uns sagen können: Jetzt begeben wir uns in die Defensive; wir haben alles das erreicht, was wir wollen. Dann wären wir natürlich den außerordentlichen Belastungen, denen wir heute ausgesetzt sind, nicht ausgesetzt, denn unsere Kräfte würden vollkommen ausreichen, diese Grenzen zu verteidigen. Wir wären auch nicht in die Notwendigkeit versetzt, den Luftkrieg über uns widerspruchslos – vorläufig wenigstens – über uns ergehen zu lassen<sup>14</sup>, weil wir wahrscheinlich Luftgeschwader genügend zur Verfügung hätten, um England die entsprechende Antwort zu geben.

Jetzt aber haben wir den Krieg in einer großzügigeren Planung angelegt, und damit sind wir auch den Gefahren der großzügigeren Planung ausgesetzt. Das ist genauso wie ein Spieler. Wenn ich in Monte Carlo in den Spielsaal gehe und zwanzig Mark einsetze, so kann ich natürlich keine großen Herzbeklemmungen erleben; denn zwanzig Mark kann ich verschmerzen. Wenn ich aber einsetze und um mein Vermögen, ja,

<sup>13</sup> Lücke im Tondokument.

<sup>14</sup> Hier wie auch in seinen Tagebuchaufzeichnungen wird offenkundig, daß Goebbels mit einer Änderung der Luftkriegslage in absehbarer Zeit nicht rechnete.

um meine Existenz würfle, dann muß ich auch die daraus entspringenden seelischen Konsequenzen auf mich nehmen. Ich darf das eine nicht und das andere dabei äh . . . überwinden oder vermeiden wollen. Eins oder das andere! Entweder führe ich den Krieg wie ein Spießbürger, dann bin ich auch den großen geschichtlichen Sorgen enthoben, oder aber ich führe den Krieg nach großzügigen Gesichtspunkten<sup>15</sup> und gehe darauf aus, Siege von Format, wie Schlieffen<sup>15a</sup> einmal sagte, zu erringen, und dann muß ich natürlich auch gegenwärtig sein, daß die Erringung solcher Siege ständigen Gefahren, ständigen Belastungen ausgesetzt ist, daß man in einer gewissen Phase des Krieges sich dann gezwungen sieht, nun mit Zähnen und Klauen das zu verteidigen, was man erobert hat. Wenn man sagt: Ja, wir machen aber jetzt keine weiteren Eroberungen. So kann ich nur sagen: Wenn es uns gelänge, bis zum Ende des Krieges das zu halten, was wir jetzt . . .<sup>16</sup>, dann wäre das der monumentalste geschichtliche Sieg, der je in der deutschen Geschichte . . . wurde. Wenn wir das behielten, was wir heute militärisch beherrschen, wären wir ja praktisch die Herren des europäischen Kontinents. Das heißt, das was wir<sup>17</sup> . . . im September 1939 überhaupt nicht zu träumen wagten, das besitzen wir jetzt, und das müssen wir verteidigen. Deshalb sind wir selbstverständlich außerordentlichen Belastungen und auch außerordentlichen Versuchungen unterworfen. Die Faustpfänder des Sieges, die sind uns verhältnismäßig leicht in die Hand gespielt worden; die Verteidigung, die erfordert nun von uns alle die inneren Kraftanstrengungen, zu denen wir zum Teil während der Eroberung dieser Faustpfänder oder während der Inbesitznahme dieser Faustpfänder nicht gezwungen waren.

Ich möchte deshalb die Herren eindringlich davor warnen, bei solchen militärischen Auseinandersetzungen, die ständig hin und her wogen oder ständig hin und her wogen müssen, aufgrund ihres inneren dynamischen Gesetzes, allzu leichtfertig das Wort von der Krise zu benutzen. Unter einer militärischen Krise versteht man im echten Sinn und auch nach dem Gebrauch, den unsere großen Militärschriftsteller von diesem Wort gemacht haben, eine Be . . . eine militärische Belastung, in der die kriegführende Nation vor die letzte Entscheidung über Sein oder Nichtsein gestellt wird. Das heißt also, wenn in der Schlacht bei Königgrätz eine Krise eintrat, die selbst Bismarck in Verwirrung brachte und nur Moltke noch auf der Höhe der Situation fand, wenn in dieser Schlacht eine Krise stattfand, so will das nichts anderes besagen als: wenn diese Krise sich fortgesetzt hätte, so hätte sie zur Vernichtung, hätte sie zum Verlust der Schlacht und damit zur Vernichtung der preußischen Vorherrschaft über Deutschland geführt. Das ist eine Krise. Das heißt, eine Krise kann sich unter Umständen zwischen ganz wenigen Menschen abspielen. Es kommt gar nicht darauf an, ob dabei Millionen aufeinanderprallen. Krisen hat es im antiken Altertum zwischen einigen hundert Menschen gegeben; Krisen gibt es heute im Aufeinanderprallen von Millionen Menschen, die nun in riesigen Materialschlachten ihre Kräfte miteinander messen. Aber die Geschichte erweist auch, daß es noch niemals eine große militärische Auseinandersetzung gegeben hat, in der sich eine solche Belastung nicht gezeigt hatte, was ja auch Schlieffen einmal zu dem Wort veranlaßte, daß eine Schlacht ohne Krise keine Schlacht, sondern ein Gefecht sei. Das heißt, Schlieffen spricht mit einer gewissen Verachtung von einem Aufeinanderprallen militärischer Kräfte, die keine Belastungen mit sich äh . . . die keine Belastung bringt. Das ist keine Schlacht, das ist ein Gefecht.

Das gilt natürlich auch von einem Krieg. Wir kennen ja auch aus der Zeit Friedrichs des Großen einen Krieg, der eine solche Belastung nicht mit sich bringt, der unter

<sup>15</sup> Ganz ähnlich argumentiert die zeitgenössische Wirtschaftswerbung.

<sup>15a</sup> Goebbels spricht: Schlieffen.

dem Namen „Kartoffelkrieg“<sup>16</sup> in die Geschichte übergegangen ist; das heißt ein Krieg, der keine nationale Belastung für das alte friedrizianische Preußen mit sich brachte und damit das alte friedrizianische Preußen nicht auf die Feuerprobe stellte. Wenn ich nun, wie gesagt, das Wort Krise im echten Sinne bei der militärischen Auseinandersetzung dieses Krieges nur bei vereinzeltten Gelegenheiten anwenden darf, so möchte ich dabei doch betonen, daß selbst bei diesen einzelnen Gelegenheiten das Wort Krise im friedrizianischen Sinne auch nicht gebraucht werden kann. Denn Krisen, wie der große König sie erlebte, haben wir ja noch gar nicht gehabt; ganz abgesehen davon, wie der Anlaß dieses Krieges war und welcher Mächtekoalition er praktisch gegenüberstand. Wenn man heute sagt: Wir sind der Feindzahl nicht gewachsen, so dürfen wir ja nicht vergessen, daß Friedrich der Große zeitweilig mit dreieinhalb Millionen Preußen fünfundvierzig Millionen Europäern gegenüberstand, also einem Kräfteverhältnis, dem wir uns ja nie ausgesetzt gesehen haben, und daß er schließlich in der Schlacht von Kunersdorf seine Heeresmacht, seine effektive Heeresmacht von 48000 auf 4000 im Verlaufe von fünf Stunden herabsinken sah. Das ist eine Krise! Und zwar war das eine Krise, die ihn ja zur Aufgabe von Berlin zwang. Er konnte damals das Leben Preußens überhaupt nur retten, weil der Feind zögerte. Hätte der Feind zugeschlagen, wäre er verloren gewesen, das heißt eine echte Krise im friedrizianischen Sinne ist nur dann gegeben, wenn wir gewissermaßen nur durch ein Wunder oder durch eine höhere Schicksalsfügung überhaupt noch ein Entrinnen aus der Gefahr, aus der tödlichen Gefahr, möglich gemacht werden kann [sic!]

Es wird niemand sagen, daß wir irgendwo im Kriege einmal durch ein Wunder gerettet worden sind, sondern wir sind schlechterdings immer durch den Einsatz unserer noch uns zur Verfügung stehenden Kräfte gerettet worden, durch einen sinnvollen Einsatz dieser Kräfte; aber durch ein Wunder wurden wir nicht gerettet. Das heißt, eine Krise in dem Sinne, daß wir einfach vor Sein oder Nichtsein standen und daß im Verlauf von einigen Stunden sich überhaupt das geschichtliche Schicksal der Nation entschied, eine solche Krise haben wir noch nicht erlebt. Aber wir sind in diesem Kriege durch außerordentlich schwere politische und militärische Belastungen hindurchgegangen. Wir haben diese Belastungen überwunden und haben damit gewissermaßen den Zoll für unsere großen geschichtlichen Hoffnungen und Zielsetzungen entrichten müssen.

Ähnliche Situationen und Stationen hat ja auch der Nationalsozialismus vor seiner Machtübernahme überwunden. Es ist ein grober Irrtum zu glauben, daß der Nationalsozialismus am schwächsten oder am anfälligsten war, als er nur zwölf Mandate im Reichstag besaß, sondern er war am schwächsten, am anfälligsten, als er 230 Mandate besaß. Die Krisen, die wir im Jahre 1925, 26, 27<sup>17</sup> erlebten, die gewissermaßen nur – ich möchte fast sagen – eine Familienauseinandersetzung darstellten, von der breiteren Öffentlichkeit überhaupt nicht bemerkt wurden, die waren nicht so tödlich wie die Krise vom November, Dezember 1932. Damals waren wir so groß, daß eben eine kritische Belastung der Partei sie einfach vor die Frage des inneren Auseinanderbrechens stellte. Das heißt, je näher wir an die Macht kamen, umso kritischer waren die Belastungen, denen wir ausgesetzt wurden, genauso wie der Mensch, je mehr er an den Punkt der Gesundung kommt oder des Wiederaufflackerns der physischen und nervlichen Widerstandskräfte, um so größer ist seine Gefahr, in den Tod zu gleiten. Das nennt man nämlich Krise. Wenn der Arzt nun sagt: Die Krise kommt über-

<sup>16</sup> Spottbezeichnung für den Bayerischen Erbfolgekrieg (1778/79), dessen strategische Unternehmungen vor allem der Beschaffung von Lebensmitteln galten.

<sup>17</sup> Die NSDAP hatte während dieser Zeit Mühe, „aus dem Schneider“ zu kommen; hier die Mitgliederzahlen für die genannten Jahre: 27 117; 49 525; 72 590.

morgen, dann heißt das auf gut Deutsch: Übermorgen wird der Kranke sich entscheiden müssen, ob er leben oder sterben will.

Es soll also deshalb niemand glauben, daß die augenblicklichen kritischen Belastungen, die wir durchleben, etwas Abnormes darstellen. Sie sind ganz natürlich oder unvermeidlich. Es sollte niemand glauben, daß die nun allmählich abflauen, daß der Krieg in seinem letzten Stadium nun eine mehr beruhigte Entwicklung einnimmt. Sondern je mehr er seinem Höhepunkt und seiner Entscheidung zuzustrebt, um so dramatischer werden nun seine einzelnen Entwicklungsphasen, genauso wie bei einem Drama auf der Bühne: während die ersten zwei Akte noch verhältnismäßig harmlos und ohne innere Erregung vor sich gehen, wird der gute Dramatiker dafür sorgen – der liebe Gott oder die Göttin der Geschichte, das sind eben gute Dramatiker, die verstehen etwas vom Handwerk –, die werden eben dafür sorgen, daß sich nun dramatische Spannungen in den letzten Akt hineinballen, so daß die letzten fünf Minuten – ja, schon damit der Zuschauer nicht das Interesse verliert, damit die . . . die unmittelbare Aufmerksamkeit nicht erlahmt – das heißt, hier werden sich nun die dramatischen Ballungen konzentrieren und im letzten Augenblick, wenn's gerade vor der Entscheidung steht, dann werden meistens diejenigen, die zum Sieg erkoren sind, sich innerlich sagen: Es hat keinen Zweck mehr.

Wir brauchen uns solcher gelegentlichen Versuchungen gar nicht zu schämen, denn sie sind überall in der Geschichte dagewesen. Sie brauchen nur den Briefwechsel Friedrichs des Großen aus den kritischen Perioden des Siebenjährigen Krieges nachzulesen, und Sie werden hier feststellen, daß er mehr als oft an seine Freunde und an seine Bekannten oder an seinen Minister geschrieben hat: Ich halte die Sache für vollkommen verloren. – Ja, daß er äh . . . seine Pflöcke . . . Giftphiole in der Tasche hin- und hergewälzt hat, in Versuchung, sie auszutrinken. Wie oft hat Friedrich der Große den Satz gebraucht, er wolle sich unter den äh . . . Batterien seiner Artillerie begraben lassen. Er hat sogar einmal in einer kritischen Entwicklung nach Kunersdorf für zwei Tage den Oberbefehl niedergelegt: Ich kann's nicht mehr, ich bin am Ende. – Das heißt, die Belastungen waren so groß, daß er sich selbst nicht mehr die physische und nervliche Kraft zutraute, die Führung Preußens weiter beizubehalten. Trotzdem gilt er heute für unsere Begriffe als die größte königliche Erscheinung, die jemals auf einem Thron gesessen hat. Nicht deshalb, weil er immer siegte. Hätte Friedrich der Große immer nur gesiegt, so würde er nicht äh . . . würde er der Große, aber nicht der Einzige sein. Der Einzige ist er dadurch geworden, daß er es verstanden hat, mit allen Niederlagen, sie seien noch so grausamer Art, fertigzuwerden, sie überwand durch die Größe seines Charakters und die Monumentalität seiner seelischen Widerstandskraft<sup>18</sup>. Er hatte tatsächlich das, was er den Staatsmännern und Generalen anempfiehlt: Eingeweide aus Eisen und ein ehernes Herz – und hatte alle Empfindsamkeit von sich geworfen.

Es zeigt sich nun, daß, wie Nietzsche es einmal ausdrückt, eine Krise einen Menschen durch ihre Überwindung nicht schwächer, sondern stärker macht, was nämlich äh . . . auf den ersten Blick etwas absurd erscheinen mag. Wir können bei den meisten . . . bei Kranken feststellen, daß, wenn sie eine Krankheit überwunden haben, daß sie dann, wenigstens im Fonds, gesünder sind als vor der Krankheit; das heißt, sie haben mit der Krankheit eine ganze Reihe von Krankheitskeimen abgeworfen, die sonst immer, latent noch, den Körper belastigt hätten. Das ist auch bei einer militärischen oder politischen Krise. Ich betonte eben, daß das Beispiel Friedrichs des Großen für uns gar nicht anwendbar ist, weil wir in Demut in die Knie sinken müssen

<sup>18</sup> Der Redner stellt jene Eigenschaften Friedrichs II. heraus, die sich auch seine Zuhörer zu eigen machen sollten.



vor diesem heroischen Exempel, das wir uns gar nicht zu eigen machen dürfen. Die Belastungen, die das junge Preußen auf seinem Wege zur Großmacht durchzustehen hatte, sind so monumental, daß das, was wir Belastung nennen, überhaupt nicht damit verglichen werden kann.

Wenn wir nun heute geschichtlich nachprüfen: was ist eigentlich an Friedrich bewundernswert? So werden wir zu dem Ergebnis kommen: Es ist natürlich bewundernswert, daß er sich mit so geringen militärischen Kräften in ganz Europa zur Wehr setzen konnte, aber noch bewundernswerter ist, daß er in den kritischen Perioden, vor allem im Siebenjährigen Kriege, . . . äh die . . . äh die Eleganz und die Biegsamkeit und die Wachsamkeit besaß, immer mit den ihm vorhandenen . . . den bei ihm vorhandenen Kräften klug zu operieren, einmal hier zu schlagen, einmal da zu schlagen, auch einmal geschickt auszuweichen, unter Umständen sogar seine Hauptstadt preiszugeben, bloß um sich fit zu halten. Es gibt sogar Perioden im Verlaufe des Siebenjährigen Krieges, wo die Geschichtskritiker feststellen können: es gibt für ihn keine Rettung mehr. Wenn die Geschichtskritiker nicht wüßten, wie die Sache ausgegangen ist, so würde er [sic] bei dieser Periode feststellen müssen: Friedrichs Sache ist verloren.

Wenn ich nun diese ganze Argumentation auf unsere Gegenwart übernehme und wenn ich mir die Frage vorlege: Was liegt dem allen denn für ein geschichtlicher Sinn zugrunde? Wenn ich an eine höhere Fügung in der Geschichte glaube; wenn ich die Geschichte nicht von der rein materialistischen Seite aus auffasse, sondern wenn ich glaube – ob ich das nun Gott nenne oder Schicksal oder höhere Gewalt oder Weltenordnung und wie auch immer, das mag dabei unbetrachtet bleiben, – aber ich glaube, jedermann, der Geschichte vom geistigen Standpunkt aus zu betrachten pflegt, wird mit mir der Überzeugung sein, es wird irgendeine Kraft geben, die das lenkt. Denn sonst würde die Geschichte, so wie wir sie aus der Vergangenheit kennen, nicht einen so tiefen Sinn offenbaren. Es gibt keine sinnlose Geschichte, sondern . . . äh nur hat sie nicht . . . äh keinen Sinn im spießbürgerlichen Sinne. Nicht das spießbürgerlich Gute wird durch die Geschichte belohnt, und das spießbürgerlich Böse wird durch die Geschichte bestraft. Wir Deutschen sind allzu leicht geneigt, diese rein spießbürgerlich moralischen Grundsätze an die Politik anzulegen. Die sind natürlich nicht maßgebend. Aber es gibt eine höhere Moral der Geschichte, und zwar insofern, als die Kraft sich immer durchsetzen wird und die Schwäche immer überspielt wird.

Wenn ich nun von einem höheren Gesichtspunkt, sagen wir, um es primitiv auszudrücken, vom Standpunkte des lieben Gottes aus eine solche Frage betrachte, wenn ich von einem höheren Schicksal aus die Dinge beobachte und mir sage: Was würde jetzt der liebe Gott tun? Wenn der liebe Gott jetzt plötzlich vor die Frage gestellt wird: Wie soll Europa geordnet werden? Und er fällt nun seine Entscheidung nicht nach spießbürgerlich-moralischen Grundsätzen, wie ich eben schon betonte, sondern nach den Grundsätzen einer höheren Kraftentfaltung. So würde ich wenigstens als lieber Gott sagen: Ich bin mir noch nicht ganz klar darüber; ich muß beide Parteien noch einmal prüfen. Ich muß beide noch einmal außerordentlichen Belastungen aussetzen, und wer das am . . . äh am festesten bewältigt, der ist berufen, es am besten zu machen. Das heißt, auch vom höheren geschichtlichen Sinn . . . äh Standpunkt aus hat eine solche Prüfung kurz vor der Entscheidung schon ihren tiefen Sinn; sie ist nicht zwecklos und nicht sinnlos.

Es ist nicht so, als sei die außerordentliche Belastung, die Friedrich der Große in den verschiedenen Phasen des Siebenjährigen Krieges überwinden mußte, sinnlos gewesen, sondern dadurch ist Preußen geworden. Preußen hat damit den Weg zur Großmacht angetreten. Das waren die Kilometersteine auf dem Wege zur Groß-

macht. Schließlich und endlich mußte ja das junge, arrivistische – um nicht zu sagen – Parvenu-Preußen mußte ja das alte, traditionsgebundene und geschichtsumwittelte Österreich beseitigen. Das ... äh dadurch da hat's doch angefangen. Preußens Vormachtstellung im deutschen Reich ist ja deutlich im Siebenjährigen Krieg eigentlich fixiert worden, da wurde Preußen eine Großmacht. Das kleine Brandenburg wurde eine mit Österreich, besser gesagt mit Habsburg rivalisierende Großmacht. Das heißt, nur durch außerordentliche Belastungen konnte Preußen sich diesen inneren Rang erwerben. Und genauso müssen wir uns den erwerben, denn wir sind gewissermaßen auch im Rahmen der großen Geschehnisse und im Vergleich mit den anderen Mächten, mit denen wir zur Konkurrenz angetreten haben [sic], gewissermaßen ein Emporkömmling, nicht in der Volkssubstanz, aber in der Auswertung der Volkssubstanz. Wir haben es eben bisher nicht verstanden, die ungeheure Volkssubstanz, die uns zur Verfügung stand, politisch richtig einzusetzen.

Wir haben meistens unsere Kriege für herzlich nebensächliche Probleme geführt, etwa um die Frage, ob das Abendmahl in einfacher oder in zweifacher Gestalt gereicht werden soll, und das ist eben nicht ausreichend für große geschichtliche Auseinandersetzungen. Während die Engländer in derselben Zeit sich nun in ihrem Weltreich festsetzten und, ich möchte fast sagen, im Gegensatz zu uns, die wir nur politisierten, eine politische Macht wurden. Wenn ich also unter diesen Gesichtspunkten die Rückläufigkeiten auch dieses Krieges betrachte, so werde ich sie mit einem viel größeren philosophischen Gleichmut entgegennehmen. Ich werde sie als unabänderlich und unvermeidlich ansehen und werde versuchen, nun aus einer gewissen Entfernung heraus dem Kriege seine Chancen abzuwägen. Das soll nicht heißen, daß ich nun fatalistisch werde, in keiner Weise, aber ich muß nun versuchen, aus einer gewissen Entfernung heraus wieder die Konturen des Bildes zu entdecken. Oder ich muß feststellen: welche Faustpfänder besitzen wir und welche Faustpfänder besitzt der Gegner?

Wenn ich die ganze militärische Auseinandersetzung mit einem sportlichen Ereignis, sagen wir einem Fußballspiel, vergleiche, so möchte ich sagen: Wir haben in der ersten Hälfte einen ungeheuren, fast nicht mehr einholbaren Torvorsprung verbuchen können, und zwar dadurch, daß wir so haushoch überlegen waren, daß wir fast nur im gegnerischen Strafraum gespielt haben. Ein Mal über das andere Mal wurde auf die geg ... äh der Ball auf die gegnerische Latte gepfeffert. Einmal gab's ein Tor, dann wieder gab's eine Ecke, dann gab's wieder ein Tor, dann gab's wieder einen Elfmeter. Kurz und gut, das war ein monumentaler Sieg nach dem anderen, von Polen angefangen über Norwegen und Frankreich und den Südostfeldzug und den Ostfeldzug und den Luftkrieg gegen England, den U-Bootkrieg gegen England. Kurz und gut, das war eine Siegesserie, die überhaupt den Atem verschlagen konnte. Das war die erste Spielhälfte. – Nun kommt die zweite Spielhälfte, und während der Pause hat der Gegner sich gefangen. Es ist ihm auch gut zugeredet worden. Der Spielführer von der Gegenseite hat das Spiel durchaus nicht aufgegeben und sagt, wenn's auch 7 oder 8 oder 9:0 steht, ist mir ganz egal, ich werde jetzt in der zweiten Hälfte versuchen aufzuholen. Und so wie wir uns schon im Siege gewiegt haben, so hat der Gegner nun versucht, sich aus der Psychose des ständigen ... äh Geschlagenwerdens langsam erholt. Er ist lang ... er ist langsam hochgekommen und hat nun beim ersten Tor, das vielleicht eine Art von Zufallstreffer sein mochte wieder Selbstvertrauen. Beim ersten Tor wird nun der Zuschauer geneigt sein zu sagen: Na, das war ein Zufallstreffer, 9:1, das ist ja aussichtslos. Wenn aber zwei Minuten später das zweite Tor fällt und drei Minuten später das dritte, dann werden sie bei jedem sportlichen Kampf feststellen, daß die Zuschauer sich plötzlich auf die Seite des noch Unterlegenen stellen. Kolossal! Da fangen die mit 9:0 an, und dann 9:1, 9:2, 9:3! Sie werden dann

überall hören, daß der Zuschauer sagt: Jetzt muß sich der Sieger aber auf die Hinterbeine stellen. Das heißt, sein Vorsprung ist ein noch fast uneinholbarer, aber er muß ihn verteidigen. Das heißt, das Spiel ist jetzt flüssiger geworden, offener. Es spielt sich nicht nur im gegnerischen Strafraum ab, sondern es wogt in den beiden Feldern hin und her. Es entstehen gefährliche Situationen am diesseitigen und am jenseitigen Tor. Hier wird eine Ecke zugestanden und dann dort eine Ecke, dann dort ein Freistoß aus dem Strafraum, dann dort ein Freistoß etwas über den Strafraum. Kurz und gut, das Spiel ist flüssiger geworden, es hat wieder eine innere Entwicklung angenommen, und es kommt nun darauf an, daß sich die noch mit sechs Torvorsprüngen im Vorteil befindliche Mannschaft nicht durch die Tatsache, daß die gegnerische Mannschaft auch Tore schießen kann, entmutigen läßt. – So tut ein guter Spielführer dann gut daran, wenn er in einer Minute, äh . . . in einer spielfreien Minute, äh . . . seine Spieler zusammenruft und sagt: Kinder, verliert den Mut nicht! Das ist jetzt das Entscheidende; ihr seid immer noch sechs Tore im Vorsprung. Ihr habt gesiegt. Es kann auch nicht mehr lange dauern, es dauert jetzt noch 25 Minuten. 25 Minuten sind natürlich viel. Das heißt, das Spiel wird umso rasanter, je mehr es den letzten zehn Minuten zustrebt. Da wird jetzt die Entscheidung fallen. Da wird es sich jetzt zeigen, ob der Gegner in der Lage ist, diesen Torvorsprung einzuholen oder ob er dann am Ende die Partie verloren hat. Und da wir nun hier einem Gegner gegenüberstehen, der aus richtigem Eichenholz geschnitten ist, – denn schließlich und endlich sind die Engländer ja auch Germanen, und im Bolschewismus steht wenigstens an der Spitze eine Führungsclique, die aus den breiten Massen hervorkommt und vor allem auch aus dem Judentum, das ja weiß, worum es sich in diesem Kriege handelt und ganz genau sich darüber im klaren ist, daß es alles zu gewinnen und nichts mehr zu verlieren hat. Wie gesagt: daß wir hier einer Mächtekoalition sowohl führungs-mäßig als auch volksmäßig gegenüberstehen, die nicht zu verachten ist, so bleibt uns natürlich nichts anderes übrig, als uns in dieser Auseinandersetzung zu behaupten, alles daranzusetzen, daß diese Auseinandersetzung mit einem glorreichen Ergebnis abschließt, und vor allem dafür zu sorgen, daß diese nagende Versuchung des all-mählichen Zurückgedrängtwerdens uns nicht übermannt.

Ich habe vielfach in letzter Zeit in kleineren Kreisen ein Beispiel angewandt, das ich hier nicht verschweigen möchte. Das Beispiel des Olympialäufers. Der Marathonlauf umfaßt 42 Kilometer. So ist ganz natürlich, daß diese 42 Kilometer in der ersten Hälfte in relativer äh . . . Ruhe vor sich gehen. Alle Konkurrenten sind sich darüber klar: es kommt jetzt noch keine Entscheidung. Sie fassen den Kampf auch noch gar nicht ernst auf. Dann aber, vom 20. Kilometer an, fängt der eine oder andere an vorzuspurten. Bei 30 wird's schon gefährlich; 35 wird's kritisch; 37, 38 wird zur Entscheidung. Das ist nun nicht so, daß der Sieger beim 37. Kilometer ganz genau weiß, daß er siegen wird. Denn er steht ja im großen ganzen Konkurrenten gegenüber, die ungefähr so gut laufen können wie er. Denn zum Olympialauf meldet sich ja keiner; die sind ja schon vorher ausgesiebt worden. Wenn eine Nation einen Läufer zum Olympialauf, zum Marathonlauf, . . . äh schickt, so hat sie ihn ja vorher abgeschmeckt, das heißt, sie weiß, der hält bestimmt 42 Kilometer, wenn auch unter schweren Belastungen, aus. – So ist's auch im Kriege. Im Kriege treffen eben nicht zwei Nationen aufeinander, die sehr ungleich in der Kräftelagerung sind, sondern meistens zwei Nationen treffen aufeinander, die sich ungefähr die Waage halten. Der Krieg ist ja doch eine Entscheidung um die Machtentfaltung, und wenigstens jede Führung ist doch bei Beginn des Krieges davon überzeugt, daß sie die größere Macht und die größere Intelligenz besitzt. Das heißt also: Der Krieg ist eine Musterung unter ungefähr gleichwertigen Kräften, genau wie das beim Sport der Fall ist. In den letzten sieben Kilometern des Marathonlaufes wird nun an den Läufer die Versuchung her-

antreten, denn er steht unter einer ungeheuren physischen und nervlichen Belastung. Er wird sich immer wieder die Frage vorlegen: Halte ich das aus? Das Herz wird ihm allmählich bis in den Hals hineinschlagen, der äh . . . der Schweiß dringt aus allen Poren, er kommt kaum noch zu Atem, denn das gemütliche Laufen der ersten zehn Kilometer ist nicht mehr.

Ich erinnere mich der letzten Olympiade hier in Berlin, als der Sieger des Marathonlaufes, ein junger Japaner, durch's Zielband schoß und dann gleich nach dem Zielband ohnmächtig ins Gras hineinsank. Das ist eigentlich allen Zuschauern unvergeßlich geblieben. Warum? Es ist allen Zuschauern unvergeßlich geblieben, weil sich hier das Beispiel eines besonders heroischen Einsatzes eines Einzelmenschen für ein großes Ziel zeigte. Dieser Einzelmensch, der hatte die Kraft, bis zur letzten Sekunde und bis zum letzten Atemzug durchzuhalten. Der hat sich vielleicht auch in den letzten fünf Kilometern oft gesagt: Und wenn ich ohnmächtig hinsinke, das ist ganz gleich, und wenn ich einen Herzschlag bekomme, ist egal, aber durchs Zielband muß ich! So wie das unter Menschen ist, so ist das auch unter Völkern. Wenn einer in den letzten fünf Kilometern anfängt zu zweifeln, wenn er glaubt, daß er mit dem Atem nicht aushält oder wenn er aufgibt, so begeht er damit eigentlich das Schandhafteste, was er überhaupt tun kann. Denn wenn er nicht die Absicht hatte, bis zum letzten Kilometer durchzuhalten, dann sollte er sich nicht melden. Man kann unter Umständen einem Läufer noch verzeihen, daß er als zweiter oder dritter durch's Ziel geht, aber daß er aufgegeben hat, das verzeiht das sportliebende Publikum im allgemeinen nicht, auch die Geschichte nicht. Und das haben wir am 9. November 1918 getan. Und deshalb mußte der Krieg wiederholt werden. Er mußte wiederholt werden, weil wir nicht bis zur letzten Unze gekämpft hatten, sondern weil wir uns in einer vollkommenen Verkennung der politischen und militärischen und wirtschaftlichen Absichten unserer Gegner, weil wir uns der falschen Klugheit anvertrauten, die sich der Gefahr entziehen wollte<sup>19</sup>. Und es ist nun der eigentliche Sinn dieses Krieges, das wiedergutzumachen, die entscheidende Probe zu bestehen und dafür zu sorgen, daß, wenn das Schicksal uns auf die Waage legt, daß wir dann das nötige Schwergewicht besitzen.

Wenn mich einer fragt, welche Ziele die deutsche Führung in diesem Krieg verfolgt, so kann ich das im einzelnen überhaupt nicht definieren. Die Ziele des Krieges hängen von seinen Ergebnissen ab. Wenn man mich im Jahre 1939 gefragt hätte: Welche Ziele verfolgen Sie? So hätte ich gesagt: Die Hälfte des Generalgouvernements. – Vor dem Kriege waren wir ja sogar mit . . . mit dem Korridor und mit Danzig zufrieden. Als es nach dem Polenfeldzug keinen Frieden gab, mußten wir schließlich weiterschreiten. Und je mehr eine Nation in einem Kriege Blut einsetzt; desto höher wird sie ihre Ziele stellen. Man kann also gar nicht sagen: Was wollt ihr haben? Sondern man kann das Ziel des Krieges nur in allgemeinen Formulierungen definieren, man kann sagen: Wir wollen einen deutschen Lebensraum. Wo sich der uns nun eröffnet, das vermag im Augenblick noch kein Mensch zu sagen. Ich habe das vielfach mit dem Beispiel aus dem praktischen Leben erläutert. Man fragt nicht jedesmal: Was gibt es in diesem Laden zu kaufen?, wenn man dort eine Schlange anstehen sieht, sondern zuerst stellt man sich selbst einmal mit an und versucht, in der Schlange nach vorne zu kommen. Das haben wir leider in der deutschen Politik in der Vergangenheit sehr oft versäumt und mußten das immer außerordentlich teuer bezahlen. Das ist nun die Gelegenheit, das wieder gutzumachen. Es gibt, wie mir jeder Geschichtskundige bestätigen wird, nur sehr selten in der Geschichte eine Ge-

<sup>19</sup> Das Wort von der falschen Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will, entstammt der 1812 entstandenen Clausewitz-Denkschrift: Die drei Bekenntnisse.



legenheit wie diese, daß eine Nation ihre geschichtlichen Sünden wiedergutmachen kann. Nur sehr selten geraten die zwischen den Völkern aufgerichteten Grenzen ins Wanken. Europa hat von 1918 bis heute so grundlegend sein Gesicht geändert, daß es nicht zuviel gesagt ist, wenn man behauptet, dazu hätte unser Erdteil in normalen Zeiten mindestens zwei, drei Jahrhunderte nötig. Das heißt, die Grenzen sind ins Wanken geraten, und man hat den Eindruck, als würde die Welt neu verteilt. Die Kräfte verlagern sich, eine neue Musterung wird abgehalten, Nationen, die bisher zu kurz gekommen sind, können sich melden, Nationen, die bisher zuviel bekamen oder die aufgrund ihrer völkischen Substanzen nicht mehr verdienen, was sie besitzen, müssen sich verteidigen. Kurz und gut, es spielt sich augenblicklich in der allgemeinen Weltpolitik und in der Kräfteabmessung ein Prozeß ab, der nur sehr selten festzustellen ist. Nur sehr selten geraten die Grenzen ins Wanken und werden neue Marksteine gesetzt.

Das heutige Drama ist eine Folge der großen Revolutionen, die Europa erschüttert haben. Diese Revolutionen haben die europäischen Völker in eine neue Verfassung gebracht, und in dieser neuen Verfassung müssen sie sich neu messen. Dieses Messen ist entscheidend. Es soll niemand glauben, daß die Auseinandersetzung, wenn sie schiefginge, in zwanzig Jahren wiederholt werden könnte. Die ist jetzt endgültig! Dreimal läßt sie sich nicht wiederholen. Die ist endgültig! Die wird darüber befinden, ob die deutsche Nation soweit amputiert wird, daß sie zu einer nationalen Lebensregung nicht mehr fähig ist, oder ob die deutsche Nation praktisch die Führung Europas in die Hand nehmen kann. Das müssen wir uns immer vor Augen halten bei der Betrachtung der gegenwärtigen Kriegslage. Denn die gegenwärtige Kriegslage, so belastet sie in einzelnen Situationen manchmal auch erscheinen mag, ist natürlich historisch gesehen von einem ganz anderen Gewicht. – Wenn ich also zu Anfang sagte: Wir müssen heute ständig versuchen, so zu handeln und die Dinge so zu betrachten, wie wir wünschen oder wie unsere Nachkommen wünschen werden in hundert oder hundertfünfzig Jahren, daß wir gehandelt hätten, oder wie der Geschichtsschreiber in hundert Jahren feststellen wird, daß hätte gehandelt werden müssen. Dann erst können wir sagen, daß wir die Zeit richtig begriffen ... haben und daß wir entschlossen sind, die Zeit auch richtig auszunutzen. Niemand darf glauben, daß er einer solchen Alternative entgehen kann. Diese Auffassung des Krieges ist sowohl politisch als auch militärisch richtig. Es gibt keine andere Auffassung, die geschichtlich akzeptiert werden könnte. Wenn ich also bei meinen heutigen Ausführungen vor Ihnen, meine Herren, mich ... der Möglichkeit enthalten habe, über aktuelle Fragen zu sprechen, nicht als wenn ich nicht darüber sprechen könnte, sondern weil ich nicht darüber sprechen wollte, sondern es für wichtiger hielt, nun in die Gesamtproblematik des Krieges einzuführen, das Auge abzulenken von den aktuellen Problemen und es hinzulenken auf die Grundsätzlichkeiten, die in diesem Kriege in Frage gestellt werden, in Frage gestellt sind, so glaube ich damit am ehesten, vor allem auch dem jungen deutschen Offizier, einen Einblick in die moderne Kriegswerkstatt gegeben zu haben. Denn er ist es ja schließlich, der für diesen Krieg mit seinem Leben eintreten muß, der die großen Probleme, die der deutschen Führung einerseits vom Schicksal gestellt sind, andererseits die sie sich selbst gestellt hat, diese großen Probleme zu lösen und die gigantischen geschichtlichen Ziele, die uns gesteckt worden sind, nun auch praktisch zu erreichen. Wir müssen das, was durch die nationalsozialistische Revolution eingeleitet worden ist, das was wir heute als Thesen, als Lehrsätze und als soziale und nationale Errungenschaften des neuen Regimes vor unseren Augen sehen, das müssen wir praktisch verteidigen. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod, der nicht nur die deutsche Wehrmacht, sondern der das ganze deutsche Volk angeht. Das ganze deutsche Volk ist angetreten in einem totalen Krieg zur

Erreichung eines totalen Zieles. Und je mitleidloser und unpathetischer, je nüchterner und realistischer wir die Problematik des Krieges sehen, um so besser für uns! Um so weniger werden wir Enttäuschungen ausgesetzt sein und um so weniger werden wir uns über diesen Krieg Illusionen machen. Er ist eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod, an deren Ende, wie der Führer in der schon erwähnten Proklamation vom 30. Januar richtig sagte, nur noch Vernichtete und Überlebende festzustellen sein werden. Es ist eine harte und tragische Alternative, vor die damit die deutsche Nation gestellt ist, aber sie ist geschichtlich bedingt und damit nicht zu vermeiden gewesen. Es wird uns damit dieser Krieg noch vor ungeahnte Möglichkeiten, aber auch vor ungeahnte Gefahren stellen. Es gilt deshalb ihm gegenüber das Wort: In der Bereitschaft sein, das ist alles!

## MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Hildegard von Kotze, Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26.

Dr. Klaus Schwabe, Privatdozent für neuere und neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau, 78 Freiburg, Kapplerstraße 53.

Dr. Walter Vogel, Archivdirektor im Bundesarchiv, 54 Koblenz, Am Wöllershof 12.

Dr. Johannes H. Voigt, D. Phil. (Oxon.), Research Fellow, History Department, Institute of Advanced Studies, The Australian National University, Canberra, Australien.